

Breithaupt
Volksvergiftung
1914-1918

Vollvergiftung

1914 — 1918

Dokumente der
Vorbereitung des
9. November 1918

von

Wolfgang Breithaupt

Mit einer farbigen Tafel und 30 Faksimiles



Verlag von R. F. Koehler in Berlin und Leipzig
1925

Copyright 1925 by K. F. Koehler, Leipzig

M e i n e r M u t t e r



Ewiger Bund

<https://www.ewigerbund.org>



Vaterländischer Hilfsdienst

<https://www.hilfsdienst.net/>

V o r w o r t.

Ich habe dieses Buch nicht für eine Partei, sondern für das ganze deutsche Volk geschrieben.

Ich habe dieses Buch nicht geschrieben, um meine Vergangenheit zu verleugnen oder zu entschuldigen, denn ich habe von meinem Lebensweg, der mir unzählige Kämpfe, Enttäuschungen und schwere Verluste gebracht hat, nichts zu bereuen. Das Gewesene ist herausgewachsen aus innerster Überzeugung, ebensogut wie die späte Erkenntnis innerstem Erleben entsprang.

Ich habe dieses Buch geschrieben, weil das Schicksal des deutschen Volkes ihm jetzt gebietet, seinen furchtbarsten Feind zu erkennen. Jenen Feind, der seit Jahrzehnten das Fundament seines Lebens und seines Geistes, das Fundament seines Glaubens und seiner geschichtlichen Tradition zerstört, und es damit der Raubgier seiner Feinde preisgegeben hat.

Ich habe dieses Buch geschrieben, um dem deutschen Volk zu zeigen, daß es ohne Heimat, ohne Vaterland, ohne Macht und ohne Ansehen, Freibeute der Welt ist.

Ich habe dieses Buch geschrieben, um zu beweisen, daß ein Volk, das sich selbst als Nation aufgibt, von der Menschheit, die in allen Jahrhunderten nur ein Phantom war, nichts zu erwarten hat.

Der Feind steht nicht rechts. — Der Feind steht nicht links.

Der Feind steht dort, wo das Leben und die Ehre des Volkes preisgegeben werden zugunsten abgewrackter Programme des Internationalismus.

Der Internationalismus — gleichviel welcher Art — das ist der Feind des deutschen Volkes! —

Ich habe bei dieser Arbeit die selbstlose Hilfe vieler gehabt, denen ich hier danke. Möge meine Arbeit der Lohn ihrer Mühe sein.

Berlin 1925.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Verzeichnis der Abbildungen.	VII
1914.	1
1915.	19
1916.	40
1917.	77
1918.	106
Anhang	145
Literatur und Quellennachweis.	169
Kalender	171

Verzeichnis der Abbildungen

	Seite
„Kaiser und Krieg oder Republik und Frieden?“ Fliegerabwurf der Entente 1917/18 (zu S. 113)	farbiges Titelbild
1. „Freie Zeitung.“ Deutschfeindliches mit Ententegeld finanziertes Blatt in der Schweiz	13
2. „Gegen den Krieg.“ Erklärung Liebknechts im Reichstag, 2. Dezember 1914	16
3. „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“ Flugblatt Liebknechts 1915 .	26
4. Todesanzeigen aus der Zeitschrift „Die Aktion“ von Pfemfert	27
5. „An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“ Schreiben der sozialdemokratischen Opposition an die Partei. 1915	30
6. „Proletarier Europas.“ Aufruf der 1. Zimmerwalder Konferenz 1915 .	36/37
7. Brief von Felix Fechenbach. Später Privatsekretär Kurt Eisners. 1916.	45/46
8. „Hundepolitik.“ Flugblatt 1916	49
9. „2 $\frac{1}{2}$ Jahre Zuchthaus.“ Flugblatt 1916	50
10. „Die Kosaken in Hamburg.“ Flugblatt der sozialistischen Jugend Hamburgs gegen die Polizei. 1916	52
11. Briefe Jakob Feldners aus Genf 1916	54/56
12. Einladung der „Central-Arbeits-Stätte für Jugendbewegung“ 1916 . .	58
13. „Arbeiter! Mitbürger!“ Aufruf des „Bundes Neues Vaterland“ vom 8. November 1918	63
14. „Erinnerungen an die Heimat.“ Sozialistische Jugendzeitschrift. 1916	65
15. „Proletarierjugend.“ Sozialistische Jugendzeitschrift. 1917.	67
16. „Der Kampf.“ Wochenblatt der deutschen Deserteure in Holland. 1917	73
17. „Einladung der Zentralstelle „Völkerrecht.“ 1916	76
18. Herr Haase vor dem Reichstag	83
19. Offener Brief eines deutschen Kriegsgefangenen an seine Kameraden	} Flugzeugabwürfe der Entente 1916/1917 } 83
20. Leitfäden für die sozialistische Jugendbewegung	85

	Seite
21. Jugendgenossinnen und Jugendgenossen. 1917	86
22. „Aufruf.“ Erster Aufruf der U. S. P. D. 1917	87
23. „Der rote Schrecken.“ Flugblatt 1917	89
24. Lichnowsky, Mühlen-Brief. Flugblatt und Flugzeugabwurf der Entente 1917	97
25. „Demonstrationsstreik.“ Aufruf der sozialistischen Jugend. 1917 . . .	99
26. Brief aus einem australischen Interniertenlager. 1918	107
27. „An das werkrätige Volk.“ Aufruf der U. S. P. D. 1918. . .	127/128
28. „An das sozialistische Proletariat Deutschlands.“ Aufruf der Bol- schewisten 1918	138/139
29. Vorwärts-Extrablatt. Drittes Extrablatt vom 9. November 1918 . . .	144
30. „Wir haben die Revolution gemacht.“ Aufruf der S. P. D. während der Spartakuskämpfe in Berlin im Januar 1919.	146

1914

Der aus allgemeinen, agitatorischen Gründen geprägte Ausdruck des Dolchstoßes, unter dem man schlechthin die Revolutionierung des deutschen Volkes während der Kriegsjahre versteht, muß bei einem genauen, geschichtlichen Studium der Revolutionierung Deutschlands als eine Irreführung fallen gelassen werden. Unter einem Dolchstoß kann stets nur eine Handlung des Augenblicks verstanden werden. Die Revolutionierung Deutschlands, sein innerer und äußerer Zusammenbruch, sind aber keineswegs das Werk eines Augenblicks gewesen, sondern das Werk von vier Kriegsjahren.

Für dieses zersetzende Werk der Kriegsjahre war wiederum die zerstörende Arbeit notwendig, welche die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen in Deutschland geleistet hat. Es muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die Sozialdemokratie unter dem Deckmantel einer deutschen Partei es glänzend verstanden hat, Volk und Regierung über ihr eigentliches Wesen zu täuschen. Die Sozialdemokratie war niemals eine deutsche Partei, sondern ein internationaler Fremdkörper im deutschen Staate. Als solche hat sie vom ersten Tage ihres Bestehens zersetzend, zerstörend und vergiftend gewirkt. Der Weltkrieg, der den Volks- und Staatsorganismus auf das äußerste anspannte, schuf für die Sozialdemokratie die besten Vorbedingungen, ihren Zersetzungsprozeß zu vollenden.

□ Kennzeichnend für die moralische Feigheit der Sozialdemokratie ist der Umstand, daß sie alle ihre offiziellen und privaten Schriftgelehrten aufgeboten hat, um ihren Anteil an der revolutionären Vergiftung Deutschlands zu leugnen. Sie schlägt damit ihrer internationalen, revolutionären Tradition und sich selbst ins Gesicht, und mit Recht erheben hiernach die linksradikalen Kreise gegen sie den Vorwurf, daß sie lediglich die Nutznießerin der Arbeit der Revolutionäre gewesen ist¹.

¹ Siehe Anhang 1.

Der Versuch der Sozialdemokratie, die Revolutionierung Deutschlands von sich abzuschütteln, ist verständlich, da ein offenes Bekenntnis hierzu das frivole Doppelspiel, welches die Sozialdemokraten als deutsche Minister und als internationale Sozialisten getrieben haben, offenbaren würde. Nichtsdestoweniger steht die Tatsache geschichtlich unerschütterlich fest, daß die Revolution in Deutschland systematisch in jahrelanger Arbeit und unter erheblichen Opfern jeder Art vorbereitet und durchgeführt worden ist und ihren ursprünglichen Entstehungsherd in der Sozialdemokratie und deren inneren Parteikämpfen hatte.

Bildlich läßt sich die Zermürbung der inneren und äußeren Front Deutschlands, die revolutionäre Zersetzung des ganzen Volkes in allen seinen Schichten, am ehesten mit einer langsam, aber tödlich wirkenden Vergiftung vergleichen.

Es entbehrt nicht einer gewissen tragikomischen Seite, zu verfolgen, wie die Sozialdemokratie einerseits versucht, ihre Mithilfe in diesem Vergiftungsprozeß zu leugnen, andererseits aber aus parteitaktischen Gründen im Kampf gegen die linksradikale Opposition wiederum die Lorbeeren für sich beansprucht¹. Es zeigt sich hier der elementare und unüberbrückbare Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie als angeblicher Vertreterin der deutschen Arbeiterschaft und als Vertreterin des internationalen Proletariats. Es ist unerläßlich notwendig hier festzustellen, daß die Arbeiterschaft vom Grund und Boden ihres Vaterlandes lebt und nicht von den Ideen internationaler Programme. In diesem Gegensatz der nationalen Fundamentalität der Arbeiterschaft und der internationalen Programmatik lag und liegt noch heute die ganze innere Unwahrhaftigkeit und Verlogenheit der Sozialdemokratie begründet.

Aus dieser inneren Unwahrhaftigkeit entwickelten sich auch die Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie, in denen der Anfang der revolutionären Zersetzung des deutschen Volkes zu suchen ist. Aus diesem inneren Kampf wuchs Liebknecht mit seiner schroffen, revolutionären Taktik hervor. Aus diesem Zwiespalt entstand die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die den revolutionären Kampf schürte, und es ist mithin nicht mehr zu leugnen, daß Theorie und

¹ Siehe Anhang 2.

Praxis der deutschen Revolution aus der Sozialdemokratie hervorgegangen sind. Daran ändert die Haltung der Sozialdemokratischen Partei am 4. August 1914 gar nichts.

Die Haltung der Sozialdemokratie am 4. August war nicht das Ergebnis ihrer Einsicht in die nationalen Notwendigkeiten der Stunde, sondern ein taktisches Manöver. Dies wird am deutlichsten durch das oppositionelle Schreiben der „Vorwärts“-Redakteure vom 4. August 1914¹ bewiesen, in dem es heißt:

„Ausschließlich die Rücksicht auf die jetzige gefährliche Lage unserer Partei und die Erhaltung unserer Presse hindert uns, diese Bewilligung der Kriegskreditforderungen im ‚Vorwärts‘ einer öffentlichen Kritik zu unterziehen . . .“

Noch schlagender hat Julian Borchardt dieses Argument in seiner Broschüre „Vor und nach dem 4. August 1914“ auseinandergesetzt, in der er schreibt:

„Wenn also die sozialdemokratische Fraktion, um das Prinzip zu wahren, die Kredite abgelehnt hätte . . ., was wäre die unweigerliche Folge gewesen? Auflösung der Wahlvereine und Gewerkschaften, Verbot der Zeitungen, das Standrecht gegen alle irgendwie bekannten Führer, vielleicht sogar gegen die Abgeordneten. Was wäre dann aus der Sozialdemokratie geworden? Völlige Vernichtung wäre ihr Los gewesen.“

Wie bereits erwähnt hat dieses Argument den eigentlichen Ausschlag gegeben. Am 28. September 1914, in einer Konferenz der sozialdemokratischen Redakteure, setzte der Kassierer des Parteivorstandes, Otto Braun, auseinander, daß in den geschäftlichen Unternehmungen der Partei 20 Millionen Mark Kapital stecken und ca. 11 000 Angestellte beschäftigt werden . . .“

Das ist das eigentliche Argument, das die Sozialdemokratie zu ihrer „nationalen“ Haltung bestimmte, und die hieraus resultierende Rücksicht ist es gewesen, die von 1914 bis 1918 ihre verlogene Haltung bestimmt hat. Die Sozialdemokratie stand dem Kriege, zu dem Deutschland durch den Vernichtungswillen der Entente cordiale ge-

¹ Siehe Anhang 3.

zwungen wurde, von Anfang an feindlich gegenüber, dafür spricht der Ausruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 30. Juli 1914 im „Vorwärts“, der mit den Worten schließt:

„Das sozialistische Proletariat lehnt jede Verantwortung für die Ereignisse ab, die eine bis zum Übermaß verblendete, herrschende Klasse heraufbeschwört. Es weiß, daß gerade ihm neues Leben aus den Ruinen blühen wird. Alle Verantwortung fällt auf die Machthaber von heute.

Für sie handelt es sich um Sein oder Nichtsein! Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“

Nichts charakterisiert besser die Bitterung der Sozialdemokratie für die nahende revolutionäre Konjunktur, als diese Worte. Es ist nicht uninteressant, heute zu lesen, was Erzberger¹, der spätere ultramontane Schrittmacher der Revolution, im „Tag“ vom 28. Juli 1914 schrieb:

„Das führende Blatt der deutschen Sozialdemokratie knüpft in der Nummer vom Sonnabend verblühte Drohungen an die kriegerischen Möglichkeiten des Wien-Belgrader Konfliktes . . . Kommt es aber zu dem ernstesten Gange, wie das rote Blatt annimmt, dann gibt es nur einen ‚Willen des deutschen Volkes‘, solchen gefährlichen Treibereien im Inneren auf dem schnellsten Wege den Garaus zu machen, und das auszuführen, was ein kommandierender General vor einigen Jahren für solche Fälle in kluger Weise angeordnet hat. Revolutionäre Genossen in der Presse brauchen dann nicht um ihr Leben und ihre Gesundheit zu fürchten, wenn man sie sicher aufbewahrt. Das Verhalten der sozialdemokratischen Presse in diesen Tagen rechtfertigt die Vorbereitung von Maßnahmen der Schutzhaft . . .“

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der revolutionäre Vergiftungsprozeß des deutschen Volkes, den die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen gefördert hat, mit Ausbruch des Krieges in das akute

¹ Es sei hier darauf hingewiesen, daß Erzberger, der 1919 die Politik des Grafen Brockdorff-Rangau in Versailles sabotierte, 1914 in verschiedenen Artikeln im „Tag“ den Nachweis führte, daß der Krieg dem deutschen Volke aufgezwungen wurde und Kaiser Wilhelm II. alles getan hat, um den Frieden zu erhalten.

Stadium eintrat. Vom Tage des Kriegsausbruches an steht das deutsche Volk in der letzten Phase dieses tödlichen Kampfes.

Bereits am 3. August 1914 kam es in der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei zu erbitterten Kämpfen wegen der Bewilligung der Kriegskredite, und wenn die Sozialdemokratie auch im Plenum des Reichstages einheitlich für die Kredite stimmte, so war dies nur ein Trugbild, denn in der Fraktionsitzung vom 3. August 1914 hatten 14 sozialdemokratische Abgeordnete gegen die Kriegskredite gestimmt. Diese Tatsache ist um so beachtenswerter, als sich aus dieser Minderheit der Sozialdemokratischen Partei nur allzu schnell jene furchtbare Opposition entwickelt hat, die mit allen Mitteln die revolutionäre Vergiftung des deutschen Volkes betrieb. Kein Geringerer als Kadeß selbst hat eingestanden, daß es „eine historische Legende“ sei, anzunehmen, der Umfall der Sozialdemokratie erkläre sich aus „einer Überwältigung der Parteien durch nationale Gefühle“¹.

Mit der Mobilisation zum Weltkrieg ging die Mobilisation der Revolution Hand in Hand², und es ist eine nur zu bequeme Ausrede, dem Hunger, Tod und Elend der Kriegsjahre Schuld an der Revolution geben zu wollen. Es ist selbstverständlich, daß die physische Erschöpfung des Volkes in einem vierjährigen Weltkrieg besonders im Hinterland einen leicht empfänglichen Boden für revolutionäre Ideen schuf, aber ohne das zersetzende Gift der revolutionären Agitation wäre der Zusammenbruch des 9. November nicht möglich gewesen.

Die revolutionäre Agitation setzte unmittelbar nach Kriegsausbruch ein. In der Schweiz wurde von den dort ansässigen russischen Bolschewisten „beim ersten Gewehrschuß, der auf dem Schauplatz des Weltmordens widerhallte . . . die Losung der dritten Internationale“ ausgegeben³.

In Deutschland unternahm Liebknecht bereits im August 1914 Reisen durch das ganze Land, um die Opposition zu sammeln. Vom

¹ Kadeß, „In den Reihen der deutschen Revolution 1909—1919“, S. 355.

² Kadeß, ebenda S. 335. „Die Linksradikalen begannen schon am historischen Tage des Zusammenbruchs der ‚alten, bewährten Taktik‘ ihren Kampf. Nicht die Lebehours, Haases, Kautskys waren es, die die Fahne der Rebellion erhoben, sondern die Linksradikalen.“

³ Sinowjew auf dem 8. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands am 20. März 1919.

4.—13. September 1914 hielt er sich in Holland und Belgien auf. Unter seinem Einfluß bildete sich sofort in den ersten Wochen besonders in der sozialistischen Jugend im Kreise Niederbarnim eine ständig wachsende Opposition¹. Am 13. August 1914 erfolgte bereits in Hamburg die Sammlung der Opposition unter Laufenberg, Wolfheim und Dr. Herz, und von diesem Zeitpunkt an waren die Unabhängigen „für die deutsche Niederlage tätig“². Die nationale Täuschung der Öffent-

¹ Der aus diesen Kreisen heraus verbreitete „Neue Sozialistenmarsch“ dürfte das erste Flugblatt der unterirdischen Revolutionsliteratur sein. Er lautet:

Auf, Sozialisten, schließt die Reihen,
Die Trommel ruft, die Banner weh'n.
Wir woll'n uns neuen Zielen weihen:
Die Monarchie soll neu erstehn!

Der Schuß dem Ruß! Stoß dem Franzos!
Der Tritt dem Brit! Der Klapps dem Japs!
Vom deutschen Volke sei's gegeben!
Das ist das Ziel, das wir erstreben!
Das nennt man jetzt den heil'gen Krieg!
Wir sind das Volk! Mit uns der Sieg!

Ihr ungezählten Millionen
Aus Schacht und Feld, aus Stadt und Land,
Ihr seid nun Futter für Kanonen,
Die schuf des Proletariats Hand!
Jetzt schießt man auf den Bruder gern,
Weil es der Wunsch der hohen Herrn!
Vernichtung vieler Menschenleben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben,
Das nennt man jetzt den heil'gen Krieg.
Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren,
Mit Flint' und Speer man nicht mehr haut,
Nein, Motorbatterien fahren,
Und Bomben wirft der Aeronaut!
Die Mittel gern bewill'gen wir,
Und mancher wird noch Unt'roffizier!
Auch Orden wird es schließlich geben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben!
Vorbei der Arbeit heil'ger Krieg!
Und schließlich küßt das Volk den Sieg!

² „Sächsische Volksstimme“ am 19. Juli 1921.

lichkeit, die der Sozialdemokratischen Partei am 4. August so vollkommen gelungen war, ermöglichte der Opposition gerade in den ersten Kriegsmonaten ein leichtes Arbeiten.

„Das Vereinsleben ging bald wieder seinen gewohnten Gang. Ein antimilitaristischer Zug wehte durch alle Veranstaltungen, besonders die Rekrutenabschiedsfeiern wurden benutzt, um die Treue zum sozialistischen, internationalen Ideal zu manifestieren. Oppositionelle Zeitschriften und Zeitungen, Vorhardts ‚Lichtstrahlen‘, die ‚Gleichheit‘, die ‚Berner Tagwacht‘, eine Broschüre Laufensbergs wurden mit großer Aufmerksamkeit gelesen¹.“ Besonders war es die sozialistische Jugend, die den Vortrupp der revolutionären Kämpfer stellte.

Auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei vollzog sich, von der Öffentlichkeit nicht beachtet, ein gewisser Umschwung. Dafür sprechen recht deutlich die Richtlinien für die Presse, die von der sozialdemokratischen Pressekonferenz am 28. September 1914 aufgestellt wurden. Sie lauten:

1. Die Parteipresse soll dem Hurrapatriotismus und chauvinistischen Treibereien entgegenwirken.
2. Annexionsgelüste bekämpfen.
3. Bei Berichten über Kriegsgreuel, Gefangenen- und Verwundetenbehandlung mit größter Objektivität verfahren.

Die praktische Auswirkung dieser Richtlinien charakterisiert sich am besten in der Haltung der Sozialdemokraten im Münchener Gemeindefollegium am 5. November 1914. In dieser Sitzung stimmten die Sozialdemokraten gegen einen Protest gegen die menschenunwürdige Behandlung deutscher Zivilgefangener! Kennzeichnend für die „nationale“ Haltung der Sozialdemokratie ist ferner die Tatsache, daß eine Konferenz der Bezirksleitungen der „Zentrale für die arbeitende Jugend Deutschlands“, deren Vorsitzender Fritz Ebert war, bereits am 25. Oktober 1914 beschloß: „Die Beteiligung an den in Bildung begriffenen Jugendkompanien abzulehnen².“ Diese Stellungnahme bedeutet ebensogut einen Versuch der Schwächung der

¹ Rück, „Vom 4. August bis zur russischen Revolution“, S. 18.

² „Rundschreiben der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“, Nr. 12 vom 10. März 1916.

nationalen Widerstandskraft, wie etwa ein Manifest Karl Liebknechts, wobei man der offenen Haltung Liebknechts zweifellos mehr Sympathie entgegenzubringen vermag wie der Eberts.

Am 10. September 1914¹ verfaßten Liebknecht, Klara Zetkin, Rosa Luxemburg und Mehring eine Erklärung, in der sie ihre ablehnende Haltung zum Kriege und zur Parteipolitik zum Ausdruck brachten, und die „Humanität“ vom 8. November 1914 war in der glücklichen Lage, diese Erklärung ihrem französischen Publikum mitteilen zu können.

Am 1. Oktober erfolgten in Berlin die ersten Zusammenkünfte der Opposition, und bereits am 4. November 1914 kam es in Württemberg anläßlich des Kampfes um die „Schwäbische Tagwacht“ zur offenen Spaltung in der Sozialdemokratischen Partei, und die Opposition gründete ihr eigenes Mitteilungsblatt, den „Sozialdemokrat“. Hier zeigt sich also schon nach drei Kriegsmonaten innerhalb eines deutschen Bundesstaates jene gefährliche Spaltung, die sich zwei Jahre später im ganzen Reich vollziehen sollte.

Nun beliebt es der Sozialdemokratie stets, darauf zu verweisen, daß sie die Kriegskredite bewilligt und damit dem Staat die Mittel seines nationalen Verteidigungskampfes, der also auch nach ihrer Ansicht der Angegriffene und nicht der Angreifer war, geschaffen habe. Dieses Argument hat agitatorischen, aber keinen geschichtlichen Wert, denn heute steht einwandfrei fest, daß die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie das Ergebnis einer Zwangslage gewesen ist². Kennzeichnend hierfür sind die Ausführungen Eberts im Parteiausschuß am 18. Januar 1917. Er sagte:

„Wir stehen deshalb auch künftig zu der am 4. August eingeschlagenen Politik. Sie hat lediglich die Pflicht zur Landesverteidigung festgelegt ... Im übrigen ist die Politik vom 4. August lediglich eine Frage der Taktik ...“

Dieses Eingeständnis kann nicht scharf genug hervorgehoben werden, denn mit dieser „lediglichen“ Pflicht zur Landesverteidigung be-

¹ Heine, „Gegen die Quertreiber“, S. 11.

² Lebebour äußerte am 8. Juli 1918 im Reichstag hierzu, daß die Annahme des Etats keine prinzipielle sei, sondern eine Ausnahme darstelle. Wörtlich sagte er über die Haltung der Sozialdemokratie: „Das ist uns nichts Neues, sie hat ja nur ausnahmsweise für den Etat gestimmt.“

gründete später die Sozialdemokratie ihre öffentliche Umstellung, als sie unter Führung Erzbergers die Friedensoffensive unternahm, die das deutsche Volk nicht nur um die Erfolge des Krieges, sondern auch um die Möglichkeit eines erträglichen Friedens brachte. Diese sozialdemokratische „Taktik“ findet ihre prägnanteste Auslegung in einem Dokument der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“¹, der Vorläuferin der späteren Unabhängigen Sozialdemokratie. Es heißt dort:

„Die Pflicht der Vaterlandsverteidigung ist eine staatsrechtliche Pflicht, die für den Einzelnen aus der Zugehörigkeit zu einem Staatswesen erwächst. Die Bewilligung von Kriegskrediten ist ein politischer Akt . . .“

Hier wird also ganz rundheraus zugegeben, daß die Bewilligung von Kriegskrediten nicht eine nationale Notwendigkeit ist, sondern eine Frage der politischen Parteitaktik. Damit fällt das letzte Argument der Sozialdemokratie für ihre angebliche nationale Heldenrolle am 4. August 1914.

Wenn es trotzdem noch eines Beweises bedarf, um zu zeigen, daß die „nationale“ Einstellung der Sozialdemokratie lediglich aus Gründen der „Rücksicht“ und „Taktik“ bestimmt war, und man wie immer hoffte, damit ein gutes Parteigeschäft zu machen, so genügen dafür die Ausführungen des Sozialdemokraten Cunow, der ganz unverblümt schrieb²:

„Der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erwächst . . . die Aufgabe, die schädlichen Folgen des Imperialismus möglichst abzuwehren, hingegen jene wirtschaftlichen Neugestaltungen, aus denen sich etwas für die Arbeiter herausholen läßt, rücksichtslos im Interesse der Arbeiterschaft auszunutzen, ihre Organisation auszubauen und, wenn es sein muß, den neuen Zwecken entsprechend umzubilden, kurz, die Arbeiterschaft möglichst wohlbehalten, körperlich wie geistig, durch die neue Entwicklungsperiode zu bringen.“

¹ „Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“, S. 4.

² Cunow, „Partei Zusammenbruch“, S. 15.

Nach alledem erscheint es überflüssig, noch weitere Dokumente zur Charakteristik der Haltung der Sozialdemokratie am 4. August 1914 anzuführen. Das Bild der Heuchelei ist für jeden erkennbar.

Bei der weiteren Untersuchung über die Entwicklung des revolutionären Prozesses in Deutschland ist es notwendig, hier gleich festzustellen, daß die Sozialdemokratie keineswegs allein Trägerin der Revolution gewesen ist. Man würde ihr damit wirklich zu viel Ehre erweisen. Der revolutionäre Vergiftungsprozeß zersetzte alle Schichten des deutschen Volkes von den bürgerlichen Intellektuellen bis zu den Proletariern, und zweifellos hat die Sozialdemokratie in gewissen Stadien dieses Prozesses nur die erbärmliche Rolle eines revolutionären Hehlers gespielt. Mit dieser zweifelhaften Rolle waren ja auch jene Elemente in der Sozialdemokratie nicht einverstanden, die, soweit es die Verhältnisse erlaubten, offen ihre revolutionäre Einstellung bekennen wollten. Es handelt sich hier um die Führer der späteren Unabhängigen Sozialdemokratie, die in ihrem Aufruf vom 12. November 1918¹ rundheraus bekannten:

„Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat vom ersten Tage ihres Bestehens an das bevorstehende Ende des Militarismus und des Imperialismus verkündet und alles getan, um die revolutionären Kräfte der arbeitenden Klasse zu entfesseln.“

Angesichts dieses offenen Bekenntnisses muß man nochmals feststellen, daß die offene revolutionäre Agitation, soweit sie von den Unabhängigen, Spartakisten und Internationalen betrieben wurde, wenn sie richtig bekämpft worden wäre, bei weitem nicht so gefährlich war wie die verlogene und zwiespältige Haltung der Mehrheitssozialdemokraten. Dank ihrer Doppelseitigkeit hat es die Sozialdemokratie bis zum Schluß verstanden, die Regierung Deutschlands über sich zu täuschen und sich damit für ihre revolutionäre Arbeit Erleichterungen zu verschaffen gewußt, die den rücksichtslosen Vorkämpfern der Revolution versagt waren.

Betrachtet man nun die revolutionären Kräfte, soweit sie sich aus dem Lager der pazifistischen Intellektuellen rekrutieren, so muß auch hier die Feststellung gemacht werden, daß sie unmittelbar nach

¹ Siehe Anhang 4.

Kriegsausbruch ihre unheilvolle Tätigkeit aufgenommen haben. Es muß jedoch betont werden, daß sich die Tätigkeit dieser Kreise zunächst jeder zielbewußten Revolutionierung enthielt, wofür man um so überschwenglicher mit pazifistischen Phantasien und Ideen herumwarf. Es handelt sich hier um die Kreise, die im November 1914 ihren festen Zusammenschluß in dem „Bund Neues Vaterland“¹ fanden, und zu denen die Quidde, Schücking, Förster, Gerlach, Persius, Nicolai, Lepper-Laski, Arco, Jannasch, Lehmann-Rußbüldt, Umfried, Franke, Gumbel, Helene Stöcker, Minna Cauer, Lida Gustava Heymann, Anita Augspurg in Deutschland, Dr. Goldscheid, Lammasch, Bernfeld, Rosika Schwimmer in Österreich, Fried, Broda, Fernau, Rösmeier in der Schweiz, Dresselhuis, van Eeden, Jonk van Beek en Donk, Metta Jakobs in Holland gehörten.

Bereits am 15. August 1914 erließ die „Deutsche Friedensgesellschaft“ ein „Kriegsflugblatt“, in dem es unter anderem heißt:

„... Noch eine andere besondere Pflicht erwächst uns während des Krieges. Unsere Beziehungen zum Ausland zu benutzen, um gegenüber einem System lügenhafter Berichterstattung, das wir schon jetzt beobachten können, der Wahrheit im Interesse der Menschlichkeit und besonders in unserem Interesse zu ihrem Recht zu verhelfen ...“

Unzweifelhaft lagen dieser Entschliebung die besten Absichten zugrunde, wohin die „Beziehungen zum Ausland“ schließlich aber geführt haben, wird man später sehen, daß sie bestimmt nicht zum Wohle des deutschen Volkes gedient haben², dürfte wohl nach dem Versailler Frieden eigentlich kaum noch bestritten werden.

Für die Beurteilung gerade der intellektuellen, revolutionären Propaganda ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß sich unter

¹ Zweck des Bundes war: „Die direkte und indirekte Förderung aller Bestrebungen, die geeignet sind, die Politik und Diplomatie der europäischen Staaten mit dem Kulturgedanken des friedlichen Wettbewerbs und des überstaatlichen Zusammenschlusses zu erfüllen. Kurz: politische und wirtschaftliche Verständigung mit den Völkern der europäischen Kulturgemeinschaft.“

² Es ist bekannt, daß z. B. Hellmuth von Gerlach seine Schweizer Reisen dazu benutzte, Post und verbotene Zeitungen aus dem Ausland unter Umgehung der Zensur nach Deutschland hereinzubringen.

dem Einfluß des Belagerungszustandes im Laufe der Zeit in Wort und Schrift eine ganz eigene Ausdrucksweise herausgebildet hatte, die heute vielleicht kaum mehr verständlich erscheint. Diese revolutionäre Dialektik muß man aber verstehen, um vieles richtig beurteilen zu können.

Die durch den Belagerungszustand bedingte Beengung der pazifistischen Tätigkeit führte dazu, daß die großen Organisationen in das neutrale Ausland verlegt wurden. Die „Friedenswarte“, die später unter dem Namen „Blätter für zwischenstaatliche Organisation“ nach Deutschland eingeschmuggelt wurde, ließ sich im April 1915 in der Schweiz nieder. Von hier aus erfolgte auch der illegale Versand der „Freien Zeitung“ (Faksimile 1), deren eigentlicher geistiger Leiter der ehemalige deutsche Konsul Schlieben war. Dieses Blatt, von der Entente unterstützt, war genau so deutschfeindlich wie der in Holland erscheinende „De Amsterdammer“, der auch auf Umwegen nach Deutschland hereinkam.

Bereits am 8. Oktober 1914 erfolgte die Gründung des „Anti-Dorlog-Raad“ im Haag, der eine äußerst lebhafte Propaganda betrieb, die bereits wenige Monate später schon deutliche Erfolge zeitigte. Wenige Tage später, am 25. Oktober 1914, wurde in Bern das „Internationale Komitee zum Studium der Grundlagen eines dauerhaften Friedens“ gegründet. So waren in zwei der an Deutschland angrenzenden neutralen Länder starke pazifistische Zentren geschaffen, deren Einfluß auf Deutschland bald bemerkbar wurde.

Die pazifistische Bewegung in Deutschland war zweifellos an und für sich ziemlich belanglos, und die meisten ihrer Führer mußten während des Krieges erst „umlernen¹“. Der immer stärker werdende Einfluß eines auf völlige Negation eingestellten Intellektualismus, zu dem sich eine bis zur nationalen Entmannung steigende Sympathie für die Französische Republik

¹ Einer der typischsten Vertreter dieser Sorte ist Hellmuth von Gerlach, der am 17. August 1914 schrieb: „Not kennt kein Gebot.“

Der Reichskanzler war es, der diese Losung ausgab. Sie muß unser Leitmotiv für diese Kriegszeit bleiben. Kriegsmoral ist nicht Friedensmoral. Jetzt heiligt der Zweck jedes Mittel. Das Ziel muß nur edel und das Mittel zweckmäßig sein.“

Die Freie Zeitung

Druckvermerk

30 Rp. die fünfspaltige Kolonelle, Kolonelle 60 Rp. — Bordellebeha- bedingungen bei Belandballe. — Belegnahme durch die Admala- tion und alle Annoncen-Bureau.

Unabhängiges Organ für Demokratische Politik

Ersetzt Mittwoch und Samstag

Abonnementpreise
Einzelheft: Bei Bestellung bei der Ad- ministrations in Zahlen 1/4 Jahr 2.50, 1/2 Jahr 4.50, ganzes Jahr 8.50.
Wochenblatt: (Freitagabend) 3 Wo- chen 2.50, 6 Wochen 5.00, 1 Jahr 10.00. Bei Abnahme 10 Rp. ermäßigt bei plän- lichem Bestellen 5

Verleger: Hermann, Regierstr. 8 (Zeilbergstr. 6) Administration: Leubner bei Herrn Ströben; St. Postfach 111/2119

In unsere Abonnenten!

Die außerordentliche Steigerung der Papier- preise und der übrigen Herstellungskosten nötigen sämtliche Zeitungen zu einer Erhöhung der Abon- nementspreise. Auch die „Freie Zeitung“ steht sich leider veranlaßt, ab 1. Januar 1918 eine Er- höhung der bisher sehr niedrig gehaltenen Abon- nementsgebühren eintreten zu lassen. Vom Neujahr an wird das Abonnement betragen: Im Vierteljahr 2.30, im ganzen Jahr 8.50; im Stück und vierteljährlich 3.50 und jährlich 13.50. Zur Vermeidung einer weiteren Verteuerung durch Einzugsstellen empfiehlt sich die Postfreie Ein- zahlung auf unser Postfachkonto 111/2119 Leubner. Die Administration.

Inhalt:

Vom Verfasser des Buches „J'accuse: Pro- testations über die Welt.“ — Wochenschau — Moral in Deutschland. — J. B. Ruch: Die Pressefreiheit in Ketten. — Eugen Reich: ...

gen Bundesgenossen Reichslands belastet, dagegen das, was sie nach eigenem Verständnis auch gegen die Zentralmächte in Händen haben, vorderhand im Kasten zu behalten. Diese Zurückhaltung ist nur allzu begründlich; wie könnten dieselben Leute, die über dem grünen Tisch dem Kaiser Wilhelm die Friedenshand reichen und mit dem Eroberer ernsthaft über das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zu diskutieren vorgehen, — wie könnten sie ihrem neuen Freunde und Wöhrer zu gleicher Zeit unter dem Konferenztisch heimliche Fuß- tritte — durch Publikation unangenehmer Do- kumente — versehen?

Aber gleichviel. Die verächtlichsten Geheim- dokumente ergeben — es wäre töricht, es zu leug- nen —, daß die Gruppe der Ententemächte, ins- besondere Rußland, Frankreich und Italien, während des Krieges über gewisse terri- toriale Erweiterungen miteinander verhandelt ha- ben, die sie sich gegenseitig, im Falle des Sieges, zusichern wollten.

Was beweist das? Es beweist, daß die Entent- mächtslands und Westreichs nicht diesen Mit- teln allein das Privilegium territorialer Machterweiterung beim Friedensschluß überlat- ten, daß auch sie, wenn ihnen der Erfolg gelächelt

Teil dieser Eroberungen nicht herausgegeben, son- dern in irgend einer Form — mehr oder weniger verschleiert — den Zentralmächten angegliedert werden soll. Schon winkt dem Kaiser von West- reich die polnische Krönkrone, schon sieht der Kö- nig von Preußen den kurländischen Herzogshut auf seinem Haupte glänzen, den litauischen Groß- fürstentitel als neues Glied in der Reihe seiner Würden und Diplome. Schon hat man den Sla- men die Sehnacht eingebläut — oder behauptet es wenigstens —, trotz der vandalischen Ver- wüstung ihres schönen und blühenden Landes, trotz der Raubfaktierung und Deportierung vieler Tau- sende ihrer unglücklichen Mitbürger, so schnell als möglich deutsche Reichsbürger zu werden. Schon stimmt man Jubellieder über die „befreite“ deutsche Hauptstadt Riga an usw. Und dieselben Leute, die alle diese Annäherungen — „Be- freierungen“ genannt — nicht nur billigen, sondern für ganz natürlich, für das selbstverständliche Recht des „Siegers“ halten, — dieselben Leute wagen es, ihren Wegern einen Vorwurf daraus zu ma- chen, ja sie sogar der Kriegsurbeberschung zu bejeh- tigen, weil auch sie — zeitweise — territoriale Verschleierungen, Erweiterungen ihres Machtge- bietes für die Zukunft erstrebt haben?! Wann die

Zusätze 1. (Siehe S. 12.)

gefellte¹, ließ sie aber von Jahr zu Jahr gefährlicher werden, zumal diese Intellektuellen in unmittelbarer Verbindung mit den linksradikalen politischen Kreisen standen. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß das Schreiben des dem „Bund Neues Vaterland“ angehörenden Herrn von Lepper-Laski vom 8. Juni 1915 an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das von dieser nicht abgedruckt wurde, in einem „Spartakusbrief“² veröffentlicht und damit den oppositionellen Kreisen zugänglich gemacht wurde. Es ist denn auch nicht zu leugnen, daß die pazifistische Agitation, die im Anfang einen rein demonstrativen Charakter hatte, sich zum Schluß der revolutionären Aktion eingliederte.

Die Entwicklung der politischen Opposition in Deutschland nahm von Monat zu Monat schroffere Formen an. Sie findet ihren deutlichen Ausdruck in der Sitzung des Preussischen Abgeordnetenhauses vom 22. Oktober 1914, in der bei der Schlußrede des Präsidenten die Sozialdemokraten Hofer, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Liebknecht und Ströbel den Saal verließen, um nicht in das Hoch auf die Armee und den obersten Kriegsherrn einstimmen zu müssen.

Eine solche Haltung „deutscher“ Volksvertreter in einer Zeit, wo das deutsche Volk im Kampf gegen eine Welt von Feinden stand, mußte auf die Massen eine bestimmte und beabsichtigte Wirkung haben. Welche verheerenden Folgen derartige Demonstrationen auf das Ausland hatten, das haben einige Einsichtige der Sozialdemokratie, aber allerdings erst zu spät eingesehen. So bekannte die sozialdemokratische Zeitschrift „Die Glocke“ im August 1918 ehrlich:

„. . . Das heutige Maß der weit um sich greifenden Anfeindung wie des Hasses deutschen Wesens haben wir alle selbst

¹ Einen grotesken Beweis hierfür liefert Prof. Nicolai, der im Flugzeug aus Deutschland flüchtete und in seinem Buch „Warum ich aus Deutschland ging“ schreibt:

„. . . Die rote Sonne im Osten, das blaue, wogende Meer unter mir und einige weiße Wolken plagernder Schrapnells um mich, sah ich Deutschland zum letztenmal, umrahmt von den Farben der völkerbefreienden Trikolore, die — hoffentlich — auch bald seine Farben sein werden; denn die Trikolore ist nicht nur Frankreichs Fahne, sondern das Symbol alles abligen Kampfes gegen mittelalterlichen Feudalismus und anmaßende Junkerherrschaft.“

² Spartakusbrief Nr. 7, 1915.

mit verschuldet, denn wir selbst haben unseren Feinden die Waffen geliefert, mit denen sie heute politisch gegen das Deutsche Reich kämpfen, und dem armen, versklavten und verpreußten deutschen Volk als Menschheitsbeglückter eine freiere Zukunft bringen wollen.“

Zu erneutem Streit kam es in der sozialdemokratischen Fraktions-
sitzung vom 29. November 1914. Die Auseinandersetzung über die
Bewilligung der neuen Kriegskredite, die vom nationalen Gesichtspunkt
eines Volkes aus gar nicht zur Diskussion stehen konnten, und
auch in keinem der großen Ententestaaten zur Diskussion
gestanden haben, nahm äußerst schroffe Formen an. Die Zahl der
Kriegskreditverweigerer stieg diesmal auf siebzehn. Immerhin gelang
es der Majorität noch, durchzusetzen, daß die Opposition im Plenum
nicht öffentlich ihre abweichende Haltung zum Ausdruck brachte. Bei
der Abstimmung am 2. Dezember 1914 stimmte Liebknecht aber doch
in der öffentlichen Sitzung gegen die Kredite.

Da sich außerdem die Opposition die aus dem Konflikt sich er-
gebenden agitatorischen Vorteile nicht entgehen ließ und unter der
Hand in ihrem Sinne die ihr zugänglichen Massen bearbeitete, so
finden sich, wie schon bereits gesagt, in diesem Konflikt innerhalb der
Sozialdemokratie die ersten Anzeichen der revolutionären Zersetzung
und Vergiftung des deutschen Volkes.

In diesen Zeitpunkt fällt auch das Erscheinen des ersten
Spartakusbriefes Liebknechts vom 2. Dezember 1914 (Facsimile 2),
der, wenn er auch noch nicht unter dem Namen „Spartakus“ erscheint,
doch vom geschichtlichen Gesichtspunkt aus als der erste Vorläufer
der späteren Spartakusbriefe zu bezeichnen ist. Gleichzeitig versandte
die sozialdemokratische Opposition, deren Führer Haase und Ledebour
zusammen mit Südekum im September in Rom gewesen waren,
zur Aufklärung der Massen ihre ersten mit der Schreibmaschine ge-
schriebenen Druckschriften in Form von „Referentenmaterial“¹, dessen
Verfasser der sozialdemokratische Stadtrat Brühl war.

¹ Darin hieß es unter anderem: „Kann der Krieg nicht verhindert werden,
dann ist es Pflicht, alles daranzusetzen, ihm ein schnelles Ende zu bereiten.
Gegen diese Pflicht hat die sozialdemokratische Fraktion verstoßen. Sie hat,
indem sie für die Kriegskredite stimmte, die Verantwortung für die gesamte

Gegen den Krieg.

Liebnechts Erklärung

Im Reichstag in der Sitzung vom 2. Dezember 1914.

Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt:

Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg, um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettübens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich auch um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisation und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflochtenen Monate trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregie mit steigender Deutlichkeit gelehrt. —

Die deutsche Parole »Gegen den Zarismus« diente, — ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole »Gegen den Militarismus«, — dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen, wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein.

Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, daß der Zweck, für den sie die Kredite fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.

Ein schneller, für keinen Teil demütigender Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Begehungen dafür sind zu begrüßen. Nur die gleichzeitige dauernde Stärkung der auf einen solchen Frieden gerichteten Strömungen in allen kriegführenden Staaten kann dem blutigen Gemetzel vor der völligen Erschöpfung aller beteiligten Völker Einhalt gebieten. Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller Länder, auch heute im Kriege sozialistische Arbeit im Frieden zu leisten.

Die Notstandskredite bewillige ich in der geforderten Höhe, die mir, bei weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend lindern kann; auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annektionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die betrachtenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.

Berlin, den 2. Dezember 1914.

gez.: Karl Liebknecht.

Das erste Dokument der kommenden neuen Internationale.

Die Konferenz der schweizerischen und italienischen Sozialisten am 27. Sept. 1914 in Lugano hat folgende Proklamation erlassen:

Die gegenwärtige Katastrophe ist das Ergebnis der imperialistischen Politik der Großmächte, die in den absolutistischen Monarchien zusammenfällt mit den dynastischen Interessen. Der europäische Krieg ist kein Ringen für höhere Kultur und für die Freiheit der Völker! Er ist in gleicher Weise ein Kampf der kapitalistischen Klassen um die Eroberung neuer Absatzmärkte in fremden Ländern, wie der verbrecherische Versuch, die revolutionäre Bewegung des Proletariats und der sozialen Demokratie im eigenen Lande niederzuzwingen.

Die deutschen und die österreichischen Bourgeois haben kein Recht, sich zur Verteidigung des Krieges auf den Kampf gegen den Zarismus und für die Freiheit der nationalen Kultur zu berufen, denn wie das preußische Junkertum mit Wilhelm II. an der Spitze und die deutschen Großindustriellen immer eine Politik der Unterstützung und der Aufrechterhaltung des fluchbeladenen Zarismus führten, so haben die Regierungen in Deutschland und Österreich-Ungarn die nationale Kultur unterdrückt und die freiheitliche Bewegung der Arbeiterklasse in Fesseln geschlagen. — Auch die französischen und englischen Bourgeois haben kein Recht, sich in der Verteidigung ihrer Länder auf den Kampf gegen den deutschen Imperialismus und für die Freiheit der Völker zu berufen. Ihr Ziel ist nicht die Befreiung der Völker von dem kapitalistischen und militaristischen Druck, denn durch ihre Bündnispolitik mit dem zaristischen Rußland haben sie diesen Druck verschärft und die Entwicklung zu höherer Kultur verhindert.

Die wahren Ursachen und der eigentliche Charakter des gegenwärtigen Krieges werden verdunkelt durch den in allen Ländern von den herrschenden Klassen absichtlich entfachten chauvinistischen Taumel.

Auch Teile der Arbeiterklasse wurden von dieser chauvinistischen Strömung mitgerissen und glauben durch die Teilnahme am Krieg der Befreiung des Proletariats der anderen Länder von der Blutherrschaft ihrer Regierungen zu dienen. Kein Krieg aber kann diese Wirkungen hervorrufen. Die Unterdrückten können sich nicht die Freiheit erringen im Kampf für ihre Unterdrücker und gegen die unterdrückten Klassen anderer Länder. — Diese alten Grundsätze der alten Internationale zu verkünden, ist heute, wo die internationalen Beziehungen der Arbeiter unterbrochen sind, mehr denn je die Pflicht der Sozialisten jener Länder, die von den Kriegsgreueln verschont geblieben sind.

Demgemäß betrachten es die unterzeichneten Vertreter der sozialistischen Parteien Italiens und der Schweiz als ihre Aufgabe mit dem Aufgebot ihrer letzten Kraft gegen eine weitere Ausdehnung des Krieges auf andere Länder anzukämpfen und jeden Versuch, neue Völker in den Krieg hineinzuhetzen, als ein Verbrechen an der arbeitenden Bevölkerung und an der Kultur zu brandmarken. In diesem Sinne wenden sich die Vertreter der Sozialdemokraten Italiens und der Schweiz an die soz. Parteien der übrigen Staaten. Indem sie so die Grundlage für eine gemeinsame Aktion unter dem am Krieg unbeteiligten, aber von seinen Wirkungen betroffenen Völkern gegen die Fortführung der furchtbaren Schlichereien schaffen, ersuchen sie die soz. Parteien der neutralen Länder gleichzeitig, von ihren Regierungen unverzüglich die Einleitung diplomatischer Unterhandlungen mit den Regierungen der im Kriege stehenden Staaten zu fordern, um eine rasche Beendigung des Völkermordens anzustreben.

Die italienischen Delegierten: Armuzzi, Balabanoff, De Falco, Lazzari, Modigliani, Morgani, Musatti, Ratti, Serati, Turati.

Die schweizerischen Delegierten: Albasser, Fefri, Greulich, Grimm, Nabe, Pflüger, Rimathé, Schenkel.

Am 18. Dezember 1914 schrieben Liebknecht, Mehring und Rosa Luxemburg die berühmtesten Weihnachtsbriefe an den „Labour Leader“, die in Deutschland in Massen unter der Hand verteilt wurden. In dem Brief Mehrings heißt es zum Schluß:

„Über das ungünstige Licht, worin die deutsche Sozialdemokratie den Schwesterparteien des Auslandes erscheint, täuscht dennoch. Was sich heute in ihr abgespielt hat, hat sein Vorbild in dem ersten Jahre des Sozialistengesetzes, wo die Führer auch kopflos wurden, aber die Massen sich alsbald sammelten; unter der Parole: mit den Führern, wenn diese wollen, ohne die Führer, wenn sie untätig bleiben, trotz den Führern, wenn sie widerstreben. Schon gärt es mächtig in allen großen Parteizentren Deutschlands: in Berlin, Hamburg, Leipzig, Stuttgart, und der Tag ist nicht mehr fern, wo der Frieden und die Rückkehr zu den unerschütterlichen Grundsätzen der Internationale von der deutschen Arbeiterklasse gefordert werden wird mit der ungestümen Kraft eines Willens, den die Kämpfe eines halben Jahrhunderts gestählt haben¹.“

Die Mehrheitssozialdemokratie glaubte auch ihrerseits zur Beruhigung ihrer Anhänger sich zum mindesten zu einer Geste, die ihrer internationalen Tradition entsprach, aufraffen zu müssen, und so sandte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands der englischen „Independent Labour Party“ zum 24. Dezember 1914 „herzliche Weihnachtsgrüße“.

Wie weit die Zersetzung bereits gediehen war, geht am deutlichsten daraus hervor, daß die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei auf einer Konferenz des 1. Wahlkreises der württembergischen Partei ein Mißtrauensvotum erhielt.

In dieses erste Wintervierteljahr 1914/15 fallen auch bereits die ersten Flugblätter der linksradikalen Opposition, und es ist bezeichnend, daß schon im letzten Monat des Jahres 1914 neben den

Politik der Regierung . . . übernommen . . . Gleichzeitig aber hat sie damit die revolutionäre Energie der Massen geschwächt, die allein dem Kriege ein Ziel setzen kann im Interesse der proletarischen Welt.“

¹ Drahn, „Unterirdische Literatur“, S. 15.

Artikeln Radeks in den „Lichtstrahlen“, der unter dem Pseudonym „Parabellum“ schrieb, eine Broschüre Trotsky¹ von der Schweiz nach Deutschland eingeschmuggelt wurde, die den Zerfetzungsprozeß beschleunigte.

In dieses Wintervierteljahr fällt auch nachweislich die erste Ententepropaganda, die zwar noch nicht nach einem bestimmten organisatorischen Plan arbeitete, aber am 5. November 1914 zum erstenmal die „Bulletin des armées“ unter Beigabe aufreizender Artikel in deutscher Sprache erscheinen ließ und vornehmlich in Elsaß-Lothringen verbreitete.

¹ „Der Krieg und die Internationale“, Zürich 1914.

1915

Im Januar 1915 hielt Liebknecht in Berlin eine Rede über „Imperialismus und Krieg“, in der er sagte:

„Klassenkampf ist die Lösung des Tages. Klassenkampf nicht erst nach dem Krieg, Klassenkampf während des Krieges, Klassenkampf gegen den Krieg. Nimmt die Partei nicht heute, während des Krieges, den Kampf auf, so wird man auch an ihren Kampfgeist nach dem Krieg nicht glauben, weder in den Arbeitermassen noch in den Reihen ihrer Gegner. Jetzt gilt es, sich bewähren . . .“

Am 4. Januar 1915 erfolgte in Dresden die Gründung der oppositionellen Ortsgruppe, und am 8. Januar fanden die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Nürnberg bereits den Mut, gegen eine Spende für die Hindenburg-Armee zu stimmen¹. In Stuttgart veranstaltete Klara Zetkin am 27. Januar 1915 anlässlich des Jahrestages der russischen Revolution von 1905 eine Revolutionsfeier. Am 2. Februar 1915 kam es in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu erbitterten Auseinandersetzungen über die Haltung Liebknechts.

Am 16. Februar tagte in London eine interalliierte sozialistische Konferenz². Am 17. Februar stellte man im Bereich des VI. Armeekorps die ersten feindlichen Fliegerabwürfe fest.

¹ Buchner, „Kriegsdokumente“, Band VI, S. 69.

² Bezeichnend für die nationale Haltung der Sozialisten in den alliierten Ländern sind folgende Tatsachen:

Der belgische Sozialist Wandervelde erklärte in Paris auf einem Vortrag am 18. April 1915: „Ich komme heute, um über den Krieg und für den Krieg zu sprechen. Als internationaler und sozialistischer Friedensfreund bin ich für den Krieg bis zum Ende. Ich fühle Zorn gegen jeden anderen Gesinnungsgenossen, die möchten, daß man Frieden schließe . . .“

Am 18. Februar 1915 erfolgte die Verhaftung von Rosa Luxemburg, und bereits am 23. Februar 1915 konnte Ströbel im Preussischen Landtag den Satz aussprechen:

„Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reichs den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde.“

Der Monat März 1915 weist deutliche Spuren der Entwicklung des Vergiftungsprozesses auf. In ihn fällt die erste Reichskonferenz der „Gruppe Internationale“. Am 5. März erfolgte in Mülhausen die Verhaftung von sieben sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedern¹. Am 18. März 1915 kam es zum erstenmal zu einer Frauendemonstration vor dem Reichstag. Die am 20. März notwendig gewordene Abstimmung über den Etat ließ die Zahl der oppositionellen Abgeordneten auf dreißig steigen. Im Plenum stimmten Liebknecht und Kühle gegen den Etat. Am 23. März 1915 fand eine Konferenz des „Internationalen Sozialistischen Büros“ im Haag statt, an der sich aus den kriegführenden Ländern lediglich die Sozialdemokratie Deutschlands beteiligte. Diese Konferenz dürfte nicht ohne Einfluß auf die am 12./13. April 1915 in Wien abgehal-

Zur Ernennung des französischen Sozialisten Thomas zum Munitionsminister stand in der „Humanité“ vom 22. Mai 1915 folgender Artikel:

„Zum zweiten Male appelliert die Regierung der Republik an die Tätigkeit eines der Unseren. Wir geben dem Genossen Albert Thomas Vollmacht, zu antworten: ‚Zur Stelle!‘ und die Last von Verantwortung auf sich zu nehmen, die man ihm anbietet unter der dringenden Notwendigkeit der nationalen Verteidigung . . .“

Die permanente Verwaltungskommission der sozialdemokratischen Partei.
Die sozialistische Gruppe im Parlament.

* * *

Am 21. Juli 1915 hielt das „Komitee der nationalen Verteidigung“ in England, das vornehmlich aus Mitgliedern der britischen sozialistischen Partei bestand, eine Versammlung ab, in der John Hodge, der Sekretär der Stahlarbeiter und Führer der Arbeiterpartei, im Unterhaus erklärte:

„Wir sind fest entschlossen, das Banner der Freiheit zu tragen und keine Geld- und Blutopfer zu scheuen, bis der europäische Störenfried niedergeworfen ist.“

¹ Buchner, „Kriegsdokumente“, Band VII, S. 148.

tene Zusammenkunft der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten gewesen sein, in der man ganz bestimmte internationale Forderungen formulierte¹, und an deren Ende man ein Manifest veröffentlichte, das sich rückhaltlos auf den Boden der Kopenhagener Beschlüsse von 1910² stellte. An dieser Konferenz nahmen deutscherseits Ebert, Haase, Molkenbuhr, Müller und Louis Zieg teil. Die erhoffte Wirkung und das Echo aus den anderen kriegführenden Ländern blieb aus.

Am 24. März 1915 tagte in Bern die erste Internationale Frauenkonferenz, die von Klara Zetkin einberufen wurde und sich mit einem Aufruf „An die sozialistischen Frauen aller Länder“³ an ihre Mitglieder wandte.

Fast zur gleichen Zeit, nämlich am 25. März 1915, hielten Liebknecht und Ledebour ihre großen parlamentarischen Oppositionsreden, die in dem uns feindlichen Auslande einen so starken Widerhall fanden⁴, daß sich die englische Presse veranlaßt sah, den Text dieser Reden noch durch Porträts der beiden Abgeordneten zu verschönen.

Inzwischen waren die internationalen Pazifisten auch nicht untätig gewesen. Am 7. Januar 1915 erließ das „Internationale Friedensbüro“ in Bern einen Aufruf und vom 7. bis 10. April 1915 tagte im Haag eine Konferenz des „Anti-Dorlog-Raad“⁵, an der von deut-

¹ Die Forderungen lauteten:

„Ausbau der internationalen Schiedsgerichte zu obligatorischen Einrichtungen zum Zwecke der Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten . . .

Unterwerfung aller Staatsverträge und Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretung.

Internationale vertragsmäßige Einschränkung der Rüstungen mit dem Ziele der allgemeinen Abrüstung.

Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker.“

² Siehe Anhang 5.

³ Siehe Anhang 6.

⁴ Die „Daily News“ nannte die Reden ein „document of first importance“.

⁵ Das Mindestprogramm, das auf der Internationalen Zusammenkunft des Anti-Dorlog-Raad im Haag vom 7.—10. April 1915 beschlossen wurde, lautete:

1. Es soll weder eine Annexion noch eine Gebietsübertragung stattfinden gegen die Interessen und Wünsche der Bevölkerung, deren Zustimmung, wo es möglich ist, durch Plebiszit oder auf andere Weise eingeholt werden soll.

scher Seite Herr von Tepper-Laski und Professor Schücking teilnahmen, und in der dieselben eine besondere Geneigtheit Englands zum Friedensschluß feststellen zu können glaubten. Zweifellos aus bester Überzeugung heraus hielten es diese Teilnehmer für nötig, auf eigene Faust eine „diplomatische Aktion“ einzuleiten, ohne sich offensichtlich darüber im Klaren zu sein, wie derartige separatistische Handlungen, die mehr oder weniger ein Mißtrauensvotum gegen die deutsche Regierung darstellten, auf die Entente wirkten. Die Geschichte des Weltkrieges und die Entschlüsse und Manifeste der verschiedenen sozialistischen Konferenzen in den Ententestaaten lehren, daß die sozialistischen Kreise Frankreichs und Englands jede internationale Programmatik hinter die nationale Kriegsnotwendigkeit des Existenzkampfes ihres Staates zurückstellten. Es ist und bleibt die Tragik des deutschen Intellektualismus, daß er stets bereit gewesen ist, die Existenz seines Volkes dem Phantom der Menschheit zu opfern.

Die Staaten sollen den Nationalitäten ihres Gebietes Rechtsgleichheit, Religionsfreiheit und den freien Gebrauch ihrer Sprache garantieren.

2. Die Staaten sollen vereinbaren, in ihren Kolonien, Protektoraten und Interessensphären Handelsfreiheit oder wenigstens Gleichstellung aller Nationen durchzuführen.

3. Das auf die friedliche Organisation der Staatengesellschaft bezügliche Werk der Haager Friedenskonferenz soll mit einer dauernden Organisation ausgestattet werden und periodische Sitzungen halten.

Die Staaten sollen vereinbaren, alle ihre Streitigkeiten einem friedlichen Verfahren zu unterwerfen. Zu diesem Zweck sollen neben dem im Haag vorhandenen Schiedshof a) ein wirklich ständiger internationaler Gerichtshof und b) ein gleichfalls ständiger internationaler Untersuchungs- und Vermittlungsrat errichtet werden. Die Staaten sollen sich verpflichten, eine vereinbarte diplomatische, wirtschaftliche oder militärische Aktion für den Fall durchzuführen, daß ein Staat militärische Maßnahmen ergreift, statt den Streitfall dem richterlichen Spruch zu unterbreiten oder das Gutachten des Untersuchungsvermittlungsrates einzuholen.

4. Die Staaten sollen eine Verminderung der Rüstungen vereinbaren. Um die Herabsetzung der Bewaffnung zur See zu erleichtern, soll das Beuterecht abgeschafft und die Freiheit der Meere gesichert werden.

5. Die auswärtige Politik soll einer wirksamen Kontrolle der Parlamente unterstellt werden.

Geheime Verträge sollen nichtig sein.

Am 15. April 1915 erschien in Düsseldorf gedruckt die erste und letzte Nummer der „Internationale“. Wenige Tage später, in der Zeit vom 28. bis 30. April, tagte wiederum auf Veranlassung des „Anti-Dorlog-Raad“ im Haag ein Internationaler Frauenkongreß, der schließlich zur Gründung des „Internationalen Frauenausschusses für einen dauernden Frieden“ führte, der in den späteren Jahren in Deutschland den revolutionären Zerfetzungsprozeß wesentlich gefördert hat.

Zu Ostern, am 4. April 1915, fand in Bern eine „Internationale sozialistische Jugendkonferenz“ statt. Hier beschloß man die Verlegung des internationalen Jugendsekretariats nach der Schweiz, dessen Sekretär Münzenberg wurde, der auch die Leitung der Zeitschrift der „Jugendinternationale“ hatte. An dieser Konferenz nahmen deutscherseits Jugendliche aus Stuttgart, Karlsruhe und Göppingen teil, während die Jugendlichen aus Ulm¹ und Dresden Sympathieadressen sandten. Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, darauf

¹ Der Jugendausschuß von Ulm sandte folgende Sympathieadresse:
„An die internationale Jugendkonferenz

B e r n.

Werte Jugendgenossen!

Zu unserem größten Bedauern können wir uns aus leicht erklärlichen Gründen an der internationalen Jugendkonferenz nicht beteiligen. Uns ist es aber dringendstes Bedürfnis, zu versichern, daß auch wir von der Notwendigkeit dieser Konferenz überzeugt sind.

Wir sind in der Gewißheit, daß die Konferenz zeigen wird, daß die arbeitende Jugend aller Länder, vor allem der Kriegsführenden, treu an dem unerschütterlichen Gedanken der Internationale festhält; denn nur so kann die Befreiung des Proletariats erfolgen; denn nur so können wir die Fesseln des Kapitalismus mit seinen kulturzerstörenden Nebenerscheinungen: Militarismus und Marinismus, zersprengen.

Wir erwarten ganz bestimmt, daß trotz des blutigen Weltenbrandes die Delegierten aller Länder sich brüderlich die Hände reichen und mächtig ihre Stimme für den Völkerfrieden erheben mögen, sowie in ihren Ländern die Friedensstimmung tatkräftig zu fördern.

In diesem Sinne wünschen wir der Konferenz, die ja nur beratenden Charakter tragen kann, ein fruchtbringendes Ergebnis.

Es lebe der Völkerfrieden!

Es lebe die internationale proletarische Jugendbewegung!

Mit brüderlichen Jugendgrüßen!

J u g e n d a u s s c h u ß v o n U l m u n d U m g e b u n g .“

hinzuwiesen, daß bei beiden Kongressen in Bern die Einberufer Deutsche — Klara Zetkin und Münzenberg — waren, wie es denn auch ein ganz auffallendes Symptom ist, zu beobachten, daß alle internationalen Kongresse während des Krieges, soweit sie zustande kamen, aus den kriegführenden Ländern fast nur von Deutschen besetzt worden sind. Es dürfte auch sicherlich kein Zufall sein, daß das führende internationale Organ der Friedensbewegung, die „Friedenswarte“ ihre literarischen Mitarbeiter fast ausschließlich in Deutschland fand. Es zeigen sich in diesen verschiedenen Konferenzen schon deutlich die verheerenden Folgen der organisatorischen Konzentration der pazifistischen und sozialistischen Bewegung in den Deutschland benachbarten Ländern.

Am 13. April 1915 lehnte die sozialdemokratische Fraktion in Elsaß-Lothringen unter Führung von Peirotès den Landeshaushaltsetat ab, worauf am 22. April die Ausweisung Peirotès' verfügt wurde.

Am 7. Mai 1915 publizierte die „Bergische Arbeiterstimme“ an der Spitze ihres Blattes eine Friedensresolution, die in 25 sozialdemokratischen Versammlungen in Hessen-Nassau angenommen war.

Die politische Opposition, die inzwischen wesentlich an Boden gewonnen hatte und auch bereits den Erfolg buchen konnte, daß die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Remscheid des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein Mißtrauensvotum gegen die Parteipolitik der Fraktionsmehrheit aussprach, sah in dem traditionellen Tage des 1. Mai ein willkommene Gelegenheit zu größeren Demonstrationen. Manifeste gegen den Krieg in Form von Flugblättern und Handzetteln wurden in den Hauptzentren der Opposition Berlin, Dresden, Stuttgart, Leipzig und Hamburg verteilt. Gleichzeitig tagte in Frankfurt am Main eine Versammlung der Radikalen, die eine scharfe Friedensresolution annahm.

Bei allen diesen Aktionen trat die sozialistische internationale Jugend immer mehr in den Vordergrund, bis sie in den späteren Jahren geradezu führenden Einfluß gewann. Dies war von um so größerer Bedeutung, da sich aus ihren Kreisen entweder der spätere Heeresersatz rekrutierte, oder der Ersatz der Arbeiterschaft in den Munitionsbetrieben. In beiden Fällen ergab sich hieraus eine ungeheure Gefahr für die innere und äußere nationale Widerstandskraft des deutschen Volkes.

Es kann nicht wundernehmen, daß diese intensive Tätigkeit im Volk bald auch ihre Auswirkung im Heere hatte, und so finden wir denn in dieser Zeit nach dem eigenen Eingeständnis einer der später führenden militärischen Revolutionäre den Anfang zur Revolutionierung der Flotte. Der frühere Marineangehörige Haas sagte darüber in einer Versammlung des radikalen Seemannsbundes in Geestemünde am 30. August 1919:

„Wir haben schon mit Beginn des Krieges, von Anfang 1915 an, systematisch an der Revolutionierung der Flotte gearbeitet. Wir haben von unserer Löhnung alle zehn Tage 50 Pfennig gesammelt, uns mit Reichstagsabgeordneten ins Benehmen gesetzt und revolutionäre Flugschriften verteilt, um für die Novemberereignisse die Vorbedingungen zu schaffen.“

So sieht man bereits hier, nach dem Verlauf nur weniger Kriegsmomente, den Ring des revolutionären Kampfes sich vollkommen schließen.

Am 23. Mai 1915 erklärte Italien Österreich den Krieg. Die linksradikale Opposition benutzte die Gelegenheit, um am 26. Mai eine Demonstration zu veranstalten, der sich am 28. Mai 1915 eine von 1500 Teilnehmern besuchte Frauendemonstration vor dem Reichstag anschloß, bei welcher der Genosse Viedt verhaftet wurde. In diesen Tagen veröffentlichte Liebknecht das Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ (Faksimile 3).

Im April 1915 erschien die von Rosa Luxemburg im Gefängnis verfaßte „Juniusbroschüre“¹, die eine Generalabrechnung mit der

¹ Der Kernpunkt der Ausführungen Rosa Luxemburgs liegt in den folgenden Worten: „Alle Forderungen, die etwa auf die völlige oder stückweise ‚Abrüstung‘, auf die Abschaffung der Geheimdiplomatie, auf Zerschlagung aller Großstaaten in nationale Kleinstaaten und dergleichen mehr hinauslaufen, sind samt und sonders völlig utopisch, solange die kapitalistische Klassenherrschaft das Heft in den Händen behält. Diese kann zumal unter dem jetzigen imperialistischen Kurs so wenig auf den heutigen Militarismus, auf die Geheimdiplomatie, auf den zentralistischen gemischtnationalen Großstaat verzichten, daß die betreffenden Postulate eigentlich mit mehr Konsequenz allesamt auf die glatte ‚Forderung‘ hinauslaufen: Abschaffung des kapitalistischen Klassenstaates. Nicht mit utopischen Ratschlägen und Projekten, wie der Imperialismus im Rahmen des bürgerlichen Staates durch partielle Reformen zu mildern, zu zähmen, zu dämpfen wäre, kann die proletarische Politik sich wieder den ihr

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Das seit 10 Monaten, seit dem Angriff Oesterreichs auf Serbien, täglich zu erwarten war, ist eingetreten: der Krieg mit Italien ist da.

Die Volksmassen der kriegsführenden Länder haben begonnen, sich aus den amtlichen Lügennetzen zu befreien. Die Einsicht in die Ursachen und Zwecke des Weltkriegs, in die unmittelbare Verantwortlichkeit für seinen Ausbruch hat sich auch im deutschen Volk verbreitet. Der Irrwahn heiliger Kriegsziele ist mehr und mehr gewichen, die Kriegsbegeisterung geschrumpfen, der Wille zum schleunigen Frieden mächtig emporgewachsen, allenthalben — auch in der Armee!

Eine schwere Sorge für die deutschen und österreichischen Imperialisten, die sich vergeblich nach Rettung umsehen. Sie scheint ihnen jetzt gekommen. Italiens Eingreifen in den Krieg soll ihnen die willkommenen Gelegenheit bieten, neuen Launen des Völkerverhasst zu entsagen, den Friedenswillen zu ersticken, die Spur ihrer eigenen Schuld zu verwischen. Sie spekulieren auf die Vergesslichkeit des deutschen Volkes, auf seine nur allzu oft erprobte Langmut.

Würde der saubere Plan glücken, das Ergebnis zehnmonatiger blutiger Erfahrung wäre zu nichts, das internationale Proletariat stünde wiederum entwaffnet da, völlig ausgeschaltet als selbständiger politischer Faktor.

Der Plan muß zunichte werden — sofern der dem internationalen Sozialismus treu gebliebene Teil des deutschen Proletariats seiner geschichtlichen Sendung in dieser ungeheuren Zeit eingedenk und würdig bleibt.

Die Feinde des Volkes rechnen mit der Vergesslichkeit der Massen — wir setzen dieser Spekulation entgegen die Lösung:

Nichts lernen, nichts vergessen!

Nichts vergessen!

Wir haben erlebt, daß beim Kriegsausbruch die Massen von den herrschenden Klassen mit lodenden Melodien für den kapitalistischen Kriegszweck eingefangen wurden. Wir haben erlebt, wie die schillernden Selsenblasen der Demagogie zerplatzten, die Narrenträume des August verlogen, wie statt des Glücks Elend und Jammer über das Volk kamen; wie die Tränen der Kriegswitwen und Kriegswaisen zu Strömen anschwellen; wie die Erhaltung der Dreiklassen-schmach, die verstockte Heiligensprechung der Biederkeit: Halbabsolutismus — Junkerherrschaft — Militarismus — Polgel-willür zur bitteren Wahrheit wurde.

Durch die Erfahrung sind wir gebarnt — alles lernen, nichts vergessen!

Widerwärtig sind die Tiraden, mit denen der Kaiserliche Imperialismus seine Raubpolitik verdrängt; widerwärtig ist jene römische Tragikomödie, in der auch die landläufig gewordenen Grimasse des Burgfriedens nicht fehlt. Noch widerwärtiger ist jedoch, daß wir in alledem nur wie in einem Spiegel die deutschen und österreichischen Methoden vom Juli und August 1914 wiedererkennen.

Jede Brandmachung verdienen die italienischen Kriegsheer. Aber sie sind nichts als die Abbilder des deutschen und österreichischen Kriegsheer, jener Hauptschuldigen am Kriegsausbruch. Gleiche Brüder, gleiche Rappen!

Wem hat das deutsche Volk die neue Heimsuchung zu danken? Von wem hat es Rücksicht zu fordern für die neuen Opfer-Opelotomben, die sich türmen werden?

Es bleibt dabei: das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914 war die Brandfackel, die die Welt entzündete, wenn auch der Brand erst spät auf Italien übergriff.

Es bleibt dabei: dieses Ultimatum war das Signal für die Neuverteilung der Welt und tief mit Notwendigkeit alle kapitalistischen Raubstaaten auf den Plan.

Es bleibt dabei, dieses Ultimatum sollte die Frage der Vorkerschaft auf dem Balkan, in Kleinasien und im ganzen Mittelmeer und damit auch alle Gegensätze zwischen Oesterreich-Deutschland und Italien mit einem Schläge auf.

Wenn sich die deutschen und österreichischen Imperialisten jetzt hinter dem Wunsch der italienischen Raubpolitik, hinter der Nullifizierung der italienischen Kreuzlosigkeit zu verstecken suchen; wenn sie die Loga der moralischen Entzweiung, der gekränkten Unschuld umwerfen, während sie doch in Rom nur eben Jhresgleichen gefunden haben, so verdienen sie die Lauge des grausamsten Hohns.

Nicht vergessen gilt's, wie mit dem deutschen Volke gerade in der italienischen Frage gespielt worden ist, gespielt von den sehr ehrenwerten deutschen Patrioten.

Seit je war der Dreibundvertrag mit Italien eine Faxe — auch hat man darüber getäuscht!

Stets galt Italien dem Stundigen für den Kriegssall als sicherer Gegner Oesterreichs und Deutschlands — auch hat man es als einen sicheren Bundesgenossen vorgegaukelt.

Im Dreibundvertrag, bei dessen Abschluß und Erneuerung niemand euch befragte, lag ein gut Teil von Deutschlands weltpolitischem Schicksal beschlossen — bis zum heutigen Tage ist euch von diesem Vertrage nicht ein Buchstabe mitgeteilt.

Das österreichische Ultimatum an Serbien, mit dem eine kleine Clique die Menschheit überrumpelte, war der Bruch des Bündnisvertrags zwischen Oesterreich und Italien auch hat man davon nichts gesagt.

Dieses Ultimatum ist gegen den ausdrücklichen Biderspruch Italiens ergangen — auch hat man das verschwiegen.

Am 4. Mai dieses Jahres schon war von Italien das Bündnis mit Oesterreich aufgelöst — bis zum 18. Mai hat man diese entscheidende Tatsache dem deutschen und österreichischen Volk vorenthalten, ja, der Wahrheit zum Troß geradewegs amtlich abgelehnet — ein Gegenbild zu jener geflüsterlichen Däpierung des deutschen Volkes und des deutschen Reichstags über das deutsche Ultimatum an Belgien vom 2. August 1914.

Faksimile 3. (Siehe S. 25.)

Politik der Sozialdemokratie darstellte und zweifellos die beste Arbeit der unterirdischen revolutionären Literatur während der Kriegszeit darstellt. Es ist nicht uninteressant darauf hinzuweisen, daß der Druck dieser Broschüre von Franz Pfemfert¹, dem Herausgeber der „Aktion“, besorgt wurde. Hier zeigt sich wieder der gefährliche Zusammenhang zwischen den intellektuellen Kreisen und der linksradikalen Opposition. Pfemfert, der in seiner „Aktion“ in der Rubrik „Ich schneide die Zeit aus“ den Kampf der geistigen Zersetzung des deutschen Volkes mit der ganzen Brutalität eines nur auf Verneinung eingestellten, kalten Intellektualismus führte, war neben Wilhelm Herzog, dem Herausgeber des „Forum“, einer der gefährlichsten intellektuellen Revolutionäre. Typisch für die Perfidie

ALFRED LICHTENSTEIN
ist — gewesen! Ein Schuß durch den Leib
tötete ihn, der als dienstplichtiger Soldat
nach dem westlichen Schlachtfeld komman-
diert worden war, den 25. September. Ein
Freund, der bei dem Versuch, den getroffenen
Dichter zu bergen, ebenfalls schwer verwundet
wurde und auf dem Felde bei dem Sterben-
den lag, gibt uns jetzt diese brutale Gewißheit.

G E O R G H E C H T
unserer Treuesten Einer, ist, als dienst-
pflichtiger Soldat, den 14. Mai 1915 im
Westen getötet worden. Dreißigjährig.
Jeder Zuruf, den ich von ihm aus dem
Felde empfing, war ein Gelöbnis. Wenige
Stunden vor seinem Sterben noch, den
13. Mai, sendet er auf das Morgen ver-
weisende Wünsche. Bis er erschossen wurde,
hat Georg Hecht für unsere Tage gehofft.

Faksimile 4.

seines Intellektualismus sind die Todesanzeigen in der „Aktion“ (Faksimile 4). Die besondere Gewandtheit Pfemferts sowohl wie Herzogs besteht darin, daß sie es stets verstanden haben, die Praxis

gebührenden Platz erobern. Das eigentliche Problem, das der Weltkrieg vor die sozialistischen Parteien gestellt hat und von dessen Lösung die weiteren Schicksale der Arbeiterbewegung abhängen, das ist die Aktionsfähigkeit der proletarischen Massen im Kampfe gegen den Imperialismus. Nicht an Postulaten, Programmen, Lösungen fehlt es dem internationalen Proletariat, sondern an Taten, an wirksamem Widerstand, an der Fähigkeit, den Imperialismus im entscheidenden Moment gerade im Kriege anzugreifen und die alte Losung ‚Krieg dem Kriege‘ in die Praxis umzusetzen. Hier ist der Rhodus, wo es zu springen gilt, hier der Knotenpunkt der proletarischen Politik und ihrer ferneren Zukunft.“

¹ Pfemfert erließ im November 1918 einen Aufruf der „Antinationalen Sozialistischen Partei“, in dem es heißt: „Die U.S.P. hat sich in den Jahren der unterirdischen Agitation nur mit einer deutschen Sozialistengruppe in praktischer Arbeit verbunden gefühlt: mit der Gruppe Spartakus.“

ihres recht kapitalistischen Privatlebens mit der Theorie des „Klassenkampfes“ in Einklang zu bringen.

In diesem Frühjahr 1915 machte sich auch unter der Studentenschaft eine gewisse oppositionelle Bewegung bemerkbar. Die hier auftauchende Opposition wurzelte zunächst mehr in der Utopie romantischer Menschheitsideale, die im Kreise intellektueller Debattierclubs harmlos waren, in der Hand demagogischer Agitatoren aber von jeher die Völker in die größten Katastrophen getrieben haben. Einer der Führer der damaligen akademischen Jugendbewegung, Max Hobann, schrieb später darüber¹:

„Es gab einige Zentren, die sich gegen die politische Verdunklung während des Krieges aufbäumten. Zeugnisse sind in der Arbeit der ‚Berliner Freien Studentenschaft‘ 1915 niedergelegt, die zum Protest gegen die Kriegsmakulatur ‚Flugblätter an die deutsche Jugend‘ erscheinen ließ . . . Die gleiche Studentengruppe ließ 1915 die Zeitschrift ‚Der Aufbruch‘ erscheinen, deren radikale Stellungnahme zu den Zeitereignissen und zu der geistigen Verrottung der Hochschulen den Zorn der Behörde im höchsten Maße erregte. Die Folge war, daß der Herausgeber von der Universität verwiesen wurde. Die Zeitschrift fiel der Zensur zum Opfer. In der Folge erschien in Königsberg die ‚Neue Hochschule‘, die in gewisser Weise die Tradition des ‚Aufbruch‘ aufnahm und fortführte . . . In Jena, in München, in Heidelberg waren es wenige Menschen, die versuchten, gegen den Strom nationaler Verheerung zu schwimmen . . .“

Charakteristisch ist auch hier wieder, daß der „Aufbruch“ jene eigenartige Verbindung von intellektueller Romantik und sozialistischer Programmatik in der Zusammensetzung seiner Herausgeber zeigte, indem die eine Seite von dem Freistudenten Joel, die andere von dem Sozialisten Gustav Landauer, die gemeinsam als Herausgeber zeichneten, vertreten wurde.

Inzwischen hatte der „Bund Neues Vaterland“ die Mission seiner Mitglieder Professor Schücking und des Herrn von Lepper-Laski im Haag zur Grundlage einer eifrigen Tätigkeit gemacht, von der Fried in der Friedenswarte begeistert schrieb:

¹ „The Word“ Nr. 6, 6. September 1919.

„Herzerfrischend ist die Tätigkeit und sind die Veröffentlichungen des Bundes Neues Vaterland, indem sich neue Kreise unserer Bewegung anschließen. Was dieser Bund unter den gegenwärtig schweren Umständen leistet, läßt für später Ausgezeichnetes erhoffen.“

In der deutschen Presse dachte man über diese recht zweifelhafte Tätigkeit anders und führte für sie das Wort von der „Maulwurfsarbeit“ ein. Es ist nicht uninteressant zu lesen, daß damals sich selbst der frankophile Georg Bernhard in der „Bosser Zeitung“ vom 21. Juni 1915 gegen die Tätigkeit der Mitglieder des Bundes Neues Vaterland mit den Worten wandte:

„... Ihnen sollte meines Erachtens von unseren verantwortlichen Politikern energischer entgegengetreten werden, als das bisher der Fall war ...“

Am 28. und 29. Mai 1915 entwickelte der Reichskanzler Bethmann Hollweg im Reichstag das Friedensprogramm der Regierung, zu dem sich die parlamentarische Opposition im Plenum nicht äußern konnte. Dies nahm sie zum Anlaß, um am 9. Juni 1915 einen „Offenen Brief an den Vorstand der Partei und an den Vorstand der Reichstagsfraktion“ (Faksimile 5) zu verbreiten, der bald über 1000 Unterschriften fand. Dieser Brief war der Auftakt zum Kampf der Opposition in der breiten Öffentlichkeit. Bereits am 19. Juni 1915 folgte diesem Brief das von Bernstein, Haase und Kautsky unterzeichnete Manifest „Das Gebot der Stunde“ in der „Leipziger Volkszeitung“¹.

¹ Die Schlusssätze dieses Artikels lauten: „Nachdem die Eroberungspläne vor aller Welt offenkundig sind, hat die Sozialdemokratie die volle Freiheit, ihren gegensätzlichen Standpunkt in nachdrücklichster Weise geltend zu machen, und die gegebene Situation macht aus der Freiheit eine Pflicht. Das Proletariat erwartet sicherlich, daß, ebenso wie im Jahre 1870 sich bei einer ähnlichen Situation alle Sozialdemokraten, trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten beim Ausbruch des Krieges, zu einem einmütigen Handeln zusammenfanden, die Sozialdemokratie auch jetzt in gleicher Einmütigkeit zusammenstehen wird.“

Wir wissen, daß die Friedensbedingungen, die von einer Seite der Kriegführenden der anderen aufgezwungen werden, keinen wirklichen Frieden bringen, sondern nur neue Rüstungen mit dem Ausblick auf einen neuen Krieg

An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands! An den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Berlin!

Werte Genossen!

Die Ereignisse der letzten Wochen zwingen uns zu diesem Schreiben.

Mit dem 4. August 1914 hat die parlamentarische und außerparlamentarische Leitung der deutschen Sozialdemokratie eine Politik begonnen, die nicht nur das Vergehen der Partei in einem unergieblichen geschäftlichen Augenblick, sondern eine immer schroffere Abkehr von ihren bisherigen Grundzügen bedeutet.

Die verhängnisvollen Witzungen dieser Abkehr ergriffen unmittelbar von der äußeren Politik aus die gesamte innere Politik der Partei, die damit auf beiden Gebieten aufhörte, als selbständiger Faktor zu existieren. Die Anerkennung des Burgfriedens war das Kreuz auf dem Grabe des Klassenkampfes, der nicht in behördlichen und parlamentarischen Geheimkonventionen, noch durch eine Hindertreppenpolitik nach dem Muster kapitalistischer Klüngel geführt werden kann.

Die Mehrheit der Reichstagsfraktion wich jedem ernsthaften Kampf aus, selbst dem für die Koalitionsfreiheit, für die Wahlreform. Sie lehnte es ab, auch nur die Aufhebung des Belagerungszustandes zu beantragen, und verwandelte damit die aufgezwungene Rechtlosigkeit in eine freiwillig übernommene, um dann durch ihren Redner der untertänigen Hoffnung Ausdruck zu geben, eine Milderung der Zensur lasse sich vielleicht von einer Fürsprache beim Kaiser erreichen.

Von Session zu Session wurden die Hoffnungen auf eine Aenderung der Fraktionspolitik vertrotzelt und verschoben. Und immer von neuem enttäuscht. Der Rat brachte die Vollenbung des Zusammenbruchs.

Immer klarer war zutage getreten, daß der Krieg nicht der Verteidigung der nationalen Unversehrtheit dient. Immer deutlicher hatte sich sein imperialistischer Eroberungscharakter offenbart. Immer ungeniertere Belohnnisse zur Innenpolitik wurden abgelegt. Zu den Reueherungen einflussreicher Drahtzieher des Kapitalismus traten Rundgebungen mächtiger kapitalistischer Wirtschaftsverbände, Beschlüsse der herrschenden bürgerlichen Parteien und im Februar die vom Herrenhaus mit einhelliger Zustimmung aufgenommene Rede des Herrenhauspräsidenten, die die Möglichkeit eines sofortigen Friedens unter Aufrechterhaltung des bisherigen deutschen Besitzstandes feststellte, aber die Fortsetzung des Krieges zu Eroberungszwecken für geboten erklärte, eine Rede, durch die sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion dennoch nicht an der Bewilligung neuer zehn Milliarden Kriegskredite und des Budgets hatte hindern lassen.

Die übergroße Masse der Parteigenossen dahem wie im Felde erwartete, daß die Reichstagsfraktion wenigstens jetzt endlich im Rat, nach langen 10 Monaten eines furchtbaren, in Dauer und Ausgang unübersehbaren Kampfes in einer nachdrücklichen unabweislichen Rundgebung die schleunige Beendigung des Krieges fordern und dem entschlossenen Friedenswillen der Sozialdemokratie Ausdruck verleihen würde — entsprechend dem vom deutschen Parteitag noch ausdrücklich gebilligten Beschluß des Stuttgarter Kongresses, der die Partei verpflichtet, den Krieg zur Aufrüttelung der Massen im Klassenkampf auszunutzen und so für seine rasche Beendigung zu wirken.

Die Erwartung der Massen ist wieder unerfüllt geblieben.

Wie die Fraktionsmehrheit kein Wort des Protestes gegen den Bruch der belgischen Neutralität gefunden hatte, wie sie es ablehnte, ihre Stimme zu erheben gegen die Verpesterung der Lusitania, gegen das Vergeltungsprinzip, das zu einem Wettlauf der Grausamkeit führt und die Zivilbevölkerung immer tiefer in die Schrecknisse des Krieges reißt, wie sie es unterließ, nach dem Beispiel unserer serbischen, russischen, englischen und italienischen Genossen die Schuldigen am Weltkrieg im eigenen Lande zu bekämpfen, und wie sie half, dem imperialistischen Unternehmen den Deckmantel des Patriotismus umzuhängen, so hat sie auch hier völlig versagt. Wenn der sozialdemokratische Redner am 29. Mai in einigen Wendungen von Friedenssehnsucht sprach und für einen Frieden ohne Annexion eintrat, so nahmen doch Form und Begleitumstände von vornherein dieser Rede den Charakter einer ernstlichen Friedensrundgebung. Und was sich nach ihr abspielte, stempelte die ganze „Aktion“ für In- und Ausland zum Gegenteil einer Friedensrundgebung.

Die volle Bedeutung dieser Haltung der Fraktionsmehrheit ergibt sich aus der Tatsache, daß ihr das Kriegsziel der Regierung ganz autoritativ bekannt war. Unverkümmert hatte der Reichslangler in der Reichstagsführung vom 28. Mai die Eroberungskrieg proklamiert, zu dessen Programm, wie die Fraktion wußte, die offene Annexion russischer und französischer Gebiete und unter dem Etikett der zwangsweisen wirtschaftlichen Angleichung die verfestete Annexion Belgiens gehört. Auf diese Proklamation galt es, die sozialdemokratische Antipode zu erhalten. Die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit jedoch fand darauf, von jenen unerheblichen Redewendungen abgesehen, nur ein erneutes Bekenntnis zur Politik des 4. August, das heißt zur Willfährigkeit gegenüber der Regierung und den herrschenden Massen; und das, obwohl Graf Westarp sie unter Beihilfe der bürgerlichen Parteien durch den — freilich von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion unterstützten! — Handreich eines Betrugsantrages, gerade eben die Sonderpolitik hatte fühlen lassen. Und auf die alarmierenden Eroberungsankoren des konsequenten und nationalliberalen Redners fand sie nur eben eine nochmalige Unterstreichung dieses Bekenntnisses und die Berufung auf denselben Reichslangler, dessen Innenpolitik sie vor den Augen aller Welt enttillt waren.

Der dringendste Anlaß war gegeben, sich endlich von der Regierungs-Politik loszusagen und ihr den schärfsten Kampf zu erklären. Die endliche rücksichtslose Herabwehrung des sozialistischen Interesses und der proletarisch-

Dieses Manifest mußte über kurz oder lang den offenen Bruch innerhalb der Partei nach sich ziehen, und es erscheint geradezu verwunderlich, daß sich dieser Prozeß einer reinlichen Scheidung noch bis ins nächste Frühjahr hinschleppen konnte. Immerhin hatte diese öffentliche Diskussion den Erfolg, daß die Parteimehrheit sich wieder einmal veranlaßt sah, auch ihrerseits ein wenig zu manifestieren, und so veröffentlichte sie am 25. Juni 1915 im „Vorwärts“ ein Friedensmanifest, in dem es hieß:

„Im Namen der Menschlichkeit und Kultur, gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffene günstige Kriegslage, fordern wir die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Kriege ein Ende zu machen.“

Es ist überhaupt kennzeichnend für die ganze Entwicklung der Mehrheitssozialdemokraten, daß sie, gezwungen durch die immer radikalere Haltung der revolutionären Opposition, in genau entsprechenden Abständen auch ihre Stellungnahme im revolutionären Sinn, ohne Aufsehen zu erregen, zu ändern versucht. Es mögen hier einige wenige Beispiele dafür genügen.

bedeuten. Ein wirklicher und dauernder Friede ist nur möglich auf der Grundlage freier Vereinbarung. Diese Grundlage zu schaffen, ist nicht der Sozialdemokratie eines einzelnen Landes gegeben. Aber jede einzelne Partei kann nach Maßgabe ihrer Stellung und ihrer Kräfte dazu beitragen, daß diese Grundlage hergestellt wird.

Die gegenwärtige Gestaltung der Dinge ruft die deutsche Sozialdemokratie auf, einen entscheidenden Schritt zu diesem Ziele zu tun. Sie ist heute vor die Wahl gestellt, diesem Gebote Folge zu leisten oder dem Vertrauen einen tödlichen Stoß zu versetzen, das sie bisher im deutschen Volke und in der gesamten Welt als Verfechterin des Völkerfriedens genoß.

Wir zweifeln nicht, daß unsere Partei diejenigen Folgerungen ziehen wird, die sich für unsere parlamentarische und außerparlamentarische Haltung hieraus ergeben. Mit den schönsten Überlieferungen der Sozialdemokratie steht die Zukunft unseres Volkes auf dem Spiel, seine Wohlfahrt und seine Freiheit. Hat unsere Partei nicht die Macht, die Entscheidungen zu treffen, so fällt doch uns die Aufgabe zu, als treibende Kraft die Politik in der Richtung vorwärtszudrängen, die wir als die richtige erkannt haben.“

Am 19. Juni 1915 erschien das oppositionelle Manifest „Das Gebot der Stunde“.

Am 2. Dezember 1915 verbreitete die Opposition das Flugblatt „Erklärung von 36 sozialdemokratischen Abgeordneten“.

Am 14. April 1917 begann unter dem Einfluß der Opposition der erste große Massenstreik in Leipzig und Berlin.

Am 27. Januar 1918 beschloß die Opposition abermals einen allgemeinen Streik.

Am 2. November 1918 entschloß sich die Opposition zur bewaffneten Revolution.

Am 9. November 1918 morgens waren Dittmann, Vogtherr und Ledebour im Reichstag, um die Berichte über die revolutionäre Erhebung in Berlin abzuwarten.

Am 25. Juni erließ die Sozialdemokratie ihr Friedensmanifest im „Vorwärts“.

Am 9. Dezember 1915 fühlte sich die Sozialdemokratie plötzlich veranlaßt, im Reichstag eine Friedensinterpellation einzubringen.

Am 19. April 1917 veröffentlichte die Sozialdemokratie eine Resolution, in der sie Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte und des bürokratischen Regiments verlangte.

Am 28. Januar 1918 beteiligte sich die Sozialdemokratie auf Anforderung der Opposition an der Streikleitung.

Am 7. November stellte die Sozialdemokratie das Ultimatum betreffs Abdankung des Kaisers.

Am 9. November im Laufe des Vormittags kamen der Reichskanzler Ebert, Staatssekretär Scheidemann und Braun zu den Führern der Revolution in den Reichstag, um ihnen mitzuteilen, daß sie auch Revolution machen wollten.

Diese kurze Übersicht, die keineswegs erschöpfend ist, zeigt aber schon die geschichtlich feststehende Tatsache, daß die Sozialdemokratie trotz ihrer angeblich „nationalen“ Haltung schrittweise von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr mehr und mehr auf den Weg der Revolution gedrängt wurde und nichts ernsthaft getan hat, sich demgegenüber zur Wehr zu setzen. Kann man den revolutionären Gegnern des monarchischen Systems, die offen für ihre Überzeugung kämpften, nicht die Achtung als Gegner absprechen, so

erscheint die Haltung der Ebert und Scheidemann mehr als fragwürdig.

Man muß den traurigen Mut der Sozialdemokratie, mit dem sie noch heute ihren Anteil an dem revolutionären Vergiftungsprozeß leugnet, bewundern, zumal sie schließlich mit ihren eigenen Worten gerichtet wird, die sie vor dem Kriege der Monarchie zurief: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“ Sie kann wenig oder nichts dagegen einwenden, wenn man denselben Urteilspruch über die Republik des 9. Novembers fällt, deren Staatsform in dem Volks- und Landesverrat ihrer sozialdemokratischen Begründer und Nutznießer verankert ist¹.

Am 1. August 1915 tagte in der Reichshauptstadt eine von linksradikaler Seite einberufene Frauenkonferenz Groß-Berlins, die sich mit den Entschlüssen der Berner Frauenkonferenz von Ostern 1915 solidarisch erklärte und ein energisches Eintreten für den Frieden im Sinne des Aufrufes „Das Gebot der Stunde“ forderte. Am gleichen Tage fand in Zürich eine Zusammenkunft verschiedener Linksradikaler statt, in welcher der österreichische Sozialist Friedrich Adler einen sehr pessimistischen Bericht über die Lage in Österreich gab.

Anläßlich der Abstimmung über das Budget im württembergischen Landtag stimmte die „Sozialistische Vereinigung“, die aus den Abgeordneten Westmeyer, Engelhardt und Heschler bestand, dagegen².

¹ In diesem Zusammenhang sei auf einen Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Nr. 8 vom 11. 1. 1908 hingewiesen, in dem es heißt: „... Damit ist abermals der Beweis für die Richtigkeit der Auffassung erbracht, daß die französische Sozialdemokratie patriotisch gesinnt ist... Es bleibt dabei, daß der Volks- und Landesverrat eine spezifische Eigentümlichkeit der deutschen Sozialdemokratie ist.“

² Die Ablehnung wurde mit nachfolgender Erklärung begründet: „Die Unterzeichneten lehnen den Hauptfinanzetat und das Finanzgesetz für 1915 ab, entsprechend ihrer Überzeugung, die mit den sozialistischen Grundsätzen und den Beschlüssen der Parteitage der Sozialdemokratie Deutschlands übereinstimmt.“

Nach dieser unserer Überzeugung ist der Staat die Herrschaftsorganisation der bestehenden Klassen. Dieser Organisation müssen wir die Mittel zu ihrer Betätigung, dem Regierungsausschuß der herrschenden Klassen jede Vertrauenskundgebung grundsätzlich verweigern.

Schärfer denn je hat der Krieg mit seinen imperialistischen Zielen den Klassencharakter des Staates beleuchtet. Wenn

Am 2. September 1915 wurde in Deutschland der erste internationale Jugendtag der linksradikalen Opposition abgehalten, der in zahlreichen Orten durch Kundgebungen und Demonstrationen begangen wurde und eine revolutionäre Resolution annahm, in der es hieß:

„... Verblendete Sozialisten, besonders auch hervorragende Leiter der proletarischen Jugendbewegung sprechen noch immer vom ‚Durchhalten bis zur Erschöpfung, bis zum vollständigen Siege‘! Sie irren, das Proletariat, besonders die Jugend, hat keine Gemeinschaft mit den Zielen des Krieges.

Wir protestieren gegen die Fortsetzung des Krieges und richten an die Jugendgenossen aller Länder die brüderliche Mahnung, sich gegen den Krieg aufzulehnen¹ . . .“

In einen entscheidenden Abschnitt tritt die oppositionelle Bewegung nunmehr mit der vom 5. bis 8. September 1915 in Zimmerwald in der Schweiz tagenden Konferenz der internationalen Sozialisten ein. Es ist notwendig, hier auf die Spaltung innerhalb der revolutionären Kreise einzugehen. Die parlamentarische Opposition innerhalb der sozialdemokratischen Partei, die sich im März 1916 als „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ und im April 1917 als „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ konstituierte, wurde von den noch radikaleren Linksgruppen als das „Parteizentrum“ angesprochen. Links von ihm standen die revolutionären Gruppen

etwas geeignet war, uns in unserer Überzeugung zu festigen und unsere ablehnende Haltung als den Interessen des arbeitenden Volkes entsprechend zu begründen, so die dem Charakter des Staates entspringende Unfähigkeit, der durch den Krieg verursachten Not der weitesten Bevölkerungskreise wirksam zu begegnen und das allgemeine Wohl dem Profitinteresse der Besitzenden überzuordnen.

Hinzu kommt die Wehrlosmachung des arbeitenden Volkes im Kampfe gegen seine Ausbeuter durch die Beseitigung des gesetzmäßigen Zustandes auf dem Gebiet des Vereins-, Versammlungs- und Pressewesens, die Aufhebung des durch die Verfassung gewährleisteten wichtigen Rechts jedes Staatsbürgers.

Die von sämtlichen Parteien des Hauses beliebte Art der Erledigung des Etats widerspricht zudem der Verantwortung, die wir unserer Überzeugung nach mit der Annahme des Mandats dem Volke gegenüber übernommen haben.“

¹ Siehe Anhang 7.

1. des „Spartakusbundes“ oder der „Gruppe Internationale“ um Liebknecht, Mehring, Logiches und Rosa Luxemburg;
2. der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ um Julian Borchardt;
3. der „Linksradikalen“ um Knief und Fröhlich in enger Verbindung mit Kadeß, Lenin und Sinowjew.

Der Gegensatz innerhalb der drei letzten Gruppen der revolutionären Opposition war ein rein taktischer, in dem sich nicht zuletzt der alte Hang der Deutschen zum Partikularismus widerspiegelte. Der Gegensatz dieser drei Gruppen aber zur Unabhängigen Sozialdemokratie war ein ganz prinzipieller.

Auf der Konferenz in Zimmerwald war Deutschland durch zehn Teilnehmer aus allen revolutionären Gruppen vertreten. Das veröffentlichte Manifest „Proletarier Europas“ trägt die Namen von Ledebour und Adolf Hoffmann (Faksimile 6). Es wurde in Deutschland in Massen verbreitet. Liebknecht, der an der Teilnahme durch sein Militärverhältnis verhindert war, sandte an die Teilnehmer einen Brief¹.

Am 28. Oktober 1915 verbreitete die Opposition das Flugblatt „Ansprache der deputierten Groß-Berliner Genossinnen an den Parteivorstand und an den Parteiausschuß“. Am 6. und 7. November 1915 tagte in Jena die Generalversammlung der „Deutschen Friedensgesellschaft“, und am 19. November 1915 trafen sich die Sozialdemokraten wiederum in Wien mit ihren österreichischen Genossen.

Am 2. Dezember 1915 erschien von der Opposition das Flugblatt „Erklärung von 36 Reichstagsabgeordneten“, dessen Wirkung die Mehrheitssozialdemokraten durch ihre Friedensinterpellation im Reichstag am 9. Dezember 1915 abzuschwächen versuchten.

Am 5. Dezember 1915 erfolgte in Berlin die Gründung der „Central = Arbeits = Stätte für Jugendbewegung“, die unter Zugrundelegung eines internationalen Programms, an dem Ellen Key, Adele Schreiber, Fried und Wilhelm Börner mitgearbeitet hatten, den Zusammenschluß zwischen bürgerlicher und

¹ Siehe Anhang 8.

Proletarier Europas!

Weniger als ein Jahr dauert der Krieg. Millionen von Weibchen bedecken die Schlachtfelder, Millionen von Menschen wurden für ihr ganzes Leben zu Krüppeln gemacht. Europa gleicht einem gigantischen Menschenblutbad. Die ganze, durch die Arbeit vieler Generationen geschaffene Kultur ist der Verwüstung geweiht. Die wildeste Barbarei feiert heute ihren Triumph über alles, was bis jetzt den Stolz der Menschheit ausmachte.

Welches auch immer die Wahrheit über die unmittelbare Verantwortung für den Ausbruch dieses Krieges sei — das eine steht fest: Der Krieg, der dieses Chaos erzeugt, ist die Folge des Imperialismus, des Strebens der kapitalistischen Klassen jeder Nation, ihre Profiteure durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der Naturkräfte des ganzen Erdballs zu erhöhen.

Wirtschaftlich rückständige oder politisch schwache Nationen sollen dabei der Unterjochung durch die Großmächte anheim, die in diesem Kriege versuchen, die Weltkarte ihrem Ausbeutungsinteresse entsprechend mit Blut und Eisen neu zu gestalten. So droht ganzen Ländern und Völkern, wie Belgien, Polen, den Balkanstaaten, Armenien, das Geschick, als Beutestücke im Spiel der Kompensationen ganz oder in Teile zerrissen, annektiert zu werden.

Die treibenden Kräfte des Krieges treten in seinem Verlauf in ihrer ganzen Niedrigkeit hervor. Jeges um jeges jenseits Schicksals fällt, mit dem der Sinn dieser Weltkatastrophe vor dem Bewußtsein der Völker verhüllt wurde. Die Kapitalisten aller Länder, die aus dem vergossenen Blut des Volkes das rote Gold der Kriegsprofite münzen, behaupten, der Krieg diene der Verteidigung des Vaterlandes, der Demokratie, der Befreiung unterdrückter Völker. Sie lügen. In Tat und Wahrheit begraben sie auf den Stätten der Verwüstung die Freiheit des eigenen Volkes mißsammt der Unabhängigkeit anderer Nationen. Neue Fesseln, neue Ketten, neue Lasten entstehen und das Proletariat aller Länder, der siegreichen wie der besiegten, wird sie zu tragen haben. Hebung des Wohlstandes ward beim Ausbruch des Krieges verkündet — Not und Entbehrung, Arbeitslosigkeit und Leuerung, Unterernährung und Volksleiden sind das wirkliche Ergebnis. Auf Jahrzehnte hinaus werden die Kriegskosten die besten Kräfte der Völker verzehren, die Errungenschaften der sozialen Reformen gefährden und jeden Schritt nach vorwärts verhindern.

Kulturelle Verödung, wirtschaftlicher Niedergang, politische Realitätslosigkeit — das sind die Segnungen dieses grenzenlosen Völkerringens.

So enthält der Krieg die nackte Gestalt des modernen Kapitalismus, der nicht nur mit den Interessen der Arbeitermassen, nicht nur mit den Bedürfnissen der geschichtlichen Entwicklung, sondern mit den elementaren Bedürfnissen der menschlichen Gemeinschaft unvereinbar geworden ist?

Die herrschenden Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft, in deren Händen das Geschick der Völker ruhte, die monarchischen wie die republikanischen Regierungen, die Geheimdiplomatie, die mächtigen Unternehmerorganisationen, die bürgerlichen Parteien, die kapitalistische Presse, die Kirche — sie alle tragen das Gewicht der vollen Verantwortung für diesen Krieg, welcher aus ihr hervorgeht und von ihnen geschützten Gesellschaftsordnung entstanden ist und für ihre Interessen geführt wird.

Dieses Manifest wurde von den vom 6. bis 8. September 1916 in Brüssel abgehaltenen Internationalen Sozialistischen Konferenz einstimmig beschlossen.

Arbeiter!

Angekreuzet, entrechtet, mißachtet — nennt man euch beim Ausbruch des Krieges, als es galt, euch auf die Schlachtfelder dem Tod entgegenzuführen, Brüder und Kameraden. Und jetzt, da euch der Militarismus verkrüppelt, zerfleischt, erniedrigt und vernichtet, fordern die Herrschenden von euch die Preisgabe eurer Interessen, eurer Ziele, eurer Ideale, mit einem Wort: die sklavische Unterdrückung unter den Vorherrschaften. Man beraubt euch der Möglichkeit, eure Ansichten, eure Gefühle, euren Schmerz zu äußern, man verwehrt es euch, eure Forderungen zu erheben und sie zu verteidigen. Die Presse geknebelt, die politischen Rechte und Freiheiten mit Füßen getreten — so herrscht heute die Militärdiktatur mit eiserner Faust.

Diesem Zustande, der die gesamte Zukunft Europas und der Menschheit bedroht, können und dürfen wir nicht weiter tatenlos gegenüberstehen. Jahrzehntelange hat das sozialistische Proletariat den Kampf gegen den Militarismus geführt. Mit wachsender Besorgnis beschäftigten sich seine Vertreter auf ihren nationalen und internationalen Tagungen mit der aus dem Imperialismus immer bedrohlicher hervorgehenden Kriegsgefahr. In Stuttgart, zu Kopenhagen, zu Basel haben die internationalen sozialistischen Kongresse den Weg gezeichnet, den das Proletariat zu betreten hat.

Sozialistische Parteien und Arbeiterorganisationen verschiedener Länder, die diesen Weg mitbestimmen, haben die daraus resultierenden Verpflichtungen seit Beginn des Krieges mißachtet. Ihre Vertreter haben die Arbeiterschaft zur Einstellung des Klassenkampfes, des einzig richtigen und wirksamen Mittels der proletarischen Emanzipation, aufgefordert. Sie haben den herrschenden Klassen die Kreditkarte zur Kriegsführung bewilligt, sie haben sich den Regierungen, zu den verschiedensten Diensten zur Verfügung gestellt, sie haben durch ihre Presse und ihre Sendboten die Neutralität für die Regierungspolitik ihrer Länder zu gewinnen versucht, sie haben den Regierungen sozialistische Minister als Geiseln zur Wahrung des Burgfriedens ausgeliefert und damit haben sie über der Arbeiterklasse, vor ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft, die Verantwortung für diesen Krieg, für seine Ziele und seine Methoden übernommen. Und wie die einzelnen Parteien, so besagte die berufenste Vertretung der Sozialisten aller Länder: das Internationale Sozialistische Bureau.

Viele Tatsachen haben es mitverschuldet, daß die internationale Arbeiterklasse, die der nationalen Faust der ersten Kriegsperiode nicht anheim fiel, aber sich davon befreite, noch bis jetzt, im zweiten Jahre des Völkermordes, keine Mittel und Wege fand, um den tatsächlichen Kampf für den Frieden gleichzeitig in allen Ländern aufzunehmen.

In dieser unerträglichen Lage haben wir, die Vertreter der sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und ihrer Kinderheiten, wir Deutsche, Franzosen, Italiener, Russen, Polen, Letten, Rumänen, Bulgaren, Schweden, Norweger, Holländer und Schweizer, wir, die wir nicht auf dem Boden der nationalen Solidarität mit der Ausbeuterklasse, sondern auf dem Boden der internationalen Solidarität des Proletariats und des Klassenkampfes stehen, uns zusammengefunden, um die zerrissenen Fäden der internationalen Beziehungen neu zu knüpfen und die Arbeiterklasse zur Selbstbezeichnung und zum Kampfe für den Frieden aufzurufen.

Dieser Kampf ist der Kampf für die Freiheit, für die Völkerverbrüderung, für den Sozialismus. Es gilt dieses Ringen, um den Frieden aufzunehmen, für einen Frieden ohne Annexions- und Kriegsschuldigungen. Ein solcher

Friede ist aber nur möglich unter Berücksichtigung jedes Gebänders an eine Vergrößerung der Rechte und Freiheiten der Völker. Weder die Befregung von ganzen Ländern noch von einzelnen Landesteilen darf zu ihrer gewalttätigen Einverleibung führen. Keine Annexion, weder eine offene noch eine maskierte, auch keine zwangsweise wirtschaftliche Angliederung, die durch politische Entrechtung nur noch unverträglich gemacht wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß unerschütterlicher Grundbaß in der Ordnung der nationalen Verhältnisse sein.

Proletarier!

Seit Ausbruch des Krieges habt ihr eure Tapferkeit, euren Mut, eure Ausdauer in den Dienst der herrschenden Klassen gestellt. Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus, für die Erlösung der unterdrückten Völker wie der getretenen Klassen einzutreten durch den unverdäulichen, proletarischen Klassenkampf.

Aufgabe und Pflicht der Sozialisten der kriegsführenden Länder ist es, diesen Kampf mit voller Wucht anzunehmen, Aufgabe und Pflicht der Sozialisten der neutralen Staaten, ihre Brüder in diesem Ringen gegen die blutige Barbarei mit allen wirksamen Mitteln zu unterstützen.

Niemals in der Weltgeschichte gab es eine dringendere, eine höhere, eine erhabeneren Aufgabe, deren Erfüllung unser gemeinsames Ziel sein soll. Kein Opfer zu groß, keine Last zu schwer, um dies Ziel: den Frieden unter den Völkern zu erreichen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Mütter und Väter! Witwen und Waisen! Verwandte und Verträupelte! Euch allen, die ihr vom Kriege und durch den Krieg leidet, ruhen wir zu: über die Grenzen, über die dampfenden Schlachtfelder, über die zerstörten Städte und Dörfer hinweg:

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Bimmerwald (Schweiz), im September 1915.

Im Namen der internationalen sozialistischen Konferenz:

Für die deutsche Delegation: Georg Ledebour, Adolf Hoffmann

Für die französische Delegation: A. Bourderon, A. Rerzheim

Für die italienische Delegation: G. E. Modigliani, Constantino Vagorù

Für die russische Delegation: R. Lenina, Paul Petrov, M. Soboff

Für die polnische Delegation: St. Dapiński, A. Wasil, G. Janetzki

Für die interballanische sozialistische Föderation: Im Namen der rumänischen Delegation: C. Racovskii

Im Namen der bulgarischen Delegation: Waffil Solarsow

Für die schwedische und norwegische Delegation: S. Höglund, Lure-Nerman

Für die holländische Delegation: S. Roland Holst

Für die schweizerische Delegation: Robert Grimm, Charles Raine

Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands hat sich mit dem Zweck der Konferenz einverstanden erklärt und offizielle Delegierte zu ihren Verhandlungen bestimmt. Die Regierung des „freien“, „demokratischen“ Englands verweigerte aber den Delegierten ihre Pässe, so daß die Reise nach dem Konferenzort nicht erfolgen konnte. Aus diesem Grunde konnte das Manifest, dessen Richtlinien die Unabhängige Partei beifolgt, von Vertretern der englischen Arbeiterpartei noch nicht unterzeichnet werden.

Abdruckverbot.

Von den französischen und deutschen Delegierten wurde außerdem folgende gemeinschaftliche Erklärung einstimmig der Konferenz unterbreitet:

Erklärung.

Nach einem Jahre dieses verheerenden Krieges hat sich sein unabweislich imperialistischer Charakter mehr und mehr offenbart. Das beweist, daß seine Ursachen in der imperialistischen und Kolonialpolitik aller Regierungen liegen, welche die Verantwortung für die Entfesselung dieses furchtbaren Blutvergießens tragen.

Durch den Burgfrieden, den die Rührer des Kapitalismus in allen Ländern erklärten, wurden die Volksmassen für diesen Krieg gewonnen, dem der Anschein eines Klassenkampfes, eines Krieges für Recht und Freiheit verliehen wurde. Unter dem Druck der so hervorgerufenen Gefühle wurde in jedem Lande ein sehr großer Teil der Arbeiter von dem Rationalismus fortgerissen. Seitdem hat die den Nachhabern unterstellte Presse nicht aufgehört, den angeblichen Befriedungscharakter dieses Krieges zu unterstreichen.

Heute bezeichnen die Chaostenden jeder Nation als Ziel des Krieges: die Eroberung von ganzen Ländern oder Landesteilen. Die Verwirklichung dieser Absichten würde den Keim künstlicher Kriege in sich bergen.

Im Gegensatz zu diesen Plänen haben sich in allen Nationen entschlossene Widerheiten gebildet, die sich bemühen, die Pflichten zu erfüllen, die durch die internationalen Kongresse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel den Sozialisten aller Länder auferlegt sind.

Es ist ihre Aufgabe, heute mehr denn je sich diesen Anstrengungen zu widersetzen und die Beendigung dieses Krieges zu beschleunigen, der schon den Verlust von Millionen von Menschenleben verursacht, zahllose Verarmte geschaffen und drückende Not unter den Arbeitern aller Länder hervorgerufen hat. Deshalb erklären wir deutsche und französische Sozialisten und Gewerkschafter:

Dieser Krieg ist nicht unser Krieg!

Wir beurteilen auf entschiedenste die Verletzung der belgischen Neutralität, die feierlich durch internationale Beiträge kriegsführender Staaten verbürgt ist. Wir fordern und werden nicht aufhören zu fordern, daß Belgien in seinem ganzen Integrität und Unabhängigkeit wieder hergestellt wird.

Wir erklären, daß wir das Ende des Krieges durch einen neuen Frieden wollen, der kein Volk und keine Nation vergewaltigt, daß wir niemals Eroberungspläne unserer Regierungen zustimmen, die unvermeidlich den Keim neuer Kriege in sich tragen würden; daß wir, jeder in seinem Lande, für einen Frieden arbeiten, der den zwischen den Völkern gesäten Haß zerstreut und ihnen den Zusammenschluß zu gemeinsamer Arbeit wieder ermöglicht.

Ein solcher Frieden ist unseres Erachtens nur zu erreichen bei völliger Verzicht auf Vergewaltigung der Völker. Die Befregung von ganzen Ländern oder Landesteilen darf nicht zu deren gewalttätigen Einverleibung führen. Keine Annexion, weder eine offene, noch eine maskierte, auch keine wirtschaftliche Angliederung, die durch politische Entrechtung nur noch unverträglich gemacht wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist unverbrüchlich zu achten.

Wir nehmen die ausdrückliche Verpflichtung auf uns, unablässig in diesem Sinne, jeder in seinem Lande, zu wirken, damit die Friedensbewegung stark genug wird, unseren Regierungen die Beendigung dieses Schicksel aufzuzwingen. Indem wir uns vom Burgfrieden lossagen, indem wir dem Klassenkampf treu bleiben, der die Grundlage zur Errichtung der sozialistischen Internationale bildet, stehen wir deutsche und französische Sozialisten und Gewerkschafter unter unsern Volksgenossen fest im Kampfe gegen dieses furchtbare Verhängnis und für die Beendigung des Völkermordes, das die Menschheit entehrt.

Für die deutschen Teilnehmer:

Adolf Hoffmann, Georg Ledebour.

Für die französischen Teilnehmer:

A. Rerzheim, A. Bourderon.

proletarischer Jugend zum gemeinsamen revolutionären Kampf anstrebte¹.

Vom 14. bis 19. Dezember 1915 tagte in Bern der Vollzugs-
ausschuß des „Internationalen Komitees zum Studium für einen
dauernden Frieden“, nachdem der eigentliche Kongreß wegen „Paß-
schwierigkeiten“ der meisten Teilnehmer fallen gelassen werden mußte.

¹ Die Leitsätze lauteten folgendermaßen: Die programmatische Zweck- und
Ziellosigkeit heutiger Jugendbewegungen kann mit ehrlichem Gewissen vor der
Jugend nicht mehr verantwortet werden. Es gibt politische Forderungen,
kulturelle Pflichten, die so unmittelbar in das Leben
der Jugend eingreifen, daß es Vogelstraußpolitik treiben hieße, wollte man sich
dieser alltäglichen Erkenntnis verschließen. Diese politische Arbeit, der die Jugend
mutig und entschlossen entgegensehen soll, wird niemals von Verbänden und
Vereinen, sondern nur von einer wirklich großzügigen Arbeitsgemeinschaft der
gesamten Jugend geleistet werden können. Voraussetzung dafür ist, daß die
Jugend selbst beginnt, die tiefgehenden Gegensätze zwischen bürgerlicher
und proletarischer Jugend zu überbrücken. Wie die politische, so
wird auch diese Arbeit niemals von Vereinen geleistet werden, sondern nur von
einzelnen Jugendlichen, jugendlichen Persönlichkeiten. Wie wichtig es darum ist,
daß in allen Städten Jugendliche die persönliche Arbeit des Kennenlernens, der
Verständigung beginnen, wird jedem einleuchten. Es kommt jetzt alles darauf
an, den Kampf des intellektuellen Chauvinismus, den Streit um „Führer“ und
„Berufene“ aufzugeben. Es ist noch gar nicht an der Zeit, die Höhengrade der
Jugendbewegung zu messen, sondern es ist augenblicklich dringend wichtig,
einmal die Flächenmessung vorzunehmen, die Größe, Einheit und Tragfähigkeit
der Basis jugendlicher Gemeinschaft festzustellen. — Auf dieser Basis leben in
Deutschland allein sechs Millionen jugendlicher Menschen. Wir wissen, welch
verschwindend kleiner Teil dieser ungeheuren Energiemenge
erst fruchtbar gemacht ist. Wir wissen aber auch, daß auf dieser Basis noch un-
gezählte Millionen der europäischen Jugend leben und schaffen, zu
welchen wir nur spärliche, durch Falsch- und Vorurteile gehemmte Beziehungen
haben. Hier liegen für die Jugend, die berufen ist, auf den Trümmern des heu-
tigen Europa neues Leben und Wirken zu gründen, große Aufgaben, denen sie
sich nicht entziehen kann — — darf! Die kommenden Geschlechter werden denen
Dank wissen, die sich mit ganzer Hingabe und Ehrlichkeit zu der Arbeit rüsteten,
die sie ihrer menschlichen Berufung gerecht werden ließ. — Die „E. A. S.“
wird alles versuchen, um in unserem Lande und, soweit es jetzt möglich, in den
neutralen Ländern Jugendliche zu gewinnen, die bereit sind zur persönlichen
Mitarbeit an der jugendlichen Gemeinschaft, und gewillt, unerbittlich Selbst-
kontrolle zu üben und gleichzeitig jedem Chauvinismus, sei er nationalst-
scher, konfessioneller, parteipolitischer, intellektueller oder romantischer Natur,
geschlossen entgegenzutreten.

Die Opposition, die bereits die Friedensinterpellation der Sozialdemokraten am 9. Dezember 1915 dazu benützt hatte, um durch Haase ihren abweichenden Standpunkt vortragen zu lassen, ließ darüber keinen Zweifel, daß sie bei der am 21. Dezember 1915 notwendig gewordenen abermaligen Bewilligung der Kriegskredite ihre eigenen Wege gehen würde. Trotz aller erdenklichen Anstrengungen der Sozialdemokratie, gelang es ihnen nicht, die Sonderaktion der Opposition aufzuhalten. Im Namen von 20 Mitgliedern seiner Fraktion gab Fritz Geyer im Plenum des Reichstages eine Erklärung der Opposition ab¹, in der er die ablehnende Haltung seiner Freunde gegen eine Bewilligung der Kriegskredite begründete.

Diese öffentliche Aktion der Opposition im Reichstag zog innerhalb der Fraktion stürmische Auseinandersetzungen nach sich, deren erste sichtbare Wirkung der Ausschluß Karl Liebknechts aus der Partei am 12. Januar 1916 war².

¹ Siehe Anhang 9.

² In dem diesbezüglichen Beschluß heißt es unter anderem: „Was die Verbreitung irreführender Mitteilungen an das Ausland durch Genossen Liebknecht betrifft, so wurde mehr als genug festgestellt, um den Beschluß der Fraktion zu rechtfertigen.“

1916

Das Jahr 1916 zeigt bereits einen derartigen Fortschritt des Vergiftungsprozesses, daß es als das erste Jahr der offenen revolutionären Aktion anzusprechen ist.

Am 1. Januar 1916 erfolgte in der Wohnung Liebknechts in Berlin die Gründung des „Spartakusbundes“. Am 27. Januar 1916 erschien der erste Spartakusbrief, dem schließlich am 3. Februar 1916 die Veröffentlichung des Aktionsprogrammes der Spartakusgruppe folgte¹.

Am 25. Januar 1916 kam es in Hamburg zur Bildung des „Zentralausschusses der sozialistischen Jugend“.

Gelegentlich einer sozialdemokratischen Versammlung in Kiel am 20. Januar 1916 kam der Gegensatz zwischen der Mehrheit und der Opposition in einer großen Debatte zwischen Legien und Ledebour erneut zum Ausdruck. Diese Auseinandersetzung ist um so mehr zu beachten, als bereits früher die Ausführungen Legiens, des Führers der Gewerkschaften, der Opposition immer das beste Agitationsmaterial boten; und nicht zuletzt sind es die Publikationen der Gewerkschaften gewesen, die von der Opposition für ihre Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern mit großem Erfolg verwendet wurden.

Im Februar 1916 tagte in Bern die zweite internationale Konferenz der sozialistischen Opposition, auf welcher der Spartakusbund als selbständige „Gruppe Internationale“ auftrat und die Gründung der 3. Internationale als den Hauptpunkt ihres Programmes aufstellte.

Die ganze revolutionäre Bewegung war zu dieser Zeit bereits so im Fluß, daß der offene Bruch zwischen der Parteimehrheit und der Opposition nicht mehr zu vermeiden war. Anläßlich der Abstimmung über den Notetat in der Reichstagsitzung am 24. März 1916 kam es dann nach Ablehnung des Notetats durch die Opposition zur Lösung der Fraktionsgemeinschaft. An diesem Tage bildete die Opposition

¹ Siehe Anhang 10.

die neue Fraktion der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“, der 18 Abgeordnete angehörten. Unmittelbar danach erschien das von dem Vorwärtsredakteur Ernst Meyer verfaßte Flugblatt „Die Lehren des 24. März“¹.

Die Opposition hatte nun freie Hand, und sie betrieb ihre Agitation mit äußerster Energie². In demselben Monat noch tagte in Mitteldeutschland eine Konferenz aller revolutionären Oppositionsgruppen, auf der nicht weniger wie 8 Berliner und 20 Wahlkreise aus Deutschland vertreten waren. Die illegale Arbeit der Opposition war jetzt um so leichter, als sie energisch durch die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag, deren Mitglieder als Abgeordnete sich hinter der Immunität verschanzten, gefördert wurde. Die Hochburg der Opposition war Berlin, wo beson-

¹ In diesem Flugblatt heißt es: „Diese neue Fraktion scheint bestrebt zu sein, der Welt zu beweisen, daß sie kein Wasserlein in der Partei trüben will, statt zur sichtbaren Fahne der Rebellion gegen die Diktatur der verräterischen Parteinstanzen zu werden. Genossen und Genossinnen, steift dieser zaghaften Minderheit den Rücken, treibt sie vorwärts. Stellt den Haase-Lebebour stets die Forderung:

1. daß sie in Zukunft alle Forderungen auf Kriegskredite ohne Rücksicht auf die militärische Situation unter grundsätzlicher sozialistischer Begründung ablehnen;

2. daß sie der Regierung des Belagerungszustandes und des Weltkrieges jegliche wie immer geartete Steuern verweigern;

3. daß sie die kleinen Anfragen und sämtliche Mittel der parlamentarischen Geschäftsordnung zur ständigen Bekämpfung der imperialistischen Parteien, zur Aufrüttelung der Volksmassen ausnutzen. Nur unter eurem energischem unaufhörlichen Druck kann die neue Spaltung in der Fraktion der Ehrenrettung des internationalen Sozialismus dienen.“

² Prager schreibt darüber in seiner „Geschichte der U.S.P.D.“: „Um die Gegner der Kriegspolitik im Reichstag und Abgeordnetenhaus sammelte sich nun ein von Woche zu Woche größer werdender Kreis Parteigenossen. Da öffentliche Aussprachen untersagt waren und auch in Parteiversammlungen eine klare Stellungnahme sich nicht immer ermöglichen ließ, mußte sich die Opposition zu besonderen Zusammenkünften vereinigen. Durch Flugblätter und Broschüren versuchte die Opposition Einfluß auf die Masse der ununterrichteten Parteigenossen zu gewinnen.“

Um treffendsten hat der Unabhängige Abg. Cohen-Reuß auf dem Rätekongreß in Berlin vom 10. April 1919 die Tätigkeit der Opposition mit den Worten gekennzeichnet: „Wir haben jahrzehntelang geheßt, obgleich wir wußten, daß wir übertrieben.“

ders die Metallarbeiter in den Munitionsbetrieben fast restlos auf dem Boden der Opposition standen. Bereits am 31. März 1916 vermochte die Opposition eine Resolution des Zentralvorstandes des sozialdemokratischen Wahlvereins Groß-Berlin gegen die Politik der Fraktionsmehrheit durchzusetzen.

Wiederum spiegelt sich der Fortschritt der Opposition in der zweifelhaften Haltung der Sozialdemokratie, die am 5. April 1916 im Reichstag Ebert als Redner auf die Tribüne schickte, von der aus er die folgenden beachtenswerten Worte sagte:

„Uns Sozialdemokraten ist es nicht leicht geworden, mit der Verteidigung unseres Landes auch das herrschende System mitzuschützen. Wir waren höchst unzufrieden mit den wirtschaftlichen Zuständen und standen in schroffem Gegensatz auch zu den politischen Zuständen im Reich. An unserer grundsätzlichen Stellung ist durch den Krieg nichts geändert worden . . .“

Diese Worte Eberts, die von der Furcht diktiert wurden, an die Opposition die Macht über die Masse und Zahl der Parteimitglieder zu verlieren, charakterisieren aufs schärfste die verlogene Haltung der Sozialdemokratie, die wohl „aus taktischen Gründen“ sich der Macht des Staates gefügt hatte, aber in ihrer „grundsätzlichen Stellung“, das heißt in ihrer revolutionären Weltanschauung sich nicht geändert hatte.

Am 7. April 1916 hielt Haase im Reichstag eine Rede, deren Wirkung sich in der französischen Zeitung „Œuvre“ in folgenden Worten widerspiegelt:

„Die letzte Reichstags-sitzung kommt einem Siege unserer Waffen gleich. Wenn in Frankreich ein Abgeordneter nur ein Viertel von dem gesagt hätte, was Haase sagte, hätten ihn seine Kollegen unfehlbar gesteinigt.“

Am 8. April 1916 hielt Liebknecht seine letzte Rede im Reichstag. Zu Ostern am 23. April 1916 tagte unter seinem Vorsitz eine Jugendkonferenz in Jena, auf welcher der Beschluß gefaßt wurde, sich von der Jugendbewegung der Mehrheitssozialdemokraten zu trennen und eine ganz radikale Entschließung zur Annahme kam, in der es hieß: „daß die sozialistische Jugendbewegung selbständig, politisch,

antimilitaristisch und international sein solle“¹. In der Resolution heißt es weiter:

„Die Konferenz verwirft die Verwirrungssphrasen von der Landesverteidigungspflicht und der Lüge von der nationalen Klassenharmonie während des Krieges und stellt die Pflicht zur internationalen Solidarität und zum Klassenkampf vor alle anderen.“

Damit war auch innerhalb der proletarischen Jugendbewegung der Bruch mit der Parteimehrheit vollzogen und von dieser Tagung an marschierte die internationale sozialistische Jugend in Deutschland an der Spitze der revolutionären Bewegung.

Den ersten Erfolg der Radikalisierung der Jugend konnte die Opposition in Braunschweig buchen. Das dortige Generalkommando hatte durch Erlaß den Sparzwang verfügt, worauf die arbeitende Jugend am 22. April 1916 in den Streik trat. Während anfangs die ältere Arbeiterschaft sich gegen die Aktion wehrte, gelang es der Ju-

¹ Der wesentlichste Absatz der Resolution lautet: „Die deutsche Jugendkonferenz bekennt sich heute mit besonderem Nachdruck zum Antimilitarismus im Sinne der Beschlüsse der internationalen Jugendkonferenzen zu Stuttgart 1907, Kopenhagen 1910 und Bern 1915. Heute, während des Weltkrieges, ist es die vornehmste Aufgabe auch der proletarischen Jugendbewegung, mit allen Kräften und Mitteln den Krieg zu bekämpfen und die durch ihn geschaffenen Verhältnisse auszunutzen, um den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft zu beschleunigen. Scharfe Abgrenzung gegen alle opportunistischen Neigungen im Prinzip, Taktik und Aktion, auch da, wo sie unter der Flagge der Opposition gegen die offizielle Instanzenpolitik segeln, und scharfe Kritik aller Unentschiedenheit und Halbheit ist dringend geboten. Die Konferenz verwirft alle Bestrebungen, die darauf abzielen, unter Verwischung oder Zurückstellung wesentlicher Gegensätze unter dieser unklaren Parole: Möglichst schnell eine große Anhängerschaft zu sammeln, auf die im entscheidenden Moment kein Verlaß wäre: erst Klarheit und dann Mehrheit. Keine Sammlung ohne Einheit der Anschauung! Die Konferenz betrachtet es als dringendes Erfordernis der proletarischen Bewegung, alle ernstesten und prinzipiellen und taktischen Differenzen zwischen den verschiedenen Richtungen der Opposition unter die proletarischen Massen zu tragen, um in Verwirklichung des demokratischen Wesens der Organisation und zur Förderung der Aktionsfähigkeit und Initiative der Masse in die Hände der Masse zu legen. Die Konferenz verwirft die Verwirrungssphrasen von der Landesverteidigungspflicht und der Lüge von der nationalen Klassenharmonie während des Krieges und stellt die Pflicht zur internationalen Solidarität und zum Klassenkampf vor alle andern.“

gend, den Streik durchzuhalten, einen Teil der älteren Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen und zum Schluß tatsächlich zu erreichen, daß der Erlaß vom Generalkommando am 5. Mai 1916 zurückgezogen wurde. (Faksimile 7.) Es ist dies, wenn auch zunächst aus lokalen Gründen bedingt, der erste politische organisierte Streik in Deutschland. An ihm sind vor allem zwei Dinge hervorzuheben. Erstens die Tatsache, daß die revolutionäre Jugend den Kampf eröffnete, wodurch der ganzen Bewegung neue Kraft und neue Hoffnung gegeben wurde. Zweitens der erfolgreiche Ausgang dieses ersten Streiks, der symptomatisch wurde für alle anderen. Es zeigt sich hier bereits der ungeheure Mangel an politischer Psychologie der Regierung und das restlose Versagen der Militärs in politischen Lebensfragen des Volkes.

Der erfolgreiche Fortgang der revolutionären Bewegung veranlaßte die Opposition zu einer neuen internationalen Zusammenkunft, der zweiten Zimmerwalder Konferenz in Rienthal in der Schweiz vom 24. bis 30. April 1916. An ihr nahmen deutscherseits sieben Mitglieder teil, die sich entsprechend der revolutionären Zersplitterung aus vier Mitgliedern der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“, zwei Vertretern der Gruppe „Internationale“ und einem Anhänger der „Linksradikalen“ zusammensetzten.

Der 1. Mai 1916 war, wie nicht anders zu erwarten, von der Opposition zu großen Manifestationen ausgesehen¹. Man begnügte sich diesmal nicht mehr mit der Verteilung und Plakatierung von Aufrufen und Handzetteln, sondern ging zur organisierten Straßendemonstration über. Liebknecht ließ es sich nicht nehmen, in Berlin an der Spitze der Demonstranten auf den Potsdamer Platz zu ziehen und ein Hoch auf die Revolution auszubringen, worauf er sofort verhaftet wurde. Gleichzeitig fanden Demonstrationen in Dresden, Pirna, Jena, Stuttgart, Magdeburg, Braunschweig, Leipzig, Kiel, Bremen und Duisburg statt.

Die Verhaftung Liebknechts, die zweifellos vom militärischen Standpunkt aus notwendig war, wurde der Anlaß zu noch intensiverer revolutionärer Arbeit, weil die Regierung sich scheute, Liebknecht gegenüber die staatsnotwendigen Konsequenzen zu ziehen.

¹ Siehe Anhang 11.

München, den 3. Juli 1918.

3.

Lieber Herr Breithaupt,

Dank für Ihren Brief und für das Material. Auf Ihre Mitteilungen in Bezug auf die proletarische Jugendbewegung komme ich später noch einmal zurück

Beiliegend übersende ich die Empfangsbescheinigung für das erhaltene Material "Erlasse u. Verordnungen" und einen Zeitungsausschnitt aus den "Münchener Neuesten Nachrichten". In Bayern wollen die Liberalen die Erlasse zum "Schutz der Jugend" auch auf die Friedenszeit ausdehnen.

Eine sehr wichtige Ergänzung zu Ihrem Material "Sparerlasse". In der "Jugendfürsorge" Nr 4/5 ist eine Uebersicht über die militärischen Erlasse, betreffend Verwahrung der Jugendlichen. Darin findet sich unter der Rubrik "Sondererlasse betreffend Sparzwang" ein Erlasse des 10. Armeekorps Hannover vom 22. April 1916, der am 8. Mai ausser Kraft gesetzt wurde. Zur Geschichte dieses Erlasses, das Folgende:

Am 22. April 1916 wurde im Bereich des 10. Armeekorps vom kommand. General ein Sparzwang für die arbeitende Jugend verfügt, wonach jugendliche Arbeiter nur 16.- $\frac{1}{2}$ ihres Wochenverdienstes in bar ausbezahlt erhalten. (Näheres über die Altersgrenze und inwiefern ein Teil des 16.- $\frac{1}{2}$ übersteigenden Lohnes ausbezahlt oder auf die Sparkasse gelegt wird, ist mir leider noch nicht bekannt). Am 23. April nahmen die Gesamtfunktionäre der Braunschweiger "Arbeiterjugend" Stellung zu dem Erlasse. An die Vertreter der Arbeiterorganisationen wurde sofort eine Protestresolution gegen den Sparzwang und an das Generalkommando ein formelles Protestschreiben abgesandt. Am 1. Mai sollte der Sparzwang-Erlasse in Kraft treten. Die Arbeiterjugend verschiedener Grossbetriebe Braunschweigs

Faksimile 7. (Siehe S. 44.)

feierte diesen Tag durch Arbeiterruhe. Im Anschluss an eine Maifest-Versammlung fand eine Nacht-Versammlung unter freiem Himmel statt, an der 500 Jugendliche teilnahmen, die beschlossen, rückichtslos gegen den Sparzwang-Erlass, der eine Provokation der Jugend bedeute, zu kämpfen. Am 2. Mai dehnt sich der bei der Maidemonstration begonnene Streik der Jugendlichen weiter aus. Im Oelper Waldhaus findet eine Versammlung der Jugendlichen statt (800 Teilnehmer), in der bekannt gegeben wird, dass das Generalkommando den Auszahlungssatz von 16.- auf 24.-² erhöht habe. Die Jugend lässt sich durch diese Konzession in ihrem Verhalten nicht beirren und beschliesst, weiter zu streiken. Der Streik dehnt sich weiter aus; einige Betriebe stehen still. Am 3. Mai fand eine Versammlung auf der Chaussee am Mastbruch statt, zu der sich schon nahezu 1800 Teilnehmer, darunter 300 Mädchen einfanden. Das Generalkommando sagt weitere Milderungen des Erlasses zu, die Aufhebung sei ausgeschlossen. Die erwachsenen organisierten Arbeiter nehmen in einer grossen Versammlung Stellung zu der Angelegenheit und empfehlen den Jugendlichen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Jugend bleibt jedoch fest. Am 4. Mai dehnt sich der Streik noch weiter aus. Bei AGK. legen 120 Mädchen die Arbeit nieder. Es kommt zu Zusammenstössen mit Polizei und Militär, sogar Husaren werden verwendet. In einer Sitzung des Gewerkschaftskartells mit den Vorständen der Gewerkschaften wird ein Sympatiestreik der Erwachsenen erwogen. Am nächsten Tag, am 5. Mai 16. zieht das Generalkommando den Sparzwang-Erlass vollständig zurück.

Es ist dies der einzige mir bekannte Fall, in dem die Jugendselbst Stellung gegen einen Generalkommando-Erlass genommen hat. Dafür tat sie es in diesem einen Fall um so energischer. Für heute herzl. Grüsse

Felix Fehrenbach.

Faksimile 7a.

Brief von Felix Fehrenbach, späterem Privatsekretär von Kurt Eisner.

Die Staatsnotwendigkeit verlangte, daß hier sofort ein Exempel statuiert wurde. Der Tat Liebnechts, die eine Bedrohung der Gesamtheit von Volk und Staat darstellte, konnte nur erfolgreich begegnet werden, wenn die Regierung sich ihrerseits sofort zur Tat entschloß. Statt dessen gab man der Opposition Gelegenheit, das Verbrechen des Hochverrats in eine politische Heldentat umzudeuten, und der erst nach Wochen einsetzende Prozeß stand für die große Masse ganz unter dem Zeichen eines politischen Rebergerichtes. Die Verurteilung Liebnechts zu vier Jahren Zuchthaus war der zweite große Fehler, der gemacht wurde, denn dadurch erschien Liebnecht im Lichte des Märtyrers, der geradezu den Revolutionären zum Vorbild wurde.

In Frankreich hat Clemenceau in ähnlichen Fällen anders gehandelt und, wie die Tatsachen beweisen, die Staatsgewalt gegen jeden Versuch des Terrors in rücksichtsloser Weise zu behaupten gewußt. Er hat in allen Fällen die nationale Lebensnotwendigkeit des Volkes der Existenz des Einzelnen übergeordnet und ist nicht vor Todesurteilen zurückgeschreckt. Es läßt sich nicht leugnen, daß auch der Tote zum Märtyrer wird, aber hierbei ist zu beachten, daß der revolutionären Bewegung fürs erste der Führer genommen ist, wodurch stets ein lähmender Rückschlag auf die Bewegung eintritt, und daß auf die große Zahl der blinden Mitläufer ein solches Urteil in hohem Maße abschreckend wirkt.

In Deutschland fehlte es bei den leitenden Stellen an diesem politischen Mut zur Tat, und dieser Mangel an Rücksichtslosigkeit hat zum nicht geringen Teil an der sich immer mehr und mehr ausbreitenden revolutionären Bewegung ein beträchtliches Maß der Schuld.

Es läßt sich geschichtlich einwandfrei nachweisen, daß nach der Verhaftung und Verurteilung Liebnechts die revolutionäre Aktion in gesteigertem Maße einsetzte. Die Monate Juni und Juli 1916 zeigen eine ungeahnte Hochflut unterirdischer Flugblattliteratur. Hierbei bediente man sich der verschiedensten Decknamen sowohl von Seiten der Verfasser als auch der Drucker. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl der Flugblätter erschien mit dem Vermerk „Gedruckt in der Unionsdruckerei Zürich“. Der Abgeordnete Haase hat bereits in der Reichstagsitzung vom 27. Februar 1918 zugegeben, daß dieser Firmentitel lediglich eine Irreführung bezweckte, und die unter ihm erschie-

nenen Flugblätter „in Deutschland hergestellt worden sind“. Inzwischen ist der Wahrheitsbeweis vor Gericht dafür erbracht worden, daß die unter dieser Firma erschienenen Flugblätter in der Druckerei der „Oberfränkischen Volkszeitung“ unter dem sozialdemokratischen Stadtrat Dill in Hof hergestellt worden sind¹.

Die wesentlichsten zu dieser Zeit erschienenen Flugblätter sind: „Hundepolitik“ — „Hunger“ — „Steuerpolitik“ — „Was ist mit Liebknecht“ — „Der Ubootkrieg“ — „2¹/₂ Jahre Zuchthaus“ (Facsimile 8, 9).

Die Wirkung dieser Flugblätter spiegelt sich am deutlichsten in den sich allerorts häufenden Demonstrationen wider. Am schwersten waren wohl die Unruhen in Leipzig am 13. und 14. Mai 1916, bei denen Militär eingreifen mußte. Gegen den Liebknechtprozeß richteten sich die Demonstrationen der Opposition im ganzen Reich am 25. Juni 1916, zu denen sich noch Krawalle in Magdeburg, Jena, Hannover und Osnabrück gesellten. Die Bewegung war derartig im Fluß, daß es in Berlin und Braunschweig vom 28. bis 30. Juni 1916 zu dem ersten größeren Massenstreik kam. In Berlin streikten 55 000 Arbeiter der Rüstungsindustrie. Der Beschluß zu diesem Streik wurde in einer Versammlung von 30 Obleitern gefaßt, an der Ledebour und Richard Müller teilnahmen.

Dieser Streik, der als Protest der Arbeiter gegen den Liebknechtprozeß einen offensichtlich politischen Charakter trug, zeigt deutlich, welcher elementare Fehler von der Regierung dadurch gemacht wurde, daß sie den Prozeß zu einem politischen Schauspiel werden ließ, anstatt entsprechend dem Gebot der Stunde so zu handeln, wie es die Staatsnotwendigkeit verlangte. Der Fehler von 1916 wurde 1917 wiederholt, wo man die nationale Immunität des Volkes der parlamentarischen Immunität einiger Abgeordneter unterordnete.

Einen nicht unwesentlichen Anteil bei allen diesen Demonstrationen hatte die revolutionäre Jugend. In Hamburg kam es am 25. August 1916, nachdem es in der Parteiorganisation der Jugend bereits am 9. August zum offenen Bruch gekommen war, zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die nachher

¹ „Deutsche Zeitung“ Nr. 372 vom 23. August 1924.

Hundepolitik.

Das Unmögliche ist Tat geworden: Der Reichstag, die bürgerlichen Parteien, die offizielle sozialdemokratische Fraktion haben sich noch mehr mit Schmach bedeckt, als das bis jetzt schon der Fall war. Es schien, daß dieses unauf-sindbare Parlament, daß diese edle Gesellschaft in politischer Selbsterniedrigung, im Preisgeben des elementarsten politischen Anstandes bereits das Menschenmögliche geleistet hatte, daß es in diesem Sumpfe einfach nicht tiefer gebe. Doch weit gefehlt: bei der Behandlung des Falles Liebknecht haben Reichstag, bürgerliche Mehrheit und sozialdemokratische Fraktionsmehrheit ihre eigene Infamie weit übertroffen.

Liebknecht ist bei der Erfüllung seiner Pflicht als internationaler Sozialist, bei der Demonstration am 1. Mai, von den Polizeisergeanten ergriffen und der Militärgerichtsbarkeit überantwortet worden. Liebknecht ist Reichstags-Abgeordneter, ist zur Ausübung seines Mandats als Volksvertreter vom Militärdienst beurlaubt, ist also während der Reichstagsession kein Soldat, sondern Volksvertreter. Ihn vor den Krallen der Militärjustiz wie vor jeglicher politischer Verfolgung zu schützen, war elementarste Pflicht des Reichstags. Jedes Parlament der Welt betrachtet es als ein Gebot der Selbstachtung, seine Mitglieder vor den Regierungsgewalten zu schützen. Hier geschah das Unerhörte, das Beispiellose in der Geschichte aller Parlamente: der Reichstag lieferte selbst eines seiner Mitglieder der Militärjustiz aus!

Wenige Tage darauf folgte der zweite Akt der Farce: derselbe Reichstag lehnte es ab, seine Mitglieder vor solchen Brutalitäten und Vergewaltigungen zu schützen, wie sie Liebknecht gegenüber verübt worden sind, als er am 8. April die Wache mit der letzten deutschen Kriegsanleihe kritisch beleuchtete! Und die radikalsten Schreier dieser parlamentarischen Selbstentleerung wägen gerade die Freistimmigen. Der Geist Eugen Richters, des Stiefelputzers der Reaktion aus der Zeit des Hungerjollatiffs, lebt in seinen würdigen Nachfahren. Unter dem Schrei: „Landesverrat“, kürzen sich die Dührich und Müller-Meinungen mit Fäusten auf jeden, der die Reichstagssträhne berührt, um Kritik an der Regierung zu üben. Mit dem Schrei: „Landesverrat“ liefern die Papper und Viehlinger die Immunität der Volksvertretung dem Militärfäbel aus. Den Dertel und Hegdebrand bleibt nach diesem liberalen Geheul nichts in ihr zu sagen übrig. Und die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion? Sie wies nicht mit einer Silbe dieses Veträchy zurück. Die „Durchhaltepolitiker“, die Scheidemann und Gen. halten ja selbst jeden, der sozialdemokratische Grundsätze hochhält und den Völkermord bekämpft, für einen Landesverräter.

Landesverrat! Landesverrat!
Maifeier ist Landesverrat! Kritik an der Kriegsanleihe — Landesverrat! Internationale Solidarität — Landesverrat! Klassenkampf — Landesverrat! Budgetablehnung — Landesverrat! Streiks zur Erhöhung der Hungerlöhne — Landesverrat! Öffentliche Erörterung des Lebensmittelwuchers — Landesverrat! Klagegeschrei der hungernden Frauen vor den Häusern — Landesverrat! Was tausendmal in sozialdemokratischen Zeitungen, in sozialdemokratischen Wählerversammlungen, in sozialdemokratischen Reichstagsreden gesagt worden, ist heute Landesverrat. Die gesamte 10-jährige Tätigkeit der Sozialdemokratie gegen Krieg, Militarismus, Klassenherrschaft, Klassensolidarität, nationale Einigkeit, vaterländische Phrasen gerichtet war, ist Landesverrat!

Die Papper-Viehlinger-Dührich, die David-Landsberg-

1. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation bei Proletariat ...
2. Die Pflicht zur Durchführung der Geschäfte der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voraus ... (Weiß)

Scheidemann haben alle Staatsanwälte übertroffen, alle Polizeipräsidenten beschämt, den seligen Lissenberg nachträglich zum Walfenknaben gemacht. Wehe, wenn diese Kerls das Bismarcksche Sozialistengesetz zu handhaben gehabt hätten! Sie hätten sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten und Redakteure ins Zuchthaus gesteckt, sie hätten unseren August Bebel, unseren alten Liebknecht an den Galgen gebracht. Die Scheidemann-Leute leisteten sich die Komödie, formell einen Antrag betr. die Immunität Liebknechts zu stellen, aber sie begründeten ihn damit, daß Liebknechts Kampf nicht gefährlich, daß das deutsche Volk in seinem Kabarettgehorsam doch nicht zu erschüttern sei! Ja, in der Kommission des Reichstages sagte der „Sozialdemokrat“ David mit Bezug auf Karl Liebknecht: Ein Hund, der laut bellt, beiße nicht!

Auf all diese Infamie im Reichstag die richtige Antwort zu geben, nicht aboulatorisch, nicht formalistisch, sondern sozialistisch, nicht debattieren, nicht argumentieren, sondern die verächtliche Gesellschaft als eine Rotte von Verrätern zu brandmarken, dazu fehlte eben — Liebknecht!

Die Antwort soll ihnen aber von den Massen des Proletariats gegeben werden, von den Massen des hungernden, geknechteten, als Kanonenfutter mißbrauchten Volkes. Und die „Hunde“-Worte des sozialdemokratischen Mehrheitsredners sollen dabei nicht vergessen werden.

Ein Hund ist, wer den Stiefel der Herrschenden leckt, der ihn jahrzehntelang mit Tritten bedachte.

Ein Hund ist, wer im Maulkorb des Belagerungszustandes fröhlich schwelmselt und den Herren der Militärdiktatur, leise um Gnade anhelfend, in die Augen blickt.

Ein Hund ist, wer einen Abwesenden, einem Gefesselten heiser anbellt und dabei den augenblicklichen Macht-habern Apportdienste leistet.

Ein Hund ist, wer die ganze Vergangenheit seiner Partei, wer alles, was ihr ein Menschenalter heilig war, auf Kommando der Regierung abschwört, begesert, in den Kot tritt.

Hunde sind und bleiben demnach die David, Landsberg und Genossen. Und sie werden sicher von der deutschen Arbeiterchaft, wenn der Tag der Abrechnung kommt, den wohlverdienten Fußtritt bekommen.

Daß dieser Tag so bald wie möglich anbricht und so gründliche Arbeit wie möglich verrichtet, dazu hat die Affäre Liebknecht — sowohl sein Beispiel wie die Infamien des Reichstages und der Fraktionsmehrheit — tüchtig beigetragen. Nun muß es auch jedem Manne und jeder Frau des Volkes klar sein: dieses Parlament, diese verächtliche Mameluckenhorde von Papper bis David sind vor dem Gericht der Weltgeschichte abgetan und erledigt. Nur die Selbsttätigkeit der Massen, nur lähne Initiative der Massen, nur nachdrückliche Aktion des Klassenkampfes auf der ganzen Linie kann uns auf den Weg hinausführen, dem Völkermord, der Militärdiktatur, dem langsamen Verhungern des Volkes ein Ende zu machen.

Und das werden die Massen nur fertig bringen, wenn sie gelernt haben, im Kampfe für die Ideale des internationalen Sozialismus wie Liebknecht, das ganze Ich in die Schanze zu schlagen, wenn sie nicht bloß singen, sondern auch durch Taten und Handlungen zeigen:

Nicht zählen wir den Feind,
Nicht die Gefahren all ...

Wenn sie hunderttausendstimmig, millionenstimmig im ganzen Reich den Ruf Liebknechts immer und immer wieder erheben:

Hieder mit dem Kriege! Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Druck u. Verlag Franz u. Kellner, Braunschweig

Faksimile 8. (Siehe S. 48.)

2½ Jahre Zuchthaus!

Arbeiter! Parteigenossen!

Der Streik ist gefallen. Zu 2½ Jahren Zuchthaus haben sie unseren Karl Liebknecht verurteilt. Weil er rief: Nieder mit dem Kriege! steckten ihn die Kriegsknechte in die Zuchthausjacke. Weil er für die Verkörperung der Völker am 1. Mai demonstrierte, soll er im Hause der Verworfenen schmachten. Weil er für das Volk um Brot und Freiheit kämpfte, haben sie ihn in Ketten geschlagen.

Genossen! Werden wir das Schandurteil ruhig hinnehmen? Werden wir uns den blutigen Faustschlag ins Gesicht gefallen lassen?

Arbeiter! Ihr Frauen des Volkes! Heraus aus den Betrieben!

Ein machtvoller Proteststreik im ganzen Reich zeige der Säbediktatur, daß das deutsche Volk aufgehört hat, sich wie ein Hund zu bücken. Wir haben satt den Völkermord und seine Greuel! Wir haben satt die Not den Hunger und das Halsessen des Belagerungsstandes. Die Herrschenden sollen erfahren, daß hinter Liebknecht Hunderttausend, Millionen stehen, die ebenso wie er rufen:

Nieder mit dem Kriege!

Wie ein Donner soll dieser Ruf im ganzen Reich einschlagen und in die Schützengräben rollen. Wir wollen dann sehen, ob die Schergen es wagen werden, bei ihrem Schandurteil festzuhalten. Noch einmal: Ihr Männer und Frauen.

heraus zum Proteststreik!

Hoch der Zuchthäusler Liebknecht!

Nieder mit dem Kriege!

In Berlin fand am Dienstag, den 27. Juni, abds. 8 Uhr eine imposante Demonstration statt. Ca. 25000 waren am Potsdamer Platz versammelt. Abgedrängt durch ein heftiges Polizeiaufgebot, bildeten die Demonstranten große Züge und sammelten sich um 10 Uhr am Alexanderplatz von neuem. Militär mit scharfen Patronen war aufgestellt in der Gegend des Potsdamer Platzes.

Am Mittwoch, den 28. Juni in der Frühe begann in Berlin der Proteststreik. Er umfaßte die folgenden Betriebe

Flugplatz Johannistal; Deutsche Waffen- u. Munitionsfabriken Berlin; Deutsche Waffen- u. Munitions-

fabriken Wörlitz, Wittenau; A. G. S. Turbine; A. G. S. Gerichtsstraße; A. G. S. Hennigsdorf; Ludwig Ebwe; Schwarzlopf Reickendorf; Schwarzlopf, Werl Berlin; Löb & Co.; Daimler Mariensfelde; Argus Rotoren; Max Haffe; Haffe & Wrede; Panzer, Rudell, Borfig, Kornbusch, Borrmann, Bergmann, Anorrbremse, Lubbs & Green u. Andere,

insgesamt ca. 55000 Arbeiter der Munitionsindustrie!

Ein Hoch diesen braven Kämpfern um Frieden und Freiheit! Folgen wir alle ihrem Beispiel!

Von 10 Uhr früh gab es in der Lehrterstraße vor dem Kommandanturgericht, Unter den Eichen, im Tiergarten große Demonstrationen.

In Braunschweig hat sich die Arbeiterschaft wieder als der Vortrupp des deutschen Proletariats mit Ruhm bedeckt. Mit dem Schlag 12 Uhr am Dienstag wurden sämtliche Betriebe der Stadt geschlossen. Gänzlicher Generallstreik ist durchgeführt worden.

In Stuttgart gab es schon am 28. Juni eine große Demonstration auf der Planie. Die Menge zog unter dem Abhängen der Internationale und Hochrufen auf Liebknecht zum Schloß und nach der Ehrlingerstraße. Viele Demonstranten wurden verhaftet, darunter die Genossen Crispian und Hörnle. Die Menge widersetzte sich den Verhaftungen, es kam zu scharfen Kämpfen mit der Polizei.

Nachrichten aus anderen Städten fehlen zur Stunde, da die Säbediktatur Telephon und Telegraph, überwacht, damit die Wahrheit nicht durchdringt. Das wird ihr aber nichts helfen.

Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!

Die deutsche Arbeiterschaft ist erwacht. Der Stein ist ins Rollen gekommen.

Mit diesem ersten Proteststreik ist der

Kampf nicht zu Ende. Arbeiter, haltet

Euch bereit zum neuen Handeln! Der

Polizeiknüppel kann Euch von der Straße

wegfegen, aber keine Macht der Erde

kann Euch zwingen in die Betriebe

zu gehen!

Hoch Liebknecht! Nieder mit dem Kriege!

ihren Widerhall in dem Flugblatt „Die Kosaken in Hamburg“ (Faksimile 10) fanden.

In der radikalen Jugendbewegung während des Krieges verkörpert sich wohl das interessanteste Stück der Revolutionsgeschichte Deutschlands, zumal sich bei der klaren Zielsetzung der oppositionellen Jugend die revolutionäre Entwicklung bildhaft am deutlichsten festhalten läßt.

Ein Urteil über die revolutionäre Jugendbewegung in Deutschland steht mir um so eher zu, als ich in den Jahren 1915 bis 1917 unmittelbar in ihr gewirkt und gearbeitet habe.

Die Gründung der „Central-Arbeits-Stätte für Jugendbewegung“ im Dezember 1915 hatte in weiten Kreisen ein lebhaftes Echo gefunden. Als einer der Mitbegründer, war ich vom ersten Tage an in der Lage, die Entwicklung genau zu verfolgen und sie auch in ganz bestimmte Bahnen zu lenken. Meine ersten Mitarbeiter waren von der bürgerlichen Jugend die Studenten Max Hobann, Jakob Feldner, Hans Zacharias, Claus Albrecht und von der Arbeiterjugend Karl Better. An einer der ersten Besprechungen nahm auch der damalige Student und heutige Kommunist Scholem teil. Der Kreis der Mitglieder der „C.A.S.“ in Berlin wuchs sehr schnell und zu ihm gehörten später auch die beiden Söhne Karl Liebknechts.

Bevor wir uns unserer eigentlichen Arbeit, dem Zusammenschluß der bürgerlichen und proletarischen Jugend, zuwenden konnten, gab es erst einen sehr heftigen Kompetenzstreit um die „Führerschaft der Jugend“, der von Gustav Wyneken mit maßloser Gehässigkeit gegen uns geführt wurde, wobei ihm Hans Blüher würdig sekundierte. Diese Auseinandersetzung war kennzeichnend für die ganze intellektuelle Bewegung in Deutschland, in der niemals ernsthaft versucht wurde, produktive Arbeit zu leisten, sondern nur Programme und Probleme aufgestellt wurden, die für die Eitelkeit und Renommiersucht einzelner Personen den notwendigen dekorativen Hintergrund abgaben.

Der unfruchtbare Streit mit Wyneken fand ein Echo bis weit hinein in die uns verbündete österreichische Jugendbewegung. Nachdem ungezählte Briefe und Proteste wertvolle Zeit verschlungen hatten, wurde auf Vorstellung von Karl Better und mir schließlich über diesen Streit zur Tagesordnung übergegangen, so daß wir uns nunmehr der praktischen Arbeit zuwenden konnten.

Die Kosaken in Hamburg.

In Rußland und Frankreich, in Belgien und auf dem Balkan verbluten tausende deutscher Männer und Junglinge für die Eroberungsziele der herrschenden Klassen. Eins

Schamlose Zeitungsmache

versucht dem Volk immer noch einzureden, es handle sich um die Verteidigung der Kultur. Dabei treten die Absichten, Belgien und Nordfrankreich, Polen und den Balkan ganz oder teilweise unter deutsche und österröschische Herrschaft zu bringen, immer offener hervor. Die Regierung duldet diese Propaganda und warnt nur vor „übertriebenen“ Kriegszielen. Die „berufenen Führer“ der deutschen Arbeiterschaft unterstützen die Kriegspolitik bis auf den heutigen Tag. In einer Massenbittschrift an die Regierung erklären sie sich jetzt gegen Annexionen. Aber die Regierung läßt die Unterschriften sammeln verhaften, und beschlagnahmt die Blätter mit den Unterschriften. Der Bürgerfriede enthüllt sich immer offener als Sozialistengesetz. Die Politik des 4. August ist bankrott!

Während die zahlungsfähigen Kreise noch immer satt zu essen haben, vermehrt die niederträchtige Bemüherung der breiten Volksmassen die Scharen der Hungernden. Trotz aller Beruhigungsversuche

Werden in vielen Städten die Hungernden in Massen

immer unruhiger und demonstrieren

für Frieden und Brot.

Am 12. August riefen auf den Straßen Hamburgs mehr als zehntausend Frauen und Männer nach dem Frieden. Mit Rufe gelang es der Polizei, das Allerheiligste, den Rathausmarkt, von den Demonstranten freizuhalten. Der Gesang der Internationale und die Hochrufe auf den Frieden drangen dennoch den Herrschenden machtvoll in die Ohren.

Das „Hamburger Echo“ verdächtigt und begeißelt grundsatztreue Sozialdemokraten, solange sie noch nicht im Gefängnis oder in der Kaserne stecken. Der Redaktion dieses Zentralorgans der Unruher und Durchhalter trauften vor dem Parteihause stürmische Hochrufe auf den „Zuchthausler“ Liebknecht entgegen. Die Polizei war machtlos gegen den plötzlichen Ausbruch des Friedenswillens und konnte auch die Hungerausbrüche in Wandsbek, Hohenzollernpark und Hammerbrook nicht verhindern.

Durch reichlichere Lebensmittelabgabe suchte man die Erregung zu dämpfen. Wutschreie sahen die „berufenen Führer“ der Arbeiter, daß kräftige Selbsthilfe mehr vermag, als ihre Beruhigungsreden. Verblüfft sahen sie die „Hügel“ ihren Händen entgleiten. Als am 20. August abermals sich mehrere tausende Männer und Frauen in Harvesterhude versammelten, konnte man, wie am 18. August, wieder

Gewerkschaftsbeamte

sehen, die sich

als Rundscharer

eingekunden hatten. Ihre guten Beziehungen gestattete es ihnen, ohne Gefahr die Demonstration zu beobachten. Die Polizei hatte eine Schaar gutgewaffneter Beamten an verschiedenen Orten bereitgestellt, die im günstigen Augenblick gegen die wehrlosen Massen losbrachen. Zu Fuß und zu Pferde hieb die Polizei auf die Demonstranten ein. Als sie die hungernde „Mannschaft“ zerstreut hatten, fielen sie wie Bestien „mutig“ einzelne Personen an, schlugen mit der Waffe auf fliehende Frauen ein und ließen mit Füssen und Hühnritzen auch nicht von den am Boden Liegenden ab. Die Vorratskeller der oberen Reichtümer sind überfüllt. Die heuchlerische Maske der Volkstreue ist den Herrschenden Hamburgs

abermals heruntergerissen und jeden der sehen will, gerißt er gegen, was die Massen noch immer erfahren haben, wenn sie forderben:

Dann heißt's: für uns den Schragen,
das weiche Bett dem Gauß!
Dann heißt's: nichts in den Magen,
und Augen in den Sand!

Mit der Festigung dieser Erkenntnis gehen die Massen in das dritte Kriegsjahr hinein.

Der Kampf für den Frieden geht weiter

trotz Polizeifädel, trotz Demunzationen, trotz Gefängnis und „militärischer Schutzhäft“ Die Hamburger Arbeiterschaft, die so viele hundert Angestellte ernährt, die ihre Interessen jetzt nicht fördern, sie wird die Opfer der Polizei und der Klassenjustiz nicht verlassen. Liebknecht in seiner einsamen Zelle wirkt mehr für den Frieden, als alle diese Beruhigungs- und Durchhalterpolitiker.

Sollen die Massen dabei tatenlos zusehen, wie weitere hunderttausende blühender Menschen brauchen gerissen, verschüttet, erdrückt und erstickt werden? Sollen Mütter und Kinder an Unterernährung zugrunde gehen, damit die Herrschenden weitere Reichtümer aufhäufen und ihre Eroberungsziele durchsetzen? Sollen die Massen ruhig zusehen, wie unter dem Belagerungszustand der Welt ihrer kümmerlichen Rechte beraubt werden?

Aufhalten und nicht durchhalten!

Das ist die Parole, die von Tür zu Tür, von Mund zu Mund ihren Weg in die Masse finden muß. Arbeit - jeder nach Kräften an der Aufrüttelung der Trüben und Bergwerkstellen. Die Herrschenden aller Länder befestigen ihre Macht während des Krieges. Die Proletarier aller Länder werden während des Krieges

ausgebentet wie nie zuvor.

Die breiten Volksmassen aller Länder zahlen an Gut und Blut die Kosten des Weltkrieges.

mag er ausgehen wie er will.

Und ehe noch nach dem Kriege der Jammer der Frauen, Mütter und Kinder um die Verlorenen verhallt ist, werden die Herrschenden aller Länder sich zur gemeinsamen Ausbeutung der Volksmassen gefunden haben, wie vor dem Kriege.

Die Arbeiter aller Länder können sich nur dann vom kapitalistischen Joch befreien, können nur dann die Wiederholung des Massenmordes verhindern: wenn sie den

Rampf für den Sozialismus

ohne Unterbrechung mit aller Kraft fortsetzen. Der Bürgerfriede ist eine Lüge; jede Pause ist ein Zurückgehen. Aus Frankreich wie aus Rußland, aus England wie aus Italien, aus Rumänien wie aus den neutralen Staaten - von überall aus wird uns die Kunde, daß

aufrechte Sozialisten trotz Blut und Brand

die Hochziele des Sozialismus nicht aus den Augen verloren haben; daß sie die Klassenharmonie als Schwindel brandmarkten, daß sie mit den Herrschenden im Kampfe liegen, daß auch dort Kosakentaten das Volk auspeitschen. Ueber die dampfenden Schlachtfelder hinweg schwingt sich festhaft die Gewißheit:

Der internationale Sozialismus lebt!

Immer lauter, immer machtvoller brüllt millionenstimmig der Ruf der Arbeiter aller Länder:

Nieder mit dem Kriege!

Lesen! Weiter geben!

Lesen! Weiter geben!

Faksimile 10. (Siehe S. 51.)

Unser Hauptkampf war gegen die Militarisierung der Jugend und dem aus diesem Gedanken entsprungenen Reichsjugendwehrgesetz gerichtet. Wir beabsichtigten die Herausgabe einer Broschüre gegen das Reichsjugendwehrgesetz und schickten unseren Mitarbeiter Jakob Feldner auf eine Reise durch Deutschland, um die Stellungnahme der Jugend zu dem Gesetz zu erfahren und um Mitarbeiter für die Broschüre, so auch Professor F. W. Foerster zu gewinnen. Das Geld zu dieser Reise hatte Feldner vom Grafen Arco erhalten.

Feldner ging später nach der Schweiz. Das Oberkommando in den Marken hatte seine Ausreise verboten, aber durch Beziehungen zum Auswärtigen Amt und gestützt auf ärztliche Atteste gelang ihm dennoch die Ausreise, und er war von diesem Zeitpunkt ab einer unserer wichtigsten Nachrichtenleute im Ausland. Er fand Anschluß an den Kreis um Romain Rolland und Henri Guilbeaux, an Professor Forel und Professor Foerster, an den Prinzen Hohenlohe-Schillingsfürst und an die Mitarbeiter der „Freien Zeitung“. Wir erhielten von ihm alle bedeutungsvollen Nachrichten und auch verschiedene Broschüren und Zeitschriften, deren Versand nach Deutschland verboten war. Interessant ist das uns von ihm zugesandte Heft 10 der französischen Zeitschrift „Demain“, in dem sich ein Artikel der Korrespondentin des „Vorwärts“ Ida Gsell über die militärische Jugendpflege in Deutschland befindet, der charakteristisch ist für die zweideutige Haltung der Sozialdemokratie.

Wir unsererseits versuchten wiederum Feldner alles interessante Material aus Deutschland zukommen zu lassen, was nicht ganz einfach war, weil das meiste von der Zensurbehörde angehalten wurde. Verzweifelt darüber schrieb uns Feldner am 9. Dezember 1916 aus Genf (Faksimile 11):

Wir haben damals dem Wunsch Feldners entsprochen und tatsächlich ist wiederholt von uns Material über das Auswärtige Amt an ihn abgegangen. Wir konnten sogar auf diesem Wege seinem Wunsch entsprechen und ihm von den „Schriften zur Jugendbewegung“, die wir herausgaben, eine ganze Ladung als Lektüre für die Austauschgefangenenlager in der Schweiz senden.

Inzwischen ging die Arbeit der Verständigung zwischen bürgerlicher und proletarischer Jugend in Deutschland nur langsam vorwärts.

Genève, den 9.XII.16.

65 rue Liotard

Liebe C. A. S. -

jedenfalls habe ich von Dir noch nichts bekommen, seit ich nach der Schweiz gefahren bin. Weder "Schriften" noch vielleicht "Mitteilungen" oder sonstige Dinge. Das ist nicht schön von Dir, dass Du mir ratzebutze nichts schickst, wo ich hier über Dich jedem dritten Menschen erzähle und für Dich Propaganda mache. Jeder verlangt natürlich, ich solle ihm Material vorzeigen, aber keinem kann ich auch nur irgendwas vorlegen. Weil ich ganz und gar nichts habe. Sag mal Deinem p.p. Leiter und seinem Vetter Sie sollen endlich etwas herschicken, und mich ständig versorgen. D'ailleurs, sie sollen dabei endlich die guten Ratschläge befolgen, die ich ihnen gebe und sollen etwas Material zusammenpacken, und die Schöse mit einem erklärenden Begleitschreiben an die Zensurstelle des Auswärtigen Amtes schicken, und von dort befördern lassen. Sie sollen sich diesen einzigen Weg, sicher zu sein, ob etwas herüber kommt oder nicht, endlich merken und ihn auch benutzen.

Ich brauche das Zeug unbedingt, da ich in einem grösseren Kreise gleichgesinnter Leute etliches über die deutsche Jugendbewegung - erzählen werde.

Anbei schicke ich Dir einen reizenden Witz, den man sich im Lande der blau - weiss - roten Grenzpfähle leistet. Veröffentliche es in den Schriften und schreib hinten hin, dass das auch eine Auffassung einmal von Erziehung, zum zweiten von Patriotismus etc. ist.

Dann habe ich noch eine Frage an Dich, liebe C.A.S.. - Hast Du Geld? (Ich will Dich nicht etwa anpumpen, wenn ich auch in "finanziellen Angelegenheiten unzuverlässig" bin). Aber ich möchte doch wissen wie Du Dich zu folgendem Plane stellst. Dein Zeitungsausschnittbüro schickt Dir aus guten Gründen nur Material über Deutschland. Nachdem Du aber Dein Leben der Jugend, wie ich hörte, für ganz Europa ausbauen willst, wäre es doch wohl angebracht, dass Du auch - und gerade jetzt schon - Material aus dem Auslande sammelst. Ich frage also an, ob es Dir recht wäre, wenn ich eine solche Sammelstelle hier einrichte beziehungsweise, m i c h auf die Dingerchen abonniere, und sie Dir dann zuschicke. D.b, ich würde mich auf eine Schweizer und eine P a r i s e r Firma abonnieren. Das Zwischenporto müsstest Du mir natürlich vergüten, denn mir ist finanziell doch nie im Leben so schlecht gegangen wie jetzt gerade im Augenblick. Also da müsste peinliche Abrechnung stattfinden. Andererseits wäre meine Zwischenadresse notwendig, da von Paris nichts direkt nach Unter den Eichen geht. Ueberleg

Faksimile 11. (Siehe S. 53.)

Dir diesen Gedanken einmal eingehend; ich werde unterdessen nach Paris schreiben und eine Anfrage über die Kosten eines solchen Abonnements stellen. Wenn es Dir dann recht wäre, dann könnte es Anfangs Januar losgehen. Wenn Du es vielleicht fertig bringst, einen Deiner Mitarbeiter zu veranlassen einen reichen und vollen "Geldbeutel" solange zu schikanieren, bis er noch mehr für ein "Christkindel" an die C.A.S. bergibt, dann könnten wir auch mit England versuchen. Dort etablieren die Herrn Konservativen eine Gewaltherrschaft in Bezug auf die Erziehung (siehe Times) dass Dich und Deine Archive das vielleicht interessieren könnte. Also wie gesagt, überleg Dir die Sache, und schreib recht bald. Im übrigen hab ich in London mir gleichgesinnte Freunde geholt. Die würden da schon auch helfen.

Dann wollte ich Dich schon lange fragen, wie Du zu dem Gedanken stehst (hochaktuell) ein "Kriegsführendes" Heft herauszugeben. Die Zensur wird nichts dagegen haben, denn' bin ich sicher. Denn es würden Stellungnahmen verschiedener feindlicher Ausländer werden, die die deutsche Jugend hochschätzen, und dafür eintreten sie und die Jugend überhaupt nicht ganz unzubringen. Solche Leute gibt es nämlich selbst bei unseren Feinden, die noch menschliches Empfinden haben. Ich glaube, das sollte man im Sinne eines durchgreifenden Deutschthums benutzen. Ich wäre gerne bereit die Redaktion dieses Heftes, das ein aktueller Schlager, und vielleicht eine grosse Sache für Dich meine liebe C.A.S. werden könnte, zu übernehmen. Mein Freund Jean Christoph würde wohl sicher was dazu schreiben. Ausserdem hätte ich noch verschiedene recht tüchtige Leute. Jouve, Desprès, Mlle Duchêne, Guilbeaux, Martinet, eines Serben, Russen so viel ich will, eine Italienerin, und sonstige. Auch eine Engländerin. Ein Japaner fehlt mir. Die sind ganz und gar verrückt. Aber unter den anderen findet man immer wieder tüchtige Kerle mitunter. Also, überleg Dir auch das eingehend und schreibe auch darüber möglich schnell. Bis zum Februar wäre die Sache zu machen.

Von Berta Suttner ist der Nachlass erschienen. Bei Füssli. 1358 Seiten lang, daher mehr Lexikon. Das letzte Wort ist an die deutsche Jugend. Ob man es vielleicht abdruckt?

Sonst für heute nichts mehr. Ich möchte nur bald Antwort haben. Weibachten geh ich vielleicht doch Brettelfahren.

Heil!



Satzmille 11 a.

Genf, 65 rue Liotard
den 16.I.17.

Lieber Breithaupt -

ich werde heute beiliegende Besprechungen, die ich aufzugeben bitte. Es sind beides ganz prächtige Werke, wie ich seit langem nichts mehr gesehen habe. Auf der Rückseite aufgepappt aus dem sonst höchst ekelhaften Organ "La Suisse" eine Kiszestatistik. Und dann - ja - da krieg ich Atembeklemmungen! Ich sag Euch nur, schaut Euch um diese Institution um, von der ich durch Prof. Forel nun Kenntnis und einiges Material bekommen habe. Ich sage euch man bloss: Oogen uff, da jibts wat!

Nehmt erst mal bonne Mine an um zu erfahren, was die Leute eigentlich wollen. Eventuell wird es nämlich da zu unerquicklichen Auseinandersetzung später kommen. Nun das hat ja noch Zeit. Im Frieden dann. Heute Burgfriede hoch! Die-ndern machens ja auch.

Übrigens liegt wieder etliches in der Luft. Unsere Informationen hier herausen - ich muss sagen - sie arbeiten brilliant. Besser wie Reuter und besser wie - nun sagen wir - Fuchs, Novemberheft ist übrigens nicht angekommen. Schickt Ihr denn auch wirklich alles eingeschrieben. Tut das doch endlich! Und reklamiert dass!

RJR. ist nicht dazu zu haben irgend etwas zu schreiben. Schon im Auftrage von Diederichs hat ich ihn. Ich habe gar keine Antwort.

Was den Jugendtreibung betrifft - das Anschreiben an Prof. Forel erging von einem eigenen "Literarischen Büro". Tableau?! Habt Ihr auch ein solches? Sonst werd ich Euch untreu.

Was das Schweizer Heft betrifft schrieb ich schon auf der Karte, dass das keinesfalls mehr bis Februar geht. Wie stellt Ihr harmlose Schliffel euch denn das vor?

Den Aufsatz für das Märzheft schick ich bald, damit Ihr das andere gut gruppieren könnt. Ich will ihn schon recht kurz machen, hoffentlich habe ich die Zeit dazu. Honorieren tut ihr wohl immer noch nicht? Nächste - beziehungsweise für das Märzheft auch - werde ich eine eingehende Besprechung eines Buches - einer Sammlung von Vorlesungen am hiesigen Institut J.J.Rousseau über "Education nationale" und noch etlicherfranzösischer diesbezüglicher Schriften schicken.

Ich wiederhole meine Anfrage nach einem "kriegführendes Heft"? Sonst viel Schmickschmack. Einige Sachen angebandelt von denen es mich interessiert, wie sie enden werden. Hooool!

Heil!

Faksimile 11b.

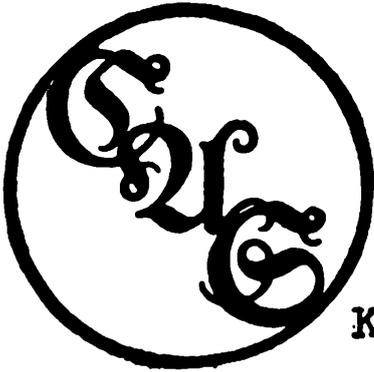
Wir bekamen aber durch Fechenbach in München und durch Rehberg und Plättner in Hamburg die gesuchte Fühlung mit den Kreisen der Arbeiterjugend. Ich selbst habe die Verbindung durch Vorträge in Berlin, Leipzig, Magdeburg und Hamburg hergestellt und befestigt. In Berlin hielt ich meinen ersten Vortrag im „Deutschen Monistenbund“, der unter Führung von Graf Arco und Doktor Baeye, dem späteren Unterstaatssekretär im Preussischen Kultusministerium unter Adolf Hoffmann, ganz linksradikal eingestellt war. Ich beabsichtigte noch einen zweiten Vortrag zu halten, da aber die Polizei von meinem ersten Wind bekommen hatte und der Vorstand Unannehmlichkeiten befürchtete, unterblieb er.

Die immer größer werdende Behinderung der internationalen Bewegung durch den Belagerungszustand brachte es dann später mit sich, daß man die wichtigsten politischen Vorträge unter dem Deckmantel geselliger Abende in dem Heim dieser oder jener Persönlichkeit abhielt. So fand eine Besprechung, bei der Professor Quidde ausführlich referierte, im Hause der Frau Rechtsanwält Dr. Hamburger statt. Eine andere beim Kapitän Persius, auf der unser späterer Anhänger Dr. Schinnagel seine kommunistischen Ideen auseinandersetzte. In den letzten Jahren fanden die verschiedensten Zusammenkünfte im Café „Austria“ und im „Rheingold“ in der Potsdamer Straße statt. Bei der Polizei meldete man für die Versammlungen harmlose Vortragsthemen an, die dann während der Zusammenkunft, nachdem der nötige Saalschutz gegen Überraschungen ausgestellt war, durch andere Themen revolutionären Inhalts ersetzt wurden.

Von Gönnern und älteren Freunden, welche die „E.A.S.“ förderten, nenne ich: Prof. Quidde, Hellmuth von Gerlach, Pastor Franke, Eduard Bernstein, Dr. Baeye, von Gleichen-Rußwurm, Herbert Eulenberg, Graf Arco, Kapitän Persius, Frau Dr. Helene Stöcker, Lida Gustava Heymann, Minna Cauer, Adele Schreiber und noch andere.

Die Entwicklung der „E.A.S.“ war so günstig, daß wir am 29. Oktober 1916 ein eigenes Heim gründen konnten, in dem den Jugendlichen außer einem Lesesaal auch Zimmer zum Wohnen und Übernachten zur Verfügung standen. (Faksimile 12.)

Der Einblick in die inneren Verhältnisse der sogenannten Kulturorganisationen der pazifistischen und freigeistigen Bewegung brachte mich bald in die heftigste Opposition zu jener Vereinsaristokratie, die



Berlin-Lichterfelde W,
Unter den Eichen 127

19

Friedenau, Datum des Poststempels
Kaiserallee 99/100

E i n l a d u n g .

Die "Centralarbeitsstätte für Jugendbewegung" erlaubt sich, Sie zu der am Sonntag, den 29. Oktober, Abends 8½ Uhr stattfindenden internen Eröffnungsfeier ihres Heims freundlichst einzuladen. Ein kurzer Ueberblick über die bisher geleistete jugendpolitische Arbeit und freies, zwangloses Zusammensein sollen den Abend füllen.

Wir würden Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie uns Ihre Zusage geben könnten, denn wir hoffen alle unsere Freunde und Förderer recht zahlreich an diesem Abend bei uns zu begrüßen.

Mit ergebenstem Gruss

U. A. w. g.

Fahrverbindungen:

Strassenbahn direkt: D. E. F. J. K. L. W. V. 59

bis in die Nähe: 66. 87. 88. 61.

Faksimile 12. (Siehe S. 57.)

in der ganzen Bewegung nichts anderes sah, als einen passenden Vorwand, ihre Neugierde zu befriedigen. Begnügte man sich im vorigen Jahrhundert damit, den Strickstrumpf zum Vorwand geselliger Zusammenkünfte zu nehmen, so mußte im zwanzigsten Jahrhundert die Menschheit herhalten, um das Unterhaltungsbedürfnis zu befriedigen.

Da ich diese meine Ansicht schon damals zum Ausdruck brachte, worüber es in der Jugend im „Monistenbund“ zu einer förmlichen Palastrevolution kam, so kann man nicht sagen, daß ich heute diese Feststellung aus Gehässigkeit mache. Im übrigen habe ich in der Person Adolf Hoffmanns einen unbescholtenen Zeugen für die Richtigkeit meiner Behauptung, denn er war es, der in der Berliner Ortsgruppe des „Deutschen Monistenbundes“ nach einer sehr lebhaften Diskussion, in der sich verschiedene Mitglieder darüber beschwerten, daß er die ganze Gemütlichkeit der Zusammenkünfte störe, wütend feststellte, man solle sich erst einmal darüber klar werden, was man wolle, dann würde er gern wiederkommen.

Die Erkenntnis von der völligen Unfruchtbarkeit des kulturellen Vereinslebens veranlaßte mich, mich völlig zurückzuziehen. Von den Quidde, Gerlach und Bernstein hatte die Jugend nichts zu erwarten. Ich rückte von dem offiziellen Pazifismus entschieden ab und erließ Anfang 1917 an die Mitglieder der „E. U. S.“ ein Rundschreiben, in dem es hieß:

„Wir koalitierten uns mit den Organisationen des reglementierten Pazifismus und Internationalismus und verrieten damit die Jugend an das Geschlecht, dessen Verbrauchtheit und Entwertung das Interregnum der letzten drei Jahre bewiesen . . .“

Unter dem Einfluß russischer Lektüre vollzog sich bei mir in den nächsten Wochen ein noch radikalerer Umschwung, in dem ich immer mehr von dem Prinzip der Massenorganisation abkam und die Erziehung des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellte. Am deutlichsten zeichnet sich dieser Umschwung in dem von mir verfaßten Manifest „Es handelt sich um die Zukunft“ wieder, das an alle unsere Mitglieder versandt wurde und eine lebhafte Diskussion auslöste. Es heißt darin:

„Die Politik von Gestern und Heute mußte sich in Ermangelung einer lebendigen Idee im Existenz- und Interessenkampf erschöpfen und verbrauchen. Ob nun dieses Interesse egoistisch oder kapitalistisch, sozialistisch, nationalistisch oder international war, ist völlig belanglos. Das Entscheidende ist der gemeinsame Mangel einer lebendigen Idee . . .

. . . Die Garantien, deren wir bedürfen, sind ganz anderer Art. Sie verkörpern sich nicht in der hoffnungslosen Kultivierung alter politischer Formen und Systeme, auch nicht in ihrer Modernisierung, wie sie sich in der Forderung zwischenstaatlicher Organisationen, interparlamentarischer Konferenzen und Schiedsgerichte ausdrückt. Die Garantien der Zukunft können durch keine politische Technik geschaffen werden, sondern sie wurzeln in der Erziehung des neuen Geschlechtes, zu einer schöpferischen politischen Auffassung, zu dem neuen Bewußtsein vom Leben.“

Dieses Manifest, das innerhalb unserer Anhänger zu den heftigsten Auseinandersetzungen führte, war das letzte der „E.A.S.“, denn wenige Wochen später wurde ich zwangsweise zum Militär eingezogen.

Es ist bis jetzt bei der Beurteilung der revolutionären Entwicklung in Deutschland fast überall der Fehler gemacht worden, den revolutionären Wert der intellektuellen Krise zu unterschätzen. Dies ist um so verhängnisvoller, als der intellektuelle Zerfallsprozeß im Bürgertum in seiner Endwirkung fast noch verderblichere Folgen gezeitigt hat, als die revolutionäre Propaganda innerhalb der Arbeiterschaft. Während in der Arbeiterschaft die revolutionären Theorien bei der übergroßen Mehrzahl aus sozialen Forderungen herrührten und auf eine gesellschaftliche Umschichtung abzielten, findet man in den revolutionären intellektuellen Kreisen jenes zersetzende geistige Gift, welches das Volk bis in die tiefsten Wurzeln seines nationalen Bewußtseins zerfressen hat.

Was Flugblätter und Handzettel unter den Arbeitermassen bewirkten, das wurde von intellektueller Seite in Form aufreizender, tendenziöser Publikationen wettgemacht. Man lese die Artikel Professor Foersters in der „Friedenswarte“, Rudolf Goldscheids „Deutschlands größte Gefahr“. Die „Weißen Blätter“ von René

Schickale. „Das Forum“ von Wilhelm Herzog. „Die Aktion“¹ von Franz Pfemfert. „Die Zukunft“ von Maximilian Harden. Die „Aufrufe zu tätigem Geist“ von Kurt Hiller unter Mitwirkung von Blüher, Kerr, Werfel, Wyneken, und Joel. Die Novelle „Der Vater“ von Leonhard Frank. Karl Sternheims „Ulrike“. Herzfeldes „Neue Jugend“. Rechnet man hierzu noch die Arbeiten der Fernau, Stiglgebauer, Rössmeier und Frederik van Eden, der dank seiner literarischen Tüchtigkeit die goldene Medaille der Académie française erhielt, so findet man in dieser Literatur das Gift der Revolution in allen Farben schillernd.

Ein Quibde hätte sich nie zu der Unbesonnenheit, Revolution zu machen, hinreißen lassen, aber er wurde von den Kreisen der intellektuellen Jugend einfach in den Strudel der Revolution mit hineingerissen. Wie wenig man in diesen Kreisen einerseits darüber unterrichtet war, wann tatsächlich der Umsturz erfolgen sollte, wie sehr man aber andererseits bemüht war, selbst führend an der Revolution

¹ Für den Geist der „Aktion“ sind folgende Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Davidsohn charakteristisch, der in Heft 43 und 44 vom 2. November 1918 schrieb: „Man schrieb den 22. Oktober 1918. Auf den Ecktürmen des Deutschen Reichstags wehten die Fahnen. Aus welchem Anlaß? Etwa weil des Herrn Reichskanzlers Großherzogliche Hoheit an diesem Tage seine zweite Rede an alle Nationen vom Stapel ließ? Schmarrn! Das Fahnenwehen hatte ganz anderen Grund. Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, deutsche Kaiserin und Königin von Preußen, geruhte an jenem Tage 60 Jahre alt zu werden. Wem der Zusammenhang zwischen dieser hochpolitischen Angelegenheit und dem Fahnengewebe draußen nicht ohnedies klar war, dem wurde ein Licht aufgesteckt durch den demokratischen Präsidenten des Reichstags, Herrn Fehrenbach aus Freiburg in Baden, der zu Anfang der Sitzung kund und zu wissen tat, daß er Ihrer Majestät die ihr gebührenden Glückwünsche in gebührender Art übermittelt habe.

Millionen deutscher Frauen, die während des Krieges sehr viel gelitten haben, ist bisher kein Fahnenwehen, kein Glückwunschtelegramm zuteil geworden. Nicht den Zehntausenden von Munitionsarbeiterinnen, die ihren ‚schönsten Schmuck‘, das wallende Haar, auf dem ‚Altar des Vaterlandes‘ zum Opfer bringen mußten, indem sie es im Pesthauch der Fabriken vergilben, ihre Haut von Dämpfen und ecken Dünsten zerfressen ließen. Nicht jenen ihrer Kolleginnen, deren Gebeine, bei einer der vielen Explosionen aus den Leibern gerissen, in irgendeiner dumpfen Gruft modern. Nicht jenen Millionen Märtyrerinnen, denen das Völkermorden Söhne, Gatten, Bräutigam, Vater genommen hat. Und wie vieler Halbmaskflaggen wären sie würdig . . .“

mitzuwirken, das beweist der Aufruf des „Bundes Neues Vaterland“ (Faksimile 13), der am 8. November 1918 bereits zum Druck gegeben wurde und zu einer Massenaktion am Sonntag den 10. November 1918 am Bismarckdenkmal aufrief. Er bildet, unbeschadet der Tatsache, daß am 9. November sich bereits der Umsturz vollzog, eine interessante Illustration zu der Tatsache, wie Revolutionen gemacht werden.

Meine Einberufung zum Heeresdienst am 3. Juni 1917 brachte mir die schwersten inneren Kämpfe. Ich hatte meine Freunde nie darüber im Zweifel gelassen, daß ich im entscheidenden Augenblick meiner Überzeugung die Tat folgen lassen würde. Bereits Wochen vorher hatte ich eine Eingabe ausgearbeitet, in der ich meine Auffassung, den Dienst mit der Waffe zu verweigern, eingehend begründet hatte. Auf Anraten des Reichstagsabgeordneten Haase, mit dem ich wiederholt gesprochen hatte, schickte ich die Eingabe nicht ab, weil er mir riet, mich zunächst ruhig einziehen zu lassen, um dann in der Etappe, wo es am leichtesten wäre, zu verschwinden.

Ich rückte ein. Doch noch ehe wir vereidigt und eingekleidet waren, genau nach 12 Stunden, verließ ich wieder meinen Truppenteil in Jüterbog. Bei meiner Flucht durch Deutschland, die mich zunächst zur dänischen Grenze brachte, kamen mir die Vorteile der Organisation der revolutionären Jugend aufs beste zustatten.

Die Leitung in Berlin lag in Händen eines gewissen Rosenthal, der in der Kriegsmetall-W.-G. in der Potsdamer Straße 10/11 arbeitete. Von ihm erhielt ich meine Reiseroute mit Angabe von Adressen genau vorgeschrieben. Ich fuhr zunächst nach Hamburg, wo ich mich längere Zeit bei Vertrauensleuten aufhielt und reichlich Gelegenheit hatte, viele Deserteure zu sprechen. Diese Deserteure, die ohne jede innere Überzeugung, lediglich auf Grund einer skrupellosen Agitation, sich zu diesem schweren Schritt hatten verleiten lassen, machten einen bemitleidenswerten Eindruck.

Ich habe damals gegen dieses verbrecherische Treiben bei meinen Freunden protestiert und finde in meinem während der Flucht geführten Tagebuch unter dem 20. Juni 1917 folgende Aufzeichnungen:

„... Ich finde nirgends einen Maßstab zur Rechtfertigung meiner Handlung, als eben nur in mir selbst und in meinem Leben, dessen ganze Entwicklung, Notwendigkeit und Rechtfertigung für das Tatsächliche ist.

Arbeiter! Mitbürger!

Die bisherige Gesellschaftsordnung hat uns in den Abgrund geführt, wir befinden uns im Chaos. Aus diesem Chaos führt nur ein Weg: die Selbstbestimmung der Völker und die Errichtung der Gerechtigkeit. Nur die

sozialistische Gesellschaft

kann die Völker vor dem Verfall in Barbarei retten. Zur Gründung der neuen sozialistischen Weltordnung rufen wir alle auf, die sich im gemeinsamen Ziel einig sind: der Ausrottung der Menschennot durch die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel — einig aber auch, dieses Ziel auf dem geraden Weg unter Verhinderung sowohl des weißen als auch des roten Terrors zu erreichen. Dieser Weg ist der einer einfachen und unbedingten Kameradschaft aller Sozialisten.

Wir rufen alle, die bisher hiesigen: Arbeiter, Gelehrte, Bauern, Handwerker, Studenten, Kaufleute, Beamte, Künstler, Angestellte, Männer und Frauen. Dies gilt für alle Völker. Für uns Deutsche aber ist die dringende Forderung, aus dem entsetzlichen Zusammenbruch der alten Gesellschaft und dem dadurch entstandenen Durcheinander aller politischen Programme und Parteien zur Klarheit durchzudringen durch die aufrichtige Befragung des Volkswillens. Deshalb fordern wir die sofortige Auflösung des Reichstags und die

Wahl einer Nationalversammlung.

Wählen sollen alle Deutschen beider Geschlechter. Die Nationalversammlung wird eine Verfassung ausarbeiten und diese zur Volksabstimmung bringen. Darauf werden unverzüglich die Wahlen zu den verfassungsmäßig vorgesehenen Körperschaften folgen.

Es handelt sich um die Schaffung einer neuen Welt. Daran müssen alle mitarbeiten, die ehrlich und reinen Herzens sind — nicht aber die Verräter, die es heucheln.

Eine neue Welt verlangt neue Menschen. Zeigt alles ein für ein neues Deutschland!

Lieber den Untergang als den Kompromiß!

Durch die Demokratie zum Sozialismus!

Es lebe die demokratische sozialistische Republik!

Es lebe die demokratische Internationale der neuen Welt!

Heute, Sonntag, mittags 12 Uhr:

Volksversammlung am Bismarck-Denkmal (Reichstag)

Bund Neues Vaterland.

Kurt von Capper-Lauth. Dr. Helmut Söcher. Dr. Magnus Hirschfeld.

Faksimile 13. (Siehe S. 62.)

Original im Besitz des Archiv-Dienst, Berlin-Charlottenburg.

Man wird es darum verstehen, warum ich mich persönlich auf das entschiedenste gegen die programmäßige Propagandierung der Desertion ausspreche. Man verlangt hier mit einemmal persönlich den Menschen, um ein bestehendes System zu organisieren. Der Mensch aber ist mir niemals Kampfobjekt, und es scheint mir, daß der Kampf des Menschen eben nur dort Wert hat, wo er ihn in voller, aufrechter Subjektivität führt . . .“

Wenn man heute den Versuch macht, bestreiten zu wollen, daß die revolutionäre Propaganda an der Front eine systematische Organisation der Desertion enthalten habe, so widerlegen dies meine Zeilen, die damals unter dem unmittelbaren Eindruck des persönlichen Erlebens geschrieben worden sind. Außerdem aber läßt sich einwandfrei der Beweis führen, daß die Jugend mit der revolutionären Propagandierung an der Front bereits in den Jahren 1916 und 1917 angefangen hat¹. So wurden die von

¹ Über diese Propaganda äußerte sich Ledebour auf dem Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16.—21. Dezember 1918 folgendermaßen: „Parteigenossen! Genosse Müller hat in einleitenden Worten schon ausführlich mitgeteilt, daß mindestens seit dem Jahre 1916 bei einer Anzahl von Vorkämpfern der U.S.P.D. besonders in Arbeiterkreisen der Entschluß und die Hoffnung bestand, durch eine gewaltsame Revolution diese nichtswürdige verbrecherische Gesellschaft, die Deutschland zugrunde gerichtet hat, zu stürzen . . . Es handelt sich für uns um die Frage: Wann ist die Zeit gekommen, um loszuschlagen zu können. Wir saßen gewissermaßen am Ufer und beobachteten, wie das Wasser stieg. Monat für Monat haben wir diese Beratungen gepflogen; als der Zusammenbruch an der Westfront erfolgt war, sagten wir uns, jetzt ist die allerhöchste Zeit, jetzt müssen die letzten Vorbereitungen getroffen werden. Wir hatten übrigens nicht nur in Berlin vorbereitet, sondern wir hatten mit allen Provinzen angeknüpft. Im Rheinland saß der Genosse Braß, der hier gesprochen hat, in Sachsen Seger usw. (Zuruf: Die Front nicht vergessen!) Ich komme darauf! Und, Parteigenossen, wir haben die Front bearbeitet, d. h. nicht wir, die wir hier saßen, aber unsere Freunde. Da war die Regierung so gütig, ausgezeichnete Agitatoren für die Revolutionierung der Front hinauszuschicken, indem sie nach dem Januarstreik alles wegklaute, was ihr benutzte war als Treiber des Streiks und jeder Mann, der da in den Schützengraben geschickt, der in Schutzhaft geschickt wurde, der irgend nur wegen einer Arbeitsverweigerung bestraft wurde, war ein Agitator für die revolutionäre unabhängige Sozialdemokratie, das war ein Mann, der die Soldaten auf ihre Pflicht als Menschen, als Söhne ihres Volkes und als Soldaten aufklärte. Und genau so ist es natürlich hier. Wir wußten, daß eine ganze Anzahl Regimenter überreten würden.“



Erinnerungen an die Heimat

Mitteilungen Hamburger Jugendbündler an im Felde stehende Genossen

Nummer 4 Hamburg 16. Februar 1916

Trots

Wenn die schweren Stürme gegen
über ein verwobenes Land,
wenn sich trotz sich die Erde
immer stärker in den Sand.
Joh. Baumbach

623

Ausbau der Selbstverwaltung, unsere letzte Zuflucht

Im strengen Augenblick, da in den bürgerlichen Jugendkreisen die Idee der Selbstverwaltung, wo sie überhaupt bestanden hätte, mehr und mehr aufgegeben wird, haben wir den Mut sie weiter auszubauen.

Gewiß, auch wir waren uns immer klar, daß die heutige Jugend, der von der Schule und meist auch vom Hause jegliche eigene Rechnung, jedes selbständige Denken von vornherein entzogen wurde, selten gleich befähigt sei sich allein zu helfen. Das sollte sie erst in unseren Reihen lernen, und dazu ist uns ja die Art unserer Selbstverwaltung das beste Mittel. Ihr wißt aus eigener Erfahrung, welche gute Resultate damit erzielt wurden. Wie schwer es anfangs vielen Mitarbeitern und Förderern unserer Bewegung auch ankam in diesem Sinne als Erzähler mitzuwirken, nach und nach fanden sich immer mehr Leiter in diese Art der Betätigung hinein; einfach selbst weiter nichts zu sein, als »junge« unter jungen und Mädchen.

Wir, wie auch jugendliche, die in unserer Bewegung sich ein paar Jahre betätigt hatten, waren bald klar über die Grenzen der Selbstverwaltung. Aber sie war und ist noch das vorzüglichste Mittel in der Förderung der körperlichen und geistlichen Entwicklung der Proletarierjugend. Wir stehen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen, den Lebens- und Umgangsformen unserer Zeit mit anderen Anforderungen gegenüber, wie die Anhänger der bürgerlichen Jugendbewegung. Mag es diesen auch hin und wieder glücken in ihren Reihen Begeisterung auszulösen, sei es im jungdeutschlandbund für die Wehrmachtmachung,

Aus dem Jugendbunde

Dilettanten-Versammlung

Die wichtigsten Bestimmungen des obersten Zentral-Ausschusses sind:

Der Ausschuss setzt sich zusammen aus 3 Personen der Distrikte, dem Distriktsleiter und dem Bureau der Delegierten-Versammlung. Die Vertreter werden in den Distrikten gewählt. Es bleibt sich gleich, ob jemandliche oder Leiter. Es muß aber eine Genossin unter den Gewählten sein. Die Mitglieder des Zentral-Ausschusses haben Sitz und Stimme in der Delegierten-Versammlung. Der Ausschuss hat die liturgischen Erscheinungen der sozialistischen, bürgerlichen und proletarischen Jugendbewegung zu verfolgen, durchzuführen und darüber auf der Delegierten-Versammlung regelmäßig zu berichten. Schriftliche von Wert (Aufsätze, Zeitungsartikel) in die einzelnen Abteilungen gelangen zu lassen. Die Verbindung mit auswärtigen Jugendorganisationen zu fördern und mit der »Zentralstelle« in Berlin in steter Fühlung zu bleiben. Ferner: Die in Frage kommenden Flugblätter und Agitationschriften zu verbreiten; am aktuellen und wirtschaftliche Forderungen zum Ausdruck zu bringen, mit der erwachsenen Arbeiterschaft in Fühlung zu bleiben; die Samstags- und die Ausarbeitung des Jahresberichts zu überwachen; endlich, gemeinsam Veranstaltungen vorzuschlagen und erforderliche Funktions-Versammlungen abzurufen.

2. Distrikt

Am 12. Februar findet wiederum eine Versammlung der Positionierung im Bereich der Jugendheim statt, die sich mit den praktischen Aufgaben in den Abteilungen befassen wird.

3. Distrikt

Für den zum Hereditäts einbezogenen Gen. Heberlein wurde der Gen. Nobbe zum Distriktsleiter gewählt, nachdem die Zentral-Kommission abermals den Gen. Lindas abgelehnt hat. Gen. Lindas wirkt auf einen drücklich e Wunsch der Delegierten-Versammlung als Gast in der Organisation mit, besonders im 3. Distrikt, um dem Gen. Nobbe zur Seite zu stehen.

4. Distrikt

Um das Interesse für wissenschaftliche und volkswirtschaftliche Fragen zu beleben, ist ein wöchentliches Diskussionsabend eingerichtet. Der bisherige Verlauf berechtigt zu den schönsten Hoffnungen.

Am 16. Januar beschloß sich die Orts-Distrikts-Versammlung mit der gegenwärtigen Situation. Die Diskussion wurde verlegt.

8. Distrikt

Wie in den Vorjahren werden die 16 Tage Lektüre-Abende abgehalten.

Internationale Jugendkonferenz

Im Frühjahr 1915 tagten die Vertreter der Arbeiterjugend in der Schweiz. Vertreter waren: Dänemark, Norwegen, Schweden, Holland, Sch. etc., Balfarn, Rußland, Polen und einige Jugendorganisationen Deutschlands. Die Vertreter Frankreichs und Italiens waren verhindert zu erscheinen; nicht beteiligt waren die Osterröcher.

Über etwaige Beiträge an dem Fonds: E. H. (Rußland) 2 M., W. St. (Frankreich) 5 M., G. H. (Rußland) 3 M., E. P. 2 M.

Die Feinpostadressen dürfen wir auf Verlangen mitteilen. Wir sind aber gern bereit, auf Wunsch jede Adresse zu veranlassen und uns zur Beförderung expedierbare Post weiter zu befördern.

Alle Zuschriften erbiten wir an die Adresse des Gen. Arthur Reber, Hamburg 19, Hörsing-10. — Auf Feldpostbriefen und -karten bitten wir, die ehemalige Abtheilung oder den Distrikt des Absenders zu vermerken, der er zuletzt angehört.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag: Arthur Reber, Hamburg 19

an die Front lag. Auch das oppositionelle Blatt der „Proletarierjugend“ (Faksimile 15) wurde an die Front geschickt und in verschiedenen Nummern dieser Zeitschrift findet man im Inseratenteil Quittungen über eingegangene Beiträge für den Schriftenfonds von Anhängern im Felde. In welchem Maße die revolutionäre Propaganda unter den Truppen bereits 1917 betrieben wurde, erhellt am besten das von der sozialistischen Jugendbewegung Deutschlands herausgegebene Flugblatt „Demonstrationsstreik“, in dem es zum Schluß heißt:

„An euch Arbeitsbrüder im bunten Rock! ergeht der Mahnruf: Wenn sich das bis zur Verzweiflung getriebene Volk nun endlich einmal zur revolutionären Tat aufrafft, den Vernichtungskampf wagt, unerschüttert das Banner der Revolution entfacht, dann kämpft mit uns. Widerhandelt den Befehlen! Schießt nicht auf Vater und Mutter! auf mutige Kämpfer für die Sache des internationalen Proletariats, die auch die eure ist! Werdet selbst Soldaten der Revolution!“

Mein Protest gegen die programmatische Desertion fand im Kreise meiner Freunde keinen Widerspruch, zumal die Vertrauensleute, denen die Deserteure einfach zugeschickt wurden, manchmal nicht mehr wußten, wie sie dieselben unterbringen sollten. Zwei der eifrigsten damaligen Genossinnen in Hamburg, Louise Wegner und Hanne Heinemann, waren auf die Leitung in Berlin um so wütender, als die meisten Deserteure auch ohne Barmittel angereist kamen, und da das erfolgreiche Ende der Flucht nicht zuletzt eine Frage des Geldes war, erschien ihre Lage von vornherein hoffnungslos. Die Gerechtigkeit verlangt es, festzustellen, daß die Hilfsbereitschaft und die Opferfreudigkeit der revolutionären Jugend keine Grenzen kannte, aber die Verhältnisse waren mitunter doch stärker als Menschenwille, und darum scheiterte die große Mehrzahl der mittellosen Deserteure, von denen einzelne, wie mir bekannt ist, sich in ihrer Verzweiflung dann mit Waffengewalt den Übergang über die Grenze erzwangen.

Meine Flucht führte mich in Begleitung von Hanne Heinemann bis zur dänischen Grenze. Eine nächtliche Fußwanderung von Flensburg zur Grenze mißlang. Mit falschen Papieren kamen wir dagegen bis in die Grenzzone nach Hadersleben und von dort bis Jels-Trolker, das unmittelbar an der Grenze lag. Aus niemals ganz aufgeklärten

Preis der Nummer 10 Pfennig

Proletarierjugend

Korrespondenz für die Hamburg-Altonaer Arbeiterjugend

2. Jahrgang

Hamburg, Mai 1917

Nummer 5

Was uns trennt.

Die Krisis in der Jugendbewegung ist noch nicht beendet. Die Konflikte, die zur Spaltung mit der alten Jugendzentrale geführt haben, haben neuen Konflikten innerhalb der oppositionellen Jugendbewegung Platz gemacht. Die alten Konflikte drehten sich in der Hauptsache um die Frage der Bureaucratisierung und um die Tatsache, daß die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“ und ihr Organ, die „Arbeiterjugend“, die jungen Proletarier für ihre Politik des Burgfriedens und der Landesverteidigung gewinnen wollten. Die oppositionellen Jugendlichen haben diesem Bemühen ihr entscheidendes Nein entgegengesetzt. Die neuen Konflikte sind eine Fortsetzung dieser Auseinandersetzungen. Die Jugendlichen waren nun genötigt, die Frage, ob die Jugendbewegung politisch sein solle oder nicht, näher zu prüfen. Was bedeutet es, politisch sein? Nichts anderes, als eine Macht darstellen, die auf die Veränderung der staatlichen Verhältnisse hindrängt. Da haben nun gewisse Schichten der Jugendlichen bestritten, daß die proletarische Jugend berufen und fähig ist, eine solche Macht zu bilden und Einfluß auf den Staat zu gewinnen. Sie sagen: wir wollen uns politisch neutral verhalten, wollen uns über alle Fragen, die uns angehen, Klarheit zu verschaffen suchen, wollen weiter unsere Geselligkeit pflegen. Aber die staatlichen Einrichtungen ändern helfen, den Kampf gegen den gesamten Staat aufzunehmen, das könnten wir nicht, das ist Sache unserer erwachsenen Arbeitsbrüder. Und weil wir nicht aktiv in die staatlichen Verhältnisse eingreifen können, brauchen wir uns auch nicht mit den Parteistreitigkeiten zu befassen, die sich schließlich ja um die Frage drehen, wie die Arbeiterklasse am besten ihre Macht zum Kampfe gegen den Staat und die ganz-bürgerliche Gesellschaft mit ihrer Lohnarbeit, ihrer Profitmacherei, ihrem Gegensatz zwischen Bürgertum und Proletariat, stärken kann. Die Jugendlichen haben ohnehin kein Verständnis für diesen Parteizwist, ja, indem man ihn in die Jugendbewegung hineinträgt, zerstört man die schöne Harmonie unter den Jugendlichen und zerreißt die Jugendbewegung in feindliche Lager. Ja, noch mehr: Diese Jugendgenossen erklären, die Jugendlichen sind auch nicht berufen und fähig an den Kämpfen der Erwachsenen teilzunehmen. Andere Jugendgenossen wieder erklären: wir sind wohl dafür, daß auch die Jugendlichen an den großen Kämpfen der Arbeiterklasse teilnehmen, aber augenblicklich sind sie noch nicht reif dafür.

Demgegenüber sagen die entschiedenen Vertreter der oppositionellen Jugend: auch die Jugendlichen müssen sich mit den verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung auseinandersetzen; auch sie müssen sich entscheiden, welcher dieser Richtungen, die über kurz oder lang zur Gründung eigener Parteien führen werden, sie sich anschließen wollen, und vor allem müssen sie in jedem Augenblick bereit sein, an den Kämpfen der Arbeiterschaft teilzunehmen.

Gründen wurde ich kurz vor dem Überschreiten der Grenze verraten und mußte fluchtartig nach Hamburg zurück. Da ich aber auch dort bereits der Polizei avisiert war, fuhr ich noch in derselben Nacht am 19. Juli 1917 nach Berlin weiter. Hier wurde ich durch Dr. Schinagel mit neuen, falschen Papieren ausgerüstet und bekam Empfehlungen an Genossen nach Köln, die mich von dort aus über die holländische Grenze bringen sollten.

Am 29. Juli 1917 fuhr ich nach Köln, wo ich mich nochmals 14 Tage aufhalten mußte, da der erwartete Posten von der Grenze nicht rechtzeitig eintraf. Ich wohnte bei Vertrauensleuten genau wie in Hamburg und lernte in dem Buchladen des Genossen Müller die Zentrale für den Empfang ausländischer Zeitungen, deren Einfuhr verboten war, kennen. Der Genosse, der mich zur holländischen Grenze brachte, war auf der Kommandantur in Rheydt bei München-Glabbech stationiert. Gegen 300 Mark, die ich an der Grenze um noch ein Beträchtliches erhöhen mußte, brachte er mich am Sonntag den 12. August 1917 dicht bei dem Dorfe Elmpit über die holländische Grenze.

Während meiner fast dreimonatigen Flucht in Deutschland habe ich das praktische Arbeiten der revolutionären Organisation aufs beste aus eigener Erfahrung beobachten können. Sowohl in Hamburg¹ wie in Köln hatte ich Gelegenheit, durch reisende Vertrauensleute meine Post sicher nach Berlin bringen zu lassen. In allen Städten war für Lebensmittelkarten und Unterkunft gesorgt, und wenn heute diejenigen, die Nutznießer der Revolution geworden sind, diese Dinge bestreiten wollen, so entspricht das ganz der Tradition ihrer moralischen Feigheit, ohne etwas an dem Tatbestand zu ändern.

Geschichtlich läßt sich nachweisen, daß die Revolution in Deutschland systematisch vorbereitet und organisiert, das heißt, daß die Revolution gemacht worden ist.

Dieser Prozeß der Revolutionierung Deutschlands läßt sich in drei Phasen einteilen:

1. Die intellektuelle Revolutionierung der Front.
2. Die psychische Revolutionierung der Front.
3. Die organisatorische Revolutionierung der Heimat.

¹ In Hamburg war die Zentrale in dem Zigarrengeschäft von Stangenberg im Gewerkschaftshaus Besenbinderhof 58/59.

Während sich die intellektuelle Revolutionierung, die auch auf die österreichische Front ausgedehnt wurde, mit der Verbreitung von Flugchriften, Broschüren, Manifesten, Handzetteln und Briefen begnügte, beruhte die psychische Revolutionierung der Front auf der moralischen Zermürbung der Truppe durch die systematische Organisation der Desertion. Die organisatorische Revolutionierung der Heimat wurde an erster Stelle von der parlamentarischen Opposition der U.S.V.D. und von allen linksgerichteten, radikalen Organisationen, einschließlich der intellektuellen Kreise betrieben.

Es ist bis heute noch nicht einwandfrei gelungen, den Beweis dafür zu erbringen, daß diese revolutionäre Arbeit im Einverständnis und mit Unterstützung der damaligen Feinde Deutschlands geleistet worden ist.

Offensichtlich liegt die Vermutung nahe, daß Fanatiker wie Adolf Hoffmann und Ledebour während ihres wiederholten Aufenthaltes im Ausland bei den illegalen Zusammenkünften, dank ihrer ganzen Einstellung zu Deutschland, jede Gelegenheit begrüßt haben, um das ihnen verhaßte „alte System“ verächtlich zu machen. Daß außerdem Erzberger seine „diplomatische“ Bewegungsfreiheit dazu benutzt hat, um Deutschland jeden nur erdenklichen Schaden im Ausland zuzufügen, ist erwiesen. Es sei hier nur an den von ihm entwendeten Geheimbericht des Grafen Czernin erinnert, der im Juli 1917 dem englischen Ministerrat vorlag und ihm Aufschluß über die gefährdete Lage der Mittelmächte gab. Berücksichtigt man überdies, daß Hellmuth von Gerlach während seines Aufenthaltes in der Schweiz, und die deutschen Vertreterinnen auf der internationalen Frauenkonferenz im Haag nichts unterlassen haben, um den Feinden Deutschlands bei jeder Gelegenheit die Karte des „preußischen Militarismus“ in die Hand zu spielen, so ergibt sich hier schon ein auffallender geistiger Zusammenhang der deutschen Opposition mit dem Feinde.

Das alles ist aber letzten Endes nicht das Entscheidende. Das eigentliche Verbrechen der Revolution beginnt dort, wo das Geld der Entente, der Mammon der Feinde des deutschen Volkes, zum Verbündeten der deutschen Revolutionäre wurde.

Das Geld für die deutsche Revolution floß aus drei Quellen:

1. Aus bestimmten jüdischen Kreisen in Deutschland selbst.
2. Aus dem Propagandafonds der Entente.
3. Aus dem Staatsfädel der russischen Bolschewiki.

Es läßt sich heute geschichtlich bereits nachweisen, in welchem Maßstabe dieses Geld in der Hand der Revolutionäre eine Rolle spielte.

Das Geld aus jenen jüdischen Kreisen ging zum Teil durch die Hände von Haase und Dittmann. Letzterer hat an einen Vertrauensmann der Revolutionäre auf der deutschen Flotte in Wilhelmshaven Geld gesandt und mit ihm auch einen Briefwechsel unterhalten¹, während Haase einen Fonds zur Verfügung hatte, der den politischen Flüchtlingen zugute kam. So wurde von ihm eine Schuld, die ich während meiner Flucht hatte machen müssen, und zu deren Begleichung meine Mutter nicht mehr in der Lage war, mit dem ausdrücklichen Bemerken beglichen, daß er für solche Fälle Geld zur Verfügung habe.

Das Geld der Entente kam hauptsächlich der Propaganda der revolutionären Kreise zugute, daß es aber auch noch anderen verbrecherischen Zwecken diente, beweist die Tatsache, daß nach der Explosion der Pulverfabrik in Quickborn-Ellerau am 10. Februar 1917 sich ein Agent der Entente eigens zu dem Zwecke an Ort und Stelle begab, um vor Auszahlung der für dieses Vernichtungswerk ausgesetzten Summe den Tatort in Augenschein zu nehmen. Dieser Agent ist von dem damaligen Kriminaloberwachmeister Kammring in Hamburg zu der vernichteten Pulverfabrik geführt und danach sofort verhaftet worden.

Außerdem hat im März 1918 in den Lokalitäten von Aschinger am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin eine Besprechung zwischen einem aus Holland herübergekommenen Amerikaner namens Ridder

¹ Kennzeichnend für diese Unterstützung ist die Tatsache, daß von den revolutionären Matrosen verlangt wurde, die U.S.P.D. solle prozentual ihrer großen Mitgliederzahl den Fonds unterstützen, wogegen von den Vertretern der U.S.P.D. eingewandt wurde, daß sie in Wirklichkeit nicht die große Mitgliederzahl hätten, die in der Öffentlichkeit aus agitatorischen Gründen genannt wurde.

und verschiedenen revolutionären Vertrauensleuten stattgefunden, bei welcher nicht nur die Einzelheiten der Revolution durchgesprochen wurden, sondern bei der auch von Ribder an die Teilnehmer Geld ausgehändigt wurde.

In Hamburg hatte derselbe Ribder in Fleischers Weinstuben am Hauptbahnhof eine Zusammenkunft mit Louise Wegner, bei der auch über die Frage der finanziellen Unterstützung verhandelt wurde.

Ferner stand Paul Levi, der im Spartakusbund eine führende Rolle spielte und später den „Roten Soldatenbund“ organisierte, im Oktober 1918 in Verbindung mit englischen Agenten, mit deren Hilfe er, wie die linksradikalen Laufenberg und Wolffheim selbst erklärten¹, „die deutsche Front erdolchte“.

Das Geld der russischen Bolschewiki floß in die Hände von dem späteren Volksbeauftragten Emil Barth, der durch einen Kriegsbeschädigten Kaufmann in Halensee dafür Waffen aufkaufen ließ. Außerdem hat der Reichstagsabgeordnete Oskar Cohn von dem damaligen russischen Bevollmächtigten in Berlin, Toffe, vor seiner zwangsweisen Abreise einen Betrag von 4 Millionen Rubel ausgezahlt erhalten. Rechnet man hierzu noch die von Kurt Eisner verbrauchten Gelder², so hat man den unumstößlichen Beweis dafür, daß das Geld der kapitalistischen Ententestaaten der Helfershelfer der revolutionären Sozialisten in Deutschland war. Damit ist das vernichtende Urteil der Geschichte über die deutsche Revolution und ihre Helfershelfer gesprochen.

Hinzu kommt noch, daß die ungezählten illegalen Nachrichtenverbindungen der Revolutionäre nach dem neutralen Ausland fast alle in den Spionagebureaus der Entente endeten.

Ich selbst habe nach meiner ersten Besprechung mit Minster in Amsterdam, der aus Duisburg nach Holland geflüchtet war und dort die deutschen Deserteure organisierte und die Zeitschrift „Der Kampf“ herausgab, das praktische Arbeiten dieser Verbindung feststellen können. Minster, der außerordentlich mißtrauisch war, verlangte von mir Referenzen. Ich nannte ihm als solche den Reichstags-

¹ „Kommunismus gegen Spartakismus“ von Laufenberg und Wolffheim.

² „Süddeutsche Monatshefte“, Heft 8, Mai 1924.

abgeordneten Haase. Wie einwandfrei feststeht, schickte Münster hierauf durch Geheimkurier einen Brief an Haase, der sich desselben Weges bediente, um ihm die erwünschte Antwort zukommen zu lassen. Da die Antwort Haases für mich günstig lautete, zögerte Münster nicht mehr, mich nun sofort an den englischen Spionagechef Linsley in Rotterdam zu empfehlen. Wihin ist also der Kreis von Haase über Münster bis zum englischen Spionagechef geschlossen.

Berücksichtigt man außerdem, daß Erzberger im Besiz eines Zensurstempels war, vermittels dessen er die Post verschiedener international eingestellter Persönlichkeiten ungehindert ins Ausland schicken konnte, wo sie, wie beispielsweise bei den Friedensverhandlungen, verheerende Folgen nach sich zog, so sieht man, welche ungeheuren Ausmaße der revolutionäre Vergiftungsprozeß angenommen hatte.

Die eigentliche Organisation der Deserteure in Holland, die, abgesehen von Münster, sich aus höchst bedeutungslosen Köpfen zusammensetzte, war an und für sich recht belanglos. Das Blatt „Der Kampf“ (Faksimile 16), das dauernb mit Geldschwierigkeiten zu kämpfen hatte, wurde in einigen Exemplaren wohl nach Deutschland geschmuggelt. Es hat aber in Wirklichkeit eine ebenso nebensächliche Rolle gespielt wie das von Hugo Delmes herausgegebene Wigblatt „Michel im Sumpf“, das fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit erschien.

Die einzig tatsächliche Gefahr dieser Organisation bestand in ihren geheimen Nachrichtenverbindungen nach Deutschland, die teilweise über Düsseldorf, teilweise über Köln liefen. Die über diese Wege nach Holland gelangenden Nachrichten kamen stets der Ententespionage zugute, wie denn jeder Deserteur ganz systematisch an das englische Spionagebureau verwiesen wurde, um dort seine Mitteilungen gegen einige Gulden an den richtigen Mann zu bringen.

In Deutschland selbst trat die Jugend immer mehr in die erste Reihe der Revolutionäre, und wenn heute die Sozialdemokratie versucht, ihren Anteil an der Vorbereitung der Revolution zu leugnen, so muß man darauf hinweisen, daß es gerade die Jugend war, die aus ihren Parteiorganisationen hervorgegangen ist, welche die Initiative zur revolutionären Tat bei jeder Gelegenheit ergriff. So plante die internationale Jugend für den Herbst 1916 eine neue Reichs-

DER KAMPF

Revolutionär-Sozialistisches Wochenblatt

Erscheint jeden Samstag

REDAKTION: C. MINSTER, AMSTEL 85, A'DAM	ABONNEMENTPREIS 50 CENT PRO QUARTAL. EINZELNUMMER 5 CENT.	EXPEDITION: AMSTEL 85, — AMSTERDAM
--------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------	---------------------------------------

An unsere Leser.

Wer bis zum 1. Januar 1918 zehn neue Abonnenten bringt und den Abonnementbetrag vorher einschickt, erhält pro Abonnent 10 cent.

Zahlt das Abonnementgeld!

In den nächsten Tagen werden die Quittungen für das rückständige bzw. laufende Abonnement durch die Post vorgezeigt. Wir ersuchen unsere Leser, die Quittungen pünktlich einzulösen.

INHALT: Deutsche Instruktionstunden. — Deutsche Deserteure. — Der russische Bauer. — Weibühne. — Briefe über Sozialismus an eine Jugendfreundin. — Buntes Allerlei.

Deutsche Instruktionstunden.

Während der letzten Reichstagsstagung wurde von verschiedenen Seiten Beschwerde geführt gegen die neuen Unterrichtskurse im deutschen Heere. Besonders auf die Unfähigkeit einzelner Instruktoren wurde hingewiesen und auf die versuchte politische Beeinflussung der deutschen Soldaten im Sinne der Vaterlandspartei und der deutschen Ueberannexionisten. Die Regierung gab zu, dass „verzelte Uebergriffe“ seitens allzu eifriger Instruktionsoffiziere vorgekommen sein mögen, dass aber auf die Instruktionen, die das deutsche Lügegebäude stützen und den Soldaten die Notwendigkeit eines sogenannten starken Friedens, d. h. eines Friedens mit Annexionen im Osten und Westen glaubhaft machen sollen, nicht verzichtet werden könne.

Diese Lügenhaftigkeit des deutschen Instruktionunterrichts und die versuchte Fälschung geschichtlicher Wahrheiten durch deutsche Offiziere nimmt weiter nicht wunder. Passen diese Dinge doch vollkommen in den Rahmen, der die deutsche Politik vor und während des Krieges auszeichnete und in Staatsmännern und Diplomaten wie Bethmann-Hollweg, Helfferich, Luxburg etc. würdige Repräsentanten fand.

Wir würden angesichts dieser altbekannten Tatsachen die Instruktionstunden in der deutschen Armee auch nicht zum Gegenstand einer Erörterung machen, wenn in diesem Soldatenunterricht nicht gleichzeitig Dinge besprochen werden würden, die gerade Holland besonders interessieren dürften.

Wie die Unwahrhaftigkeit ein Kennzeichen deutscher „Staatskunst“ ist, so auch die bekannte Diebesmethode, die, um die Aufmerksamkeit von sich auf andere abzulenken, in dem Ruf gipfelt: Haltet den Dieb!

Zu diesem Zwecke verfährt man in der deutschen Instruktionstunde in folgender Weise: Holland hat sehr wertvolle Kolonien. Am wertvollsten sind die grossen ostindischen Inseln Java, Sumatra, Borneo und Celebes. Nicht nur Gewürze, Zuckerrohr, Gummi und wertvolle andere Kolonialprodukte werden dort gewonnen, sondern diese Kolonien sind auch

reich an Mineralien. Nach diesen Inseln giert die Entente, die alles verschlucken will und auch unsern holländischen Nachbar bedroht. Besonders ist es Japan, das seine Augen auf die ostindischen Besitzungen Hollands geworfen hat. Und die gelben, schlitzäugigen Kerle werden bei der ersten besten Gelegenheit ihre Raublust zu befriedigen suchen.

Durch diese Geschichte in der Instruktionstunde verfolgt man im lieben deutschen Vaterlande einen doppelten Zweck. Erstens die bereits erwähnte Diebesmethode, durch den durch nichts gerechtfertigten Hinweis auf einen beabsichtigten Anschlag Japans auf Ostindien die Aufmerksamkeit der deutschen Soldaten auf eingebildete imperialistische Pläne hinzu lenken und von den eigenen deutschen Annexionsplänen abzulenken. Aber dieser erste Zweck ist nicht der hauptsächlichste und kann es nicht sein, weil eben nicht der geringste Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung vorliegt.

Der Hauptzweck ist vielmehr ein anderer. Die Desertionen in Deutschland wehren sich. Trotz aller Hindernisse, die die deutschen Deserteure in den angrenzenden neutralen Ländern bei ihrem Fortkommen finden oder die ihnen in den Weg gelegt werden, — welcher Art diese Hindernisse sind, haben wir im „Kampf“ wiederholt dargelegt, — vermehrt sich der Strom der Kriegsmüden. Um diesen Strom einzudämmen, lässt Deutschland kein Mittel unversucht, auch wenn dadurch irgend ein neutraler Staat in eine unangenehme Situation gebracht werden sollte.

Und deshalb erzählen, wenn auch hypothetisch die deutschen Offiziere den aufhorchenden Soldaten in der Instruktionstunde nach der Abwicklung des Fadens über die japanischen Raubgelüste auf Holländisch-Ostindien zum Schluss:

Sobald Japan seine Absichten ausführt, wird Holland genötigt sein, zu den Waffen zu greifen. Und da Japan eine der Ententemächte ist, folgen notgedrungen kriegerische Verwicklungen mit allen Ententemächten, Holland wird dadurch gezwungen, auf die Seite der Mittelmächte zu treten, es wird ein Verbündeter Deutschlands. Und die deutschen Soldaten, die nach Holland desertiert sind oder vielleicht noch desertieren wollen, werden von den holländischen Verbündeten den deutschen Militärbehörden ausgeliefert und kurzer Hand erschossen.

Mit Instruktionunterricht hat diese Sache zwar nichts zu tun „die bekannte befugte Seite“ wird vielleicht die Sache dementieren, aber dieses Dementi wird nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, dass in uns bekannten wiederholten Fällen deutsche Instruktionsoffiziere durch hypothetische Hinweise auf mögliche kriegerische Verwicklungen Hollands den Soldaten vor der Desertion granlich zu machen suchen. Allerdings mit wenig Glück. Denn unsere Informanten liessen sich durch die Geschichte ihres Instruktionsoffiziers nicht ins Bockshorn jagen, sondern schüttelten trotzdem den Staub Deutschlands von den Püssen. Und daran haben sie gut getan. Denn an das Ammonmärchen, auch an das hypothetische, glaubt kein Mensch. Ganz abgesehen, dass deut-

Konferenz, zu der Leitfätze¹ an die verschiedenen Vertrauensleute versandt wurden.

Bezeichnend für die erfolgreiche Entwicklung der revolutionären Bewegung ist die Tatsache, daß der am 20. September 1916 herausgegebene Spartakusbrief in gedruckter Form erschien, da die hektographische Herstellung den Anforderungen nicht mehr gerecht werden konnte. Dies ist um so kennzeichnender, als der ursprüngliche Verfasser der Spartakusbriefe, Liebknecht, seit langem verhaftet war, und Franz Mehring, der danach die Redaktion der Briefe übernommen hatte, am 15. August 1916 in Schutzhaft genommen wurde. An seine Stelle trat Leo Jogiches.

Auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei vom 21. bis 23. September 1916 trat der Gegensatz zwischen Mehrheit und Minderheit erneut in die Erscheinung. Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ vom 22. Juli 1916 hatte die Vorbereitung der Wahlen für die Parteitagssbelegierten damit begründet, daß es notwendig sei:

¹ Die Leitfätze lauteten:

1. Die proletarische Jugendbewegung ist eine naturnotwendige Bewegung, die sich aus den fortgesetzt steigenden sozialen und wirtschaftlichen Gegensätzen herausbildete.

2. Als solche hat sie nicht nur Jugendpflege zu treiben, sondern ihr Hauptwerk muß die Erziehung zum Klassenkampf sein.

3. Damit reißt sich die proletarische Jugend als Glied in die sozialistische Arbeiterbewegung ein und nimmt in dem Streben derselben — Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und Herbeiführung des Sozialismus — innigen Anteil.

4. Die proletarische Jugend kann diese Aufgabe nur dann lösen, wenn sie den Klassenkampf in jeder historischen Situation ununterbrochen führt und sich bestimmt als politische Bewegung erklärt.

5. Indem sich die proletarische Jugendbewegung die Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Machthaber mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zur Aufgabe macht, löst sie sich gleichzeitig von allen nationalen Fragen grundsätzlich los — dazu gehört vor allen Dingen die Verneinung der Vaterlandsverteidigung — an dessen Stelle die unbedingte internationale Verbrüderung der Arbeiterklasse zu setzen ist.

6. Die proletarische Jugendbewegung hat in ihrem Emanzipationskampf gegen alle Behinderungsversuche anzukämpfen, insbesondere auch gegen die alte Jugendbewegung, Arbeiterjugend, die ja eine direkte Ausschaltung der Jugend von allen politischen Aktionen verlangt.

„Vertreter zu wählen, welche treu zu den Grundsätzen der alten, revolutionären Sozialdemokratie stehen und entschlossen sind, gegen die burgfriedliche, nationalistische Mehrheit der Fraktion und gegen den Parteivorstand der Gewalttätigkeiten und Parteizerstörung rücksichtslosen Kampf aufzunehmen.“

Auf dieser Tagung kam nicht nur der Gegensatz zwischen der Opposition und den Mehrheitssozialdemokraten zum Ausdruck, sondern auch der Gegensatz zwischen der Opposition und den linksradikalen Kreisen. Kennzeichnend hierfür sind die Ausführungen des Abgeordneten Haase, der verlangte: „die gegebene Situation zur Erweiterung der politischen Rechte auszunutzen, wie das aufstrebende Klassen stets als ihr Recht angesehen hätten.“ Diese für die Kompromißpolitik der Opposition typische Äußerung Haases charakterisiert deutlich den Gegensatz zwischen ihm und den Führern der linksradikalen, revolutionären Bewegung.

Das Attentat Friedrich Adlers auf den Grafen Stürgkh am 21. Oktober 1916 fand in der revolutionären Bewegung einen starken Widerhall, und die in einer Broschüre zusammengefaßten Ausführungen Adlers vor Gericht fanden reißenden Absatz. Am 29. Oktober 1916 tagte die sozialdemokratische Verbandsgeneralversammlung für Groß-Berlin, auf der die Opposition eine Resolution gegen die Fraktionsmehrheit durchzusetzen mußte, wie es ihr auch in der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter am 26. November 1916 gelang, die Arbeiter zu einer scharfen Ablehnung des Hilfsdienstgesetzes zu bewegen.

Gegen das Ende des Jahres 1916 fand die aus pazifistischen Kreisen stammende Lichnowsky-Broschüre, um deren Verbreitung sich Hauptmann v. Beerfelde und der Bruder Hardens, Witting, bemüht hatten, starken Absatz. Diese Broschüre und der ebenfalls verbreitete Mühlton-Brief waren von verheerender Wirkung. Sie wurden nicht nur im Inland verbreitet, sondern auch von der Entente in ausgiebigster Weise verwertet.

Am 2./3. Dezember 1916 erfolgte in Frankfurt am Main die Konstituierung der „Zentralstelle Völkerrecht“, die eine Zusammenfassung der einzelnen pazifistischen Organisationen darstellte, die mehr oder weniger durch den Belagerungszustand in ihrer Tätigkeit behindert oder von der Behörde verboten waren. Die Führer der „Zentral-

stelle Völkerrecht" waren Eduard Bernstein, Pastor Franke und Hellmuth von Gerlach, die es dank ihrer parlamentarischen Verbindung zuwege brachten, ihre Versammlungen teilweise im Reichstagsgebäude abzuhalten (Faksimile 17). Am 28. Dezember 1916 versandte die „Deutsche Friedensgesellschaft“ ein Rundschreiben an die Ortsgruppen und Vertrauensleute, in dem sie ihre Anhänger aufforderte, im Sinne der von Bethmann Hollweg leghin gekennzeichneten Politik überall tätig zu sein und für den Verständigungsfrieden zu wirken. So schloß das Jahr 1916 trotz aller militärischen Erfolge im Zeichen der politischen Schwäche, deren verhängnisvolle Folgen sich im nächsten Jahre bereits „auf der ganzen Front“ zeigen sollten.

Charlottenburg, 26. Sept. 1916.

E I N L A D U N G .

Sie wären so freundlich, Ihre Zustimmung zu der Gründung der Zentralstelle „Völkerrecht“ zu bekunden.

Daraufhin gestatten sich die Unterzeichneten, Sie zu einer Besprechung einzuladen, die diesen Sonnabend, 30. Sept. abends 8 Uhr im Reichstagsgebäude Zimmer 11 (Eingang Portal 5, Reichstagsplatz) stattfindet.

Zweck der Zusammenkunft ist persönliche Fühlungnahme unter Gesinnungsfreunden aus Groß-Berlin und eine swanglose kleine Aussprache über die Lage im allgemeinen, die örtlichen Aufgaben der Zentrale im besonderen.

Hochachtungsvoll

Ed. Bernstein, H. Franke, H. v. Gerlach.

Faksimile 17.

1917

Mit dem Jahre 1917 tritt der revolutionäre Kampf in das entscheidende Stadium ein. Das wesentlichste Kennzeichen hierfür ist die Umstellung der Politik der Parteien im Parlament auf den Linkskurs unter Führung des Zentrums und der Sozialdemokraten. Diese Umstellung war ganz unzweifelhaft ein indirekter Erfolg der linksradikalen, revolutionären Bewegung, der die Mehrheitsparteien hofften den Wind aus den Segeln nehmen zu können.

Die Koalition der roten Internationale der Sozialdemokratie und der schwarzen Internationale des Ultramontanismus, wie sie sich in der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 ausdrückt, ist der Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes auf seinem Weg vom Zusammenbruch zur Katastrophe!

Bismarck's prophetisches Wort: „Die Jesuiten werden dereinst die Führer der Sozialdemokratie sein“, war in Erfüllung gegangen.

Es muß hier einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß das Zentrum als Partei des Ultramontanismus eine politische Interessenvertretung darstellt und keine religiöse Glaubensgemeinschaft. Der Kampf gegen das Zentrum und den Ultramontanismus, der seit Jahrhunderten der Feind Deutschlands ist und diese Feindschaft durch die Vernichtung des Kaiserreichs der Hohenstaufen und durch den Sturz der Monarchie der Hohenzollern bewiesen hat, ist also in keiner Weise ein Kampf gegen die Religion des Katholizismus.

Das Zentrum hat selbst durch sein Bündnis mit der kirchenfeindlichen Sozialdemokratie den unwiderleglichen Beweis dafür erbracht, daß es als Partei sich sehr wohl über die Grundsätze der katholischen Religion hinwegzusetzen vermag, wenn es sich um die Verwirklichung seiner machtpolitischen Pläne handelt. Der Kampf gegen diese Macht-

politik des Ultramontanismus bedeutet also in keiner Weise einen Kampf gegen den Glauben der Katholiken.

Die Verbindung zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie ist vom religiösen Standpunkt des Katholizismus aus geradezu ein Verrat an der Kirche. In diesem Zusammenhang darf man wohl an die Ausführungen Erzbergers erinnern, der einst schrieb¹:

„Eine religionsfeindliche Politik führt die Völker in Elend und Zerrüttung, religionsfreundliche Politik gibt den Staaten Stärke, Gedeihen und Wachstum in den sonnigen Tagen des Friedens und den schmerzreichen Nächten nationalen Unglücks. Die Religion veredelt und adelt die Politik, die ohne Religion nur zu einem Streit um die besseren Futterplätze herabsinkt. Der Sieg im politischen Kampfe wird daher auch trotz aller Erschwernisse zufallen der christlichen Staatspolitik . . .“

Trotz dieser Erkenntnis scheute sich Erzberger nicht, sich zum Handlanger der Revolution für die Sozialdemokratie, die er einst „eine Krankheit des Herzens und eine Verirrung des Willens“ nannte, zu machen. Die Politik von Erzberger über den ehemaligen Reichskanzler Birth, der das meuchelmörderische Wort „Der Feind steht rechts“ prägte, bis zum letzten ultramontanen Kanzler Marx, der in seiner berühmten Kölner Wahlrede dem deutschen Volk die Franzosen auf den Hals hegte, um es seinem politischen Erziehungswerk gefügiger zu machen, ist eine ununterbrochene Kette der Preisgabe der nationalen Selbstbehauptung und Ehre des deutschen Volkes.

Der letzte Kanzler des Deutschen Kaiserreichs, Prinz Max von Baden, hat die Friedensresolution des 19. Juli „ein scheußliches Kind der Angst und der Berliner Hundstage“ genannt. Das mag sie gewesen sein. Ihre geschichtliche Bedeutung liegt aber wesentlich tiefer und wird von keinem treffender gekennzeichnet als von Erzberger, dem Vater dieser Resolution, der schrieb²:

„Die Friedensresolution wurde der Ausgangspunkt und das feste Band für eine stetige Mehrheit im Reichstage und so der Anfang des ‚Parlamentarischen Systems‘.“

¹ Erzberger, „Politik und Völkerleben“, 1914.

² Erzberger, „Erlebnisse im Weltkrieg“, S. 269.

Sie war also in Wirklichkeit die gelungene Erpressung der Kapitulation des monarchischen Prinzips.

Während sich also im Jahre 1917 auch in der offiziellen Politik der Umschwung zum Linkskurs vollzieht, schreiten die revolutionären Kreise zu einer festeren agitatorischen Zusammenfassung und können die ersten größeren Erfolge auf ihr Konto buchen.

Bereits am 6. Januar 1917 fand im Hause Liebknechts eine Konferenz der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusanhänger statt, auf der man sich über die Frage des organisatorischen Zusammengehens aussprach. Daran anschließend tagte am 7. Januar 1917 eine Konferenz der Vertrauensleute aller Richtungen der Opposition in Berlin, deren Einberufer Haase, Ledebour und Vogtherr waren. An ihr nahmen 157 Genossen teil, unter denen auch Kurt Eisner¹ war. Ein von Kautsky ausgearbeitetes Manifest beschloß die Tagung, die allein schon durch die beträchtliche Zahl ihrer Teilnehmer am deutlichsten den Fortschritt der revolutionären Bewegung dokumentiert.

Die Mehrheitssozialdemokraten sahen sich durch diese Tatsache wie immer gezwungen, auch ihrerseits etwas zu unternehmen, und beriefen zum 18. Januar 1917 den Parteiauschuß ein, auf dessen Sitzung eingehend über den Konflikt innerhalb der Partei verhandelt wurde. Kennzeichnend für diese Sitzung des Parteiaususses sind vor allem die Ausführungen Eberts, die, wenn sie auch für die Opposition absolut unannehmbare Konzessionen bedeuteten, doch für die schwankende und unaufrichtige Haltung der Sozialdemokratie charakteristisch sind.

Ebert erklärte, daß die Politik vom 4. August der Sozialdemokratie „lediglich die Pflicht zur Landesverteidigung“ auferlegt habe, und daß diese ganze Politik überhaupt nur „lediglich eine Frage der Taktik“² gewesen sei. Hiermit bekennt Ebert für die Sozialdemokratie, daß sie niemals aus nationaler Überzeugung heraus das Volk in seinem Kampf auf Leben und Tod unterstützt hat, sondern

¹ Es sei hier daran erinnert, daß Eisner bei Kriegsausbruch ein äußerst chauvinistischer Anhänger des „Völkermordens“ war. Siehe „Berliner Tageblatt“ vom 30. November 1918.

² Richard Berger, „Die deutsche Sozialdemokratie im dritten Kriegsjahr“, S. 41.

nur aus taktischen Erwägungen ihre Zustimmung zu den großen, entscheidenden Beschlüssen gab, wodurch sie sich freie Hand ließ, um im gegebenen Fall, wenn es ihr taktisch richtig erschien, wieder in ihre alte revolutionäre Praxis zurückzufallen.

Es entbehrt nicht einer gewissen Komik zu lesen, daß auf dieser Sitzung Ebert, die Führer der Opposition Sonderlinge nannte, die niemand ernst nähme, was aber denselben Herrn Ebert nicht davon abhielt, am 9. November 1918 zu diesen Sonderlingen zu gehen, um mit ihnen die Revolution auf Halbpast zu machen.

Die Diskussion während der Tagung des Parteiausschusses brachte keine Einigung zustande, und der Zerfallsprozeß nahm seinen Fortgang. Er trat in der Spaltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses am 19. Januar 1917 erneut in Erscheinung, nach welcher die oppositionellen Abgeordneten die „Sozialdemokratische Fraktion alter Richtung“ bildeten.

Am 9. Februar 1917 erließ die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft einen Aufruf¹ an ihre Mitglieder, in dem sie zum organisatorischen Zusammenschluß aufforderte. Unaufhaltsam vollzog sich nun der Zerfall, der mit einer ständigen Schwächung der Mehrheitssozialdemokraten und einer fortschreitenden Stärkung der Opposition gekennzeichnet ist. Es folgte zunächst jetzt eine offene Spaltung in den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Am 11. Februar 1917 stellte sich die Kreisversammlung des 1. Braunschweigischen Reichstagswahlkreises auf den Boden der Opposition, indem sie ausdrücklich feststellte, daß sie die Politik der Fraktionsmehrheit für „unvereinbar mit den Grundsätzen und dem Geiste des Sozialismus und der Demokratie“ halte. Diesem Entschluß folgten nun in rascher Reihenfolge Königsberg, das sich auf die Seite seines Abgeordneten Haase stellte, Groß-

¹ In dem Aufruf heißt es: Es müssen sich nunmehr auch die oppositionellen Genossen überall zusammenschließen. Denn was den Genossen in Potsdam, in Berlin, in Sachsen usw. angetan wird, ist ein Schlag, der uns alle trifft. Würde die Opposition nicht tatkräftig vorgehen, so hätte der Parteivorstand gewonnenes Spiel. Er würde die Stäbe einzeln zerbrechen, gegen die er ohnmächtig bleibt, wenn sie festverbunden ihm Widerstand leisten. Solidaritätspflicht ist es jetzt für alle grundsatztreuen Genossen, sich organisatorisch zu vereinen zu gemeinsamer Arbeit für die Gesundung der sozialdemokratischen Bewegung, für die Durchführung des sozialdemokratischen Programms sowie der Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Sozialistenkongresse!

Berlin, Gotha, Erfurt, Naumburg, Merseburg, Pirna, Leipzig, Elberfeld-Barmen, Halle, Essen und Solingen. In letzterem nahmen außerdem noch die oppositionellen Genossen eine Entschliebung an, dem Genossen Philipp Scheidemann das Recht abzusprechen, sich noch als Abgeordneter des Kreises zu betrachten.

Am 25. Februar 1917 tagte in Berlin eine Frauenkonferenz Groß-Berlins, die gegen die Gewaltpolitik des Parteivorstandes gegenüber der Genossin Zieg energisch Protest erhob.

Am gleichen Tag brachen in Petersburg die ersten revolutionären Unruhen aus.

Anfang März 1917 kam es zu einem organisatorischen Zusammenschluß der „Linksradikalen“ aus Hamburg, Bremen, Kiel, Hannover und Wilhelmshaven. Gleichzeitig vollzog sich in Kiel die Neuorganisation der Opposition, der 950 Männer und Frauen als Mitglieder beitraten.

Am 13. März 1917 tagten in Petersburg die Vollzugsausschüsse der Reichsduma und der Arbeiter- und Soldatenräte. Am 14. März dankte der Zar ab.

Der organisatorische Zusammenschluß der Opposition in den verschiedenen Wahlkreisen des Landes war von seiten der „Arbeitsgemeinschaft“ aus der erste Schritt von der Fraktionspaltung zur Parteispaltung. Noch bevor die in Gotha geplante Konferenz der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ zusammentrat, erließ diese ein selbständiges Programm¹, das Ende März 1917 dem Reichstag zuing.

Am 24. März 1917 veröffentlichte die „Leipziger Volkszeitung“ die offizielle Einladung an alle oppositionellen Organisationen der Sozialdemokratischen Partei zur Konferenz nach Gotha. Unter-

¹ In diesem Programm wurde gefordert:

Verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, der zu entlassen ist, wenn der Reichstag es fordert.

Abschluß eines sofortigen Friedens auf der Grundlage des Verzichtes auf Annexionen jeder Art.

Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre.

Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach dem Verhältniswahlssystem in allen Bundesstaaten. Beseitigung der noch bestehenden Herrenhäuser oder Ersten Kammern.

Sicherstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes.

Freie Meinungsäußerung in Wort und Bild.

Aufhebung aller Strafen für begangene politische Delikte.

Breithaupt, Volkvergiftung.

zeichnet war die Einladung vom Vorstand der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft Dittmann, Haase, Ledebour und Vogtherr.

Am 23. März 1917 sandte Kaiser Karl von Österreich an seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Parma, einen Brief mit der Bestimmung, ihn dem Präsidenten Poincaré zwecks Einleitung von Friedenssprechungen zu übermitteln. Dieser Brief ist ein schlagender Beweis für die historische feindliche Einstellung des Ultramontanismus gegen Deutschland, denn in ihm erklärte Kaiser Karl, der vollständig unter ultramontanem Einfluß stand, hinter dem Rücken seines Außenministers Czernin, daß er mit allen Mitteln und unter Anwendung seines ganzen persönlichen Einflusses bei seinen Verbündeten „die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde“. Man sieht daraus, daß der Ultramontanismus ein Feind war, dessen Gefährlichkeit gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Am 30. März hielten Haase und Ledebour im Reichstag ihre beiden großen Oppositionsreden, die im Ausland allgemeines Aufsehen erregten und der feindlichen Propaganda willkommenes Material boten (Faksimile 18 u. 19).

Am 5. April 1917 tagte in Gotha eine Reichskonferenz der Gruppe „Internationale“ und vom 6. bis 9. April 1917 zu Ostern die Reichskonferenz der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“, die sich nunmehr als selbständige Partei unter dem Namen „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ konstituierte. Das Hauptreferat hatte Haase. Über „die Organisation der Opposition“ sprach Dittmann, der unter anderem ausführte:

„Die Reaktion wird scharf einsehen, und wir werden manchmal nur in der Stille arbeiten können, bohren, wühlen, arbeiten und agitieren müssen wir so intensiv wie nur möglich, damit, wenn die Parteigenossen aus dem Felde heimkehren, sie unsere Organisationen bereits so gestaltet vorfinden, daß sie nicht bei der Mehrheit eintreten. So wenig wir je wieder mit Scheidemann zusammenkommen können, so müssen wir doch alles daransetzen, die Massen für uns zu gewinnen und den Boden für den sozialistischen Klassenkampf vorbereiten . . .“

A.P. 4.

BY BA MOON.
Durch Saffalton.

Herr Baase vor dem Reichstag.

(„Leipziger Volkszeitung.“ 30. November 1917.)

Meine Herren, wir sind in eine überaus wichtige Phase unseres Kriegs eingetreten, wie der von dem Herrn Reichsanwalt aus mitgeteilte Frankreich der russischen Regierung beweiht. In Russland hat der linke Flügel der sozialistischen Arbeiterklasse die Regierungsgewalt ergriffen, ein revolutionärer Akt von weitgeschichtlicher Bedeutung! Herr Graf Bismarck hat heute für die deutschen Waffen das Verdienst in Anspruch genommen, den Faschismus gestiftet zu haben. Dies ist ein Irrtum von ihm. Die Herrschämmerung des Faschismus ist zurückzuführen auf die Leidenschaft und die Fähigkeit, mit der die Arbeiterklasse in Russland seit Jahrzehnten dieses System bekämpft hat. (Sehr wahr! bei den U. S.) Interessant war immerhin bei den Ausführungen des Herrn Grafen Bismarck, daß er die Vernichtung des Faschismus als ein Verdienst betrachtet. Bisher haben wir aus seinem Munde ganz andres gehört, bisher nahmen wir an, daß seine Klasse sich seelenverwandt mit dem zaristischen Regiment fühlt, und haben geglaubt, daß er dem Sturz dieses Regimes einige Thränen nachweinen werde.

Die russische Regierung, die nach dem Sturz des Zarismus jetzt aus Rußland gekommen ist, hat allen Völkern und Regierungen einen

bes. 4. Armeekorps erließ eine Bekanntmachung, die eine besondere Betrachtung verdient. Es heißt in dieser Verordnung, die überall angeschlagen wurde: „Niemand als jetzt war die Lage günstiger, für unser Vaterland einen Frieden zu erreichen, der die Zukunft des deutschen Volks und das Wohl der arbeitenden Bevölkerung sichert. Ich weiß mich daher eins mit allen ernst und gerechten deutschen Männern und Frauen, wenn ich hiermit erkläre, daß jedem Versuche jener dunklen Ehrenmänner, die in der entscheidenden Stunde dieses Völkerrings heimtückisch unsern in den schärften Kämpfen liegenden tapferen Brüdern draußen durch unangebrachte Meinungsäußerungen in den Arm fallen, mit der gebotenen Schärfe begegnet werde. Deutsche Arbeiter, wornt eure Kameraden vor Unbedachtsamkeit, deutsche Mütter, haltet eure Kinder vor dem Unheil, das ihnen an der Beteiligung von öffentlichen Zusammenrottungen droht. Wer sich hieran oder durch Verteilen und Vorzeigen von Aufrufen, Plakaten, Zetteln und dergleichen beteiligt, begeht Landesverrat (Hört, hört! bei den U. S.) und wird, wenn nicht milde Umstände zugebilligt werden, mit Zuchthaus, unter Umständen mit dem Tode bestraft. (Hört, hört! bei den U. S.) Deutsche Männer und Frauen, weiset mit Wägen die Fächer zurück

nicht nehmen lassen, den Frieden mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Macht zu erlangen und auch diejenigen Methoden anzuwenden, die die Kraft des modernen Proletariats ausmachen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Wenn sie wegen Friedensdemonstrationen mit Zuchthaus oder sogar mit Todesstrafe bedroht werden, so schreiet sie diese Drohung nicht! (Sehr richtig! bei den U. S.) Sie fragen sich nur wie es in dem Kopf eines Menschen aussehen mag, der solche Drohungen ausstößt. (Sehr gut! bei den U. S.) Wenn Arbeiter in Leeds, Lyon oder Mailand für den Frieden auf den Straßen demonstrieren, werden sie in der gesamten deutschen Presse als Vorkämpfer des Friedens gefeiert; wenn aber deutsche Arbeiter in gleicher Weise handeln, werden sie bekämpft. (Hört, hört! bei den U. S.)

Die Arbeiter legen sich über die Ungerechtheit dieses Vorgehens nicht auf; denn es hat Recht zu den Geflogenheiten der herrschenden Klassen in allen Ländern gehört, bei den ausländischen Arbeitern zu loben, was sie bei den eigenen Arbeitern tadeln. (Sehr richtig! bei den U. S.) In dieser giftigen Atmosphäre soll nun der russische Waffenstillstand und das russische Friedensangebot geheißen! Wir verlangen mit allem Nachdruck, daß das Angebot in seiner ganzen Bedeutung erkannt und

Faksimile 18.

OFFENER BRIEF

EINES DEUTSCHEN KRIEGSGEFANGENEN AN SEINE KAMERADEN.

Agou, im Juli 1918.

KAMERADEN!

Die unwiderleglichen Wahrheiten, welche in diesem Brief enthalten sind, habe ich versucht, meinen Angehörigen und Freunden in Deutschland brieflich mitzuteilen. Meine Briefe sind nie an ihre Adresse gelangt, und der letzte, den ich meinem Bruder geschrieben habe, ist sogar von der deutschen Zensur an mich zurückgeschickt worden. In Deutschland brüstet man sich, als ob man allein die Wahrheit gepachtet hätte, und doch scheint

anfangs durch dieselbe Granate, welche unsern Leutnant tötete, am Oberarm, und durch einen Streifschuss an der Brust schwer verwundet worden, und wurde gefangen genommen. Zuerst in Reims, dann in einer anderen französischen Stadt, wurde ich von franz. Aerzten und Damen vom Roten Kreuz gepflegt und nie werde ich ihre Liebe und Güte genug rühmen können. Mein schwerverletztes Bein wurde gerettet; anfangs Februar war ich geheilt und kam in das Gefangenenlager von Agou. Hier führen wir unter dem sonnigen Himmel Südfrankreichs

Faksimile 19.

Fliegerabwürfe der Entente 1917.

Originale im Besitz des Herrn Karl Curtius, Berlin.

Ledebour sprach über das Thema „Unsere Aufgaben“ und erklärte:

„Inmitten der Erschütterung einer Weltkatastrophe haben wir Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands uns in treuer Waffenbrüderschaft zusammengeschlossen zur Durchführung des proletarischen Emanzipationskampfes unter Anwendung der sozialdemokratischen Grundsätze und in Befolgung der Beschlüsse der internationalen Kongresse.“

In der Diskussion, die sich den verschiedenen Referaten anschloß, fand Kautsky das offene Wort den Kampf der Opposition als das anzusprechen was er war: der Kampf um die Macht! Nach dieser Tagung der Opposition konnte sich keine deutsche Regierung mehr darüber im Zweifel sein, was auf dem Spiele stand, und sie mußte den Mut finden, in diesem Kampf um die Macht sich mit Gewalt zu behaupten. Es war das einzige und letzte Mittel im Kampf des deutschen Volkes um Sein oder Nichtsein. Daß es nicht angewendet wurde, war einer der verderblichsten Fehler der Politik des alten Systems.

Am 6. April 1917 tagte in Halle eine sozialistische Jugendkonferenz, die äußerst radikale Leitsätze für die Jugend aufstellte (Faksimile 20 u. 21).

Am 9. April 1917 fuhr Lenin mit seinen Anhängern von der Schweiz durch Deutschland nach Skandinavien, um sich von dort aus nach Rußland zu begeben. Am 12. April 1917 erließ die „U.S.P.D.“ ihren ersten großen Aufruf (Faksimile 22). Am 14. April 1917 erfolgte in der Schweiz die Gründung der „Freien Zeitung“, um die sich ein Kreis chauvinistischer Pazifisten sammelte, die mit Unterstützung ihrer Freunde in Deutschland den geistigen Kampf gegen das deutsche Volk im Auslande führten, wofür, wie immer, die Entente das Geld lieferte.

Am 16. April 1917 kam es in Berlin und Leipzig zu großen Hungerstreiks, die gleichzeitig auch gegen das beabsichtigte Hilfsdienstgesetz gerichtet waren. Die Führung in Berlin hatte Laukant. In Leipzig lag die Leitung in Händen von Lipinski und Liebmann, die mit den Streikenden zum erstenmal einen „Arbeiterrat“ bildeten, der sieben

Leitsätze für die sozialistische Jugendbewegung.

I.

Die gesellschaftliche Entwicklung und die Lage des Proletariats.

Die gesellschaftliche Entwicklung ist eine fortlaufende Reihe von Klassenkämpfen. Der Klasse der Besitzenden steht die Klasse der Besitzlosen gegenüber. Die Besitzenden, heute Bourgeoisie und Junkertum, sind im Besitze der Produktionsmittel, des Grund und Bodens, der politischen Gewalt. Ein Machtmittel in ihren Händen sind die Regierungen. Auf Grund ihres Reichtums und ihrer Macht zwingen sie die Klasse der Besitzlosen (das Proletariat), für sie zu arbeiten. Die Proletarier, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, sind gezwungen, Tag für Tag zu fronen für die Interessen der Besitzenden. Das darbende Proletariat muß hungern, wenn eine Stockung im Produktionsprozeß, wenn Arbeitslosigkeit eintritt.

Der Imperialismus.

Im Imperialismus sind diese Klassengegensätze in nie gekannter Schärfe vorhanden. Der heutige Imperialismus entwickelte sich aus dem Kapitalismus. Die infolge der gesellschaftlichen Lage des Proletariats vorhandene geringe Kaufkraft und die sich daraus ergebende Überproduktion erfordert ständig das Vorhandensein außerhalb der nationalen Grenzen liegender Absatzgebiete. Es entstand die Ausdehnungspolitik der imperialistischen Großstaaten; diese Ausdehnungspolitik führte zum heutigen Weltkriege.

Der Klassenkampf des Proletariats im Imperialismus.

Der Imperialismus erhöht also die Macht der besitzenden Klassen, verschärft den Klassengegensatz und zwingt die Klasse der Besitzlosen zu anderen Kampfformen. Gegenüber den gesammelten imperialistischen Kräften können nur Massenaktionen des Proletariats wirkliche Erfolge erzielen, die sich zur Erreichung des Endzieles zu revolutionären Bewegungen auszuwachsen müssen.

Die Lage der arbeitenden Jugend im Imperialismus.

Eine Tendenz des Imperialismus ist es, die arbeitende Jugend neben den Frauen in unerhört gesteigertem Maße in den Produktionsprozeß hineinzuziehen. Die Ausbeutung des jugendlichen Proletariats hat sich dadurch gesteigert. Hand in Hand damit geht eine Verstärkung des politischen Druckes auf die Arbeiterjugend, eine Bedrohung und Entziehung ihrer elementarsten Rechte, Beschränkung der Freizügigkeit, Arbeitszwang, Aufhebung der Versammlungsfreiheit, Zertrümmerung der Organisationen (Beschränkung der Bewegungsfreiheit, Sparzwang, Zwangs-Jugendwehr usw.). Zugleich aber wurde damit die proletarische Jugend ein äußerst wichtiges Glied im Produktionsprozeß, ja geradezu eine Stütze des Imperialismus. Im

Aufruf!

Genossen, Genossinnen!

Die Opposition innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich Oftern 1917 in Gotha zu einer einheitlichen Organisation zusammengeschlossen unter dem Namen „**Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands**“

Unabhängig gegenüber der Regierungspolitik, **unabhängig** gegenüber den Bestrebungen der bürgerlichen Parteien, **unabhängig** gegenüber den Regierungssozialisten wird die neu-geschaffene Organisation zielbewußt eine selbständige sozialdemokratische Politik treiben.

In einer Zeit der tiefsten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen wird sie die Massen des deutschen Proletariats sammeln im Geiste der Internationale zur Bekämpfung des Friedens.

Es gilt die Volksmassen zurückzuführen auf den Weg, den uns Marx, Engels und Lassalle gewiesen, auf dem uns August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer jahrzehntelang ruhm- und siegreich geführt haben. Ihr Werk mit Energie und Tapferkeit nicht nur fortzuführen, sondern auch fortzubilden zur Verwirklichung der Demokratie und des Sozialismus, zur endgültigen Befreiung der Menschheit von Kriegskrähen und Kriegsgreueln — das ist unsere Aufgabe.

In dem erhebenden Bewußtsein, daß in Gotha

Die alte Sozialdemokratie neu erfinden

ist, werden Hunderttausende begeistert den neuen unabhängigen Organisationen zustimmen, die schon bestehen oder jetzt in allen Kreisen zur Bildung gelangen werden.

Alle, die den Glauben an die Sozialdemokratie verloren haben, als sie voll Schmerz sahen, wie die Partei die alten Grundzüge preisgab und zu einer nationalsozialen Regierungspartei wurde, werden mit Hoffnungstreue und Zuversicht Mitglieder der neuen Organisation werden, um den Kampf für das aufzunehmen und weiterzuführen, wofür sie früher ihre besten Kräfte eingesetzt, wofür sie geliebt haben — für die hehren Ideale des Sozialismus.

Genossen und Genossinnen! Wir, die Unterzeichneten, sind von der Konferenz in Gotha mit der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands betraut worden. In dieser schicksalsschweren Zeit, in der wir unter verantwortungsvollem Amt übernehmen, können wir es nur dann mit Erfolg ausüben, wenn wir der freudigen, entschlossenen, zähen Mitarbeit der Genossen und Genossinnen sicher sind.

Werbt Anhänger für unsere Sache

In unablässiger Arbeit gründet Organisationen für die Verbreitung und Durchführung unserer Grundzüge in jedem Wahlkreis, in dem sie noch nicht bestehen, und baut die bestehenden mit Eifer aus! Schwierigkeiten, die sich hier und da Euch entgegenstellen, werdet Ihr unerhört überwinden! Wir sind überzeugt: Wir appellieren nicht vergeblich an den Mut und die Ausdauer der erprobten Kämpfer für die Wiedergeburt der deutschen Sozialdemokratie.

Auf dem Frauentage, der in der Zeit vom 5. bis 12. Mai stattfindet, werden die Frauen die Forderung erheben für ihre Gleichberechtigung, für ihren und ihrer Kinder Schutz, für die Beendigung des entsetzlichen Kriegsgewetters!

Genossen, Genossinnen! Wir wissen es: wir appellieren auch nicht vergeblich an Eure oft bewährte Opferwilligkeit! Trage jeder nach seiner Leistungsfähigkeit dazu bei, daß wir nicht aus Mangel an Mitteln einen Teil der gewaltigen Aufgaben, die uns gestellt sind, unerfüllt lassen müssen. Die regelmäßige Beitragsleistung genügt nicht.

Sorgt für die Ausbringung außerordentlicher Mittel

durch Marken, Bots, Sammelkästen!

Ihr wißt, daß die gesammelten Gelder nicht, wie es in den letzten Jahren seitens der Regierungssozialisten geschah, dazu verwendet werden, um eine Euch schädliche Politik zu treiben, sondern in Eurer Interesse, zur Förderung einer unabhängigen und selbständigen sozialistischen Politik!

Genossen, Genossinnen! Das Eisen glüht! Frisch ans Werk, es zu schmieden!

Berlin, den 12. April 1917.

Die Zentralkommission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Des Zentralkomitees. Der Sekret.

Verlag: Verlagsgesellschaft Dietrich, Berlin. Spaltenzahl: 1000. Druck: 1000. 1000.

Forderungen aufstellte¹, die dem Reichskanzler übermittelt wurden (Faksimile 23).

Charakteristisch bei diesem Streik, an dem in Berlin fast 200 000 Arbeiter teilnahmen, ist wieder die Haltung der Mehrheitssozialdemokraten. Sie unternahmen nichts, um dem Streik energisch entgegenzutreten, und den Aufruf an die Munitionsarbeiter, den General Groener als Chef des Kriegsammtes erließ, brachten sie erst dann im „Vorwärts“ — und zwar in Petitdruck unter der Rubrik „Politische Übersicht“ — als sie die Möglichkeit hatten, gleichzeitig damit ihre Kritik zu veröffentlichen. Diese Kritik bestand in den Reden der Genossen Wels, Hoch und Bauer, die sie während der Militärdebatte im Hauptausschuß des Reichstags gehalten hatten. Wels hatte die Ansicht vertreten, „daß nicht die mindeste Veranlassung zu diesem Erlaß bestanden habe“. Hoch erklärte, daß man so zu frei denkenden Arbeitern nicht sprechen könne, und der Abgeordnete Bauer konstatierte unter dem Schutz seiner Immunität:

„Für Befehle von einer militärischen Stelle haben die Arbeiter kein Verständnis, sie lachen über eine solche Sprache. Damit könne man ihnen nicht imponieren.“

Diese Art der Stellungnahme zu den Ereignissen ist für die Haltung der Sozialdemokratie charakteristisch. Zu feige, um die Verantwortung am Streik mitzutragen, gefiel sie sich nach der Beseitigung der Gefahr in um so wütenderen Angriffen auf die leitenden mili-

¹ Die sieben Forderungen des Leipziger Arbeiterrates lauteten:

1. Ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln und Kohlen.

2. Eine Erklärung der Regierung zur sofortigen Friedensbereitschaft unter Verzicht auf jede offene und versteckte Annexion.

3. Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur.

4. Sofortige Aufhebung aller Schranken des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechtes.

5. Sofortige Aufhebung des schändlichen Arbeitszwangsgesetzes.

6. Sofortige Befreiung der wegen politischen Vergehens Inhaftierten und Verurteilten, Niederschlagung der politischen Strafverfahren.

7. Volle staatsbürgerliche Freiheit, allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht zur Wahl für alle öffentlichen Körperschaften im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden.

Der rote Schrecken.

Mit dem Sturm auf die Brotläden Petersburgs und anderer Großstädte des Zarischen Reiches begann die russische Revolution. Militär feuerte auf die Volksmassen, und in gewaltigen Streiks in den industriellen Großbetrieben, Munitionsfabriken und Werften, mit neuen Stürmen auf die Lebensmittelgeschäfte pflanzte sich die Bewegung fort. Die würdige Duma, ängstlich geworden um die Weiterführung der glänzenden Kriegsgeschäfte; besorgt, daß die Stürme der Massen den heiligen vaterländischen Kriegspfort den Hals abschneiden könnten, setzte sich an die Spitze der Regierung, um sie in andere Bahnen abzuleiten, um sie schließlich zu erdroffeln. Die Armee ging teilweise zu ihr über, der Zar wurde abgesetzt, die Herren um Miljukow fühlen sich als Herren der Situation. Auf wie lange?

Nach Brot und Frieden verlangt das Volk; seine entfesselte Gewalt schickt sich an, mit den Miljukow's aufzuräumen, wie sie den Zaren vom Thron setzte.

Deutschland ist nicht Rußland. In Deutschland herrscht der „Burgfriede“, die „nationale Einmütigkeit“, der „geschlossene Wille durchzuhalten bis zum endgültigen Siege“ — und wie die erhabenen Befehle sonst noch heißen mögen, deren Existenz uns die Trabanten der heiligen Dreieinigkeit von Militaristen, Großkapitalisten und angeblichen Sozialisten täglich verkünden.

Über auch in Deutschland hungert das Volk, auch in Deutschland verlangt es dringend, mit jedem Tage dringender, den Frieden!

Und weil es hungert und weil es den Frieden verlangt, während der schamloseste Kriegswucher ihm die notwendigsten Lebensmittel verteuert, die brutalste Militärdiktatur ihm die Möglichkeit, seinen politischen Willen zum Ausdruck zu bringen, unterbindet, während die Progentpatrioten eifrig an der Verewigung des Krieges arbeiten:

Deshalb ist auch in Deutschland in Hamburg, Hannover, Halle und anderen großen Städten das Volk auf die Straße gegangen und hat sich einen Teil der Brotvorräte angeeignet, die eine unfähige und gegen die Not der Massen gleichgültige Verwaltungsmaschinerie ihm vorenthält.

Es war ein Aufstakt zu dem was kommen kann und kommen muß; nur ein Menetelel, den Herrschenden aus hungrigen Rehlen zugeschrieben, aus ein Notwehrakt gegenüber dem drohenden Hungertod. Noch hat sich das Volk in der Defensive gehalten, noch hat es sich begnügt, den rein menschlichen Erleb, dem Hungertode zu entgehen, mit den primitiven Mitteln zu befriedigen, die ihm der Augenblick eingab.

Wie aber, wenn aus der rein menschlichen Begierde, den Hunger zu stillen, der politische und soziale Wille hervorbricht, aus eigener Kraft den Frieden zu erzwingen, den eine verbrecherische Kriegspolitik uns vorenthält?

Wie wenn die Arbeiterklasse ihrer politischen und sozialen Stellung in der Gesellschaft sich bewußt, in Industriebetrieben, Munitionsfabriken und Werften die Bewegung fortsetzt und steigert, zu der der Sturm auf die Brotläden den harmlosen Aufstakt bildet?

Faksimile 23.

Flugblatt anlässlich des Aprilstreiks 1917.

tärischen Stellen. Die Rückwirkung dieses Streiks äußerte sich außerdem auf die Sozialdemokratie in der Veröffentlichung einer Resolution am 19. April 1917¹, in der sie sofortige Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte im Reich, in Staat und Gemeinde, Beseitigung jeder Art des bürokratischen Regiments und seine Ersetzung durch entscheidende Volksvertretung verlangte. Gleichzeitig nahm der Parteivorstand der Mehrheitssozialdemokraten in einer Sitzung am 19. April 1917 im Prinzip die Formel der Arbeiter- und Soldatenräte an. Man sieht also, daß die Sozialdemokratie dies-

¹ Die veröffentlichte Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Der Parteiausschuß und der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben in gemeinsamer Sitzung mit den Vorständen der Fraktionen des Reichstags und des Preussischen Abgeordnetenhauses, sowie der Landeskommission für Preußen am 19. April einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Wir bekräftigen den unverbrüchlichen Entschluß der deutschen Arbeiterklasse, das Deutsche Reich aus diesem Krieg als ein freies Staatswesen hervorgehen zu lassen. Wir fordern die sofortige Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte in Reich, Staat und Gemeinde, sowie die Beseitigung jeder Art bürokratischen Regiments und seine Ersetzung durch den entscheidenden Einfluß der Volksvertretung.

Mit Entschiedenheit verwerfen wir die von den feindlichen Regierungen verbreitete Zumutung, daß die Fortführung des Krieges nötig sei, um Deutschland zu freiheitlichen Staatseinrichtungen zu zwingen. Es ist Aufgabe des deutschen Volkes allein, seine inneren Einrichtungen nach seinen Überzeugungen zu entwickeln.

Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfachte Wiederaufleben der internationalen Friedensbestrebungen. Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongreßbeschuß des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexionen und Kriegsschädigungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker. Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wie der Sozialisten aller anderen Länder, die Machträume eines ehrgeizigen Chauvinismus zu bekämpfen, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik zu drängen und so rasch wie möglich entscheidende Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbeizuführen.

Kein Volk darf durch den Friedensschluß in eine demütigende und unerträgliche Lage gedrängt werden, sondern jedem muß die Möglichkeit gegeben sein, durch freiwilligen Beitritt zu einer überstaatlichen Organisation und Anerkennung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit den dauernden Bestand des künftigen Weltfriedens sichern zu helfen.“

mal durch den Streik, der von der Opposition geführt worden war, zu ganz bedeutend weitergehenden Entschlüssen gedrängt wurde wie früher, wollte sie nicht den letzten Rest ihres Einflusses auf die Masse verlieren.

Vom 22. bis 23. April 1917 hielt sich Erzberger in Wien auf, wo er jenen berühmten Geheimbericht des Grafen Czernin sich zu verschaffen mußte¹, den er, ungeachtet der verderblichen Folgen für Deutschland und seine Verbündeten, weitergab. Es ist dies ebenderselbe Bericht, der dem englischen Ministerrat im Juli 1917 vorlag² und die Entente in ihrer bereits erlahmenden Widerstandskraft stärkte, da sie nunmehr vollkommen über die gefährdete Lage der Mittelmächte unterrichtet war. An demselben Tage hatte Scheidemann eine Unterredung mit dem Staatssekretär Zimmermann³, die sich im wesentlichen um die Aprilresolution der Sozialdemokratie drehte. Während es Scheidemann in der Öffentlichkeit stets an Mut gebrach, sich offen für die revolutionäre Sache zu bekennen, raffte er sich in dieser Unterredung unter vier Augen zu der Drohung auf, daß, wenn die Regierung sich nicht überlege, was sie tue, „die Situation in Deutschland sich russisch gestalten“ würde.

Am 25. April 1917 fuhren Ebert und Scheidemann nach Stockholm, um Stauning über die Haltung der Sozialdemokratie in der elsass-lothringischen Frage eingehend aufzuklären. Sie bekundeten ihm, daß ihre ablehnende Haltung gegenüber der Forderung einer Rückgabe Elsaß-Lothringens nicht eine strikte Ablehnung jeder Unterhaltung über eine Grenzberichtigung bedeute. Diese Informationen waren hauptsächlich für den in den nächsten Tagen in Stockholm erwarteten französischen Sozialdemokraten und Munitionsminister Thomas bestimmt.

Am 1. Mai 1917 veröffentlichte die holländische Delegation des Internationalen Sozialistischen Bureaus einen „Aufruf an die sozialistischen Parteien aller Länder“, und das radikale Organ der österreichischen Sozialdemokraten, die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, forderte diesmal in ihrem Aufruf zum 1. Mai zur Arbeitsruhe auf.

¹ „Hamburger Nachrichten“, 28. Juli 1919.

² „Kreuz-Zeitung“, 31. Juli 1919.

³ Scheidemann, „Der Zusammenbruch“, S. 120.

Am 5. Mai 1917 erließen die Bremer und Hamburger Linksradikalen einen Aufruf zur Gründung einer linksradikalen Partei unter Ausschluß der „U.S.P.D.“ Dieser Plan fand aber zunächst keine Verwirklichung¹. Am 6. Mai 1917 fand in Halle eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, in der der Übertritt zur „U.S.P.D.“ beschlossen wurde.

Am 15. Mai 1917 hielt Scheidemann den Zeitpunkt für gekommen, auch seinerseits einmal im Reichstag unter dem Schutze der Immunität von der Revolution wenigstens zu sprechen. Seine Drohung gipfelte in den Worten:

„Würden heute die englische und französische Regierung, wie es die russische schon getan hat, auf Annexionen verzichten, und die deutsche Regierung den Krieg dann um Eroberungsziele fortsetzen wollen, dann, verlassen Sie sich darauf, haben Sie die Revolution im Lande . . .“

Am 4. Juni 1917 kam es in Wilhelmshaven auf einigen Linienschiffen des 3. und 4. Geschwaders zu Dienst- und Gehorsamsverweigerungen. Dies war der erste Erfolg der revolutionären Propaganda in der Marine, die vornehmlich von den Abgeordneten der „U.S.P.D.“ betrieben wurde. Über die näheren Vorgänge dieser Revolte äußern sich die späteren Mitglieder des Kieler Soldatenrates Popp und Artelt folgendermaßen²:

„. . . Die ‚Leipziger Volkszeitung‘ und einige andere Organe der ‚U.S.P.D.‘ hatten eine weite Verbreitung in der Marine gefunden. Regelrechte Organisationen der ‚U.S.P.D.‘ waren innerhalb der Marine entstanden. Große Hoffnungen wurden an die Ereignisse in Stockholm geknüpft. Die Genossen Reichpitsch und Köbes und andere traten an den Vorstand der ‚U.S.P.D.‘ in Kiel und Berlin heran zwecks Fühlungnahme und Erhalt von Agitationsmaterial. Das Ziel der Bewegung war schon damals die Erzwingung des Friedens und die Durchführung der sozialistischen Revolution . . .“

Es unterliegt also keinem Zweifel mehr, daß die Reichstagsabgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratischen

¹ Drahn, „Unterirdische Literatur“, S. 87.

² Popp und Artelt, „Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918“, S. 6.

Partei Hochverrat unter dem Schutze ihrer Immunität betrieben haben. Da sie trotz des gegen sie vorliegenden Belastungsmaterials von der Regierung nicht angefaßt wurden, so war die Versuchung, den ersten Fehlschlag durch eine zweite, besser vorbereitete Aktion wieder wettzumachen, so verlockend, daß ihr nicht widerstanden wurde. Über diese Vorbereitungen zur zweiten Marinerevolte äußern sich abermals Popp und Artelt sehr eingehend, indem sie schreiben¹:

„... Wenn die Machthaber geglaubt hatten, durch ihr brutales Vorgehen die unabhängige Bewegung unterdrücken zu können, so hatten sie sich schwer verrechnet. In die entstandenen Lücken traten sofort neue Genossen . . . Nachdem die Genossen den Vorstand und den Vertrauensmännerkörper wieder aufgerichtet hatten, gingen sie, wenn auch mit größter Vorsicht, wieder an den Aufbau. Viele Kameraden der verurteilten Matrosen traten an den Vorsitzenden Genossen Strunk heran und dieser versorgte sie dann mit dem nötigen Material. Von Friedrichsort aus arbeitete der Genosse Bögeding sehr erfolgreich weiter. Ihre Absicht war es, beim nächsten Streif loszuschlagen, den Krieg durch die Revolution zu beenden und alle Genossen im Lande, die infolge ihrer politischen Tätigkeit hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern schmachteten, zu befreien. Bei den Zusammenkünften unterbreiteten die Genossen den Soldaten folgenden Plan, der auch die lebhafteste Unterstützung der Marinesoldaten fand. Genosse Strunk erbot sich, mit einem kleinen Teil der Marinesoldaten den Gouverneur zu verhaften. Genosse Bögeding sollte das Rathaus besetzen, ferner je ein Genosse die Post und den Bahnhof. Auf diese Weise hoffte man, Blutvergießen zu vermeiden. Soldaten verschiedener Waffengattung standen in größerer Zahl zur Verfügung . . .“

Ungeachtet dieser klaren Ausführungen kann man heute erst ermessen, wie verheerend die von der Regierung betriebene Politik der Nachsicht und Duldsamkeit und der vollkommen falsche Respekt vor der Immunität hochverräterischer sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter war. Auch hier muß man abermals

¹ Popp und Artelt, ebenda, S. 6.

feststellen, daß ein energisches, rücksichtsloses Zugreifen der Regierung das deutsche Volk vor dem verhängnisvollen und erbärmlichen Zusammenbruch des 9. Novembers hätte retten können.

Vom 4. bis 13. Juli 1917 tagte die Stockholmer Konferenz, an der deutscherseits die Abgeordneten Ebert, Scheidemann, David, Hermann Müller, Molkenbuhr, S. Fischer, Sassenbach und Legien, österreichischerseits Viktor Adler, Ellenbogen, Renner, Seitz, Anton und Hueber teilnahmen. Die Abgeordneten der „U.S.P.D.“ Haase, Rautsky, Bernstein und Adolf Hoffmann fuhren erst später nach Stockholm. Der eigentliche Erfolg der mit ungeheurem Tamtam angekündigten Konferenz war schon deshalb ein rein negativer, weil die Sozialdemokraten der Ententestaaten an ihr nicht teilnahmen. Der ganzen Aktion kam keine größere Bedeutung bei, als etwa den Diskussionen irgendeines eifrigen Debattierklubs, die auf das Schicksal der Völker nicht den geringsten Einfluß zu haben pflegen.

Am 14. Juni 1917 fand die Haupttagung der Arbeiter- und Soldatenräte in Rußland statt. Ende Juni trafen sich in Berlin bei der Gräfin Treuberg¹, die wie so viele glaubte, eine besondere Mission zu haben, Zukunft, Gegenwart und Vergangenheit in der Person von Maximilian Harden, Hugo Haase und Eduard Bernstein, was um des Wiges der Weltgeschichte hier festgehalten sei.

Der Monat Juli ist einer der entscheidendsten der politischen Kriegsgeschichte des deutschen Volkes! Am 6. und 7. Juli 1917 ging Erzberger ganz plötzlich in der Budgetkommission zu einem scharfen Angriff auf die Politik der Regierung über, deren Nutznießer er bis jetzt an erster Stelle gewesen war. Dieser Angriff kam um so unerwarteter, als tatsächliche Beweggründe dazu nicht vorhanden waren, und er erklärt sich nur aus der an Erzberger hinlänglich bekannten Sensationslust, sich selbst im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses zu sehen. Der Erfolg dieses Angriffes, dem die Regierung Bethmann Hollwegs wie immer nicht energisch begegnete, war die Verständigung der Linksparteien untereinander, die schließlich zu der berühmten Friedensresolution der Erzberger und Scheidemann vom 19. Juli 1917 führte, die in den Ländern unserer

¹ Gräfin Treuberg, „Zwischen Politik und Diplomatie“.

Gegner als der Bankrott und die Kapitulation der deutschen Kriegspolitik angesehen wurde, zumal das erste Opfer dieser Aktion der Reichskanzler Bethmann Hollweg war, der am 14. Juli 1917 demissionierte.

Wie das feindliche Ausland den Vorstoß Erzbergers beurteilte und welche Hoffnungen es daran knüpfen zu können glaubte, geht aus dem „Echo de Paris“ vom 11. Juli 1917 hervor, das triumphierend schrieb:

„Sei es wie ihm sei, — die schöne Rede des vortrefflichen Herrn Erzberger ist ein erfreuliches Anzeichen . . .“

Der durch diese Friedensresolution erfolgte Zusammenschluß der roten Internationale der Sozialdemokratie und der schwarzen Internationale des Ultramontanismus war das Zeichen des Verhängnisses, unter dem sich nunmehr in immer schnellerem Tempo der innere und äußere Zusammenbruch Deutschlands vollzog.

Es ist später von den Führern dieser sozialistisch-ultramontanen Internationale besonders Ludendorff der Vorwurf gemacht worden, daß er durch seine militaristische Politik Deutschlands Zusammenbruch verschuldet habe. Man mag zu Ludendorff stehen wie man will, und ich persönlich sehe in ihm nicht den großen politischen Führer, den andere in ihm erblicken, aber deshalb muß man doch einmal mit aller Deutlichkeit hier feststellen, daß die Führer jener Parteien der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 über ein Jahr lang Zeit gehabt haben, Deutschland durch eine schöpferische Politik zu retten, daß es ihnen aber bis zum Zusammenbruch des 9. Novembers nicht möglich war, auch nur einen einzigen überragenden Führer, eine einzige schöpferische Idee, eine einzige entscheidende Tat hervorzubringen! Vom 19. Juli 1917 bis zum 9. November 1918 hat die Linksmehrheit um Erzberger und Scheidemann sich in übelstem politischen Dilettantentum eines in sich unproduktiven und unschöpferischen parlamentarischen Systems gefallen, das am 9. November genau so bankrott gemacht hat wie die Politik des alten Systems.

Am 27. Juli 1917 unternahm Erzberger wieder eine seiner berühmten Reisen, auf der er dem Chefredakteur Baumberger von den „Neuen Züricher Nachrichten“ ein Interview gab¹, in dem er sich

¹ „Post“, 29. Juli 1917.

dahin äußerte, wenn er sich mit Lord George oder Balfour an einen Tisch setzen könnte, so „würden wir uns sehr wahrscheinlich in wenigen Stunden über die Verständigung beziehungsweise die Friedensbasis so weit geeinigt haben, daß die amtlichen Friedensverhandlungen sofort beginnen könnten“. Wie aufreizend derartige verantwortungslose Ausführungen auf die durch einen dreijährigen Krieg erschöpfte Bevölkerung in der Heimat und auf die in ununterbrochenem Kampfe stehenden Truppen wirken mußten, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden.

Am 5. August 1917 wurde an der Westfront das Flugblatt „Aus dem Kriegstagebuch eines Kruppdirektors“ (Faksimile 24), das Auszüge aus dem Mühlton-Brief enthielt, verbreitet. Von dieser Zeit an läßt sich das immer stärkere Anwachsen der feindlichen Frontpropaganda genau verfolgen.

Mitte August 1917 herrschte in Deutschland bei der Opposition wiederum eine allgemeine Streikheze. Am 16. August 1917 tagte im Volkshaus in Leipzig eine Versammlung, in der man für den Streik propagierte, der aber nur in Braunschweig vom 14. bis 17. August zum Ausbruch kam. Dieser Streik, der vom Spartakusbund entfesselt wurde, ist deshalb beachtenswert, weil er wieder einen ausgesprochen politischen Einschlag hat. Die Forderungen der Streikenden umfaßten unter anderem¹:

„Bildung eines Ernährungsausschusses unter Hinzuziehung der Arbeiter mit ausübender Gewalt, Aufhebung des Belagerungszustandes, Gewährung des freien Versammlungsrechtes, Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, Freilassung sämtlicher politischer Inhaftierten, Einführung des gleichen, allgemeinen und geheimen Wahlrechts für Braunschweig, Frieden unter Entsagung von Annexionen und Entschädigungen.“

Am 20. August 1917 fällte das Marinekriegsgericht in dem Meuterei-prozeß das Urteil, auf Grund dessen die beiden Haupttrüdel Führer erschossen und die anderen zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Dieses Urteil ist vom rein militärischen Gesichtspunkt aus zweifellos zu verstehen, aber es wirkte herausfordernd, weil die

¹ Richard Müller, „Vom Kaiserreich zur Republik“, Band II, S. 89.

Eichnowsky.

In den Märztagen 1918 ist die Denkschrift des Fürsten Eichnowsky sowie der inliegende erste Mühlenbrief Gegenstand von Verhandlungen im Hauptausschusse und im Plenum des Reichstages gewesen. Die deutsche Presse hat auch einige Auszüge aus der Eichnowsky-Broschüre gebracht, der „Berliner Börsenkurier“ sogar die ganze Denkschrift. Es wäre sehr zu wünschen, daß weiten Kreisen der volle Inhalt der Eichnowsky-Denkschrift zur Kenntnis gebracht würde. Denn es handelt sich nicht so sehr darum, Licht in die dunkle Vorgeschichte des Weltkrieges zu bringen, als vielmehr den Kräften und Kreisen nachzuspüren, die die Geschichte der Völker in Händen haben und mit dem Lebensrecht und Lebensglück von ungezählten Millionen, mit dem ganzen menschlichen Kulturaufstieg ein unverantwortliches Spiel treiben. Diese regierenden und herrschenden Kreise fühlen sich jetzt, am Schlusse des vierten Weltkriegesjahres, noch sehr oben auf. Durch den Gewaltfrieden im Osten und die wahrscheinlichen Schwertenscheidungen im Westen sind alle Aussichten auf einen gedeihlichen Dauerfrieden geschwunden, unzählige neue Konfliktmöglichkeiten sind durch das Handinhandarbeiten militärischer Gewaltspolitik und beschränkter Geheimdiplomatie entstanden, daß die Völker gar nicht klar genug die Triebkräfte erkennen können, die aus einer Weltkatastrophe zu einer anderen drängen. Es sei denn daß sie in ihrer Kurzsichtigkeit verhärten und geduldig in absehbarer Zeit von neuem das Massenwürgen der Welt hunger und das Weltelend über sich ergehen lassen wollen. Nur durch klare Erkenntnis der imperialistischen Gewalten kann der Kampf gegen alle Betätigungsformen des Imperialismus erfolgreich eingeleitet werden. Eine Teilerscheinung des Imperialismus ist aber die Geheimdiplomatie, auf deren unheilvolles Wallen die Denkschrift des Fürsten Eichnowsky grelle Schlaglichter wirft.

Die Erörterungen über die Denkschrift im Reichstag und Presse haben auch den früheren Chef des Fürsten Eichnowsky, den ehemaligen Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn von Jagow, zu einer öffentlichen Rechtfertigung seiner Politik veranlaßt. Aber auch diese Rechtfertigung ist im Grunde nur eine ungewollte Anklage gegen das System der Geheimdiplomatie mit seinen widerstrebenden Tendenzen und Intrigen, die schließlich, dank der Meinungen und Stimmungen von Persönlichkeiten, die der öffentlichen Kontrolle entzogen sind, Tausenden erzeugen, die den Völkern ungeheure Opfer an Gut und Blut auferlegen. Der Zufall wollte es auch, daß zu derselben Zeit, in der die Eichnowsky-Denkschrift die öffentliche Meinung erregte, ein Buch des früheren Direktors der Nachrichtenabteilung des deutschen Auswärtigen Amtes, des Geheimrats Hamman, „Der neue Kurs“ betitelt, erschien, das gleichfalls einen Einblick in die giftgeschwängerte Nebelwelt der Geheimdiplomatie gewährt und jedem, der sich nicht durch diplomatische Redekünste und patriotische Ohren über die wirklichen Ursachen politischen Geschehens täuschen läßt, darthut, daß es allerhöchste Zeit wird, daß die Völker dem Beispiel der russischen Revolution folgen und der Geheimdiplomatie den Hals brechen und an ihre Stelle die weitgehendste Demokratie nach innen und außen setzen.

Dem deutschen Volke, den deutschen Arbeitern und Sozialisten hat die Eichnowsky-Denkschrift wertvollen Einblick in das Treiben der deutschen und österreichischen Kriegsheizer und Imperialisten gegeben. Mögen die Einzelheiten der Denkschrift recht aufmerksam gelesen und gründlich durchdacht werden. Dann wird auch die verwirrende Friedensheuchelei, die in den letzten Jahren die rätselhafte Kriegs- und Eroberungspolitik maskierte, in ihrer ganzen Hohlheit und Unehrlichkeit erkannt werden. Vor allem aber gilt es, die Lehren der Eichnowsky-Denkschrift für die Zukunft nutzbar zu machen, die Massen gegen alle Erscheinungsformen der imperialistischen Gefahr aufzurütteln. Sie müssen aus den Darlegungen Eichnowskys ersehen, wie blind und vertrauensselig sie sich in die Vernichtungsraserei haben hineintreiben lassen und welch surditybares Lehrgeld sie dafür gezahlt haben. Sie müssen erkennen, daß es gegen Geheimdiplomatie, Imperialismus und Kriegsgefahr nur einen Helfer gibt: den internationalen Sozialismus.

Ein zweiter Mühlen-Brief.

Im Jahre 1917 hat Herr Mühlen einen zweiten Brief an den damaligen Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg geschrieben. Darin heißt es:

„Wie zahlreich und schwer auch die Irrtümer und Verfehlungen deutscherseits vor Beginn des Krieges gewesen sind, so hegte ich doch lange Zeit die Hoffnung, daß unsere maßgebenden Persönlichkeiten sich allmählich zu besserer Einsicht aufschwingen würden. Weil ich dies hoffte, stellte ich während des Krieges gern meine Mitarbeit in Rumänien zur Verfügung und war bereit in meinem jetzigen Aufenthalt mitzuwirken, insofern irgend welche Bemühungen einer Annäherung der feindlichen Parteien gelten sollten. Jeder anderen Tätigkeit, deren Ziel nicht Versöhnung gewesen wäre, stand ich fern und setzte dies gleich nach Kriegsbeginn, indem ich meine Stellung als Mitglied des Krupp'schen Direktoriums aufgab

Seit Anfang dieses Jahres mußte ich indessen jegliche Hoffnung hinsichtlich der gegenwärtigen Leiter Deutschlands aufgeben. Das Friedensangebot ohne Angabe der Kriegsziele, der verschärfte Unterseebootkrieg, die belgischen Deportationen, die Verwüstungen im besetzten Frankreich, die Versenkungen englischer Hospitalschiffe veranschaulichten ein Verfahren, das unsere verantwortlichen Persönlichkeiten durch ihre stets erneute Wiederholung derartig disqualifiziert hat, daß diese Persönlichkeiten nach meiner Ueberzeugung keine Garantie mehr bieten können für eine ehrlich gemeinte, gerechte Verständigung. Mögen sie an sich vielleicht noch Wandlungen durchmachen, als Verwalter der deutschen Sache kommen sie nicht mehr in Betracht. Ihnen gegenüber ist weiters Langmut oder Nachsicht nicht mehr am Platze. Bevor es sich nicht durch anders gesinnte Männer repräsentieren läßt, wird das deutsche Volk die schweren Vergehungen an seiner, Europas und der Menschheit Gegenwart, und Zukunft wieder gulja machen nicht in der Lage sein. Es ist nur gerecht, daß Deutschland bis zu dieser Stunde von der ganzen Welt gedächet wird, wie fehlerhaft und unvollkommen die Welt auch an und für ich sein und bleiben mag.“

Faksimile 24.

eigentlichen geistigen Urheber der Meuterei, die Abgeordneten der „U.S.P.D.“, deren verführte Opfer die Aufrührer waren, straf- frei ausgingen.

Am 25. August 1917 tagte in Moskau die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte und vom 29. bis 30. August 1917 trafen sich die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten abermals zu einer Konferenz in Wien.

Am 2. und 3. September 1917 kam es in Deutschland zu einer großen Antikriegsdemonstration der sozialistischen Jugend, zu der Flugblätter verteilt wurden und die in einigen Orten zu Demonstrationstreiks führte (Faksimile 25).

Vom 5. bis 12. September 1917 tagte in Stockholm die 3. Zimmerwalder Konferenz, die sich mit einem Manifest an ihre Mitglieder wandte¹. Am 30. September 1917 erfolgte die erste große

¹ Die wesentlichsten Sätze dieses Manifestes lauten:

Der internationale proletarische Massenkampf für den Frieden bedeutet zugleich die Rettung der russischen Revolution. Einzelaktionen des Proletariats hat es bereits gegeben, bald hier, bald dort. Arbeiter und Arbeiterinnen ließen allen Verfolgungen zum Trotz auf den Straßen den Ruf nach Brot, Frieden und Freiheit erschallen. Es führen den proletarischen Kampf die Arbeitermassen, die in der Fron des Kriegskapitalismus die Arbeit niederlegen, um ihre einfachen Menschenrechte zu schützen. Und sie unternahmen diese Streiks trotz der Preisgabe des Koalitionsrechtes durch die regierungssozialistischen Gewerkschafts- und Parteiführer. Das alles sind Anzeichen nicht nur von der Kriegsmüdigkeit der Proletarier in den einzelnen Ländern, sondern bereits von ihrer Erkenntnis, daß nur proletarische Kampfmittel ihnen den Frieden bringen können.

Aber auch nur solche Einzelkämpfe, von denen die Proletarier anderer Länder gar keine oder verspätete Nachricht erhalten, kann das ersehnte Ziel nicht erreicht werden. Die Stunde hat geschlagen für den Beginn des gemeinsamen Kampfes in allen Ländern, zur Herbeiführung des Friedens, für die Völkerbefreiung durch das sozialistische Proletariat. Das Mittel dazu ist der gemeinsame internationale Massentreik.

Unser Ruf ergeht an die Arbeiterschaft eines jeden Landes. Ihr eigenes Schicksal ist unlöslich verknüpft mit dem Schicksal des Weltproletariats. Die Arbeiterschaft eines Landes, die sich ausschließt von dem gemeinsamen Kampfe oder gar ihm in den Rücken fällt, vereitelt den Frieden, verlängert den Krieg und die Volksausbeutung und ruiniert ihre eigene Zukunft. Sie begeht Verrat an der gemeinsamen Sache der Menschheit. Das darf nicht sein!

Proletarier aller Völker! Euer harrt die schwerste Pflicht. Euch winkt aber das erhabenste Ziel, die endgültige Menschheitsbefreiung.

öffentliche Demonstration der Mehrheitssozialdemokraten in Frankfurt am Main für die Politik der Friedensresolution vom 19. Juli 1917, der ähnliche Demonstrationen in anderen Städten folgten.

Am 9. Oktober 1917 kam es im Reichstag zwischen dem neu ernannten Reichskanzler Michaelis und dem Staatssekretär der Marine von Capelle einerseits und den Abgeordneten Dittmann, Haase und Bogtherr andererseits zu einem scharfen Zusammenstoß wegen der Vorgänge im Juni in der Marine. Es muß heute bei nüchternen Betrachtung der Tatsachen verwunderlich wirken, daß die Regierung fast drei Monate wartete, bis sie den Abgeordneten den durch die Tatsachen gerechtfertigten Vorwurf des Hochverrates machte. Unverständlich für alle Zeit bleibt es, daß diese Abgeordneten unter dem Schuß der Immunität noch obendrein straflos die Regierung angreifen konnten, wobei ihnen bezeichnenderweise Ebert sekundierte. Bogtherr verstieg sich in seiner Rede am 9. Oktober 1917 im Reichstage zu der Auslassung:

„... Der Herr Reichskanzler vergißt jedoch... , daß hinter uns Hunderttausende Männer und Frauen stehen, die mit der Politik übereinstimmen, die wir hier vertreten... , daß hinter uns Hunderttausende von denen stehen, die draußen im Felde ihre Brust sozusagen fürs Vaterland hinhalten, jawohl, die nicht wissen, wofür sie den Krieg führen (Zurufe rechts), nicht für Sie, meine Herren, sondern höchstens für eine ganz andere Zukunft, die nicht so sein wird, wie Sie wünschen...“

Nicht mit Unrecht kann man diesen 9. Oktober als den Tag bezeichnen, an dem das monarchische Prinzip zum erstenmal vor dem parlamentarischen System kapitulierte. Es war die letzte Gelegen-

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werbt für die internationale proletarische Massenaktion „in jeder Werkstätte, wo es pocht, in jeder Hütte, drines ächzt!“ Der Kampf wird lang und schwierig sein. Die herrschenden Klassen werden nicht auf einen Schlag weichen, geschweige denn kapitulieren! Je schwieriger der Kampf, um so entschiedener muß er geführt werden! Es gilt, kämpfend zu siegen, denn längeres widerstandsloses Dulden muß dem Proletariat den Untergang bringen.

Hoch der internationale Klassenkampf gegen den Krieg!
Hoch der sozialistische Frieden!

Demonstrationsstreik

Um des schönen Geldsackwillen ist die Welt in ein schauriges Blutbad verwandelt worden. Unter dem trügerischen Schein der Vaterlandsverteidigung werden seit drei Jahren Väter und Brüder zur Schlachtbank geschleppt. Unter Entbehrungen, Not und Leid müssen sie für ein mörderisches Pharisäertum gegen ihre eigenen Interessen Blut vergießen. Während das arbeitende Volk dem Hungertode nahe, feiern die Herrschenden hinter den Kulissen bei festlichem Gelage den profitbringenden Massenmord. Der Drang nach Frieden, die Empörung, der Schrei nach Freiheit und Brot wird von den Rezierenden nur mit einem heuchlerischen Wortschwall erwidert. Aber, das nicht um endlich einmal dem Wahnsinn ein Ende zu bereiten, sondern nur um das Volk zu beruhigen, es für das im kapitalistischen Interesse liegende Durchhalten gefügig zu machen

in ganz Deutschland

Aber nicht von den Besitzenden, sondern von dem Willen des Volkes hängt es ab, die schreckliche Kriegsfurie zu ersticken. Der Zorn über die Millionen bereits Gefallener und verkrüppelter Mitmenschen, muß den Krieg gegen unsere eigenen Volksmörder und Verräter entfachen und die Brandfackel in das tyrannische Gebäude brutaler Willkür und Unterjochung zündend werfen. Zu lange schon, Arbeitsschweftern und -brüder, haben wir unter Murren und Jammern die blutigen Fesseln getragen. Drei Jahre hindurch hat man mit kostbarem Menschengut gespielt, in der unverantwortlichsten Weise Frauen und Kinder zu Witwen und Waisen gemacht. Wo ist dann die deutsche Freiheit, für die sorgenvolle Mütter ihre Söhne opfern müssen? Zeigt sie sich darin, daß jede freie Meinung unterdrückt, daß Volksvertreter, wie Liebknecht, und andere für viele Jahre ins Zuchthaus wandern müssen, daß selbst Frauen, wie es in Düsseldorf geschah, bis zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, oder auch daß willensfeste jugendliche Arbeiter, wegen sozialistischer Gesinnung und Betätigung in Fürsorgeanstalten gesteckt werden? Der Belagerungszustand ist eine Galgenstätte deutscher Freiheit!

Am 2. und 3. September ruft die sozialistische Jugend aller Länder ihre Klassengenossen zu gewaltfamen Kundgebungen gegen das herrschende System infamer Entrechtung und schamvoller Unterdrückung auf.

Ob alt, ob jung! Männer, Frauen und Mädchen! Es gilt die Tat!

Der internationale Jugendtag muß ein gewaltiger Ansturm des revolutionären Arbeiterheeres, des jungen Proletariats, gegen die bestehende kapitalistische Gesellschaft, die einzig und allein die Millionen grausam Gemordeten zu verantworten hat, sein! Erst der Massenkampf des internationalen Proletariats wird Freiheit und dauernden Frieden bringen!

Jeder agitiere dafür, daß am 2. und 3. September alle Betriebe ruhen und die streikende Arbeiterschaft sich zu Demonstrationsveranstaltungen versammelt!

gegen den Krieg, am 2. und 3. September 1917

Un euch Arbeitsbrüder im bunten Rock! ergeht der Mahnruf:

„Wenn sich das bis zur Verzweiflung getriebene Volk nun endlich einmal zur revolutionären Tat aufrafft, den Vernichtungskampf wagt, unerschütterter das Banner der Revolution entfacht, dann kämpft mit uns! Widerhandelt den Befehlen! Schiebt nicht auf Vater und Mutter! auf mutige Kämpfer für die Sache des internationalen Proletariats, die auch die eure ist! Werdet selbst Soldaten der Revolution!“

heit, durch eine entscheidende Tat die nationale Geschlossenheit des deutschen Volkes zu retten. Nachdem sie verpaßt war, vermochte nichts mehr die revolutionäre Entwicklung aufzuhalten.

Nach diesen Ereignissen, die der Sozialdemokratie zeigten, wie weit bereits der revolutionäre Vergiftungsprozeß fortgeschritten war, hielt sie die Zeit für gekommen, auch ihrerseits sich wieder an die revolutionären Traditionen ihrer Vergangenheit zu erinnern, wozu ihr der zum 14. Oktober 1917 nach Würzburg einberufene Parteitag die willkommene Gelegenheit bot.

Die Ausführungen der verschiedenen sozialdemokratischen Führer auf diesem Parteitag geben ein so vollkommenes Bild der politischen Charakterlosigkeit der Sozialdemokratie, wie es wohl selten geboten worden ist. Am schärfsten tritt der Gegensatz in die Erscheinung, einerseits sich die revolutionären Chancen nicht aus der Hand gehen, andererseits die Konjunktur, die sich der Sozialdemokratie aus ihrem Zusammengehen mit den bürgerlichen Linksparteien bot, nicht ungenutzt zu lassen.

In seiner Begrüßungsansprache im Großen Saal des Hutten'schen Gartens prägte Ebert den Satz:

„Schlägt dann die Stunde, in der das Schicksal unseres Volkes neu geschmiedet wird, dann wird am Amboss des Neuen die Sozialdemokratie ihren Mann stellen.“

Er wußte damals so wenig wie die ganze Sozialdemokratie, daß sie überhaupt nicht über Männer verfügte, sondern nur über Parteipromokömmlinge, die sich den ihnen gestellten Aufgaben später in keiner Weise gewachsen zeigten.

In dem Bericht des Parteivorstandes auf dem ersten Verhandlungstag, den Ebert hielt, finden sich verschiedene Auslassungen, die zweifellos von historischem Interesse sind. Eingangs erklärte Ebert¹:

„In prinzipieller Feindschaft zum Klassencharakter des Staates brauchen wir doch positive Erfolge und Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung, um den Arbeitern Raum im Staate zu verschaffen und den kapitalistischen Händen den Hebel der Staatsmaschine allmählich zu entwinden.“

¹ „Vorwärts“, 16. Oktober 1917.

Seine revolutionäre Gesinnung dokumentierte er mit den Worten:

„Die russische Revolution haben wir als Friedensfreunde und Demokraten mit Jubel begrüßt. Stockholm hat leider die vielleicht allzu hoch gespannten Erwartungen nicht befriedigt. Jedenfalls haben wir die Formel des Arbeiter- und Soldatenrates rückhaltlos angenommen.“

In Hinsicht auf die Paßverweigerungen in den Ententestaaten anlässlich der Stockholmer Konferenz raffte er sich zu der energischen Drohung auf:

„Hätte die deutsche Regierung gewagt, einen solchen Angriff gegen unsere Friedensarbeit zu unternehmen, so wäre das für uns die Kraftprobe gewesen. Wir hätten alles darangesetzt, diesen Widerstand zu brechen.“

Seine Bitterung für die anbrechende revolutionäre Morgenröte bekundete er in den Schlußsätzen seiner Rede, in denen er sagte:

„Mögen die Gegner statt des Jubels lieber auf der Hut sein, daß die sozialistische Flut nicht die Dämme durchbricht und über ihnen zusammenschlägt.“

Ihm würdig zur Seite stand am 3. Verhandlungstag der Genosse Hoch¹, der einen schlagenden Beweis für die politische Reife der Sozialdemokratie erbrachte, indem er mit Pathos erklärte: „Eroberungen und Vergewaltigungen sind heute überhaupt nicht mehr möglich!!“ Er ist es auch, der in denkwürdiger Weise die Konjunkturpolitik der Sozialdemokratie charakterisierte in den Worten:

„Selbstverständlich können wir mit den bürgerlichen Parteien in der Friedensfrage zusammengehen, aber wir müssen die Bewegung in der Hand behalten und ihr die Richtung weisen. Wir wären ja Idioten, wenn wir die Hilfe verschmähten, aber wir müssen jedes Abweichen verhindern.“

Schließlich stellte er fest:

„Wir müssen den Leuten, die draußen leiden, die Sicherheit geben, daß wir den Kampf gegen den inneren Feind mit vollster Rücksichtslosigkeit und Schonungslosigkeit führen.“

¹ „Vorwärts“, 18. Oktober 1917.

Hieraus leitet er schließlich den Schluß ab:

„Unsere Reichstagsfraktion kann der jetzigen Reichsleitung keine Kriegsforderungen bewilligen, und ebensowenig einer anderen Reichsleitung, die sich nicht ausdrücklich und unzweideutig im allgemeinen und in den wichtigeren Einzelfragen zu unseren Friedensforderungen und den notwendigen Verfassungsänderungen bekennt.“

Man sieht, zu welchen Schlußfolgerungen die Taktik der Politik vom 4. August 1914 führte.

Nach Hoch sprach Stampfer, der erklärte:

„Wir müssen jetzt übergehen zu einer Politik des gegenseitigen Forderns und des unmittelbar wirksamen Kampfes. Wir sind zu groß geworden, um nichts zu erreichen . . . Wir kommen mit dem starren System nicht weiter, wir brauchen eine geschmeidige Taktik, volle, gradlinige Verfolgung unserer Ziele, volle Freiheit in der Wahl der Mittel. So werden wir zum Siege gelangen.“

Am Schluß der Vormittagsitzung sprach Winnig, der runderaus erklärte:

„Wir müssen bereit sein zur parlamentarischen Taktik oder auch dazu, in Sturm und Drang zu stürzen, was zum Fallen reif ist.“

Am 4. Verhandlungstag sprach Philipp Scheidemann¹. Der wesentlichste Sinn seiner langen Ausführungen gipfelt in dem Satz:

„Das Proletariat ist kein Mietsoldat der herrschenden Klassen, sondern ein durch die Not hervorgegangener Bundesgenosse, der am Schluß seine Rechnung präsentieren wird. Wir stehen erst am Anfang der ungeheuren Machtverschiebung zugunsten des Proletariats, die der Krieg hervorgerufen hat, und dadurch hat die sozialdemokratische Partei die unmittelbare Anwartschaft auf die Macht im Staate gewonnen. So oder so wird sich das parlamentarische System durchsetzen.“

„So oder so“, das ist das Kennzeichen der Haltung, der Moral und der Politik der Sozialdemokratie vom 4. August 1914 bis zum 9. November 1918.

¹ „Vorwärts“, 19. Oktober 1917.

Der revolutionäre Mut der Sozialdemokratie stieg zusehends, und bereits am 6. November 1917 schrieb der „Vorwärts“ ganz offen:

„Warum noch Krieg? — Wir müssen uns heute darüber klar sein, daß die eigentliche und tiefste Ursache, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands liegt.“

Am nächsten Tage, dem 7. November 1917, stellten sich in Rußland die Bolschewisten an die Spitze der Revolution, die unter ihrer Führung am 13. November 1917 einen vollkommenen Sieg errang. Am 14. November erließ die neue russische Regierung einen „Aufruf an die Regierungen und Völker der verbündeten Länder“, und am 15. November traf die Friedensdelegation der Mittelmächte in Brest-Litowoff ein.

Vom 19. bis 23. November tagte in Bern eine Konferenz der pazifistischen Zentralorganisationen für einen dauernden Frieden, an der deutscherseits Erzberger, Bernstein, Gothein, Heine, Niemeyer, Schücking, Piloty und Quidde teilnahmen. Es ist auch hier wieder bezeichnend, daß die Entente durch Abwesenheit glänzte.

Das Kennzeichnendste dieser Tagung aber sind die Ausführungen des Professors Quidde, der sagte¹:

„Ein Friede ohne Annexionen und Entschädigungen tut uns not; es darf weder Sieger noch Besiegte geben. Das Verhängnisvollste, was Deutschland widerfahren könnte, wäre ein überwältigender, endgültiger Sieg, der im Innern die Alldeutschen und jenseits der Grenzen die Revanche-Idee stärkte.“

Offensichtlicher ist noch zu keiner Zeit und in keinem Krieg Hochverrat am eigenen Volk begangen worden. Während man in den Ländern der Entente sich wirksam gegen solche Verbrecher zu schützen wußte, sah man in Deutschland in solchem Hochverrat die sicherste Empfehlung zur ministeriellen Reife für das parlamentarische System, und wenn es auch Quidde nicht geschafft hat, so verstand es doch wenigstens Erzberger, die Karriere bis zum Staatssekretär zu bringen.

Am 1. Dezember 1917 sandten Trotzki und Lenin den Funkspruch „An die Völker der kriegführenden Länder“ in die Welt.

¹ „Deutsche Tageszeitung“, 13. Dezember 1917.

Das Fazit dieses Jahres ist eine ungeheure Stärkung und Ausbreitung der revolutionären Bewegung in Deutschland, die innerpolitisch durch die Friedensresolution vom 19. Juli 1917, außenpolitisch durch den Sieg der Bolschewisten in Rußland bedingt wurde. Wie weit bereits die revolutionäre Bewegung fortgeschritten war, geht aus der Tatsache hervor, daß der spätere Präsident der Republik Oldenburg-Ostfriesland, der inaktive Oberheizer Kuhnt, der vor dem Kriege sozialdemokratischer Stadtverordneter und Parteisekretär in Kiel und Chemnitz und als Hilfschreiber bei der Werftdivision in Wilhelmshaven eingezogen war, schon in diesem Winter die Pläne für „seine“ Republik ausarbeitete. Alle Einzelheiten, einschließlich der Amterbesetzung in der Regierung durch seine Freunde und Parteigenossen, waren mustergültig bis ins kleinste vorgeesehen¹.

Die Frage des unmittelbaren Ausbruches der Revolution war, angesichts des völligen Mangels an Köpfen und Führern auf der linken Seite, schon von diesem Zeitpunkt an nur noch eine Frage des Zufalls.

¹ Silentscher, „Die Wahrheit über den Zusammenbruch der Marine“, S. 20.

1918

Das Jahr 1918, in dem sich das furchtbare Schicksal des deutschen Volkes erfüllen sollte, steht schon im ersten Monat unter den Zeichen jener Katastrophe, die sich am Ende des Jahres vollzog.

Ganz deutlich tritt die Umgruppierung der Sozialdemokratie in die Erscheinung, die jetzt jede Gelegenheit wahrnahm, um im Parlament auch ihrerseits mit revolutionären Drohungen die Regierung einzuschüchtern.

Bereits am 8. Januar 1918 schrieb das „Hamburger Echo“, das sich in den früheren Jahren zur Wut der Opposition besonders gemäßigt benommen hatte, in ganz unmißverständlicher Deutlichkeit:

„Das Grundprinzip der Bolschewiki ist dasselbe wie das der deutschen Sozialdemokratie und heißt: uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es kann aber nur verwirklicht werden in Staaten, wo die Demokratie durchgeführt ist . . .“

Es ist nötig, hier darauf hinzuweisen, daß der Sieg der russischen Bolschewisten von entscheidendem Einfluß nicht nur auf die Haltung der linksradikalen politischen Kreise, sondern auch auf die Mehrheitssozialdemokratie gewesen ist.

Die Bolschewisten haben von Anfang an eine mustergültige Weltorganisation zur Verwirklichung ihrer internationalen revolutionären Pläne geschaffen. Wie hervorragend diese Organisation arbeitete, geht aus der Tatsache hervor, daß durch die von ihr geschaffenen unterirdischen Kanäle die Nachrichten über die revolutionäre Bewegung in Deutschland, das als industrieller Exponent in der russischen Rechnung eine bedeutende Rolle spielte, bis in die entferntesten Winkel der Erde drangen. So waren beispielsweise die in Australien internierten Deutschen so gut über die Vorgänge in Deutschland unterrichtet, daß einer der Internierten auf Grund der ihm zugehenden Nachrichten die Revolution in Deutschland fast auf den Tag genau voraussagte (Faksimile 26).

CONCENTRATION CAMPS, AUSTRALIA

PRISONER OF WAR LETTER

G. C. C. November 4th 1918.

Dear Philipp

First of all I congratulate you to your 31st. birthday, perhaps this letter just reaches you on the 11th or 12th. Well cheer up Philipp old boy, the present things over there in Europe should inspire you with the greatest possible hope, our social ideal will come through at last and the realisation of it after a thousand years of strife and sorrow will surely impress you as the best and wisest birthday present. I foresaw it, that Germany and its moral and scientific culture can only be saved by some sort of revolution, the outbreak of which I expect on the 10. of this month for special reason. Hail and victory to the Reich!

Although I have no news from you, I write this to Mrs. Lonie to whom families I want you to express my highest respects and friendly greetings. I am sure you will be there and have a really good few days. There prevails somewhat of physical excitement amongst Pan German and chauvinists.

Hans

Continuation follows

Faksimile 26.

Übersetzung.

G. C. C., 4. November 1918.

Lieber Philipp,

Laß mich Dir zuerst zu Deinem 31. Geburtstage gratulieren, vielleicht erreicht Dich dieser Brief am 11. d. Mts. Also sei guten Mutes, Philipp, alter Junge, die gegenwärtigen Zustände drüben in Europa würden Dich mit der größtmöglichen Hoffnung erfüllen, unser soziales Ideal wird sich endlich bahnbrechen, dessen Verwirklichung nach Tausenden von Jahren voll Zwietracht und Schmerzen wird Dir sicherlich als das schönste und edelste Geburtstagsgeschenk erscheinen. Ich sah es voraus, daß Deutschland und seine moralische und wissenschaftliche Kultur nur durch eine Art Revolution gesichert sein kann, deren Aus-

In diesem Nachrichtendienst hat die in Amerika bestehende Partei der „International War workers“ eine große Rolle gespielt. Die Bolschewisten haben vom ersten Tage ihrer Regierung an kein Mittel gescheut, um der Revolution in Deutschland zum Siege zu verhelfen. Die spätere russische Botschaft in Berlin, deren Führung in den Händen des berühmten Herrn Toffe lag, war ein Tummelplatz aller deutschen revolutionären Führer. Auf ihr verkehrten auch die Reichstagsabgeordneten Herzfeld, Cohen, Ledebour, Adolf Hoffmann und Eduard Bernstein¹, die angesichts der Not des vierten Kriegsjahres von den bolschewistischen Menus, bestehend aus Vorspeise, Gerstensuppe, Forellen, jungen gebratenen Enten, römischem Salat, Selleriegemüse, Melbaeis und Nachtisch, gern Gebrauch machten.

Die langwierigen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, die weniger durch die Ungeschicklichkeit deutscher Militärs als durch den agitatorischen Zynismus der Bolschewisten erschwert wurden, nahmen nicht den Verlauf, den man allgemein erwartet hatte, und nun hielt die Sozialdemokratie den Zeitpunkt für gekommen, durch einen politischen Massenstreik einen entscheidenden Druck auf die Regierung auszuüben.

Zum Ausbruch kam der Massenstreik zuerst in Österreich-Ungarn am 16. Januar 1918. In Wien, Prag und Budapest kam es zur Bildung von Arbeiterräten. Die deutschen Mehrheitssozialdemokraten, die über die revolutionäre Agitation in Berlin unterrichtet waren, beeilten sich, den österreichischen Streikenden ihre Sympathie auszusprechen. Ebert erklärte am 22. Januar 1918 im Hauptausschuß des Reichstags:

„Wir begrüßen das Vorgehen des Proletariats in Österreich und Ungarn und drücken ihm unsere volle Sympathie aus.“

bruch ich am 10. d. Mts. aus einem bestimmten Grunde erwarte. Heil und Sieg Lieblnecht!

Obgleich ich keine Nachrichten von Dir habe, schreibe ich dies an Frau Leßlie, deren Familie ich meine größte Hochachtung und freundliche Grüße auszudrücken bitte. Ich nehme an, Du wirst da sein und ein paar angenehme Tage verleben. Hier herrscht eine Art psychologische Aufregung unter den Pangermanisten und Chauvinisten.

Hans.

Fortsetzung folgt.

¹ Kloth, „Einkehr“, S. 109.

Sie dürfen versichert sein, wenn es sein muß, wird die deutsche Arbeiterklasse ihre ganze Kraft daransetzen, um zu verhüten, daß die Bestrebungen zur Herbeiführung eines baldigen Friedens der Verständigung und des Rechts durchkreuzt werden . . .“

Am 19. Januar 1918 hatte Mehring bereits drohend geäußert:

„Unsere Wähler sind der ewigen Schönfärberei müde, der Geduldsfaden beginnt zu reißen, und wenn es nicht anders geht, so wollen wir klar zum Gefecht machen . . .“

Am 22. Januar 1918 drohte Scheidemann:

„Vergessen Sie nicht, daß die Zustände bei uns denen in Österreich vor Ausbruch des Ausstandes gleichen. Spielen Sie nicht mit dem Feuer . . . Sorgen Sie dafür, daß das Verbot des ‚Vorwärts‘ sofort aufgehoben wird, damit die deutsche Arbeiterschaft nicht auf den Gedanken kommt, daß erst andere Mittel angewendet werden müssen, ehe man dem Recht zu seiner Geltung verhelfen kann . . .“

Am 25. Januar wurde er noch deutlicher, indem er der Regierung zurief:

„Wenn Sie den Frieden mit Rußland nicht zustande bringen können, gehen Sie, bevor sie hinweggefegt werden . . .“

Am dem gleichen Tage erklärte Adolf Hoffmann im Preußischen Abgeordnetenhaus:

„Das Menetekel in Österreich sollte als Warnung dienen. Sie tanzen auf einem Vulkan. Selbst Scheidemann hat mit der Opposition gedroht. Wir stehen, wie in Österreich, zehn Minuten vor einer Katastrophe. Das Volk hat es satt, weiter in den Krieg geheßt zu werden . . .“

Einen Monat später, am 22. Februar 1918, prophezeite der Abgeordnete Cohn im Reichstag die Revolution mit den Worten:

„Die Revolution wird Deutschland erreichen. Sie wird aus dem Lande selbst geboren werden. Ich sehne den Tag herbei, wo es dazu kommen wird und die Völker selbst ihre Geschicke in die Hand nehmen . . .“

Man sieht, wie das Parlament mehr und mehr zum Kummelplatz revolutionärer Marktschreier wurde.

Inzwischen war unter der Hand die Wühlarbeit der linksradikalen Kreise so weit fortgeschritten, daß auch in Deutschland mit einem Gelingen des politischen Massenstreiks zu rechnen war. An den Vorbereitungen zu diesem Streik, der diesmal von revolutionärer Seite selbst als ein politischer Streik angesprochen wurde, nahmen Richard Müller, Haase, Ströbel, Ledebour und Adolf Hoffmann teil. Man einigte sich nach hitziger Diskussion zu einem Aufruf, der von sämtlichen Abgeordneten unterschrieben wurde¹. Am 27. Januar fiel die Entscheidung, den Streik für Montag den 28. Januar zu proklamieren².

Kennzeichnend für den Fortschritt des revolutionären Vergiftungsprozesses und der Umstellung der Mehrheitssozialdemokraten ist die Tatsache, daß sie nicht nur nichts gegen den Streik unternahmen, sondern sich auf Aufforderung der von ihnen bis jetzt so erbittert bekämpften Opposition bereit erklärten, in die Streikleitung einzutreten. Die heute von der Sozialdemokratie beliebten Einwände, daß ihre Beteiligung an diesem Streik „vaterländischen Motiven“ entsprungen sei, verfällt angesichts der historischen Entwicklung der sozialdemokratischen Politik vom 4. August 1914 bis zum 8. November 1918 der Lächerlichkeit der Weltgeschichte.

Es ist richtig, daß die Sozialdemokratie, die neidlos der Opposition die gefährlichen Vorarbeiten für diesen Streik überlassen hatte, auch nachdem sie sich durch Entsendung von Ebert, Scheidemann und Braun in die Streikleitung festgelegt hatte, sich sowohl nach rechts wie nach links zu decken versuchte. Es war das eben jene Politik der „geschmeidigen Taktik“, die man auf dem Parteitag von ihr verlangt hatte. Kennzeichnend für die unaufrichtige Haltung der Sozialdemokraten ist nicht nur das Auftreten Eberts während der Versammlung im Treptower Park, sondern auch die Stellungnahme Legiens, über die Popp und Artelt³ folgendes sagen:

„Als wir uns im Gewerkschaftshause konstituierten, stellte sich heraus, daß Legien im Restaurant des Gewerkschaftshauses anwesend war. Auf Verlangen einiger Genossen, die der mehr-

¹ Richard Müller, „Vom Kaiserreich zur Republik“, Band 1, S. 102.

² Siehe Anhang 12.

³ Popp und Artelt, „Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918“, S. 7.

heitssozialistischen Partei angehörten, wurde Legien gebeten, zu einer Besprechung zu uns zu kommen, was auch geschah. Ich legte nun als Vorsitzender des Arbeiterrates Legien die Frage vor, wie er sich zu dem Streik stelle. „Legien antwortete, erst müsse er wissen, wer den Streik begonnen, und was der Streik bezwecke, die Gewerkschaften hätten den Streik ja nicht in der Hand und nicht veranlaßt. Ich erwiderte ihm, daß wir zunächst nicht warten konnten, bis die Gewerkschaften den Streik inszeniert hätten, denn dann wäre er sicherlich niemals ausgebrochen. Im übrigen sei der Streik spontan ausgebrochen, als Protest gegen Brest-Litowsk, und um dem Frieden zu dienen.

Legien versuchte immer wieder einer Erklärung aus dem Wege zu gehen, erst auf energisches Drängen der Mitglieder des Arbeiterrates, die der Partei Legiens angehörten, und nachdem ich erklärt hatte, daß wir uns den Streik zunächst als einen dreitägigen Demonstrationsstreik gedacht hätten, erklärte Legien, daß derartige Dinge eintreten, liegt in der Haltung der Regierung begründet, und im Hinblick auf das Verhalten derselben sei der Streik zu begrüßen. Ich fragte Legien dann noch, ob wir dann, wenn die Regierung trotz des Demonstrationsstreiks auf ihrer verderblichen Politik bestehe, resignieren sollten. Darauf antwortete Legien: „Nein, keineswegs.“ Als ich nach Verbüßung meiner Gefängnisstrafe wieder nach Kiel kam, wurde mir ein Flugblatt vorgelegt, in dem der Januarstreik in der gemeinsten Weise heruntergemacht wurde, unterzeichnet: Karl Legien . . .“

Man sieht hieraus, wie hervorragend die Sozialdemokraten sich auf das Spiel der politischen Komödie verstanden. Die Sozialdemokratie glaubte damals, stark genug zu sein, es auf die entscheidende Machtprobe ankommen zu lassen. Für diese Auffassung liefert kein Geringerer als Philipp Scheidemann einen schlagenden Beweis, indem er schreibt¹:

„Der Streik war ein schwerer Schlag für die Regierung und die sogenannte Vaterlandspartei; er hätte aber mehr sein können, nämlich ein vernichtender Schlag.“

¹ Scheidemann, „Der Zusammenbruch“, S. 77.

Daß er nicht ein vernichtender Schlag wurde, war ganz gewiß nicht die Schuld der Ebert und Scheidemann, die damals genau so zur Proklamation der Revolution bereit waren wie neun Monate später, sondern die Schuld der militärischen Stellen, die sich im Januar noch der Bewegung gewachsen zeigten, während sie im November in unverständlicher Weise versagten.

Der Massenstreik selbst dauerte vom 28. Januar bis zum 3. Februar 1918. Er erfaßte fast alle großen Städte Deutschlands, so Berlin, München, Kiel, Bremen, Hamburg, Danzig, Barmen, Breslau, Bielefeld, Halle, Jena, Kassel, Wilhelmshaven und andere. Nach seiner Beendigung stellte sich heraus, daß er zunächst offensichtlich ein schwerer Rückschlag für die revolutionären Kreise war, da ihm unmittelbar drakonische Maßnahmen der Militärbehörden folgten. Im Rahmen der ganzen geschichtlichen Entwicklung der Revolution aber bedeutet dieser Massenstreik die revolutionäre Generalprobe, deren Verlauf zu großen Hoffnungen berechtigte.

Die Zwangseinziehung der Streikenden zum Heeresdienst war ein schwerer politischer Fehler. Erstens, weil man damit das moralische Ansehen des Heeresdienstes untergrub. Zweitens, weil man jetzt nicht mehr das erreichen konnte, was man bei rücksichtslosen Maßnahmen zwei Jahre vorher hätte erreichen können. Die Ausbildung und die Organisation der revolutionären Kräfte war bereits so weit fortgeschritten, daß für die entstandenen Lücken sofort Ersatz da war. Richard Müller sagt darüber treffend¹:

„Der Kreis der revolutionären Obleute war politisch so gut geschult, und auf organisatorischem Gebiet so reich an Erfahrungen, daß die Arbeit auch ohne Führung erfolgreich weiterging.“

Am 9. Februar 1918 übernahm an Stelle des eingezogenen Richard Müller Emil Barth die Führung der revolutionären Exekutive; er wurde bei der Abstimmung mit 17 Stimmen gegen die Stimme des späteren Kommunisten Malzbahns gewählt. Er hat unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit die revolutionäre Bewegung mit elementarer Kraft vorwärtsgetrieben und gehört, trotz aller späteren Anfeindungen seiner Parteifreunde, zu den zielbewußtesten und

¹ Richard Müller, „Vom Kaiserreich zur Republik“, Band I, S. 172.

klarsten Köpfen, die überhaupt in der Revolutionierung Deutschlands tätig gewesen sind.

Nach dieser revolutionären Generalprobe war der Ausbruch der Revolution nur noch eine Frage von Wochen oder Monaten.

In die Zeit dieses Streiks fällt die Meuterei der österreichisch-ungarischen Flotte in Pola und Cattaro, die nicht ohne Rückwirkung auf die revolutionären Kreise in der deutschen Flotte war.

Zu dieser Zeit übernahm in England Northcliffe die Organisation der feindlichen Propaganda an den Fronten, die von diesem Zeitpunkt an in einem beispiellosen Maßstab rücksichtslos durchgeführt wurde. Während im Juni und Juli 1918 über und hinter den deutschen Linien 2 Millionen Flugblätter abgeworfen wurden, erreichte die feindliche Propaganda im September 3 und im Oktober 5 Millionen Stück abgeworfener Flugschriften¹. (Siehe farbige Beilage am Anfang.)

Mitte März herrschte abermals in Deutschland eine rege Streikpropaganda, deren Anlaß die angekündigte weitere Herabsetzung der Brotration bildete. Am 22. März 1918 fing der Spartakusbund an, seine revolutionäre Propaganda systematisch auf die Front auszubehnen.

Inzwischen tobte in Preußen ein erbitterter Kampf um das allgemeine Wahlrecht, in dessen Verlauf Ledebour am 30. April 1918, anläßlich eines Antrages des Grafen Spee, die Wahlrechtsvorlage von der Tagesordnung abzusetzen, drohend erklärte:

„Wird der Antrag angenommen, so würde ich die Kämpfer an der Front auffordern, bis zur Einführung des gleichen Wahlrechts den Kampf einzustellen . . .“

Im Verlauf dieser Verhandlungen verstieg sich selbst der sonst sehr gemäßigte Abgeordnete Hänisch am 5. Mai 1918 zu der Behauptung, daß man bei den Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage nicht vergessen dürfe, „daß wir in einer revolutionären Zeit leben“. Am 12. Mai erließ die Sozialdemokratie im „Vorwärts“ einen „Aufruf an die Partei“, in dem sie die Auflösung der Reichstages verlangte. Am 23. Mai 1918 veröffentlichte sie im „Vorwärts“ das „Aktionsprogramm“ der Sozialdemokratie, an dem Auer, Cunow, Keil, König, Landsberg, Loebe, Paepow und Wiffell mitgearbeitet hatten.

¹ Stuart, „Geheimnisse des Crewe House“, S. 78.

Im Sommer dieses Jahres begab sich Philipp Scheidemann nach Holland. Diese Reise, über die bis heute in der Öffentlichkeit fast so gut wie nichts bekannt ist, war, wie eingeweihte Kreise wissen, von weltgeschichtlicher Bedeutung. Herr Scheidemann hat sich bis heute über diese Reise ausgeschwiegen, aber die Zeit ist vollbracht und es wird ihm, wenn nicht andere reden sollen, nichts anderes übrigbleiben, als den Schleier zu lüften. Im Zusammenhang mit dieser Reise sei hier zunächst nur auf die auffallende Tatsache verwiesen, daß anfänglich auch der Abgeordnete Haase nach Holland mit eingeladen war, daß er aber erst von der Reise erfuhr, als Scheidemann sie bereits ausgeführt hatte.

Am 6. Juni 1918 hielt es der oppositionelle Reichstagsabgeordnete Herzfeld für nötig, der Sozialdemokratie die Leviten zu lesen. Sozialdemokratische Redakteure hatten an einer von einem Generalkommando herausgegebenen Propagandaschrift mitgearbeitet, worauf Herzfeld erklärte:

„Und ich sage, diese Gewerkschaftsbeamten und diese Redakteure, welche die Mitarbeiter und die Verteiler dieser Schrift des Generalkommandos sind, dieser Schrift, eingehüllt in den sozialdemokratischen Mantel zur Täuschung der Arbeiterklasse, diese Redakteure und Gewerkschaftsbeamten sind Verräter an den Interessen der Arbeiter.“

Der Monat Juli des Jahres 1918 findet die revolutionären Marktschreier wieder auf den Tribünen der verschiedenen Parlamente. Am 8. Juli 1918 erklärte Scheidemann im Reichstag:

„Täuschen Sie sich nicht darüber, in den Massen herrscht eine aufs höchste gesteigerte Erbitterung nicht nur bei dem Industrieproletariat, sondern auch in den breiten Massen der Beamten und Angestellten, des Mittelstandes und der ländlichen Bevölkerung. Es gibt nur eine Stimme, die sich in dem Wort zusammenfaßt: Schluß!“

Ihm sekundierte in derselben Sitzung Ledebour, der behauptete:

„. . . Sollten die bestehenden Einrichtungen in Rußland unter dem Schutze der deutschen Truppen gestürzt werden, sollte es wirklich zu einer Vergewaltigung der russischen Arbeiter und

Proletarier kommen, so wäre es die heilige Pflicht aller deutschen Proletarier, alle Machtmittel aufzuwenden, um ein solches Verbrechen zu verhindern. Kein deutscher Proletarier dürfte durch Herstellung von Munition die helfende Hand zu solchem Verbrechen bieten. Die deutschen Proletarier aller Richtungen müßten wir dann zur Revolution aufrufen . . .“

Am 13. Juli 1918 rief der Abgeordnete Geyer im Reichstag aus:

„Wer ehrlich den Frieden will, darf nicht für die Kredite stimmen. Wir lehnen sie ab und wissen uns eins mit den Völkermassen aller Länder in dem Rufe: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Nieder mit dem Krieg!“

Am 18. Juli 1918 tagte in Amsterdam der Holländische Gewerkschaftskongreß, an dem deutscherseits Sassenbach teilnahm. An demselben Tage hielt Scheidemann eine große Versammlung in Solingen ab, an die sich eine Massendemonstration anschloß.

Am 17. August 1918 veröffentlichte der „Vorwärts“ einen „Offenen Brief“ an den Herzog von Sachsen-Meiningen von dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hofmann-Saalfeld, in dem es heißt:

„Machen Sie sich frei von Ratgebern, die das Schicksal eine Weltrevolution erleben ließ, deren Auffassung aber in einer Zeit wurzelt, in der es noch Fürsten von Gottes Gnaden und Untertanen gab. Beide Begriffe aber sind inzwischen untergegangen im Blutstrom des Weltkrieges . . .“

Die Sozialdemokratie vollzog, wie man sieht, in immer größerer Eile ihren innerpolitischen Frontwechsel. Wenn Scheidemann später behauptet hat, er habe den Rücktritt des Kaisers gefordert, um die Monarchie zu retten, so ist das angesichts der ganzen Entwicklung der Sozialdemokratie während des Weltkrieges das Eingeständnis einer Untertänigkeit, für die sich in der Praxis leider keine Beispiele finden lassen.

Inzwischen waren auch die linksradikalen Kreise nicht untätig geblieben. Unter Führung von Emil Barth fing man Anfang dieses Monats August an, in Berlin die ersten revolutionären Stoßtrupps zu bilden¹.

¹ Barth, „Aus der Werkstatt der Revolution“, S. 33.

Am 28. August 1918 hielt der damalige Staatssekretär des Kolonialamtes Dr. Solf, seine viel beachtete Rede in der „Deutschen Gesellschaft“, die besonders in der demokratischen Presse, voran das „Berliner Tageblatt“, freudig begrüßt wurde¹.

Am 30. August erschien bei dem Reichskanzler Grafen Hertling der österreichische Botschafter Prinz von Hohenlohe, um ihm mitzuteilen, daß der österreichische Minister des Außern Graf Burian zu dem Entschluß gekommen sei, selbständig in der Frage der Beendigung des Krieges vorzugehen².

Zur richtigen Beurteilung dieses ungeheuer bedeutungsvollen und nicht minder verhängnisvollen Schrittes ist es notwendig, auf die damalige militärische Lage der Mittelmächte kurz einzugehen.

Die im Sommer 1918 unternommene Offensive im Westen, die anfänglich zu bedeutenden militärischen Erfolgen geführt hatte, wurde nach dem Luftstoß auf die französischen geräumten Stellungen bei Reims nicht nur zum Stillstand gebracht, sondern durch den einsetzenden Flankenangriff Fochs in ihr Gegenteil verkehrt. Die Oberste Heeresleitung sah sich gezwungen, die Front zurückzunehmen. Die weltgeschichtliche Bedeutung dieses Rückzuges liegt nicht in der Tatsache der Umstellung der militärischen Strategie von der Offensive auf die Defensive, sondern in dem Ausbruch der politischen Panik in der Heimat, der zuerst die Mehrheitsparteien des Parlaments und schließlich das ganze Volk zum Opfer fiel. Die spätere offensichtlich überstürzte Handlung der Obersten Heeresleitung hinsichtlich eines sofortigen Waffenstillstandsangebotes resultiert letzten Endes aus dieser politischen Panik der Heimat. Ihre verderblichen Folgen treten zuerst im Felde in der Tatsache in Erscheinung, daß vor-

¹ Solf führte u. a. aus: „Ich bin aber der festen Überzeugung, daß vor Kriegsende überall eine geistige Auflehnung gegen diese knock-out-Gesinnung kommen muß und kommen wird. Sonst bleibt die Verwirklichung der Völkerliga ein utopisches Kriegsziel...“

Sehen Sie, meine Herren, die Gesinnung des Ausrottungskrieges zu erhalten, das gerade ist der Zweck solcher Reden, wie die des Herrn Balfour.

Die psychologische Situation, aus der heraus der britische Staatsmann handelte, ist klar: Die Feinde wollen keinen Frieden durch Verhandlungen.“ (Es ist auffallend, in welchem Gegensatz zu diesen Erkenntnissen später Solf als Außenminister die deutsche Politik führte.)

² Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei“, S. 160.

gehenden Regimentern von den zurückflutenden Truppen die Worte „Streikbrecher“ zugerufen wurden¹, woraus man ersehen kann, in welchem Maße der revolutionäre Vergiftungsprozeß das Heer bereits zersetzt hatte.

Die Österreicher hatten zu derselben Zeit einen anfangs erfolgreichen Vorstoß in Italien über die Piave gemacht, der aber schließlich, bedingt durch unberechenbare Naturereignisse — Anschwellen der Piave und Vernichtung der über sie geschlagenen Brücken — abgebrochen werden mußte. Militärisch befanden sich also die Mittelmächte nach vier Kriegsjahren, in denen sie einer Welt von Feinden gegenüber bis jetzt die Offensive behauptet hatten, in der Umstellung auf eine allgemeine Defensive. Berücksichtigt man, daß Frankreich während der ganzen Dauer des Krieges sich in einer Defensivstellung befunden hat, ohne daß dadurch die nationale Widerstandskraft des Volkes geschwächt worden wäre, so erkennt man hier mit geradezu erschreckender Deutlichkeit, daß die revolutionäre Zersetzung unserer nationalen Widerstandskraft durch eine von Verbrechern und Phantasten geleitete Politik die tatsächliche Ursache des militärischen Zusammenbruchs gewesen ist.

Der Monat September treibt der Katastrophe mit Riesenschritten entgegen.

In diesem Monat fing Emil Barth an, durch Vermittlung eines kriegsbeschädigten Kaufmanns in Berlin-Halensee die ersten Waffenaufkäufe für die Revolutionäre zu tätigen, die zum Schluß im Ankauf ganzer Waggonladungen bestand².

Am 2. September 1918 wandte sich Hindenburg in einem Aufruf gegen die feindliche Propaganda im Heer und in der Heimat³, dessen Wirkung aber in diesem Zeitpunkt um so weniger Hoffnung auf Erfolg versprach, als ja der „offizielle“ Leiter der deutschen Regierungspropaganda niemand anderes als der ultramontan-international eingestellte Herr Erzberger war.

Am 11. September 1918 erließ die Sozialdemokratie im „Vorwärts“ einen „Aufruf an die Partei“, in dem es ganz unverblümt heißt:

¹ v. Zwehl, „Der Dolchstoß“, S. 19.

² „Vorwärts“, 29. März 1919.

³ Siehe Anhang 13.

„... Die ungeheure Mehrheit unserer Volksgenossen ist in diesen Krieg gegangen in der Überzeugung, daß sie nicht für die Erhaltung Deutschlands, wie es vor dem Kriege war, sondern für ein besseres und freieres Deutschland kämpft...“

Noch deutlicher drückte sich die Sozialdemokratie im „Vorwärts“ vom 28. September 1918 aus, in dem zu lesen stand:

„Es ist jetzt die Stunde gekommen, ganz offen zu reden, und wir sind entschlossen, es zu tun! In dem allgemeinen Lohwabohu würde sehr viel zum Teufel gehen, was wir Sozialdemokraten längst zum Teufel gewünscht haben, neben vielem Unrecht würde sich auch mancher Akt weltgeschichtlicher Gerechtigkeit vollziehen, das Aufräumen wäre gründlich...“

Diese Worte beweisen, daß die Sozialdemokratie sich wiedergefunden hatte und offen ihre staatsfeindliche und reichszerstörerische Einstellung zu erkennen gab.

Am 14. September 1918 veröffentlichte Graf Burian seine Note an alle Kriegführenden Länder zwecks Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen, die für die Feinde das offene Eingeständnis des Zusammenbruchs Osterreich-Ungarns war.

Inzwischen spielte sich in Deutschland hinter den Kulissen der Endkampf zwischen der Monarchie und den Vertretern des „parlamentarischen Systems“ ab. Ein Blick hinter diese Kulissen lehrt, welche Führerlosigkeit und Ziellosigkeit, welche Feigheit und Erbärmlichkeit, welche geistige Armut, seelische Kleinheit, menschliche Hoffnungslosigkeit, welche Verwirrung von Phrasen, Reden, Programmen und Schlagworten die Politik der Mehrheitsparteien der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 charakterisierten. Am deutlichsten tritt dieser Mangel jeder schöpferischen politischen Fähigkeit in jenen Äußerungen Eberts in die Erscheinung, die er am 23. September 1918 in der Sitzung des Parteiausschusses machte, in der über den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung verhandelt wurde. Er sagte¹:

„Wollen Sie jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen

¹ Fröhlich, „Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg“, S. 220.

lassen. Dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution . . .“

Offener ist noch niemals die Politik als das Glücksspiel politischer Hasardeure gekennzeichnet worden. Wenn die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit versucht, Ludendorff den Vorwurf des „Hasardeurs“ zu machen, so sieht man an Hand dieser Worte Eberts, daß sie gerade die letzte ist, die dazu ein Recht hat.

Am 24. September 1918 hielt der Reichskanzler Graf Hertling seine letzte Rede im Hauptausschuß des Reichstags. Sie begegnete eifrigem Schweigen, und kennzeichnend für die Entwicklung des parlamentarischen Systems in Deutschland ist wiederum die Tatsache, daß die erste Partei, die gegen die Politik der Regierung Front machte, das ultramontane Zentrum war. Es sah jetzt die Zeit erfüllt, sich in den Besitz der politischen Macht zu setzen und schickte als Redner den Abgeordneten Gröber vor, nachdem der ungeduldige Erzberger bereits im Mai dieses Jahres einen allerdings vergeblichen Vorstoß gegen den Reichskanzler versucht hatte.

Am 28. September 1918 reiste Graf Hertling ins Große Hauptquartier, und hier vollzog sich nunmehr in den folgenden Tagen das tragische Geschick des deutschen Volkes.

Am 30. September unterzeichnete der Kaiser jenen denkwürdigen Erlaß, durch den er auf dringendsten Rat des für die Politik verantwortlichen Reichskanzlers Prinzen Max von Baden die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland billigte¹. In dem Erlaß hieß es:

„daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeiten solle, und daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weiterem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.“

Hier ist es notwendig, sofort auf die verhängnisvolle Verwechslung zweier Begriffe hinzuweisen, die für die ganze Entwicklung der deut-

¹ Prinz Max von Baden sagte in der Reichstagsitzung vom 5. Oktober 1918: „Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Kaiserlichen Erlasses, beginnt eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte.“

schen Politik von entscheidender Bedeutung geworden sind. Diese Verwechslung liegt in der Tatsache, daß man an Stelle der „Männer, die vom Vertrauen des Volkes“ getragen sein sollten, Männer in die leitenden Stellungen brachte, die einzig und allein vom Vertrauen der Parteien getragen waren. Diese Geschichtsfälschung ist einer der wesentlichsten Bestandteile der ganzen Politik des Prinzen Max von Baden bis zur Ernennung Eberts zum Reichskanzler und darüber hinaus bis in die Gegenwart.

Es muß hier einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß die Kapitulation der Monarchie gleichzeitig der Bankrott des parlamentarischen Systems war. Vom 19. Juli 1917 an bis zum Eintritt der Friedensresolutionsparteien in die Regierung des Prinzen Max von Baden hat das parlamentarische System es nicht vermocht, im Volke Wurzel zu fassen. Es ist dies um so verständlicher, als es in Wirklichkeit eben gar nicht aus dem nationalen Lebensfundament des Volkes, sondern aus der Sphäre der Machtgier der Parteien entstanden ist.

Kennzeichnend für den völligen Bankrott des parlamentarischen Systems in Deutschland ist nicht nur die Tatsache, daß seine Führer, nachdem sie durch die Vernichtung der Macht der Obersten Heeresleitung einen der wichtigsten Faktoren der Staatsautorität zerstört hatten, sich in jeder Hinsicht unfähig zeigten, aus der Politik nunmehr die entscheidende Waffe für das deutsche Volk zu schmieden, sondern in den Stunden höchster politischer Entscheidungen ohne Parlament regierten, denn vom 5. bis 22. Oktober hatte man den Reichstag nach Hause geschickt.

Kennzeichnend für den völligen Bankrott dieses parlamentarischen Systems ist die Tatsache, daß seine Führer gerade in der Zeit, wo sie die uneingeschränkte Macht besaßen, nicht fähig waren, eine einzige Parole für die Volksgemeinschaft der Nation zu finden, geschweige denn sich zu einer entscheidenden Tat zur Erhaltung des Reichs aufzuschwingen.

Kennzeichnend für den Bankrott dieses parlamentarischen Systems ist letzten Endes die Tatsache, daß sich nicht das Volk am 9. November 1918 für die Republik entschieden hat, sondern die sozialdemokratische Partei, deren Führer Scheidemann die Republik proklamierte.

Der Vater des parlamentarischen Systems in Deutschland, Herr Erzberger, hat früher einmal geschrieben, daß der Kernpunkt einer Demokratisierung die Frage sei, „ob die Aristokratie des Geistes die Oberhand erringt oder die Demagogie der Zahl und der Masse“¹. Unterstellt man die aus dem parlamentarischen System hervorgegangene Demokratie Deutschlands dieser Erzbergerschen These, so wird man zugeben müssen, daß die Aristokratie des Geistes niemals eine Rolle gespielt hat, wohl aber war vom ersten bis zum heutigen Tage die „Demagogie der Zahl und der Masse“ ausschlaggebend.

Diese Demagogie der Zahl und Masse war überhaupt das eigentliche treibende Motiv der Parteien der Friedensresolution von Erzberger bis Scheidemann. Ihr „schöpferischster“ Begriff, jene erbärmliche Phrase der Majorität, die seitdem Deutschland so tief ins Unglück gebracht hat, wie es ein einzelner Regent niemals fertiggebracht hätte, da ihn die persönliche Verantwortung, die der Majorität der Masse abgeht, vor den Richtstuhl des Gewissens gezwungen hätte.

Kennzeichnend für diese Demagogie ist die Einstellung der Parteien des parlamentarischen Systems, die, aus der Brutalität ihrer Machtgelüste entspringend, eine rein innerpolitische war und ohne jede Rücksicht auf die außenpolitischen Folgen ihre Hauptaufgabe in der völligen innerpolitischen Zerstörung Deutschlands sah, die ihnen die einzige Gewähr für eine geeignete Verständigungsbasis mit der Entente bot. Das Urteil über diese Politik haben die Sozialdemokraten sich selbst gesprochen, indem einer der ihren am 9. August 1918 in der „Internationalen Korrespondenz“ schrieb:

„Ein Narr, wer glaubt, daß wir durch Ententesiege jemals dem Verständigungsfrieden näherkommen.“

Berücksichtigt man ferner die politische Entwicklung der ausschlaggebenden Führer der ersten parlamentarischen Regierung, so muß man zu der Einsicht kommen, daß sie der Politik des Reichs nur noch die Wendung zur Katastrophe geben konnten. Da ist an erster Stelle Erzberger, der sich im Wandel der Zeiten folgendermaßen darstellt.

¹Erzberger, „Politik und Völkerleben“, 1914.

„Jede Bedenken wegen etwaiger Verletzung von Völkerrecht und Rücksichten auf Humanität, für die man in Friedenszeiten in Berliner Salons Verständnis haben mag, müssen meines Erachtens in der jetzigen Zeit der Kriegführung, besonders angesichts des Verhaltens unserer Gegner, völlig in den Hintergrund treten.“ (Schreiben Erzbergers an den Kriegsminister von Falkenhayn vom 17. September 1914.)

„Natürlich könnte Deutschland jeden Tag Frieden haben, wenn es auf seine geschlossene nationale Existenz verzichten wollte. Aber das wäre kein Friede, sondern eine Schmach. Ein solches Thema ist für uns gar nicht diskutierbar.“ (Erzberger im „Tag“ vom 28. März 1915.)

Im Juni 1917 arbeitete der Abgeordnete Erzberger für die rheinische Industrie ein Programm für die Propaganda zur Erwerbung der Erzbecken von Briey und Longwy aus.

An zweiter Stelle stehen die Sozialdemokraten, deren politische Entwicklung sich folgendermaßen kennzeichnet.

„Ein Verteidigungskrieg wird dadurch noch lange nicht zu einem Eroberungskrieg, daß man am Ende Sieger bleibt und etwas gewinnt.“ (Heilmann in der „Chemnitzer Volksstimme“ vom 2. Juli 1915.)

Derselbe Erzberger brachte am 19. Juli 1917 jene Friedensresolution im Reichstag ein, deren wichtigste Sätze lauten: Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.“ Von diesem Zeitpunkt an war Erzberger ein wütender Vertreter der 14-Punkte-Politik Wilsons.

Dieselben Sozialdemokraten stimmten am 19. Juli 1917 für

„Mur politische Kindsköpfe können meinen, daß die Grenzpfähle unverrückt bleiben.“ (Scheidemann im Reichstag am 5. April 1916.)

„Ich warne vor inhaltlosen Schlagworten. Die Formel ‚Gegen jede Annexion‘ beispielsweise ist völlig unmarxistisch.“ (Meerfeld in der „Rheinischen Zeitung“ vom 6. Februar 1916.)

die Erzbergersche Friedensresolution, vertraten von diesem Tage an die Wilsonsche Politik als einzige Rettung für Deutschland, und verleumdeten jeden, der noch nach diesem Zeitpunkt für eine Annexion zugunsten Deutschlands eintrat.

In jedem anderen parlamentarisch regierten Lande wären Politiker vom Schlage der Erzberger und Scheidemann auf Grund ihrer politischen Vergangenheit erledigte Politiker gewesen, da man nirgends Lust verspürt haben würde, diesen persönlich kompromittierten Politikern nun auch noch Gelegenheit zu geben, das Volk zu kompromittieren. In Deutschland aber war eine höchst zweifelhafte politische Vergangenheit, angesichts der zweifelhaften Zukunft, die beste Empfehlung für einen verantwortlichen Ministerposten. Bei der Aufstellung der einzelnen Kandidaten für das Kabinett des Prinzen Max von Baden kamen nur Männer in Frage, die dank ihrer zweifelhaften Haltung in der Vergangenheit Anspruch darauf hatten, das zweifelhafte Schicksal Deutschlands mitzuentcheiden.

Die Machtgelüste der Mehrheitsparteien des Reichstags kennzeichnen sich treffend in den Forderungen für die einzelnen Ministerposten. Das Zentrum verlangte für sich die Einrichtung eines Presse- und Propagandaamtes, für das Erzberger ausersehen war. Außerdem forderte es für den Abgeordneten Trimborn das Reichsamt des Innern. Für das Arbeitsamt stellte es den Unterstaatssekretär Giesberts und schließlich beanspruchte es noch einen Staatssekretär ohne Portefeuille. Man sieht, wie das Zentrum im Kampf um die politische Macht sich die beiden wichtigsten innerpolitischen Posten zu sichern wußte.

Die Sozialdemokraten forderten den Posten eines Unterstaatssekretärs im Reichswirtschaftsamt und für David den Unterstaatssekretärposten im Auswärtigen Amt. Außerdem verlangten auch sie noch

einen Staatssekretär ohne Portefeuille. Kennzeichnend für die politische Moral dieser parlamentarischen Minister ist der Ausspruch Scheidemanns, der in einer sozialdemokratischen Vorstandssitzung, in der abermals der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung diskutiert wurde, sagte:

„Wie kommen wir dazu, in diesem Augenblick der größten Verzweiflung in ein bankrotttes Unternehmen hineinzugehen?“

Das war der Geist der Führer des neuen Deutschland! Die Ernennung des Prinzen Max von Baden erfolgte am 3. Oktober 1918. Einen Tag später war die erste parlamentarische Regierung gebildet.

Die entscheidende Grundfrage des Kabinetts des Prinzen Max von Baden war die Frage der sofortigen Einleitung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen, wie sie die Oberste Heeresleitung in kategorischer Form am 29. September 1918 bereits verlangt hatte. Zweifellos war dieser Schritt der Obersten Heeresleitung übereilt und zeugt dafür, daß man sich von der politischen Panik der Heimat, die durch den am 30. September erfolgten Zusammenbruch der bulgarischen Front ins Groteske gewachsen war, hatte anstecken lassen. Das ist auf keinen Fall entschuldigbar, aber es ist durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß an ebendemselben Tage Scheidemann im Hauptausschuß des Reichstages, der an diesem 29. September 1918 im Saale des Bundesrats tagte, ausrief:

„Berkennen Sie doch nicht vollkommen die Situation, machen Sie sich doch bitte mit dem Gedanken vertraut, daß hier vielleicht sehr bald ein Arbeiter- und Soldatenrat seine Sitzungen abhalten wird.“

Das sagte ein Mann, der sich vier Tage später vom Kaiser zum Staatssekretär ernennen ließ, und der nie um die Tatsache herumkommen wird, eingestehen zu müssen, daß die Annahme seiner Berufung entweder eine Heuchelei oder aber seine Politik ein Verrat an seiner Überzeugung war!

Das Kabinett des Prinzen Max von Baden war von Anfang an unfähig, die Frage der Friedensverhandlungen zu lösen. Unfähig aus

¹ „Vorwärts“, 5. Oktober 1919.

dem ganz einfachen Grunde, weil es, anstatt sich auf den entscheidenden Endkampf mit den Feinden in geistiger und militärischer Hinsicht einzustellen, seine vornehmste Aufgabe in dem parlamentarischen Feldzug gegen die Oberste Heeresleitung sah, den es gewonnen hatte, als Erzberger schrieb¹: „. . . das Heer ist jetzt ein Instrument im Dienste der Regierungspolitik geworden.“ Offener ist das frivole Spiel der ersten parlamentarischen Regierung niemals gekennzeichnet worden. Offener ist aber auch niemals zugegeben worden, daß die Politik der ersten parlamentarischen Regierung des Prinzen Max von Baden von der Niederlage des Heeres zur Niederlage des Volkes führte. Die Oberste Heeresleitung hatte eine Schlacht verloren. Die Politik der ersten parlamentarischen Regierung aber verlor den Krieg!

Die linksradikalen Kreise hatten inzwischen die Entwicklung sorgfältig verfolgt und die Zeit benützt, die Revolution mit aller Energie vorwärts zu treiben.

Bereits am 7. Oktober tagte in Gotha eine Reichskonferenz des Spartakusbundes, an der 57 Vertreter aus 17 Ortsgruppen teilnahmen².

¹ Erzberger in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, 30. Oktober 1918.

² Das von dieser Konferenz herausgegebene Flugblatt schließt mit folgenden Forderungen:

„Unbekümmert um Gesetze und Verordnungen der kommandierenden Generale, muß das Proletariat mit allen Mitteln verlangen:

1. Unverzügliche Freilassung aller derer, die für die Sache des Proletariats in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhaft, schmachten; Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Verbrechen verurteilt sind. Entlassung aller Soldaten, die aus politischen Gründen eingezogen sind oder im Heer zurückgehalten werden; Aufhebung aller Beschränkungen, die aus politischen Gründen über Soldaten verhängt wurden.
2. Die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.
3. Sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.

Darüber hinaus hat das Proletariat zu fordern:

1. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen ohne jede Entschädigung.
2. Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen.
3. Enteignung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes, Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.

Am 5. Oktober 1918 stellte sich die Regierung dem Reichstag vor und sandte das erste Waffenstillstandsangebot an Wilson. Am gleichen Tage veröffentlichte die „U.S.P.D.“ einen Aufruf, der öffentlich die sofortige Einführung der sozialistischen Republik verlangte (Faksimile 27). Es ist bezeichnend für die Haltung des Kabinetts des Prinzen Max von Baden, daß es gegen die Verfasser dieses hochverräterischen Aufrufs, der namentlich von den Führern der „U.S.P.D.“ unterzeichnet war, nichts unternahm. Man wurde wohl damit der „Psyche des Arbeiters“ — wie Scheidemann sich einmal ausdrückte — gerecht, aber man verriet damit das ganze deutsche Volk an jene dunklen Kräfte, die seit vier Jahren den revolutionären Vergiftungsprozeß betrieben, und denen man durch die stillschweigende Zusicherung der Duldung ihres Treibens geradezu einen Freibrief für ihren Hochverrat ausstellte¹.

Bereits am 10. Oktober 1918 fordert ein Leitartikel der sozialdemokratischen „Fränkischen Tagespost“ den Rücktritt des Kaisers.

Am 13. Oktober 1918 wurde in einer sozialdemokratischen Versammlung in München die Beseitigung der Monarchie verlangt. Am

4. Durchgreifende Umgestaltung des Heerwesens, nämlich:

- a) Verleihung des Vereins- und Versammlungsrechtes an die Soldaten in dienstlichen und außerdienstlichen Angelegenheiten.
- b) Aufhebung des Disziplinarstrafrechtes der Vorgesetzten; die Disziplin wird durch Soldatendelegierte aufrechterhalten.
- c) Aufhebung der Kriegsgerichte.
- d) Entfernung von Vorgesetzten auf Mehrheitsbeschluß der ihnen Untergebenen hin.

5. Abschaffung der Todes- und Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.

6. Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.

7. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.“

¹ Daß von diesem Tage an de facto die Monarchie nicht mehr bestimmend und verantwortlich war, geht deutlich aus den Worten Eberts hervor, der in dieser Sitzung sagte:

„Meine Herren, am 5. Oktober hat sich dem deutschen Reichstag eine Regierung vorgestellt, die ihre Existenz von der Zustimmung des Reichstags, von der Billigung weitester Volkskreise und insbesondere von der Mitwirkung der Vertrauensmänner der Arbeiter abhängig gemacht hat. Mit Recht ist deshalb der 5. Oktober als ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands bezeichnet worden. Er ist der Geburtstag der deutschen Demokratie.“

An das werftätige Volk Deutschlands!

Das System des Militarismus hat einen Schlag erhalten, von dem es sich nicht mehr erholen wird. Der Imperialismus ist bei uns zusammengebrochen. Die Idee der Demokratie und des Sozialismus ist Regretsch auf dem Marsche.

Die deutsche Regierung hat ein Waffenstillstandsangebot gemacht und das Programm des amerikanischen Präsidenten Wilson als Grundlage für Friedensverhandlungen angenommen. Dieser Schritt war beschlossen, bevor die neue Regierung an das Ruder kam.

Das Friedensangebot kommt unseren unausgesprochenen Friedensbestrebungen entgegen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei

hat von Anfang an die Katastrophe des Imperialismus vorausgesehen. Sie ist den Grundsätzen der Demokratie und des Sozialismus treu geblieben. Sie hat als einzige Partei gegen die Verträge von Brest-Litowsk und den Vertrag von Bukarest gestimmt, die jetzt auch die anderen Parteien nicht mehr zu verteidigen wagen.

Getreu unserer Ueberzeugung als

internationale Sozialisten

haben wir in jeder Kriegslage gegen die Vergewaltigung irgendeines Volkes gekämpft. Dieses gibt uns das moralische Recht, auch jeden Versuch der Unterdrückung des deutschen Volkes zurückzuweisen.

Alle anderen Parteien sind durch den ehernen Gang der Ereignisse gezwungen, ihre Kriegsziele abzuändern. Sie müssen abermals umlernen und sie haben bereits umgelernt. Nur die Unabhängige Sozialdemokratische Partei braucht nichts von ihrem Friedensprogramm anzugeben. Das von ihr im Juni 1917 in Stockholm verfaßte Memorandum, das die Zensur damals unterdrückte und das von den übrigen Parteien, auch von der sozialdemokratischen Partei, angegriffen wurde, kommt jetzt zur Geltung.

Die Politik der sozialdemokratischen Partei, der Scheidemann und Thier, der David und Benisch, ist ebenso zusammengebrochen, wie die der herrschenden Klassen. Die sozialdemokratische Partei war ohnmächtig und einflußlos so lange das Kriegsglück den Imperialisten günstig war, obwohl sie, oder richtiger: weil sie jede kapitalistische Regierung in ihrer Kriegspolitik unterstützte, ihr die Kriegskredite bewilligte. Nicht das geringste hat sie während der langen Kriegszeit für den Frieden, für die Freiheit, für den Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen Ausbeutung erreicht.

Im dem Moment, da die bürgerliche Gesellschaft in allen Augen tracht, sind mehrere Sozialdemokraten, so Scheidemann und Bauer, zu Ministern gemacht worden. Die Sozialdemokraten sind damit auch offiziell zu Regierungsozialisten gekennzeichnet.

Die sozialdemokratische Partei ist in die Regierung berufen, um nach dem Zusammenbruch des Imperialismus die bürgerliche Gesellschaft zu retten. Sie hat die Aufgabe übernommen, „die nationale Verteidigung“ zu organisieren und die bürgerliche „Ordnung“ zu schützen. Sie hat die Forderung der internationalen Kongresse preisgegeben, daß die Katastrophe des Weltkrieges von der Sozialdemokratie ausgeht werden müsse, an Stelle des kapitalistischen Systems das sozialistische zu setzen.

Das Programm, das die sozialdemokratische Partei als Bedingung für ihren Eintritt in die Regierung aufstellte, war so bescheiden, daß es sogar verschiedenen bürgerlichen Zeitungen nicht weit genug ging. Nicht die Amnestie für politische Delikte, nicht einmal die

Aufhebung des Belagerungszustandes

wurden verlangt, nicht die geringste sozialpolitische Forderung ist in ihm enthalten. Und obwohl die sozialdemokratische Partei ihr Programm als Mindestprogramm bezeichnete, von dem sie nichts abhandeln lassen werde, hat sie den bürgerlichen Parteien und der Regierung doch in mehreren Punkten noch nachgegeben.

So schwächlich zeigt sich die sozialdemokratische Partei schon bei ihrem Eintritt in die Regierung. Selbst eine vorgeschriebene bürgerliche Regierung müßte mindestens

folgende Forderungen

ohne Ausschub durchzuführen:

„Sofortige Stillung der von deutschen Truppen besetzten Gebiete des ehemaligen russischen Reiches, Finnlands, der Ostseeprovinzen, Polens, der Ukraine, serber Rumäniens und Bulgariens.

„Änderung der bereits geschlossenen Friedensverträge nach den Grundsätzen der Demokratie.

„Amnestie für alle wegen politischer Vergehen und Verbrechen verurteilten Zivilpersonen, Soldaten und Matrosen. Öffnung der Gefängnisse und Zuchthäuser, namentlich für alle aus Anlaß von Streiks wegen angeblichen Landesverrats Verurteilten. Niederschlagung der wegen politischer Vergehen und Verbrechen schwebenden Strafverfahren. Sofortige Entlassung aller aus politischen

Verboten zum freien Eingezogenen. Böhmung aller politischen Verträge in den militärischen und politischen Akten, insbesondere des Verzeichnisses, S. 18°. Aufhebung der Schutzhaft und Entlassung aller Internierten.

Aufhebung des Belagerungszustandes. Freies Vereins- und Versammlungsgesetz. Freiheit der Presse. Beseitigung aller Schranken für die Herausgabe neuer Zeitungen. Strenge Durchführung des Postgeheimnisses. Beseitigung der selbst nach dem bestehenden Rechtszustand völlig unzulässigen öffentlichen und geheimen Briefkontrolle.

Einführung des Proportionalwahlrechts. Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen. Übertragung des gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts durch Reichsgesetz auf alle Bundesstaaten.

Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes. Wiederherstellung und Ausbau der Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche. Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages.

Sofortige Abänderung der Verfassung in folgenden Punkten: Staatsverträge sind nur mit Zustimmung der Volksvertretung gültig. Ohne solche Zustimmung darf kein Krieg erklärt, kein Friede geschlossen werden. Jeder Minister ist zu entlassen, wenn dieses durch einen Mehrheitsbeschluß der Volksvertretung verlangt wird.

Als internationale Sozialisten erheben wir die weitestgehenden Forderungen. Unser Ziel ist die

sozialistische Republik.

Sie allein ermöglicht es, die Welt von den Verwirrungen des Krieges zu erlösen.

Tiefe Umwälzungen gehen in allen Staaten vor sich. Die Welt erhält ein völlig anderes Aussehen. Aber es sieht nicht so aus, wie die Genossen und Genossinnen, die David und Renner jahrelang mit Selbstsicherheit prophezeit haben.

Bei diesem Umgestaltungsprozeß eine führende Rolle zu übernehmen, ist die historische Aufgabe des internationalen Proletariats. Begeisterung, Opfertreue und Geschlossenheit sind unbedingt zu ihrer Lösung erforderlich. Die Methoden des Regierungsozialismus führen nur zur Wahnung der selbständigen Beidigung der Arbeiterklasse und zur Stärkung der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Einigkeit des Proletariats

Es kann sich ebensowenig unter dem Banner des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen, wie der Regierungsozialisten vollziehen.

Einigkeit, unter dem unbestrittenen Banner der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, des internationalen Sozialismus — muß die Parole des deutschen Proletariats sein.

Nur dann ist auch der Friede gesichert, nur dann ist die Zukunft des Proletariats und der Menschheit verhängt.

Auf! Sammelt Euch! Schließt die Reihen!

Das höchste gilt es zu erringen:

Die Befreiung der Menschheit!

Berlin, 6. Oktober 1918.

Die Parteileitung und die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

J. A.: Ernst Däumig, Hugo Haase, Alfred Henke, Adolf Hojer, Hermann Jäger, Gustav Seiler, Georg Seidemann, Robert Wenzel, Willy Piech.

16. Oktober erklärte der Staatssekretär Scheidemann in einer Sitzung des Kabinetts:

„Glaubt man wirklich, daß die Neigung im Volke noch groß sei, einen Finger krumm zu machen, um den Kaiser zu halten?“

Am gleichen Tage forderten die „Volkswacht für Schlesien“ und das „Saalfelder Volksblatt“ die Abdankung des Kaisers.

Zu dieser Zeit hielt der Abgeordnete Dittmann im Rheinland eine Rede¹, in der er sagte:

„Wir fordern heute genau wie früher die sozialistische Republik. Und wenn Sie mich fragen, wer Präsident dieser Republik sein soll, so kann ich keinen besseren Mann vorschlagen, als wie den Zuchthäusler Karl Liebknecht.“

Die Regierung des Prinzen Max von Baden tat nichts, diesem immer offeneren hochverräterischen Treiben entgegenzutreten, obgleich sie, gestützt auf ihre erweiterten Verfassungsrechte, mehr wie jede andere dazu verpflichtet war.

Am 20. Oktober 1918 schrieb der „Vorwärts“:

„Deutschland soll — das ist unser fester Wille als Sozialisten — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben.“

Das schrieb das führende Blatt einer Partei, deren Mitglieder als Staatssekretäre in der Regierung saßen. Es gibt in der ganzen Weltgeschichte kein zweites Beispiel ähnlicher Frivolität.

Am 21. Oktober 1918 brach in Wien die Revolution aus. Am gleichen Tage wurde Liebknecht aus dem Zuchthaus entlassen, nachdem man in einer vorhergehenden Kabinettsitzung festgestellt hatte, daß er ein „ganz harmloser Mann“ sei. Zu dieser Zeit fing die „U.S.P.D.“ an, für ihre Anhänger Waffen aufzukaufen und ganz offen schrieb am 29. Oktober 1918 die in Dortmund erscheinende „Westfälische Allgemeine Volkszeitung“:

„Die militärische Auflösung war auch in Rußland das erste Stadium der sozialen Revolution. Den gleichen Weg wird auch

¹ „Der Ebertprozeß 1925“, S. 13.

und muß die Entwicklung in Deutschland gehen. Schafft euch Waffen an, damit ihr zur gegebenen Zeit bereit seid, die Gesetze Deutschlands in die Hand zu nehmen.“

Am 23. Oktober tagte wieder der Reichstag, in dessen Sitzung der Pole Stychel¹, der Elsässer Ricklin¹ und der Däne Hansen für die Loslösung bestimmter Teile des Reichs sprachen, ohne daß diesem Landesverrat von der Regierung entgegengetreten wurde.

Hierbei muß darauf hingewiesen werden, daß das Zentrum durch eine jahrzehntelange deutschfeindliche Polen- und Reichslandpolitik diesen Landesverrat mit großgezogen hatte. Schon 1910 wurde in dem Buch „Ist das Reichsland deutsch?“ festgestellt:

„Der reichsländische Klerus ist, mit ganz wenigen Ausnahmen, französisch gesinnt und verwertet seinen Einfluß nach dieser Richtung in Wort und Schrift . . . An der im letzten Jahrzehnt erweiterten Kluft zwischen Eingeborenen und den eingewanderten Altdeutschen haben sie wesentlich mitgearbeitet. In ihrer Presse bekämpfen sie das Deutschtum und säen Haß und Zwietracht, wo ihnen die Lehre Christi Liebe eingeben sollte.“

Die Hilflosigkeit der parlamentarischen Regierung offenbarte sich in geradezu erschreckender Weise, und sie wirkte nicht minder verächtlich wie bemitleidenswert.

Das Schicksal des Deutschen Reiches war in dem Augenblick entschieden, als sich herausstellte, daß die Regierung unfähig war, die Führerschaft über das Volk an sich zu reißen und die ganze Nation zu einer entscheidenden Tat aufzurufen. Sie verstand sich wohl auf die Psyche der Partei, aber nicht auf

¹ Stychel sagte: „Nach Maßgabe der beiderseitig anerkannten Grundsätze Wilsons soll nun auch den unverjährbaren und unverjährten Rechten des polnischen Reiches und des polnischen Volkes auf der internationalen Friedenskonferenz Geltung verschafft werden.“

Ricklin äußerte: „Da wir sicher annehmen, daß bei der Beratung der elsass-lothringischen Frage dem von einem sehr großen Teile der elsass-lothringischen Bevölkerung beanspruchten Recht, selbst über ihr politisches Schicksal zu entscheiden, Rechnung getragen wird, müssen wir jetzt alles unterlassen, was der freien Willensäußerung der Elsass-Lothringer vorgreifen könnte.“

den Charakter eines in einer jahrhundertlangen Tradition wurzelnden Volkes.

Am 23. Oktober 1918 forderte Kurt Eisner in einer öffentlichen Versammlung in München die Beseitigung der Monarchie. Am gleichen Tage sagte Haase im Reichstag:

„... Meine Herren, die Kronen rollen auf das Pflaster, die Krone des Bulgarenkönigs Ferdinand, die Krone des Zaren Nikolaus, die Krone des österreichisch-ungarischen Kaisers. Die Kronen, die man schon zu erhaschen glaubte, sind wie ein Phantom schnell davongeeilt ... Rings um uns werden Republiken sich auftun, und da soll Deutschland allein, umgeben von Republiken, noch einen Kronträger haben oder Träger vieler Kronen und Krönlein.“

Ihm schloß sich in würdiger Reihenfolge am 24. Oktober im Reichstag Ledebour an, dessen Rede in den Worten gipfelte:

„... Aber mit der Kronniederlegung Wilhelms II. wäre wenig gebessert. Ich will auf seine Nachkommen nicht weiter eingehen. Ich meine, man muß sich nicht mit einzelnen Personen aufhalten, sondern es muß einfach das ganze monarchische System beseitigt werden ...

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist der Ansicht, daß aus dem furchtbaren Zusammenbruch, den der Weltkrieg herbeigeführt hat, das deutsche Volk sich nur dadurch eine glückliche Zukunft sichern kann, daß es sich republikanische Einrichtungen schafft, die die verderbliche kapitalistische Produktionsweise durch die sozialistische ersetzen. Indem wir diese Erklärung abgeben, appellieren wir damit an die Arbeiterschaft Deutschlands, daß sie das Werk der Revolutionierung unserer Verhältnisse, zu dem das Bürgertum unfähig ist, ihrerseits in die Hand nimmt.“

Einen Tag später erließ Erzberger als kaiserlicher Staatssekretär der „Zentrale für Heimatdienst“ ein Rundschreiben¹ mit Beigabe der von ihm für seine Propaganda ausgearbeiteten Richtlinien, in denen der lapidare Satz steht:

„Vom Oktober 1918 an regiert das deutsche Volk sich selbst.“

¹ „Leipziger Volkszeitung“, 29. Oktober 1918.

Friivoler ist das politische Doppelspiel Erzbergers wohl nie gekennzeichnet worden. Schlagend offenbart sich hier die geschichtliche Fälschung der Begriffe Volk und Partei. Die Parteien der Friedensresolution von 1917 hatten die Macht, und um diese zu behaupten, opferte man Nation, Volk und Reich. Vergeblich waren die Warnungen, die damals der General Gröner¹ — der später in erster Linie die Oberste Heeresleitung zum Waffenstillstand um jeden Preis drängte und eine höchst zweifelhafte Rolle spielte — an die Regierungen richtete, indem er sagte:

„Was wir von der Heimat fordern, ist nicht Kritik und Polemik, sondern Stärkung und Stählung von Herz und Seele. Wenn nicht schleunigst Wandel geschieht, richtet die Heimat das Heer zugrunde.“

Hier ist in wenigen Worten das Entscheidende gesagt. Nicht die militärische Übermacht unserer Feinde entschied über die Niederlage des deutschen Volkes, sondern der politische Zusammenbruch der Heimat, in der eine Regierung herrschte, die Hoch- und Landesverrat tolerierte.

Die Auswirkung der offenen Politik des Hochverrates zeigte sich zuerst in der Flotte. Hier hatten die revolutionären Kreise schon seit Jahren ihr erfolgreichste Arbeit leisten können, und am 28. Oktober 1918, als die Flotte von Wilhelmshaven auslaufen sollte, kam es zur offenen Meuterei².

Wenn es heute den Linksparteien beliebt, dafür letzten Endes auch die Heeresverwaltung verantwortlich zu machen, so muß man mit aller Entschiedenheit darauf hinweisen, daß Heer und Marine zu diesem Zeitpunkt — um nochmals die Worte Erzbergers zu gebrauchen — „ein Instrument im Dienste der Regierungspolitik geworden“ waren, mithin ausschließlich die Regierung verantwortlich war für das völlige Versagen der entscheidenden Stellen.

Der Aufstand, der in der Flotte ausgebrochen war und damit begann, daß die Heizer auf verschiedenen Großkampfschiffen die Feuer herausrissen, um eine Ausfahrt der Flotte unmöglich zu machen,

¹ Weißbuch Nr. 100.

² Kausch, „Am Springquell der Revolution“.

wäre bei sofortigem energischem Zugreifen zu unterdrücken gewesen. Der Einsatz der Torpedoboote „B 97“ und „B 112“ genügte, um die Meuterer auf der „Helgoland“ und „Thüringen“ zur Kapitulation zu bringen, und hätte man damals keinen Zweifel darüber gelassen, daß man der Gewalt mit Gewalt begegnen würde, so hätte man die größte Schandtat der deutschen Geschichte verhindern können.

Woher der Geist stammte, der sich in den wirren Köpfen der Flottenmeuterer widerspiegelte, beweist die Tatsache, daß dem Kapitanleutnant Filentscher, als er am Abend des 30. Oktober die Vorkanone der „Thüringen“, in die sich die Meuterer zurückgezogen hatten, betrat, auf seine Frage „Was wollen Sie?“ der Ruf entgegenschallte: „Erzberger!“ Er war das Symbol dieser vaterlandslosen, hochverräterischen Meuterer. Sein Name steht würdig neben dem jenes Papstes Clemens IV., der den letzten Deutschen Kaiser der Hohenstaufen am 29. Oktober 1268 hinrichten ließ.

Nachdem durch die schwächliche Haltung der Regierung die Revolution auf der Flotte nur vorübergehend unterdrückt, aber nicht entscheidend geschlagen worden war, konnte der endgültige Sieg der Revolution nur noch eine Frage von Tagen sein.

Am 30. Oktober 1918 hielt Bogtherr in Stuttgart² eine Rede, in der er forderte:

„Sofortiger Abschluß eines Waffenstillstandes. Auflösung des Reichstags und der Landtage, Wahl eines Volksparlaments, bestehend aus Soldaten, Industrie- und Landarbeiterdelegierten. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen von 1000 Mark an aufwärts. Enteignung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes . . . Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien, Ersetzung durch die sozialistische Republik.“

Am 31. Oktober fand auf der russischen Botschaft in Berlin ein Empfangsabend zu Ehren Liebknechts statt, von dem Emil Barth sagt, das „gegenseitige Beweihräuchern und Anhimmeln war geradezu widerlich“.

Am demselben Tage brach in Österreich-Ungarn die Revolution im ganzen Lande aus und siegte „auf der ganzen Linie“.

¹ Filentscher, „Die Wahrheit über den Zusammenbruch der Marine“, S. 23.

² „Vossische Zeitung“, 31. Oktober 1918.

Zu dieser Zeit erließ Paul Levi, der im Spartakusbund eine führende Rolle spielte, jenes Flugblatt, in dem die Soldaten aufgefordert wurden, in Massen zu desertieren und in ihre Heimatorte zurückzukehren. Treffend kennzeichnen Laufenberg und Wolffheim, die der linksradikalen Richtung angehörten, aber aus bestimmten Gründen gegen die Herausgabe jenes Flugblattes waren, die Wirkung desselben mit den Worten:

„Trotzdem ließ er das Flugblatt in dem ausdrücklich und einstimmig zurückgewiesenen Wortlaut in gewaltigen Mengen herstellen und an der Front verbreiten, wo es wie Sprengpulver gewirkt hat.“

In entscheidenden Worten bekennen Laufenberg und Wolffheim weiter:

„Die Verherrlichung der Deserteure als ‚Helden der Revolution‘, der Aufruf, das Heer zu verlassen im Namen der Revolution, entschied über den Zusammenbruch der Front¹ . . .“

Es ist dies wohl das offenste Bekenntnis von revolutionärer Seite über die Endwirkung des vierjährigen revolutionären Vergiftungsprozesses, und mit Erstaunen werden die Parteien der Friedensresolution von 1917 und der ersten parlamentarischen Regierung feststellen müssen, daß zwischen der Auffassung der militärischen und revolutionären Kreise über die Ursache der schmachvollen Niederlage Deutschlands vollkommene Übereinstimmung herrscht.

Inzwischen war ein Teil der Schiffe der aufrührerischen Flotte von Wilhelmshaven nach Kiel zurückgegangen, so daß sich in dem dortigen Hafen zur Zeit 8 Linienschiffe, 3 Torpedobootflottillen mit 36 Fahrzeugen, einige kleine Kreuzer, U-boote, Spezialfahrzeuge und Handelsdampfer befanden, von denen die letzteren Mannschaften von der flandrischen Küste zurückgebracht hatten. Schätzungsweise waren fast 25 000 Mannschaften in Kiel versammelt.

Bereits am 1. November 1918 kam es im Gewerkschaftshaus in Kiel zu einer Matrosenversammlung, die der ganzen Entwicklung den letzten Anstoß gab. Man forderte die Freilassung und Straffreiheit der Verhafteten und beschloß, am nächsten Tage wieder zusammen-

¹ Siehe Anhang 14.

zukommen. Der Versuch, diese Versammlung zu verhindern, der von der Marineleitung unternommen wurde, war von vornherein zum Scheitern verurteilt, da der ganzen Aktion jede einheitliche und entschlossene Führung von seiten der Regierung fehlte. Hier wie in den späteren Tagen trifft die ausschließliche Schuld für die erbärmliche Verteidigung des Deutschen Kaiserreichs die erste parlamentarische Regierung des Prinzen Max von Baden. Sie war es, welche die Monarchie in ihren verfassungsmäßigen Rechten beschränkt und dadurch ihre Autorität untergraben hatte. Mehr als jede andere Regierung trug sie daher die Verantwortung für Kaiser und Reich. Eine Verantwortung, der sie sich niemals bewußt gewesen ist, denn sonst hätte sie wenigstens den Versuch einer Verteidigung im Inneren gewagt. Sie kapitulierte aber vor den Deserturen der Armee und dem Pöbel der Straße, und Prinz Max von Baden gab mit seinem berühmten Erlaß, daß von der Waffe kein Gebrauch gemacht werden dürfe, die letzte Gewalt des Staates preis.

Der Versuch, heute die „Feigheit der Anhänger des alten Systems“ in den Vordergrund zu schieben, muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Gewiß ist es mehr wie traurig, daß sich nicht ein einziger Mann fand, der für das Kaiserreich in die Bresche sprang, aber letzten Endes resultierte diese Passivität aus einem geradezu verbrecherischen Gehorsam gegenüber der parlamentarischen Regierung, die allerdings in der entscheidenden Stunde alle Grundsätze des Parlamentarismus verleugnete und der Diktatur der Masse freie Bahn schuf.

Am 4. November kam es in Kiel zur Verbrüderung der Arbeiter und Matrosen, und der inzwischen eingesetzte Soldatenrat arbeitete 14 Punkte¹ aus, die in ultimativer Form dem Gouvernement vor-

¹ Die 14 Punkte lauteten:

1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politischen Gefangenen.
2. Vollständige Rede- und Pressefreiheit.
3. Aufhebung der Briefzensur.
4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.
5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen.
6. Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
7. Jegliche Schutzmaßnahmen mit Blutvergießen haben zu unterbleiben.
8. Zurückziehung sämtlicher nicht zur Garnison gehörenden Truppen.

gelegt wurden. Am Abend des 5. November fand eine Sitzung der Vertreter des Soldatenrates mit dem Gouvernement in Anwesenheit des Abgeordneten Noske und des Staatssekretärs Haußmann statt. Die Revolutionäre setzten ihre Forderung durch und am 5. November war das Schicksal der Revolution in Kiel zu ihren Gunsten bereits endgültig entschieden.

In Berlin hatten unterdessen die linksradikalen Elemente auch ihrerseits die letzten Maßnahmen getroffen, um ihre vier Jahre lang gehegten Hoffnungen zu verwirklichen.

Am Sonnabend, dem 2. November fand in Neukölln eine Versammlung statt, an der Barth, Brühl, Däumig, Eckert, Franke, Haase, Ledebour, Liebknecht, Neuendorf, Pief und Walz teilnahmen. Der strategische Aufmarschplan wurde eingehend besprochen, und wenn man berücksichtigt, daß für die gewaltsame Erhebung alles bis ins Kleinste vorbereitet war — Lage der Großbetriebe, Kasernen, Kommandanturen, Polizeireviere, öffentliche Gebäude, Waffensammellager, Kuriere, Nachrichtenstellen, Stoßtruppen, Handgranatenkolonnen, Zugeinteilung, Führung, Flugblätter und Handzettel —, so mutet es geradezu grotesk an, wenn noch heute der Versuch gemacht wird, zu leugnen, daß die Revolution gemacht worden sei.

Der auf der Vertrauensmännerversammlung am 2. November gefaßte Plan, am 4. November loszuschlagen, kam nicht zur Ausführung, da die revolutionären Obleute bei der Abstimmung sich dagegen entschieden. Es stimmten 19 für und 21 gegen die beabsichtigte Aktion. Trotzdem konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß die Verhältnisse jetzt die linksradikalen Elemente vorwärts drängten. Die Aktion war wohl verschoben, aber nicht aufgehoben.

9. Alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden sofort vom Soldatenrat festgesetzt.

10. Es gibt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr.

11. Unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes von Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Dienstes.

12. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alles übrige hat ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.

13. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienst zu befreien.

14. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.

Am 4. November hielt Ledebour in der Weberstraße in Berlin eine große Versammlung ab, in der er trotz Einspruch der Polizei über die Vorgänge in Kiel berichtete und zum Schluß die Anwesenden aufforderte

„zu einem dreifachen Hoch auf unsere Brüder, die tapferen Seeleute von der Kriegsmarine, die Vorkämpfer der deutschen Revolution¹“.

Am 5. November 1918 sah sich die Regierung veranlaßt, den russischen Botschafter Toffe auszuweisen, da einwandfrei feststand, daß er die revolutionäre Bewegung in Deutschland mit Propagandamaterial und mit Geld unterstützt hatte (Faksimile 28). Diese Ausweisung vier Tage vor dem Ausbruch der Revolution beweist die ganze Groteske der Politik der parlamentarischen Regierung des Prinzen Max von Baden. Der Gesandte Toffe fand vor seiner Abreise noch Zeit, dem unabhängigen Reichstagsabgeordneten Cohn vier Millionen Rubel für die weitere Propagierung der Revolution zu übergeben.

Inzwischen hatte der Umsturz in Kiel in Norddeutschland sein Echo gefunden und am 6. November vollzog sich in Hamburg und Bremen die Revolution.

Am gleichen Tage wurde Erzberger zum Führer der Waffenstillstandskommission ernannt. Diese Ernennung Erzbergers erfolgte hinter dem Rücken der Obersten Heeresleitung, die ihrerseits den General von Gündel mit der Führung beauftragt hatte. Kennzeichnend für den Charakter Erzbergers ist die Tatsache, daß er sich in Spaa von General von Gündel noch als Mitglied der Waffenstillstandskommission begrüßen ließ, ohne den Mut zu finden, ihm zu erklären, daß die Regierung ihn mit der Führung der Waffenstillstandskommission beauftragt hatte². Daß Erzberger, der sich, wie alle späteren Minister des neuen Deutschland, durch eine hervorragende Unkenntnis fremder Weltsprachen auszeichnete, für diese schwierigen Verhandlungen nicht der geeignete Mann war, dürfte heute wohl kaum noch ernsthaft bestritten werden. Er verfügte weder über die geistige noch über die moralische Überlegenheit eines univer-

¹ „Bergische Arbeiterstimme“, 8. November 1918.

² General v. Gündel im „Militärwochenblatt“ vom 5. November 1921.

AN DAS SOZIALISTISCHE PROLETARIAT DEUTSCHLANDS.

S o l d a t e n , A r b e i t e r , A r b e i t e r i n n e n

In Russland hat das Proletariat die politische Macht ergriffen die Arbeiter und Soldaten haben über die Regierung der Generäle, der Junker und Kapitalisten gesiegt. Noch niemals ist dem Proletariat eine so grosse Aufgabe zugewiesen, wie in diesem Augenblick.

Als Gegner des Kapitalismus und aller imperialistischen Bestrebungen hat die proletarische Regierung Russlands einen allgemeinen Waffenstillstand, zum Zwecke eines auf dem Selbstbestimmungsrecht aller Völker beruhenden Friedens angeboten, der auf allen Seiten Annexionen jeder Art, offene und verschleierte, ausschliesst.

Ihr aber lebt noch unter der Fuchtel einer Junkerregierung, die um fremde Länder zu erobern, mit Hilfe des Belagerungszustandes, Euch zu hungernden Sklaven gemacht hat und Euch ausbeutet bis zum letzten Blutstropfen.

S o l d a t e n , A r b e i t e r , A r b e i t e r i n n e n

An Euch richtet sich der Ruf des roten Russland. Ihr, denen in die Augen das Gespenst des vierten Winterfeldzugs schaut, Ihr, nach deren Söhne, Vätern, und Brüdern es die eisige Hand ausstreckt, Ihr habt jetzt das Wort.

Um Eure Lebensinteressen, um Euer Blut geht es. Wenn Ihr Euch uns nicht anschliesst, dann werden die Junker und Kapitalisten Euch so lange von einem Kriegsfeld aufs andere schleppen, bis Ihr verblutet. Schliesst Euch der Russischen Revolution an! Nicht zu Sympathiekundgebungen, zum Kampf rufen wir Euch auf.

Steht auf!

Geht auf die Strassen!

Lasst die Fabriken stehen!

Es darf keinen vierten Winterfeldzug mehr geben, es darf kein Schuss mehr fallen!

Fordert die Befreiung der eingekerkerten Genossen, die das Vertrauen des internationalen Proletariats geniessen, damit sie an der Friedensarbeit teilnehmen können.

— Traut keinen Friedensphrasen. Beurteilt die Regierung danach, ob sie sofortigen Waffenstillstand auf allen Fronten, ob sie sofortige Friedensverhandlungen anerkennt, ob sie sich zum Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrecht aller Völker bekennt.

Bildet überall Arbeiter- und Soldatenräte, als Organe Eures Kampfes um den Frieden.

Es lebe der sofortige Waffenstillstand! Kein Schuss falle mehr!

Zu den Friedensverhandlungen!

Rückt aus zum Kampfe um den Frieden, vom freien Willen der Völker geschlossen!

Die ausländische Kommission

des Zentralkomitees der B o l s c h e w i k i

Fortsetzung von Faksimile 28.

sellen Politikers, der in diesem Augenblick allein fähig gewesen wäre, den Feinden ein Zugeständnis abzuzwingen.

Um 7. November stellten die Sozialdemokraten an den Prinzen Max von Baden ein Ultimatum, das die sofortige Abdankung des Kaisers verlangte. Ein nach den Grundbegriffen des Parlamentarismus höchst unparlamentarisches Mittel. Der Zweck war leicht zu erraten, denn sie wollten sich damit freie Hand schaffen für die Entscheidung der nächsten Tage. Mit diesem Ultimatum schließt sich der Kreis der politischen Entwicklung der Sozialdemokratie, die damit am Ausgangspunkt ihres historischen Programms, ihrer traditionellen Feindschaft gegen die Monarchie wieder angelangt war.

Um 7. November erließ außerdem der Kieler Arbeiter- und Soldatenrat eine Proklamation an die Bevölkerung Schleswig-Hol-

steins¹. Gleichzeitig tagte in Berlin eine Reichskonferenz des Spartakusbundes und der Linksradikalen, die gemeinsam einen Aufruf an die Arbeiter erließen², während in München Kurt Eisner die Revolution proklamierte. Gerade bei den Vorgängen in München zeigt sich wieder die ganze Verlogenheit der Sozialdemokratie. Sie hatte sich hier bereits vollkommen mit den Linksradikalen verbrüdet und selbst einen Aufruf zur Versammlung auf der Theresienwiese herausgegeben. Diese Versammlung war der äußere Anstoß zum Umsturz, und auf ihr sprachen neben den Linksradikalen Eisner, Simon und Unterleitner die Mehrheitssozialdemokraten Auer, Gruber, Horlacher, Kemmer, Schmidt, Schiefer und Werthmann. Sie gaben ihren Genossen in der Reichshauptstadt das nachahmenswerte Vorbild. Unmittelbar darauf vollzog sich der Umsturz in Dresden und Leipzig, und in den wichtigsten Städten des Reichs bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, welche die Gewalt an sich rissen.

Am 8. November 1918 fand abermals eine Versammlung der revolutionären Vertrauensleute aller oppositionellen Richtungen statt. Der Zufall wollte es, daß Emil Barth einen falschen Versammlungsort erfuhr und daher die eigentliche Versammlung verpaßte. Er ergriff nun seinerseits alle Maßnahmen, um am folgenden Tage loszuschlagen. Zu dieser Eile bestimmte ihn nicht zuletzt die Tatsache, daß inzwischen der Oberleutnant Walz, der der generalstäblerische Mitarbeiter der Revolutionäre war, verhaftet worden war und man stündlich mit Gegenmaßnahmen der Regierung rechnen mußte. Die

¹ Die Kundgebung lautete:

„Die Revolution ist auf dem Marsche. Was sich gestern in Kiel ereignet hat, wird in den nächsten Tagen weitere Kreise ziehen und den Anstoß zu einer Bewegung geben, die durch ganz Deutschland gehen wird. Was die Arbeiter und Soldaten wollen, ist nicht das Chaos, sondern die neue Ordnung, ist nicht die Anarchie, sondern die soziale Republik. Laßt euch darum nicht zu Unbesonnenheiten fortreißen! Glaubt nicht wilden Gerüchten, stellt euch geschlossen hinter den Arbeiter- und Soldatenrat, folgt seinen Anordnungen und Beschlüssen, vermeidet alles, was gegen unsere Bewegung und ihren idealen Schwung ausgenutzt werden könnte.

Es lebe die Freiheit!
Hoch die soziale Republik!“

² Siehe Anhang 15.

revolutionären Obleute, die sich versammelt hatten, entschieden sich gleichfalls für die Aktion am nächsten Tage, zumal sie in der inzwischen auch bekannt gewordenen Verhaftung Däumigs die erste Gegenmaßnahme der Regierung erblickten. Gleichzeitig erließen noch Dr. Ernst Meyer und Liebknecht vom Spartakusbund aus die Parole, am nächsten Tag die Fahne des Aufbruchs zu entfalten, so daß sich also in Wirklichkeit drei Aktionen parallel nebeneinander bewegten.

Die Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie Ledebour, Dittmann und Bogtherr waren in der Nacht vom 8. auf den 9. November im Reichstag geblieben, um von dort aus ihrerseits die Bewegung zu leiten.

Am 9. November verriet die Regierung des Prinzen Max von Baden Kaiser und Reich und erklärte vor der Weltgeschichte den Bankrott des parlamentarischen Systems in Deutschland¹.

Am Morgen des 9. Novembers legte Scheidemann sein Amt als Staatssekretär nieder, um seinerseits für andere Dinge Bewegungsfreiheit zu haben. Es muß hier einmal festgestellt werden, daß Scheidemann vom Kaiser zum Staatssekretär ernannt worden war, und der Kaiser, der bis zu diesem Augenblick noch nicht abgedankt hatte, den Rücktritt Scheidemanns auch nicht genehmigt hatte. Als Scheidemann dann im Laufe des Vormittags des 9. Novembers sich mit Ebert und Braun zu den Unabhängigen in den Reichstag begab, um ihnen die Revolution auf Halbpant anzubieten, tat er dies immer noch in seiner Eigenschaft als Staatssekretär der kaiserlichen Regierung.

¹ Fast genau einen Monat vorher hatte derselbe Prinz Max von Baden noch pathetisch im Reichstag erklärt:

„ . . . Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge, ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einig finden wird, sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert sein sollte.

Kein Jagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Überzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde.“ (Sitzung am 5. Oktober 1918.)

Das unerhörte Verhalten der Regierung des Prinzen Max von Baden tritt an zwei Beispielen, die zur ewigen Schande deutscher Geschichte festgehalten werden sollen, deutlich vor Augen. Eigenmächtig und unter Verletzung aller verfassungsrechtlichen Grundlagen verfügte der Reichskanzler Prinz Max von Baden die Abdankung des Kaisers. Eigenmächtig und unter Verletzung aller parlamentarischen Grundbegriffe ernannte der Reichskanzler Prinz Max von Baden Ebert zu seinem Nachfolger¹. Man muß weit bis in die Vorgeschichte der Germanen zurückgehen, um ein Beispiel für einen ähnlichen Vorgang zu finden.

Es ist bezeichnend, mit welchem auffälligem Schweigen Scheidemann in seinen „Erinnerungen“ über die tatsächlichen Vorgänge des 9. Novembers hinweggeht. Diese geschichtliche Oberflächlichkeit ist für einen Mann, der vorgibt, aus der Schule des „historischen Materialismus“ hervorgegangen zu sein, besonders charakteristisch. Verständlich allerdings ist dieses Schweigen, da jedes Wort des offenen Eingeständnisses ein Bekenntnis zum Hochverrat sein würde.

Das Schweigen hat Scheidemann nichts genützt, denn andere haben gesprochen.

Es ist besonders Ledebour, der das hochverräterische Verhalten der führenden Sozialdemokraten am Vormittag des 9. Novembers trefflich kennzeichnet².

Er berichtet, wie Dittmann, Bogtherr und er selbst sich am Vormittag des 9. Novembers in ihrem Fraktionszimmer im Reichstag aufhielten, um die ersten Berichte über die Erhebung abzuwarten. Da erschienen plötzlich bei ihnen der Reichskanzler Ebert, Staatssekretär Scheidemann und Braun, um ihnen den Vorschlag zu machen, sich in den Gewinn der Revolution zu teilen.

¹ Es muß hier besonders beachtet werden, daß Ebert, Scheidemann und Braun die Übernahme der Regierung „im Auftrage der Partei“ forderten, angeblich um Blutvergießen zu vermeiden. Die Ernennung Eberts zum Reichskanzler wurde dann vom Prinzen Max von Baden „vorbehaltslos der gesetzlichen Genehmigung“ vollzogen. Man wird in der Weltgeschichte vergebens nach einer ähnlichen Groteske suchen.

² Siehe Anhang 16.

Die Sozialdemokraten hatten am Tage vorher ihrerseits eine Vertrauensmännerversammlung abgehalten, in der sie nicht nur genau über die Pläne der linksradikalen Kreise unterrichtet worden waren, sondern auch ihrerseits ihre Anhänger auf die Ereignisse des kommenden Tages aufmerksam machten. Sie waren entschlossen, genau dasselbe zu tun, wie ihre Gegner von links. Das geht aus den verbürgten Worten Eberts hervor, die er am Schluß der Aussprache mit den Unabhängigen im Reichstag sagte:

„Ja, wir halten unsere Leute noch bis 12 Uhr zurück.“

Wie immer ließen die Mehrheitssozialdemokraten aus edler Selbstlosigkeit anderen den gefährlichen Vortritt, und kennzeichnend für die ganze Feigheit ihrer Politik ist die Tatsache, daß sie selbst in diesem entscheidenden Moment sich nach beiden Seiten sicherten, indem sie einerseits die Ernennung Eberts zum Reichskanzler zuließen, andererseits den revolutionären Führern anboten, mit ihnen Halbpakt zu machen.

Die Revolution siegte in erster Linie, weil die parlamentarische Regierung des Prinzen Max von Baden nichts unternahm, das von ihr vertretene Kaiserreich zu verteidigen, sondern vor Meuterern und Aufrührern bedingungslos kapitulierte. Sie siegte in zweiter Linie, weil niemand in Deutschland rechtzeitig das frivole Doppelspiel der internationalen Sozialdemokratie durchschaut hatte.

Der Giftmord der Revolution am deutschen Volk hatte sein Opfer gefordert, und triumphierend konnte die Sozialdemokratie der staunenden Welt verkünden:

3. Extraausgabe

Sonnabend, den 9. November 1918.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Arbeiter, Soldaten, Mitbürger!

Der freie Volksstaat ist da!

Kaiser und Kronprinz haben abgedankt!

Fritz Ebert, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, ist Reichskanzler geworden und bildet im Reich und in Preußen eine neue Regierung aus Männern, die das Vertrauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, der Arbeiter und Soldaten haben. Damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen. Eine verfassunggebende Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen.

Arbeiter, Soldaten, Bürger! Der Sieg des Volkes ist errungen, er darf nicht durch Unbesonnenheiten entehrt und gefährdet werden. Wirtschaftsleben und Verkehr müssen unbedingt aufrecht erhalten werden, damit die Volksregierung unter allen Umständen gesichert wird.

Folgt allen Weisungen der neuen Volksregierung und ihren Beauftragten. Sie handelt im engsten Einvernehmen mit den Arbeitern und Soldaten.

Hoch die deutsche Republik!

Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands.
Der Arbeiter- und Soldatenrat.

U n h a n g.

1. Ledebour äußerte sich hierüber in der „Freiheit“ vom 12. April 1919 wie folgt:

„Den jetzigen Machthabern, die früher Nutznießer des wilhelminischen Belagerungszustandes waren, die sich dann zu Nutznießern der Revolution mauserten und jetzt Nutznießer der Konterrevolution sind, steigt das Wasser an den Hals . . .“

In demselben Sinne sagte er vor dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin am 20. Mai 1919:

„Nur ihre gerissene Schiebvertaktik hat es den Herren Ebert und Scheidemann ermöglicht, sich in die Revolution hineinzuschmuggeln . . .“

Außerdem schrieb das Mitteilungsblatt der U. S. P. D., die „Berliner Politischen Nachrichten“, am 4. Dezember 1918:

„Als dann aber der Sturmwagen der Revolution von der U. S. P. D. gelenkt, brausend dahin fuhr, sind sie hinten nachgelaufen, und als er das Ziel erreicht hatte, — ohne sie, — da haben sie sich von rückwärts auf die Sige geschwungen . . .“

2. Die Sozialdemokraten erließen während der Spartakuskämpfe in Berlin folgenden Aufruf (Faksimile 30, S. 146).

Hierzu schreibt die „Freiheit“ vom 30. Januar 1919:

„In den Tagen der Spartakuskämpfe ließen die Rechtssozialisten in den Straßen Berlins einen Aufruf plakatieren, der mit den schreienden Worten begann ‚Wir haben die Revolution gemacht‘. Diese Behauptung war eine dreiste Fälschung. Denn alle diejenigen, die sich an den Vorarbeiten für die Revolution beteiligt hatten, die sie herbeiwünschten, in ihr das alleinige Heil erblickten, um aus dem ungeheuren Chaos des Krieges herauszukommen, alle diejenigen wußten und wissen es noch, daß die Revolution entgegen dem Willen der Rechtssozialisten kam, daß diese alles getan haben, um ihren Ausbruch zu verhindern, daß sie noch in letzter Stunde gebremst, gewarnt, zur ‚Besonnenheit‘ ermahnt haben.

Die Revolutionsbremsler saßen aber nicht nur allein in Berlin, sondern überall im Reiche. Überall, wo Rechtssozialisten saßen, bangte man vor der Revolution, stemmte man sich ihrem Kommen entgegen, versuchte man die Welle zu bannen. So ist die ‚Bremer Bürgerzeitung‘ in der Lage, einen Bericht des Kommandierenden Generals des IX. Armeekorps über seine Tätigkeit bei Ausbruch der Revolution zu veröffentlichen. In diesem Dokument heißt es bei der Besprechung der Vorgänge in H a m b u r g, daß die ‚gemäßigten Gewerkschaftler entgegen den dem Generalkommando von ihren Führern gemachten Versprechungen‘ sich als machtlos erwiesen, die revolutionäre Flut einzudämmen.

**Wir haben die
Revolution gemacht
um den Krieg zu beenden!**

**Spartakus
will eine neue Revolution
um einen
neuen Krieg anzufangen!**

Faksimile 30.

Damit ist also erwiesen, daß führende Gewerkschaftler eine Konferenz mit dem Generalkommando hatten und ihre Mithilfe im Kampfe gegen den Ausbruch der Revolution zusagten. Jetzt sind die Herren auf einmal zu ihren Nutznießern geworden und preisen sich als die Urheber an. Man kann es verstehen, wie sehr das Geschick der Revolution gefährdet ist, wenn es weiter in den Händen dieser Elemente ruht."

Wie sehr die Sozialdemokratie Wert darauf legt, die Revolution gemacht zu haben, geht aus den folgenden Ausführungen Eberts im Partelausschuß hervor, die dem „Vorwärts“ vom 29. November 1918 entnommen sind.

Ebert: „Die Initiative zu den Vorgängen in Berlin ist von der sozialdemokratischen Partei ausgegangen. Am Freitag vor dem Revolutionssonnabend stellten wir das bekannte Ultimatum, dessen Folge es war, daß wir die Leitung der Regierung in die Hände bekamen. Unter diesen Umständen nahmen wir Führung mit den Unabhängigen, wegen ihrer Beteiligung an der Regierung. Erst am Sonntag kam es dann zu einer Vereinbarung. Das muß festgestellt werden, weil die Dinge vielfach draußen so dargestellt werden, als hätten die Unabhängigen die Revolution ‚gemacht‘ und hätten uns erst nachgezogen.“

Ferner behauptete die Sozialdemokratie in einem ihrer Aufrufe zur Wahl der Nationalversammlung im „Vorwärts“ von 1. Januar 1919:

„Wähler, Wählerinnen!

. . . Die sozialdemokratische Partei war stets revolutionär in dem Sinne, daß sie die vollständige Umwälzung des Staates zur Demokratie, der Wirtschaft zum Sozialismus anstrebte.“

8. (Erklärung der „Vorwärts“-Redakteure vom 3. August 1914.)

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat heute, nachdem gestern in einer Fraktionsitzung gegen 14 Stimmen der Beschluß gefaßt worden war, der Regierung die geforderten Kriegskredite zu bewilligen, nicht nur für die Gesetzesentwürfe betreffend die Änderung des Bank- und Münzgesetzes, das Darlehensgesetz, die Zahlungsfristverlängerung für Wechsel und Schecks gestimmt, sondern auch für die von der Regierung zum Zwecke der Kriegführung verlangten 5 Milliarden Kredite. Begründet wird diese Haltung damit, daß jetzt, nachdem nun einmal der Krieg erklärt sei, es sich nicht mehr um die Entscheidung für oder gegen den Krieg handele, sondern um die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.

Ausschließlich die Rücksicht auf die jetzige gefährliche Lage unserer Partei und die Erhaltung unserer Presse hindert uns, diese Bewilligung der Kreditforderungen im ‚Vorwärts‘ einer öffentlichen Kritik zu unterziehen; doch können wir nicht darauf verzichten, dem Parteivorstand und der Pressekommission wissen zu lassen, daß wir die Haltung der Fraktion für inkonsequent und in ihren Folgen für parteischädigend halten.

Mit derselben Argumentation, mit der die Fraktionserklärung die Zustimmung zu den 5-Milliardenkrediten motiviert, können fast alle Militärforderungen begründet werden. Fast immer kann gesagt werden, daß, nachdem nun einmal von den anderen Parteien neue Heeres- und Flottenverstärkungen bewilligt sind, also nichts mehr an der Vermehrung zu ändern sei, unbedingt die Sicherheit des Vaterlandes und das Eigeninteresse der Mannschaften erfordere, daß sie möglichst gut ausgerüstet und nicht mit unzulänglichen Monturen, Gewehren, Kanonen usw. gegen den Feind geschickt würden. Dazu kommt, daß die Zustimmung einen schweren Schlag für die Internationale bedeutet, daß er eine Lockerung des Zusammenhanges zwischen den verschiedenen Zweigen der internationalen Arbeiterbewegung bewirken muß, und daß er die Stellung der deutschen Sozialdemokratie innerhalb dieser Bewegung schädigt; vor allem aber, daß mit der Bewilligung der Kriegskredite die deutsche Sozialdemokratie trotz der Ablehnung solcher Folgerung in der Fraktionserklärung eine gewisse Mitverantwortlichkeit für den Krieg und die sich aus ihm ergebenden Folgen übernimmt; eine Verantwortlichkeit, die sich in Zukunft schwer rächen kann.

Berlin, den 4. August 1914.

Die Redaktion des ‚Vorwärts‘.

Eunow, Hilferding, Leib, John, Däumig, Ströbel, Weber, Wermuth, Scholz.

Die unterzeichneten Redakteure des ‚Vorwärts‘ können sich der Erklärung ihrer Kollegen nicht anschließen, da sie eine Ablehnung der Kriegskredite nicht hätten gutheißen können. Dagegen finden sie, daß durch die bedingungslose

Zustimmung die Interessen des Proletariats nicht genügend gewahrt wurden. Mindestens hätte in der begleitenden Erklärung der sozialistische Standpunkt viel stärker hervortreten müssen.

Nestriepke, Doescher.“

(„Geschichte der U.S.V.D.“ von Eugen Prager, Verlagsgenossenschaft der „Freiheit“ 1922. S. 30/31.)

4. Parteigenossen!

Mit Freude und Stolz sprechen wir zu euch!

Das scheinbar gegen alle Stürme festverankerte Gebäude des preußisch-deutschen Militarismus ist zusammengebrochen.

Die Kronen der deutschen Fürstenhäuser, die Krone des deutschen Kaisertums sind wie Glas zerschellt.

Verheißungsvoll tritt an Stelle der Monarchie die sozialistische R e p u b l i k.

Das revolutionäre Volk hat kurzen Prozeß gemacht mit den Trägern der alten Regierungsgewalt, den Generälen und Bureaukraten. Es hat die Macht der Offiziere in der Armee, die Herrschaft der Junkerklasse in der Verwaltung, die Herrschaft des kapitalistischen Klüngels im öffentlichen Leben gebrochen und die Regierungsgewalt an sich gerissen.

Die Träger dieser Gewalt sind heute die Arbeiter- und Soldatenräte. In derselben Stunde, in der die Mauern der alten Verwaltung zertrümmert sind, ist der Grund gelegt für den gewaltigen Bau der neuen sozialistischen Ordnung. Jetzt gilt es mit dem Aufgebot aller schöpferischen Kräfte den Frieden zu sichern, die revolutionären Errungenschaften zu festigen, um mit der politischen auch die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse zu vollenden.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat vom ersten Tag ihres Bestehens an das bevorstehende Ende des Militarismus und des Imperialismus verkündet und alles getan, um die r e v o l u t i o n ä r e n K r ä f t e der Arbeiterklasse zu entfesseln. Heftig bekämpft von der Sozialdemokratischen Partei, die noch beim Ausbruch der Revolution verständnislos diesen Ereignissen gegenüberstand und die Vorkämpfer der Revolution schmähte.

Die Not der Stunde verlangte gebieterisch die Herstellung einer Regierung, die dem blutigen Gemetzel ein Ende machen, die begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen zum Abschluß bringen und den F r i e d e n s i c h e r s t e l l e n sollte. Eine Regierung, die mit Nachdruck an die B e r w i r k l i c h u n g der sozialistischen Grundfäße herantritt.

Dafür war aber eine Gewähr nur gegeben, wenn unsere Partei entscheidenden Einfluß auf die Regierung bekam, deshalb verlangten wir, das n e u e p o l i t i s c h e K a b i n e t t müsse ein r e i n s o z i a l i s t i s c h e s sein, in dem beide sozialdemokratischen Parteien zu gleichen Teilen mit gleichen Rechten vertreten sind.

Diese Regierung konnte die Gewalt nur aus den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte empfangen. Die Regierung wurde deshalb auch erst in dem Augen-

blick konstituiert, als die erste Vollversammlung des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates die Bildung eines provisorischen Kabinetts in dieser Zusammensetzung billigte.

Durchdrungen von dem festen Glauben an die Durchführbarkeit unserer Endziele gehen wir an die schwere Arbeit der Beseitigung der Kriegsübel und des Kriegselends, an den Wiederaufbau der zerstörten Volkswirtschaft, an die durchgreifende Umgestaltung aller Gebiete unseres öffentlichen Lebens, an die Ausmerzungen aller Machtpositionen der bisher herrschenden besitzenden Minderheit.

Wirksam kann dies nur geschehen, wenn die Arbeiter in Massen zu uns stehen und unsere Arbeit fördern.

Sobald die Parteigenossen von den revolutionären Posten, auf denen sie jetzt Wache halten, sich entfernen können, werden wir einen Parteitag einberufen. Dort sollen unsere Genossen entscheiden über die Schritte, die wir unternommen haben.

Und nun auf zu rastloser Arbeit! Sammelt das Proletariat unter dem Banner der Partei, die, kühn und klar sehend, die Massen zu dem revolutionären Ziel geführt hat, das nun erreicht ist.

Es lebe die grundsatztreue, revolutionäre Sozialdemokratie, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Es lebe die sozialistische Internationale!

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5. Die Kopenhagener Beschlüsse von 1910 lauten im wesentlichen:

„Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt, denn jeder Staat ist bestrebt, seine Absatzgebiete sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei die Unterjochung fremder Völker und Länderraub eine Hauptrolle spielen.

Diese Kriege ergeben sich weiter aus dem unaufhörlichen Wettrüsten des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist.

Begünstigt werden die Kriege durch die von den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere, um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigenen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzulenken.

Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus, sie werden erst aufgehoben, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist, oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung die Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.

. . . Kriege sind heute die Folge des Kapitalismus, besonders des äußeren Konkurrenzkampfes der kapitalistischen Staaten auf dem Weltmarkte, und des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft im Innern und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist. Sie werden erst vollständig aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist. Die Arbeiterklasse, welche die Hauptlast der Kriege trägt und von deren Folgen am schwersten getroffen wird, hat das größte Interesse an der Beseitigung des Krieges. Das organisierte sozialistische Proletariat aller Länder ist darum der einzige zuverlässige Bürge für den Frieden der Welt . . .“

6. Aufruf der Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Bern:

W o s i n d e u r e M ä n n e r ? W o s i n d e u r e S ö h n e ?

Seit acht Monaten stehen sie draußen im Felde. Sie sind ihrer Arbeit, ihrem Heim entrissen: Jünglinge, die Stütze und Hoffnung ihrer Eltern, Männer in der Blüte ihrer Jahre, Männer mit ergrauendem Haar, die Ernährer ihrer Familien. Sie alle tragen den bunten Rock, haufen in den Schützengräben, sind kommandiert zu vernichten, was fleißige Arbeit aufgebaut hat.

Millionen ruhen bereits in den Massengräbern. Hunderttausende und aber Hunderttausende liegen in den Lazaretten — mit zerfetzten Leibern, mit zerschmetterten Gliedern, mit erblindeten Augen und zerstörtem Hirn, gepackt von Seuchen oder niedergeworfen von Erschöpfung.

Verbrannte Dörfer und Städte, zertrümmerte Brücken, vernichtete Wälder und zermahlte Äcker sind die Spuren ihrer Taten.

P r o l e t a r i e r f r a u e n !

Man hat euch gesagt, eure Männer und Söhne seien hinausgezogen, euch, die schwachen Frauen, eure Kinder, euer Haus und euer Herd zu schützen.

W i e i s t d i e W i r k l i c h k e i t ?

Auf den Schultern der „schwachen“ Frauen ist doppelte Last gehäuft. Schutzlos seid ihr dem Kummer und der Not überantwortet. Eure Kinder hungern und frieren. Das Dach über eurem Kopfe droht man euch zu nehmen. Euer Herd ist kalt und leer.

Man hat euch geredet von der einen großen Brüder- und Schwesternschaft zwischen hoch und niedrig, von dem Burgfrieden zwischen arm und reich. Nun, der Burgfriede zeigt sich darin, daß der Unternehmer eure Löhne drückt, der Händler und der gewissenlose Spekulant die Preise steigert, der Hauswirt euch auf die Straße zu setzen droht. Der Staat hat farge Hand, die bürgerliche Wohltätigkeit kocht Bettelsuppen und empfiehlt euch zu sparen.

W a s i s t d e r Z w e c k d i e s e s K r i e g e s , d e r e u c h s o f u r c h t b a r e L e i d e n b r i n g t ?

Man sagt: das Wohl, die Verteidigung des Vaterlandes.

W a s i s t d a s W o h l d e s V a t e r l a n d e s ?

Sollte es nicht das Wohl vieler Millionen bedeuten, der Millionen, die der Krieg zu Leichen, zu Krüppeln, zu Arbeitslosen und zu Bettlern, zu Witwen und zu Waisen macht?

Wer gefährdet das Wohl des Vaterlandes? Sind es jene Männer, die jenseits der Grenze in anderer Uniform stecken, die so wenig wie eure Männer den Krieg gewollt haben, noch wissen, weshalb sie ihre Brüder morden sollen? Nein! Gefährdet ist das Vaterland durch alle, die aus der Not der breiten Massen Reichtum schöpfen und ihre Herrschaft auf der Unterdrückung aufbauen.

W e m n ü t z t d e r K r i e g ?

Nur einer Kleinen Minderheit in jeder Nation.

Den Fabrikanten von Flinten und Kanonen, von Panzerplatten und Torpedobooten, den Werftbesitzern und den Lieferanten des Heeresbedarfs. Im Interesse ihres Profits haben sie den Haß unter den Völkern geschürt und so zum Ausbruch des Krieges beigetragen. Der Krieg nützt den Kapitalisten überhaupt. Hat nicht die Arbeit der enterbten und ausgebeuteten Massen Waren aufgehäuft, die jene nicht verbrauchen dürfen, die sie erzeugten? Sie sind ja arm, sie können nicht dafür zahlen! Arbeiterschweiß hat diese Waren geschaffen, Arbeiterblut soll ihnen neue Absatzmärkte im Ausland erlämpfen. Kolonialländer sollen erobert werden, wo die Kapitalisten die Schätze des Bodens rauben und billigste Arbeitskräfte ausbeuten.

Nicht die Verteidigung des Vaterlandes, seine Vergrößerung ist der Zweck dieses Krieges. So will es die kapitalistische Ordnung, denn ohne die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen kann sie nicht bestehen.

Die Arbeiter haben durch diesen Krieg nichts zu gewinnen, wohl aber alles zu verlieren, was ihnen lieb und teuer ist.

A r b e i t e r f r a u e n , A r b e i t e r i n n e n !

Die Männer der Kriegführenden Länder sind zum Schweigen gebracht worden. Der Krieg hat ihr Bewußtsein getrübt, ihren Willen gelähmt, ihr ganzes Wesen entstellt.

Aber ihr Frauen, die ihr neben der nagenden Sorge um eure Lieben im Felde daheim Not und Elend ertragt, worauf wartet ihr noch, um euren Willen zum Frieden, euren Protest gegen den Krieg zu erheben?

W a s s c h r e c k t i h r z u r ü c k ?

Bisher habt ihr für eure Lieben geduldet, nun gilt es, für eure Männer, für eure Söhne zu handeln.

G e n u g d e s M o r d e n s !

Dieser Ruf erschallt in allen Sprachen. Millionen von proletarischen Frauen erheben ihn. Er findet Widerhall in den Schützengräben, wo das Gewissen der Volkssöhne sich gegen das Morden empört.

F r a u e n d e s w e r k t ä t i g e n V o l k e s !

In diesen schweren Tagen haben sich Sozialistinnen aus Deutschland, England, Frankreich und Rußland zusammengefunden. Eure Nöte, eure Leiden haben ihre Herzen bewegt. Um eurer und eurer Lieben Zukunft willen rufen sie euch zum Friedenswerke auf. Wie über die Schlachtfelder hinweg sich ihr Wille zusammenfand, so müßt ihr euch aus allen Ländern zusammenschließen, um den einen Ruf zu erheben:

F r i e d e n ! F r i e d e n !

Der Weltkrieg hat euch das größte Opfer auferlegt! Die Söhne, die ihr in Schmerz und Leid geboren, unter Müh' und Sorgen erzogen, die Männer, die eure Gefährten im harten Lebenskampfe sind, raubt er euch. Im Vergleich mit diesen Opfern sind alle anderen klein und nichtig.

Die ganze Menschheit blickt auf euch, ihr Proletarierinnen der kriegführenden Länder. Ihr sollt die Heldinnen, ihr sollt die Erlöserinnen werden!

Vereinigt euch in einem Willen, in einer Tat!

Was eure Männer, eure Söhne noch nicht beteuern können, verkündet ihr es millionenfach:

Das Volk der Arbeit aller Länder ist ein Volk von Brüdern. Nur der einige Wille dieses Volkes kann dem Morden Einhalt gebieten.

Der Sozialismus allein ist der künftige Menschheitsfriede.

Nieder mit dem Kapitalismus, der dem Reichtum und der Macht der Besitzenden Hekatomben von Menschen opfert!

Nieder mit dem Kriege! Durch zum Sozialismus!

Die Internationale sozialistische Frauenkonferenz an der teilgenommen haben Genossinnen aus Deutschland, Frankreich, England, Rußland, Polen, Italien, Holland und der Schweiz.

B e r n , im März 1915.

7. Zum Beweis dafür, wie weit bereits nach knapp einem Kriegsjahr der Vergiftungsprozeß fortgeschritten war, folge hier die ganze Resolution.

„Millionen blühender Menschen sind gemordet, Millionen zu Krüppeln geworden. Städte, Dörfer, ganze Landstriche und unerseßliche Kulturwerte vernichtet. Unsägliches Elend herrscht! Milliarden Mark sind für die Zerstörung von Menschen und Gütern geopfert. Länder und Völker verarmen mehr und mehr. Das sinnlose Gemetzel und Verwüsten ist nur möglich, weil das Volk den wahren Charakter des Krieges und seine Folgen nicht anerkannt hat, und besonders die Jugend noch immer der lügnerischen Losung ‚Waterlandsverteidiger‘ folgt. Verblendete Sozialisten, besonders auch hervorragende Leiter der proletarischen Jugendbewegung sprechen noch immer vom ‚Durchhalten bis zur Erschöpfung, bis zum vollständigen Siege‘! Jene irren; das Proletariat, besonders die Jugend, hat keine Gemeinschaft mit den Zielen des Krieges.

Wir protestieren gegen die Fortsetzung des Krieges und richten an die Jugendgenossen aller Länder die brüderliche Mahnung, sich gegen den Krieg aufzulehnen. Dank und Sympathie schulden wir den mutigen Kämpfern, dem Genossen Liebknecht, der Gründer der deutschen Jugendbewegung, dem Genossen Kühle, einer der hervorragendsten Leiter und Lehrer der proletarischen Jugend, welche seit Beginn des Krieges unerschütterlich in Opposition gegen die Regierung standen und dadurch die Ehre der proletarischen Jugendinternationale hochhielten.

Mögen die Bürgerlichen sagen, wir besitzen keine Waterlandsliebe, na dann gut, denn unsere Waterlandsliebe ist allerdings nicht befleckt mit den Gedanken der Geringschätzung oder gar des Hasses gegen andere Völker. Im Gegenteil. Aus Liebe zu unserem eigenen Volke achten wir unsere Nachbavölker, sehen wir

in den Arbeitermassen jenseits der Grenze nicht Feinde, sondern Freunde und Genossen, die wir an dem Gebäude einer neuen Welt zimmern. Unsere Vaterlands-
liebe weist in die Zukunft. Sie ist die Liebe zu einem Vaterlande, das erst werden soll: ein glückliches Land, von aufrechten und glücklichen Menschen bewohnt, die mit ihren Brudervölkern auf dem weiten Erdenrund gemeinsam schaffen an den Werken der Gesittung. Und wir als Kampfgewohnte und hoffnungsfreudige Jugend aber sollen dieses Vaterland der Zukunft dereinst erobern.

Also vorwärts, du junge Garde des Proletariats!"

8. Der Brief wurde zum erstenmal in der „Roten Fahne“ am 15. Januar 1925 veröffentlicht. Er lautet:

2. September 1915.

Liebe Genossen!

Verzeiht wenige eilige Zeilen. Ich bin vom Militarismus gefangen, gefesselt. So kann ich nicht zu Euch kommen. Mein Herz, mein Kopf, meine ganze Sache ist dennoch bei Euch.

Ihr habt zwei ernste Aufgaben. Eine harte der rauhen Pflicht und eine heilige der enthusiastischen Begeisterung und Hoffnung.

Abrechnung, unerbittliche Abrechnung mit den Fahnenflüchtigen und Überläufern der Internationale in Deutschland, England, Frankreich und anderwärts.

Gegenseitige Verständigung, Ermutigung, Anfeuerung der Fahnen-treuen, die entschlossen sind, keinen Fuß breit vor dem internationalen Imperialismus zu weichen, mögen sie auch als Opfer fallen. Und Ordnung in den Reihen derer zu schaffen, die auszuharren entschlossen sind; auszuharren und zu kämpfen, den Fuß fest am Boden des internationalen Sozialismus.

Die Prinzipien unserer Stellung im Weltkrieg als Spezialfall der Prinzipien unserer Stellung zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung gilt's kurz zu klären. Kurz — so hoffe ich! denn hier sind wir alle, seid Ihr alle einig, müssen wir einig sein. Die taktischen Folgerungen aus diesen Prinzipien gilt's vor allem zu ziehen. — Rücksichtslos für alle Länder!

Bürgerkrieg, nicht Bürgerfriede! Internationale Solidarität des Proletariats üben gegen pseudonationale, pseudopatriotische Klassenharmonie; internationaler Klassenkampf für den Frieden, für die sozialistische Revolution. Wie's zu kämpfen gilt, muß festgelegt werden. Nur im Zusammenwirken, nur in der Wechselwirkung von einem Lande zum anderen, sich gegenseitig steigend, können die möglichsten Kräfte, die erreichbaren Erfolge erzielt werden.

Die Freunde jedes Landes haben die Hoffnungen und Aussichten der Freunde jedes anderen Landes mit in der Hand. Ihr französischen und Ihr deutschen Sozialisten vor allem seid einander Schicksal. Ihr französischen Freunde, ich beschwöre Euch, laßt Euch nicht von der Phrase der nationalen Einmütigkeit — dagegen seid Ihr gefeit —, aber auch nicht

von der ebenso gefährlichen der Parteeinmütigkeit fangen. Jeder Protest dagegen, jede Kundgebung Eurer Ablehnung der regierungsoffiziösen Politik, jedes Kühne Bekenntnis zum Klassenkampf, zur Solidarität mit uns, zum proletarischen Friedenswillen stärkt unseren Kampfgeist, verzehnfacht unsere Kraft, im gleichen Sinne in Deutschland zu wirken, für das Proletariat der Welt, für seine ökonomische und politische Befreiung, für seine Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus, aber auch aus den Ketten des Zarismus, Kaiserismus, Junkerismus, des Militarismus, des nicht minder internationalen Militarismus; zu kämpfen in Deutschland für die politische und soziale Erlösung des deutschen Volkes; gegen die Macht und Ländergier der deutschen Imperialisten — für einen baldigen Frieden ohne Eroberung und Vergewaltigung, für einen Frieden, der auch das unglückliche Belgien . . . frei und unabhängig wiederherstellt und Frankreich dem französischen Volke zurückgibt.

Französische Brüder — wir kennen die besonderen Schwierigkeiten Eurer tragischen Lage und bluten mit Euch, wie mit der gepeinigten und gesteinigten Masse aller Völker. Euer Unglück ist unser Unglück, die wir wissen, daß unser Schmerz Euer Schmerz ist. Laßt unseren Kampf Euren Kampf sein. Helft uns, wie wir Euch zu helfen geloben!

Die neue Internationale wird erstehen, auf den Trümmern der alten kann sie erstehen auf neuen, festeren Fundamenten. Ihr Freunde, Sozialisten aus allen Ländern, habt den Grundstein heute für den Zukunftsbau zu legen. Haltet unversöhnlich Gericht über die falschen Sozialisten! Peitscht die Schwankenden und Zögernden in allen Ländern, auch . . . die in Deutschland rücksichtslos voran! Die Größe des Ziels wird Euch über die Enge und Kleinheit des Lages, über das Elend dieser entsetzlichen Lage hinausheben.

Es lebe der Völkerfriede der Zukunft! Es lebe der Antimilitarismus!
Es lebe der internationale, der völkerbefreiende, der revolutionäre Sozialismus!

Proletarier aller Länder — vereinigt Euch wieder!

R. Liebknecht.

9. Die Erklärung Seyers lautete:

„Die Militärdiktatur, die rücksichtslos alle Friedensbestrebungen unterdrückt und die freie Meinungsäußerung zu ersticken sucht, macht es uns unmöglich, außerhalb dieses Hauses unsere Stellung zu der Kreditvorlage zu begründen. Wie wir Eroberungspläne, die von Regierungen und Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft bekämpfen, so wenden wir uns mit derselben Entschlossenheit auch gegen das verhängnisvolle Treiben der Annexionspolitiker unseres Landes, die in gleicher Weise wie jene das stärkste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen sind. Diese gefährliche Politik hat der Reichskanzler am 9. Dezember, als er zu der sozialdemokratischen Interpellation das Wort ergriff, nicht von sich gewiesen, er hat ihr vielmehr Vorschub geleistet, und die sämtlichen bürgerlichen Parteien haben in Unterstützung seiner Aus-

führungen ausdrücklich Gebietserwerbungen gefordert. Erfolgversprechende Friedensverhandlungen sind aber nur möglich auf der Grundlage, daß kein Volk vergewaltigt, daß die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, daß allenthalben Eroberungsplänen jeder Art entsagt wird. Unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert, nicht der Einbruch feindlicher Heere droht uns, wohl aber geht unser Reich wie das übrige Europa bei Fortsetzung des Krieges der Gefahr der Verarmung und der Verwüstung seiner Kultur entgegen. Der deutschen Regierung käme es zu, da Deutschland sich mit seinen Verbündeten in günstigerer Kriegslage befindet, den ersten Schritt zum Frieden zu tun. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist sie aufgefordert worden, den Gegnern ein Friedensangebot zu machen. Der Reichskanzler hat dies jedoch schroff abgelehnt. Der entsetzliche Krieg geht weiter, jeder Tag schafft neue unsägliche Leiden. Eine Politik, die nicht alles tut, um diesem namenlosen Elend Einhalt zu gebieten, eine Politik, die in ihrer gesamten Betätigung in schreiendem Gegensatz zu den Interessen der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung steht, durch unser parlamentarisches Verhalten zu unterstützen, ist uns unmöglich. Es gilt, dem in allen Ländern hervortretenden und wachsenden Friedensbedürfnis einen kräftigen Antrieb zu geben. Unseren Friedenswillen und unsere Gegnerschaft gegen Eroberungspläne können wir nicht vereinbaren mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten. Wir lehnen die Kredite ab.“

10. Die Leitsätze des Spartakusbundes.

Eine größere Anzahl von Genossen aus allen Teilen Deutschlands hat die folgenden Leitsätze angenommen, die eine Anwendung des Erfurter Programms auf die gegenwärtigen Probleme des internationalen Sozialismus darstellen.

1. Der Weltkrieg hat die Resultate der vierzigjährigen Arbeit des europäischen Sozialismus zunichte gemacht, indem er die Bedeutung der revolutionären Arbeiterklasse als eines politischen Machtfaktors und das moralische Prestige des Sozialismus vernichtet, die proletarische Internationale gesprengt, ihre Sektionen zum Brudermorde gegeneinander geführt und die Wünsche und Hoffnungen der Volksmassen in den wichtigsten Ländern der kapitalistischen Entwicklung an das Schiff des Imperialismus gekettet hat.

2. Durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die Proklamation des Burgfriedens haben die offiziellen Führer der sozialistischen Parteien in Deutschland, Frankreich und England (mit Ausnahme der Unabhängigen Arbeiterpartei) dem Imperialismus den Rücken gestärkt, die Volksmassen zum geduldigen Ertragen des Elends und der Schrecken des Krieges veranlaßt und so zur zügellosen Entfesselung der imperialistischen Raserei, zur Verlängerung des Gemetzels und zur Vermehrung seiner Opfer beigetragen, die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen mitübernommen.

3. Diese Taktik der offiziellen Parteinstanzen der kriegsführenden Länder, in allererster Linie in Deutschland, dem bisherigen führenden Lande der Internationale, bedeutet einen Verrat an den elementarsten Grundsätzen des internationalen Sozialismus, an den Lebensinteressen der Arbeiterklasse, an allen

demokratischen Interessen der Völker. Dadurch ist die soziale Politik auch in jenen Ländern zur Ohnmacht verurteilt worden, wo die Parteiführer ihren Pflichten getreugeblieben sind: in Rußland, Serbien, Italien und — mit einer Ausnahme — Bulgarien.

4. Indem die offizielle Sozialdemokratie der führenden Länder den Klassenkampf im Kriege preisgab und auf die Zeit nach dem Kriege verschob, hat sie den herrschenden Klassen in allen Ländern Frist gewährt, ihre Positionen auf Kosten des Proletariats wirtschaftlich, politisch und moralisch ungeheuer zu stärken.

5. Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgendwelcher Volksmassen, er ist lediglich eine Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Klassen verschiedener Länder um die Weltherrschaft und das Monopol in der Ausraubung und Unterdrückung der noch nicht vom Kapital beherrschten Gebiete. In der Ara dieses entfesselten Kapitalismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, dem Imperialismus, dienstbar zu machen.

6. Aus der Politik der imperialistischen Staaten und aus dem imperialistischen Kriege kann für keine unterdrückte Nation Freiheit und Unabhängigkeit hervorsproßen. Die kleinen Nationen, deren herrschende Klassen Anhängsel und Mitschuldige ihrer Klassengenossen in den Großstaaten sind, bilden nur Schachfiguren in dem imperialistischen Spiel der Großmächte und werden ebenso wie deren arbeitende Massen während des Krieges als Werkzeug mißbraucht, um nach dem Kriege den kapitalistischen Interessen geopfert zu werden.

7. Der heutige Weltkrieg bedeutet unter diesen Umständen bei jeder Niederlage und bei jedem Sieg eine Niederlage des Sozialismus und der Demokratie. Er treibt bei jedem Ausgang — ausgenommen die revolutionäre Intervention des internationalen Proletariats — zur Stärkung des Militarismus, der internationalen Gegensätze der weltwirtschaftlichen Rivalitäten. Er steigert die kapitalistische Ausbeutung und die innerpolitische Reaktion, schwächt die öffentliche Kontrolle und drückt die Parlamente zu immer gehorsameren Werkzeugen des Militarismus herab. Der heutige Weltkrieg entwickelt so zugleich alle Voraussetzungen neuer Kriege.

8. Der Weltfrieden kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde reaktionäre Pläne wie internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten, diplomatische Abmachungen über „Abrüstung“, „Freiheit der Meere“, „Abschaffung des Seebeuterechts“, „europäische Staatenbünde“, „mitteleuropäische Zollvereine“, nationale Pufferstaaten und dergleichen. Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen oder einzudämmen, solange die kapitalistischen Klassen unbestritten ihre Klassenherrschaft ausüben. Das einzige Mittel, ihnen erfolgreich Widerstand zu leisten, und die einzige Sicherung des Weltfriedens ist die politische Aktionsfähigkeit und der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats, seine Macht in die Waagschale zu werfen.

9. Der Imperialismus als letzte Lebensphase und höchste Entfaltung der politischen Weltherrschaft des Kapitals ist der gemeinsame Todfeind des Proletariats aller Länder. Aber er teilt auch mit den früheren Phasen des Kapitalismus das Schicksal, die Kräfte seines Todfeindes in demselben Umfange zu stärken, wie er sich selbst entfaltet. Er beschleunigt die Konzentration des Kapitals, die Zermürbung des Mittelstandes, die Vermehrung des Proletariats, weckt den wachsenden Widerstand der Massen und führt so zur intensiven Verschärfung der Klassengegensätze. Gegen den Imperialismus muß der proletarische Klassenkampf im Frieden wie im Kriege in erster Reihe konzentriert werden. Der Kampf gegen ihn ist für das internationale Proletariat zugleich der Kampf um die politische Macht im Staate, die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Das soziale Endziel wird von dem internationalen Proletariat nur verwirklicht, indem es gegen den Imperialismus auf der ganzen Linie Front macht und die Losung „Krieg dem Kriege!“ unter Aufbietung der vollen Kraft und des äußersten Opfermutes zur Richtschnur seiner praktischen Politik erhebt.

10. Zu diesem Zweck richtet sich die Hauptaufgabe des Sozialismus heute darauf, das Proletariat aller Länder zu einer lebendigen revolutionären Macht zusammenzufassen, es durch eine starke internationale Organisation mit einheitlicher Auffassung seiner Interessen und Aufgaben, mit einheitlicher Taktik und politischer Aktionsfähigkeit im Frieden wie im Kriege zu dem entscheidenden Faktor des politischen Lebens zu machen, wozu es durch die Geschichte berufen ist.

11. Die II. Internationale ist durch den Krieg gesprengt, ihre Unzulänglichkeit hat sich erwiesen durch ihre Unfähigkeit, einen wirksamen Damm gegen die nationale Zersplitterung im Kriege aufzurichten und eine gemeinsame Taktik und Aktion des Proletariats in allen Ländern durchzuführen.

12. Angesichts des Verrats der offiziellen Vertretungen der sozialistischen Parteien der führenden Länder an den Zielen und Interessen der Arbeiterklasse, angesichts ihrer Abschwenkungen vom Boden der proletarischen Internationale auf den Boden der bürgerlichen imperialistischen Politik ist es eine Lebensnotwendigkeit für den Sozialismus, eine neue Arbeiter-Internationale zu schaffen, welche die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Klassenkampfes gegen den Imperialismus aller Länder übernimmt.

Sie muß, um ihre historische Aufgabe zu lösen, auf folgenden Grundlagen beruhen:

I. Der Klassenkampf im Innern der bürgerlichen Staaten gegen die herrschenden Klassen und die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder sind zwei unzertrennliche Lebensregeln der Arbeiterklasse in ihrem welthistorischen Befreiungskampfe. Es gibt keinen Sozialismus außerhalb der internationalen Solidarität des Proletariats, und es gibt keinen Sozialismus außerhalb des Klassenkampfes. Das sozialistische Proletariat kann weder im Frieden noch im Kriege auf Klassenkampf und auf internationale Solidarität verzichten, ohne Selbstmord zu begehen.

II. Die Klassenaktion des Proletariats aller Länder muß im Frieden wie im Kriege auf die Bekämpfung des Imperialismus und Verhinderung der Kriege als auf ihr Hauptziel gerichtet werden. Die parlamentarische Aktion, die gewerkschaftliche Aktion wie die gesamte Tätigkeit der Arbeiterbewegung muß dem Zweck untergeordnet werden, das Proletariat in jedem Lande aufs schärfste der nationalen Bourgeoisie entgegenzustellen, den politischen und geistigen Gegensatz zwischen beiden auf Schritt und Tritt hervorzulehren, sowie gleichzeitig die internationale Zusammengehörigkeit der Proletarier aller Länder in den Vordergrund zu schieben und zu betätigen.

III. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Die Internationale entscheidet im Frieden über die Taktik der nationalen Sektionen in Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik, der Maisfeier, ferner über die gesamte im Kriege einzuhaltende Taktik.

IV. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran. Nationale Sektionen, die ihren Beschlüssen zuwiderhandeln, stellen sich außerhalb der Internationale.

V. In den Kämpfen gegen den Imperialismus und den Krieg kann die entscheidende Macht nur von den kompakten Massen des Proletariats aller Länder eingesetzt werden. Das Hauptaugenmerk der Taktik der nationalen Sektionen ist darauf zu richten, die breiten Massen zur politischen Aktionsfähigkeit und zur entschlossenen Initiative zu erziehen, den internationalen Zusammenhang der Massenaktion zu sichern, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen so auszubauen, daß durch ihre Vermittlung jederzeit das rasche und tatkräftige Zusammenwirken aller Sektionen gewährleistet und der Wille der Internationale so zur Tat der breitesten Arbeitermassen aller Länder wird.

VI. Die nächste Aufgabe des Sozialismus ist die geistige Befreiung des Proletariats von der Vormundschaft der Bourgeoisie, die sich in dem Einfluß der nationalistischen Ideologie äußert. Die nationalen Sektionen haben ihre Aktion in den Parlamenten wie in der Presse dahin zu richten, die überlieferte Phrasologie des Nationalismus als bürgerliches Herrschaftsinstrument zu denunzieren. Die einzige Verteidigung aller wirklichen nationalen Freiheit ist heute der revolutionäre Klassenkampf gegen den Imperialismus. Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muß, ist die sozialistische Internationale.

Januar 1916.

11. Auf, zur Maisfeier!

3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats.

4. Die Pflicht der Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran . . . (Leitsätze.)

Genossen und Genossinnen!

Zum zweiten Male steigt der Tag des 1. Mai über dem Blutmeer der Massenschlacht auf. Zum zweiten Male findet der Weltfeiertag der Arbeit die proletar-

tarische Internationale in Trümmer geschlagen, während die Kämpferscharen des völkerbefreienden Sozialismus als widerstandsloses Kanonenfutter des Imperialismus einander abschlachten.

Die sozialistische Internationale liegt seit zwei Jahren darnieder, und was haben die Arbeiter aller Länder, was haben die Völker gewonnen? Millionen von Männern haben bereits ihr Leben gelassen auf Geheiß der Bourgeoisie. Millionen sind für Lebzeiten zu elenden Krüppeln geschlagen. Millionen von Frauen sind zu Witwen, ihre Kinder zu Waisen gemacht worden, in Millionen Familien sind unstillbares Leid und Trauer eingezogen. Nicht genug! Not und Elend, Leuerung und Hungersnot herrschen in Deutschland, Frankreich, Rußland, Belgien, Polen und Serbien, die von dem Vampire des deutschen Militarismus bis aufs Blut und bis aufs Mark der Knochen ausgezogen werden, gleichen großen Friedhöfen und Trümmerhaufen. Die ganze Welt, die vielgerühmte europäische Kultur, gehen zugrunde in der entfesselten Anarchie des Weltkrieges.

Und zu wessen Nutz und Frommen, zu welchem Zweck all diese Schrecken und Bestialitäten? Damit die ostelbischen Junker und die mit ihnen versippten kapitalistischen Profitmacher durch Unterjochung und Ausbeutung neuer Länder ihre Taschen füllen können. Damit die Scharfmacher von der schweren Industrie, die Heereslieferanten von den blutigen Leichenfeldern goldene Ernten in ihre Scheunen schleppen. Damit Börsenjobber mit Kriegsanleihen Wuchergeschäfte treiben. Damit Lebensmittelspekulanten sich auf Kosten des hungernden Volkes mästen. Damit der Militarismus, die Monarchie, die schwärzeste Reaktion in Deutschland zur nie dagewesenen Macht, zur ungeteilten Herrschaft emporsteigen.

Um ihre stärksten Feinde stark und übermütig zu machen, läßt sich die Arbeiterklasse wie eine Herde Schafe zur Schlachtbank treiben. Und die blutige Orgie findet gar kein Ende, ja, sie dehnt sich immer weiter aus! Morgen vielleicht wird sich der Völkermord auf neue Länder und Weltteile erstrecken. Die deutschen Kriegsheer treiben mit Macht zum Kriege mit den Vereinigten Staaten. Morgen vielleicht sollen wir das Mordeisen gegen neue Bruderscharen, gegen die Brust unserer amerikanischen Arbeits- und Kampfgenossen zücken!

Arbeiter! Parteigenossen! Ihr Frauen des Volks! Wie lange wollt ihr dem Spuß der Hölle ruhig und gelassen zusehen? Wie lange wollt ihr stumm das Verbrechen der Menschenmehlei, die Not und den Hunger ertragen? Bedenkt, so lange sich das Volk nicht rührt, um seinen Willen kundzutun, wird der Völkermord nicht aufhören. Oder aber, er hört erst dann auf, wenn alle Länder an den Bettelstab gebracht, wenn alle Völker zugrunde gerichtet sind, wenn von der sogenannten Kultur nicht ein Stein mehr auf dem anderen geblieben ist. Die Reichen können noch lange den Krieg „durchhalten“. Sie leiden keinen Hunger, sie haben üppige Vorräte eingehamstert, sie machen ja die schönsten Geschäfte bei der Mehlei, sie stärken ihre politische Herrschaft durch den Selbstmord der Arbeiterklasse. Aber wir, aber das arbeitende Volk aller Länder, wollen wir noch länger mit eigenen Händen unsere Ketten fester schmieden?

Arbeiter! Parteigenossen! Genug des Brudermords! Der 1. Mai kommt als Mahner, er pocht an eure Herzen, an euer Gewissen. Der Verrat am Sozialismus, an der internationalen Solidarität der Arbeiter hat die Völker ins Verderben des Weltkriegs gestürzt. Nur die Rückkehr zum Evangelium des völkerbefreienden Sozialismus, zur proletarischen Internationale kann die Völker, die Kultur, die Arbeitersache aus dem Abgrund retten. Zeigt am 1. Mai, daß dieses Evangelium in euren Herzen und Hirnen lebt. Beweist den herrschenden Klassen, daß die Internationale, daß der Sozialismus nicht tot sind, daß sie mit neuer Kraft, wie Phönix aus der Asche emporsteigen! Die proletarische Internationale kann nicht in Brüssel, im Haag oder Bern durch ein paar Duzend Leute wieder aufgerichtet werden, sie kann nur aus der Lat der Millionen auferstehen. Sie kann nur hier in Deutschland wie drüben in Frankreich, in England, in Rußland auferstehen, wenn die Massen der Arbeiter allenthalben selbst die Fahne des Klassenkampfes ergreifen und ihre Stimme mit Donnergewalt gegen den Völkermord erschallen lassen.

Arbeiter, Parteigenossen und ihr Frauen des Volkes! Laßt diesen zweiten Maifeiertag des Weltkrieges nicht vorübergehen, ohne ihn zur Kundgebung des internationalen Sozialismus, zum Protest gegen die imperialistische Megelei zu gestalten. Am 1. Mai reichen wir über alle Grenzsperrn und Schlachtfelder hinweg die Bruderhand dem Volke in Frankreich, in Belgien, in Rußland, in England, in Serbien, in der ganzen Welt! Am 1. Mai rufen wir vieltausendstimmig:

Fort mit dem ruchlosen Verbrechen des Völkermordes! Nieder mit seinen verantwortlichen Machern, Hegern und Mugnießern! Unsere Feinde sind nicht das französische, russische oder englische Volk, das sind die deutschen Junker, die deutschen Kapitalisten und ihr geschäftsführender Ausschuß: die deutsche Regierung! Auf, zum Kampfe gegen diese Todfeinde jeglicher Freiheit, zum Kampfe um alles, was das Wohl und die Zukunft der Arbeitersache, der Menschheit und der Kultur bedeutet!

Schluß mit dem Kriege! Wir wollen den Frieden!

Hoch der Sozialismus! Hoch die Arbeiterinternationale!

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

12. Aufruf zum Januarstreik.

Arbeiterinnen! Arbeiter!

Auf, zum Massenstreik! Auf, zum Kampf! Soeben hat das österreichisch-ungarische Proletariat ein mächtiges Wort gesprochen. Fünf Tage lang ruhte die Arbeit in allen Betrieben in Wien, Budapest usw. im ganzen Reiche. In Wien haben die Arbeiter den Straßenbahnverkehr eingestellt, auch der Eisenbahnverkehr wurde zum Teil lahmgelegt, es erschien keine einzige Zeitung. An vielen Orten kam es zu einer offenen Erhebung der Bevölkerung und zum Kampf mit der Regierungsmacht. In Prag und Budapest wurde die Republik proklamiert. In Wien hielten die Arbeiter die Brücken besetzt, um das Eindringen der Polizei in die Arbeiterviertel zu verhindern.

In schlotternder Angst vor der drohenden Revolution war die Zentralregierung gezwungen, den nach Muster der russischen Revolution gewählten Wiener Arbeiterrat anzuerkennen und mit ihm zu verhandeln. Sie beeilte sich, Konzessionen zu machen, um die Bewegung einzudämmen, wobei ihr natürlich die Regierungssozialisten und die Gewerkschaftsführer freiwillig Handlangerdienste leisteten.

Die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, die Aufhebung des Arbeitszwangsgesetzes, die Erfüllung der Arbeiterforderungen in den Ernährungsfragen, gleiches und allgemeines Wahlrecht für Frauen und Männer bei den Gemeindevahlen, Versprechen, bei den Friedensverhandlungen mit Rußland auf alle Annexionsabsichten zu verzichten, — dies sind die vorläufigen Zugeständnisse. Die historische Bedeutung des Arbeiteraufstandes in Österreich-Ungarn liegt aber nicht in diesen Zugeständnissen, sondern in der Tatsache der Erhebung selbst. Die Bewegung ist zwar auf halbem Wege stehen geblieben, aber es ist dies der erste Schritt, dem andere folgen werden. Die Hilfe der deutschen Arbeiter, unser Massenstreik, wird die Flamme der Revolution in der Doppelmonarchie zu neuem, mächtigen Brande entfachen!

Arbeiterinnen und Arbeiter! Was unsere österreichisch-ungarischen Brüder angefangen haben, das müssen wir vollenden!

Die Entscheidung der Friedensfrage liegt bei dem deutschen Proletariat!

Unser Massenstreik soll kein kraftloser „Protest“ und kein von vornherein auf eine bestimmte Frist beschränkter hohler Demonstrationsstreik, sondern ein Machtkampf sein. Wir kämpfen so lange, bis unsere Mindestforderungen unverkürzt verwirklicht worden sind: Aufhebung des Belagerungszustandes, der Zensur, aller Beschränkungen der Koalitions-, Streik-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Freilassung aller politischen Inhaftierten — dies sind die Bedingungen, die uns notwendig sind, um unseren Kampf um die Macht, um die Volksrepublik in Deutschland und einen sofortigen allgemeinen Frieden frei zu entfalten.

Jeder Separatfriede führt zur Verlängerung und Verschärfung des Völkermordens. Es gilt, um jeden Preis den Separatfrieden in einen allgemeinen Frieden zu verwandeln. Dies ist unser Ziel.

Arbeiter! Bevor wir die Betriebe verlassen, müssen wir uns eine freigewählte Vertretung nach russischem oder österreichischem Muster schaffen mit der Aufgabe, diesen und die weiteren Kämpfe zu leiten. Jeder Betrieb wähle pro tausend beschäftigter Arbeiter je einen Vertrauensmann; Betriebe mit weniger als tausend Arbeitern wählen nur einen Vertreter. Die Vertrauensmänner der Betriebe müssen an jedem Orte sofort zusammentreten und sich als Arbeiterrat konstituieren. Außerdem wird für jeden Betrieb ein leitender Betriebsausschuß gewählt. Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und andere „Durchhalter“ unter keinen Umständen in die Vertretungen gewählt werden. Heraus mit den Burschen aus den Arbeiterversammlungen! Diese Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung, diese Lobfeinde des Massenstreiks haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts

zu suchen! Während des Massenstreiks im April v. J. haben die Cohen, die Siering, die Körsten, die Scheidemänner und ihre Presse in heimtückischer Weise der Streikbewegung das Genick gebrochen, indem sie die Unklarheit der Masse ausnützten und den Kampf auf falsche Bahnen lenkten. Lassen wir uns nicht durch die Friedensphrasen und die Maske der angeblichen Sympathie mit unserm Kampf betören, die diese Judasse jetzt nach den österreichischen Vorgängen benutzen werden. Von diesen Wölfen im Schafspelz droht der Bewegung eine viel schlimmere Gefahr, als von der königlich preussischen und anderweltigen Polizei!

Und nun, Arbeiter und Arbeiterinnen, auf, zum Kampf! Wir haben eine mächtige Waffe in der Hand, unsere Klassensolidarität! Machen wir Gebrauch von dieser Waffe: Alle für einen, einer für alle! Dann sind wir gegen alle Drohungen, Maßregelungen und Verfolgungen seitens der Gewaltherrscher gefeit!

Ein roher Knecht der Säbeldiktatur, der General Gröner, hat nach dem vorjährigen Aprilstreik jeden streikenden Arbeiter als Hundsfott beschimpft. Zeigen wir der Welt, daß die „Hundsfötter“ in Deutschland noch etwas zu sagen haben!

Mann der Arbeit, aufgewacht

Und erkenne deine Macht!

Alle Räder stehen still,

Wenn dein starker Arm es will!

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!

Hoch der Massenstreik!

13. Kameraden, erwacht!

Vier Jahre wütet nun schon das grauenhafte Menschenmorden. Alle Kultur, alles Leben erstickt in den furchtbaren Flutwellen sinnlos vergossenen Blutes. Die Riesengebirge des Himalaja könnten fast in dem entseßlichen Blutmeer versinken. Und noch immer will der Blutrausch nicht verfliegen! Blutrot der Horizont: es ist, als sieht man die Welt „durch Hührauch oder durch farbig Glas“! —

Die Erde scheint nichts weiter als ein riesengroßer Mordplatz!

Und warum werden täglich Zehntausende unserer Brüder, Väter, Söhne und Freunde verstümmelt, zerfetzt, gemordet? Nun, ihr wißt es alle: Alle Schuld an dem rasenden Völkermorden trägt das System der kapitalistischen Ausbeutung der Massen durch eine Minderheit von Kapitalbeherrschern. Es ist die Macht- und Geldgier kapitalistischer Herrenmenschen, deren schamlose Gewinnsucht unersättlich ist.

Und während die Kapitalisten und Großagrarien das leidende Volk auswuchern, alle Lebens- und Bedarfsartikel in unerhörter Weise verteuern, halten sich die Offiziere in ihrer besonderen Weise schadlos. Gute, reichliche Verpflegung, elegante Wohnung, Bekleidung und Beschuhung, dazu hohe Gehälter und Nebenbezüge und Vorrechte aller Art fordern und sichern sie für sich, als wäre es eine Selbstverständlichkeit. Daß dabei wir „gemeinen“ Soldaten und

Unteroffiziere erbärmlich gelöhnt, jammervoll gepflegt und bekleidet werden, meist in elenden Quartieren hausen, das finden die „Herren Kameraden“ ganz in der Ordnung. Denn — „wir sind ein einzig Volk von Brüdern“.

Kameraden, ist es Lüge oder Wahrheit, das Wort:

„Gleiche Löhnung, gleiches Essen,
Und der Krieg wär' längst vergessen!“?

Als der Krieg ausbrach, behauptete die Regierung, es sei ein Verteidigungskrieg. Der Kaiser selbst erklärte feierlich vor aller Welt: „Uns treibt nicht Eroberungssucht.“

Kameraden, was sehen wir jetzt? Man mißbraucht uns zu den wildesten Eroberungsplänen. Blicken wir nach Osten! Rußland hat der Welt vertrauensvoll den Frieden angeboten und forderte in seinem schönen, offenen Friedensprogramm das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker und Ausschluß der Eroberungen und Entschädigungen.

Was aber tat die deutsche Regierung? Mit niederträchtiger Scheinheiligkeit ging sie anfangs auf die russischen Vorschläge ein, um hinterher die unerhörtesten Bedingungen zu stellen und von der Regierung des sozialistischen Rußlands gewaltige Gebietsabtretungen zu erpressen.

Wir sehen weiter, wie seit Monaten die deutsche Heeresleitung das revolutionäre, freie Rußland zu erdroffeln sucht. Livland, Estland, Finnland, die Ukraine werden planmäßig unter die Gewalt preußisch-deutscher Bajonette und Maschinengewehre gestellt, und die Grenzen werden täglich weiter nach Zentralrußland hinein verschoben. Alle Freiheiten, die die russische Revolution den Ländern brachte, hat man zerfezt, zerrissen. Die Gründe des Vorgehens gegenüber Rußland? Kameraden, darüber müssen wir uns im Klaren sein. Unsere Machthaber wollen kein starkes, freies, sozialistisches Rußland aufkommen lassen. Sie fürchten, daß neben einem innerlich und äußerlich freien, entwicklungskräftigen Rußland das preußische Junkerregiment, das bürokratisch-kapitalistische Regierungssystem auf die Dauer dem deutschen Volke unerträglich werden wird. Es ist die Furcht, die schlotternde Angst vor der Revolution des deutschen Volkes, was unsere Machthaber treibt, die russische Freiheit zu fesseln und wenn möglich zu erschlagen.

Was aber bei aller Gewaltanwendung nicht erreicht wird, das sucht man durch verzerrte und lügnerische Meldungen über die inneren Zustände Rußlands zu erzielen. Indem man die Revolutionstruppen, die roten Garden, als Räuber- und Mörderbanden hinstellt, will man die russischen Revolutionäre bei uns in Mißkredit und um jede Achtung und Sympathie bringen.

Kameraden! Laßt euch darum nicht wie Kinder, die man mit dem schwarzen Bock schreckt, vor der Revolution graulich machen!

Aber eine weitere Frage erhebt sich: „Sollen wir weiter die Henker und Bluthunde der Revolution sein? Wollen wir die unsühnbare Ehrlosigkeit auf uns laden, Mörder der russischen Freiheit zu sein?“ Kein ehrliebender Mann darf solchen Schimpf, solche unauslöschliche Schande auf sich laden. Das freie Rußland ist die Hoffnung der in Sklavenketten gebannten Welt . . .

Doch nicht nur um die russische Sache handelt es sich. Auch um unsere eigene Sache geht der Kampf.

Der preussische Landtag in seiner heutigen Zusammensetzung will dem Volke kein gleiches, allgemeines Wahlrecht geben! Fünfmal hat er es abgelehnt. Und die Regierung? Was tut sie? Nichts!

Krähen hacken einander die Augen nicht aus! —

Aushungerung und schmäbliche Bewucherung des Volkes stehen in vollster Blüte. Das freie Wahlrecht wird offen gemeuchelt! Zivildienstpflicht und Militärdienstpflicht schaffen Verhältnisse, die mit Gefängnis und Zuchthaus auf einer Stufe stehen! Durch die Zeitungen, die unter den Zensurbefehlen der Generale erscheinen, werden wir belogen und betrogen. Jedes freie Wort ist gedächt und verboten!

Das, Kameraden, ist die preussisch-deutsche Freiheit, für die zu kämpfen wir gezwungen werden! Wollen wir uns weiter zu solchem würdelosen Kampf hergeben? Nein, tausendmal nein!

Um ein schöneres, höheres und edleres Ziel soll unser Kampf gehen! Das heilige Ziel unseres Kampfes soll sein: Eine freie und glückliche deutsche Republik! — Kameraden, werbt zum baldigen Endkampf um dieses hohe, herrliche Ziel, in dem das Glück der Welt verankert liegt!

Kameraden, aufgewacht und erkennt eure Macht!

Juli 1918.

14. Die Ausführungen lauten:

„Dieses Subjekt Paul Levi hatte jener Konferenz (Spartakuskonferenz 7. Oktober 1918) ein Flugblatt unterbreitet, in welchem er anführte, daß die deutsche Revolution schon eingesezt habe — und zwar mit dem Beginn der Desertation an den Fronten. Die Soldaten wurden aufgefordert, in Massen die Front zu verlassen und sich in ihre Heimatsorte zu begeben. Dort sollten Stationen eingerichtet werden, um sie in Empfang zu nehmen und weiter für sie zu sorgen. Gegen diese Stellen des Flugblattes protestierte mit aller Entschiedenheit der Hamburger Vertreter, einer der Verfasser, und erklärte, daß die deutsche Revolution nicht mit der Zersezung, sondern mit der Erhebung beginne. Wer in den Desertionen revolutionäre Erscheinungen sehe, der mache dadurch die Deserteure zu Vorkämpfern der Revolution, was eine allgemeine Demoralisation zur Folge haben müsse . . .

Die allgemeinen Ausführungen, denen eine Schrift zugrunde lag, die vom Spartakusbund später unterschlagen und vernichtet wurde, fanden trotz des Widerspruchs des Subjektes Levi fast den einmütigen Beifall der Konferenz. Der Antrag aber, der die Streichung jener auf die Deserteure bezüglichen Stellen forderte, wurde einstimmig angenommen und eine Redaktionskommission eingesetzt, um das Manuskript noch einmal zu überprüfen. Levi, der selbst Mitglied dieser Redaktionskommission war, hat es verstanden, ihren Zusammentritt zu verhindern. Er versprach dem Hamburger Delegierten, der in die Garnison zurückfahren mußte, in die Hand, daß ‚selbstverständlich‘ die von der Konferenz beanstandeten Stellen entfernt werden würden. Trotzdem ließ er das Flugblatt

in dem ausdrücklich und einstimmig zurückgewiesenen Wortlaut in gewaltigen Mengen herstellen und an der Front verbreiten, w o e s w i e S p r e n g - p u l v e r g e w i r k t h a t. Nicht genug damit, hat er es in der Folge vermöge der gewaltigen, ihm zur Verfügung stehenden Mittel und vermöge der Beherrschung des organisatorischen Apparates des Spartakusbundes verstanden, die deutsche Revolution systematisch zu desorganisieren und diese von ihm herbeigeführte Desorganisation im Innern und nach außen als die allgemeine Politik der deutschen Revolutionäre erscheinen zu lassen.

Hier liegen die Wurzeln der katastrophalen Politik des Spartakusbundes während der ersten Phase der Revolution. Liebknecht und Luxemburg sind genau so die Opfer dieses Ufsew der deutschen Revolution geworden, wie die zahlreichen Arbeiter und Soldaten, die in einem Bürgerkrieg verbluteten, dessen Karten er so geschickt zu mischen wußte, daß er in jedem Augenblick den Wünschen der militärischen Reaktion, die nach einer neuen Konsolidierung militärischer Machtmittel lüftern war, in die Hände spielte. Die Verherrlichung der Deserteure als ‚Helden der Revolution‘, der Aufruf, das Heer zu verlassen im Namen der Revolution, e n t s c h i e d ü b e r d e n Z u s a m m e n b r u c h d e r F r o n t und damit über den Sieg des stärksten Exponenten im anglo-amerikanischen Finanzkapital. Die Zusammenfassung dieser desertierten ‚Vorkämpfer der Revolution‘ im Roten Soldatenbund ließ alle regulären Truppenteile des revolutionierten Heeres als ‚konterrevolutionär‘ erscheinen und barg schon durch diese eine Tatsache die Gewähr in sich für den Ausbruch des Bürgerkrieges . . .

Der Mann (Levi), der heute schamlos offen seine Beziehungen zu Trebitsch-Lincoln selbst enthüllt, er kann gezwungen werden, zu enthüllen, mit welchen englischen Agenten von der Sorte jenes Trebitsch er im Oktober 1918 in Verbindung stand, als er die deutsche Front e r d o l c h t e , um zu verhindern, daß sie aus einer imperialistischen sich in eine revolutionäre Front verwandelte . . .“

Hamburg, 1. Mai 1920. Im Auftrag der Ersten Bezirkskonferenz
des Bezirkes Nord der Kommunistischen Arbeiterpartei.

Heinrich Laufenberg.

Fritz Wolffheim.

15. Die Stunde des Handelns ist gekommen.

Arbeiter und Soldaten!

Nun ist eure Stunde gekommen. Nun seid ihr nach langem Dulden und stillem Tragen zur Tat geschritten. Es ist nicht zuviel gesagt: In diesen Stunden blickt die Welt auf euch und haltet ihr das Schicksal der Welt in euren Händen.

Arbeiter und Soldaten! Jetzt, da die Stunde des Handelns gekommen ist, darf es kein Zurück mehr geben. Die gleichen „Sozialisten“, die vier Jahre lang der Regierung Zuhälterdienste geleistet haben, die in den vergangenen Wochen von Tag zu Tag euch verträufelt haben mit der „Volksregierung“, mit Parlamentarisierung und anderem Plunder, sie setzen jetzt alles daran, um euren Kampf zu schwächen, um die Bewegung abzuwiegeln.

Arbeiter und Soldaten! Was euren Genossen und Kameraden in Kiel, Hamburg, Bremen, Lübeck, Rostock, Flensburg, Hannover, Magdeburg, Braunschweig, München und Stuttgart gelungen ist, das muß auch euch gelingen.

Denn von dem, was ihr erringet, von der Fähigkeit und dem Erfolge eures Kampfes hängt auch der Sieg eurer dortigen Brüder ab, hängt der Erfolg des Proletariats der ganzen Welt ab.

Soldaten! Handelt wie eure Kameraden von der Flotte, vereinigt euch mit euren Brüdern im Arbeitskittel. Laßt euch nicht gegen eure Brüder gebrauchen, folgt nicht den Befehlen der Offiziere, schießt nicht auf die Freiheitskämpfer.

Arbeiter und Soldaten! Die nächsten Ziele eures Kampfes müssen sein:

1. Befreiung aller zivilen und militärischen Gefangenen.
2. Aufhebung aller Einzelstaaten und Beseitigung aller Dynastien.
3. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten, Wahl von Delegierten hierzu in allen Fabriken und Truppenteilen.
4. Sofortige Aufnahme der Beziehungen zu den übrigen deutschen Arbeiter- und Soldatenräten.
5. Übernahme der Regierung durch die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte.
6. Sofortige Verbindung mit dem internationalen Proletariat, insbesondere mit der russischen Arbeiterrepublik.

Arbeiter und Soldaten! Nun beweist, daß ihr stark seid, nun zeigt, daß ihr klug seid, die Macht zu gebrauchen!

Hoch die sozialistische Republik!

Es lebe die Internationale!

Die Gruppe Internationale (Spartakusbund).

Karl Liebknecht. Ernst Meyer.

Berlin, 7. November 1918.

16. L e d e b o u r v o r d e n G e s c h w o r e n e n .

„Meine Herren! Bei jenem Streit im Januar 1918 (Munitionsarbeiterstreik, 28. Januar bis 3. Februar 1918), der ersten ernstlich revolutionären Aktion, die in Deutschland in der Kriegszeit ausbrach, habe ich noch einen Gedanken vertreten, den ich für notwendig halte, hier vorzubringen. Ich habe die Forderung erhoben, daß die Führer der Bewegung, die die Arbeiterschaft aufforderten, unter Umständen ihr Leben in die Schanze zu schlagen, selber mit dem Beispiel vorangingen, und daß deshalb die Aufforderung zu einem politischen Massenstreik unterzeichnet werden mußte von der gesamten Fraktion der U.S.P.D. Mit dieser Forderung bin ich leider auch nicht durchgedrungen. Außer mir waren es schließlich nur, glaube ich, drei meiner Freunde, Zubeil, Henke und Herzfeld, die mit mir dafür stimmten. . . Ich erwähnte schon, daß sich ein Jahr vorher (1917) ein fest organisiertes Revolutionskomitee gebildet hatte, dessen Grundstock die revolutionären Oblente der Betriebe bildeten, ungefähr 80 Mann. . .

Die entscheidende Sitzung war zum 2. November 1918 einberufen. Wir waren damals noch nicht unterrichtet über die Vorgänge, die sich zwei Tage vorher in der Marine zugetragen hatten. Die Marine hatte sich bekanntlich geweigert, auszufahren. Es war dann zu Verhaftungen gekommen. Am Vor-

mittag fand eine Vorbesprechung zu dieser Sitzung in einem engeren Kreise statt. Es wurde auf meinen und meiner Freunde Antrag beschlossen, am 4. November einen revolutionären Aufstand gegen die bestehende Regierung herbeizuführen, einen Aufstand, der mit einem allgemeinen Massenstreik und dem Zuge der Arbeiter in die Stadt beginnen sollte. In dieser Sitzung am Vormittage des 2. November wurde unser Antrag gegen eine einzige Stimme angenommen. Der Beschluß ging dahin, eine von den Leitern der revolutionären Bewegung und von den Reichstagsabgeordneten der U.S.V.D. unterzeichnete Aufforderung zur Erhebung hinauszurufen, am Morgen des 5. November . . .

(Eigene Anmerkung: Da sich die revolutionären Obleute der Betriebe in der Sitzung am 2. November abends mit 21 gegen 19 gegen die Aktion entschieden, unterblieb sie.)

Es war auf Veranlassung eines Teilnehmers beschlossen worden, daß die definitive Entscheidung am Mittwoch den 6. November bei einer neuen Zusammenkunft fallen sollte, um zu sehen, ob bis dahin die Sache reif war. Nun hatte, da eine so große Anzahl von Personen über die Sache unterrichtet war, die Regierung, die selbstverständlich überall ihre Spigel hat, von diesen Beschlüssen und den Vorbesprechungen sofort Kenntnis erhalten, sie traf ihre Vorbereitungen. Am Montag morgen begannen die Verhaftungen. Ein Offizier, der Oberleutnant Walz, wurde verhaftet. Es hat sich nachher herausgestellt, daß ihm nach seiner Verhaftung das Herz in die Hosen gefallen ist. Er hat dem Untersuchungsrichter alles erzählt, was er bei Konferenzen in meiner Wohnung bei mir gehört hatte. Um seinen eigenen Hals zu retten, gab er seine Freunde preis. Unter anderen nannte er neben mir auch Däumig. Ich war damals Reichstagsabgeordneter und die damalige Regierung hatte noch Respekt vor der Immunität des Abgeordneten. Die Regierung unter der Frau Scheidemann hat diesen Respekt ja nicht. Däumig wurde am 8. November verhaftet, als er an der Seite der Frau Luise Zieg von unserem Parteibureau nach dem Reichstag kommen wollte.

Meine Herren! Die Verhaftung Däumigs war für uns das Signal, daß wir uns sagten, jetzt darf keinen Augenblick länger gewartet werden. Ich trommelte alle Freunde zusammen. Es erschienen aber weder Liebknecht noch Emil Barth. Wir glaubten annehmen zu müssen, daß auch sie verhaftet worden seien. Wir beschlossen nunmehr einstimmig, am 9. November morgens die Arbeiterschaft Berlins zum Losschlagen aufzufordern. Mein Freund Emil Barth, der durch irgendeinen unglücklichen Zufall über unseren Versammlungsort falsch unterrichtet worden war und deshalb anderswo hinging, glaubte seinerseits, wir seien verhaftet und gab gleichzeitig auf eigene Faust die nämliche Parole zum Losschlagen aus. Außerdem haben unsere Freunde vom Spartakusbund, Dr. Ernst Meyer, der an der Besprechung mit mir teilgenommen hatte, und Karl Liebknecht später auch eine besondere Aufforderung hinausgeschickt, so daß also infolge der Verhaftungen in unseren Reihen drei Aufforderungen zur Erhebung zum 9. November verbreitet wurden.

. . . Zu der Zeit, als Herr Ebert zum Reichskanzler ernannt wurde, hatte er sich aber schon selbst und mit ihm seine Partei unter der Hand mit dem Gedanken an eine Beteiligung an der revolutionären Erhebung vertraut gemacht. Sie hatten Besprechungen darüber in ihren Parteikreisen abgehalten.

Am 8. November hatten sie zum Abend 8 Uhr die Vertrauensleute ihrer Partei zusammengerufen, sie kamen aber zu keinem Entschluß und bestellten ihre Leute, weil doch die Demissionsgeschichte des Kaisers in der Schwebe war, zum anderen Morgen, den 9. November. Da erst sollte die Entscheidung fallen.

Wie ich vorhin erwähnte, hatten wir am 8. November, da alle möglichen Leute aus unseren Reihen verhaftet waren, die Parole ausgegeben, daß am anderen Morgen, am 9. November, ein bewaffneter Aufstand erfolgen sollte. Meine Freunde Dittmann und Bogtherr, sowie ich, übernachteten im Reichstag in der Nacht vom 8. zum 9. November. Ich wollte und mußte unter allen Umständen in Berlin rechtzeitig zur Stelle sein. Am Morgen des 9. November waren wir drei im Reichstag in unserem Fraktionszimmer und erwarteten Nachrichten von unseren Freunden über den Gang der Erhebung. Da erschienen zu meinem großen Erstaunen plötzlich in unserem Fraktionszimmer die Herren Reichskanzler Ebert, Staatssekretär Scheidemann und Herr Braun, Leute, mit denen wir seit Jahren überhaupt nicht mehr privatim geredet hatten. In einer Generalversammlung unserer Partei in Berlin hatte ich nämlich, als sie uns den ‚Vorwärts‘ gestohlen hatten, einen Antrag eingebracht, daß diese Leute sich im Sinne des Parteistatuts einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hatten. Der Antrag war einstimmig angenommen worden. Jetzt, als die Leute zu der Überzeugung gekommen waren, daß unsere Erhebung auch ohne ihre Beteiligung jedenfalls Erfolg haben würde, kamen sie zu uns in unser Fraktionszimmer mit dem Angebot, Halbpakt zu machen. . . . An seinen Vorschlag knüpfte Herr Ebert die Bemerkung: ‚Ja, wir halten unsere Leute noch bis 12 Uhr zurück.‘ Sie wußten also auf Grund unserer in der Nacht ausgegebenen Parole: am Sonnabend den 9. November in aller Frühe treten die Arbeiter Berlins in einen Streik und marschieren bewaffnet nach dem Zentrum der Stadt, um nötigenfalls jeden Widerstand der Polizei mit Waffengewalt zu brechen. . . . Sie wußten, daß wir bereits die Parole der Revolution gegen die Regierung, an deren Spitze Ebert stand, ausgegeben hatten, und nun machen sie diesen Revolutionären, die gegen sie selbst Revolution machen wollen, das Angebot: ‚Bitte, meine Herren, wir sind bereit, wir haben auch so etwas im Werke.‘“

Lebedours Rede vor dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin am 20. Mai 1919 in wörtlicher Wiedergabe nach dem stenographischen Bericht.

Literatur- und Quellennachweis.

- Archivdienst, Berlin-Charlottenburg, Niebuhrstr. 62.
- Andersen, „Unsere Stellung zur Sozialdemokratie nach Weltkrieg und Umsturz“. Selbstverlag, Hamburg 1922.
- Barth, Emil, „Aus der Werkstatt der Revolution“, Verlag Adolf Hoffmann, Berlin 1919.
- Behnde, „Unsere Marine im Weltkrieg und ihr Zusammenbruch“, Verlag Karl Curtius, Berlin.
- Berger, „Die deutsche Sozialdemokratie im dritten Kriegsjahr“, Volksvereinsverlag, M.-Glabbach, 1917.
- Borchardt, „Hat die deutsche Sozialdemokratie abgedankt?“, Selbstverlag, Berlin-Lichterfelde, Hedwigstr. 1.
- Buchner, Eberhard, „Kriegsdokumente 1914/15“, Verlag Albert Langen München.
- Eunow, „Parteizusammenbruch“.
- Drahn, Ernst, „Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges“, Verlag Gesellschaft und Erziehung, Fichtenau-Berlin.
- Ebert, „Die proletarische Jugendbewegung in der Kriegszeit“, Vorwärtsverlag, Berlin.
- Eichhorn, „Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der U.S.P.D. 6.—8. April 1917“, Verlag U. Seehof & Co., Berlin.
- Fikentscher, „Die Wahrheit über den Zusammenbruch der Marine“, Verlag Georg Bath, Berlin.
- Forstner, „Die Marine-Neuterei“, Verlag Karl Curtius, Berlin.
- Fröhlich, „Zehn Jahre Krieg und Bürgerkrieg“, Vereinigte Internationale Verlagsanstalten, Berlin, Planufer 17.
- Heine, Wolfgang, „Gegen die Quertreiber“, Dessau 1915.
- Hertling, „Ein Jahr in der Reichskanzlei“, Herbersche Verlagshandlung Freiburg im Breisgau, 1919.
- Jagow, „Daten des Weltkrieges“, Verlag R. F. Koehler, Leipzig 1922.
- Keim, „Prinz Max von Baden und das Kriegskabinett“, Monatshefte für Politik und Wehrmacht, Verlag Georg Bath, Berlin 1922.
- Kloth, Emil, „Einkehr“, Deutscher Volksverlag, München 1920.
- v. Kuhl, „Französisch-englische Kritik des Weltkrieges“, Verlag Mittler & Sohn, Berlin 1921.
- Kuttner, Erich, „Der Sieg war zum Greifen nahe“, Verlag für Sozialwissenschaften, Berlin.
- Lampf, „Die Revolution in Groß-Hamburg“, Verlag W. Gente, Hamburg.

- Laufenberg, „Organisation, Krieg und Kritik“, Verlag Wilaschel, Hamburg.
- Lebebour, „Lebebour vor den Geschworenen“, Verlagsgenossenschaft der „Freiheit“, Berlin 1919.
- Lewinsohn, „Die Revolution an der Westfront“, Mundus Verlagsanstalt, Berlin=Charlottenburg.
- Luxemburg, Rosa, „Die Krise der Sozialdemokratie“, Juniusbroschüre.
- Meinecke, „Die geschichtlichen Ursachen der deutschen Revolution“, „Deutsche Rundschau“, Mai 1919, Verlag Gebr. Paetel, Berlin.
- Meyer, „Die Münchner November=Revolution 1918“.
- Müller, Richard, „Vom Kaiserreich zur Republik“, zwei Bände, Malik=Verlag, Berlin.
- Münzenberg, „Die sozialistischen Jugendorganisationen vor und während des Krieges“, Verlag Junge Garde, Berlin 1919.
- Platten, „Die Reise Lenins durch Deutschland“, Neu=Deutscher Verlag, Berlin.
- Popp & Artelt, „Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918“, Verlag Behrens, Kiel.
- Prager, „Geschichte der U.S.P.D.“, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin.
- Radel, „In den Reihen der deutschen Revolution 1909—1919“, Kurt Wolff=Verlag, München.
- Rausch, „Am Springquell der Revolution“.
- Runkel, Ferdinand, „Die deutsche Revolution“, Verlag Wilhelm Grunow, Leipzig 1919.
- Rück, „Vom 4. August bis zur russischen Revolution“, Vereinigte Internationale Verlagsanstalten. Berlin, Manufer 17.
- Scheidemann, „Der Zusammenbruch“, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.
- Ströbel, „Die deutsche Revolution, ihr Unglück und ihre Rettung“, Verlag Der Farn, Berlin 1920.
- Stuart, Campbell, „Geheimnisse aus Crewe House“, Verlag Th. Weicher, Leipzig.
- Süddeutsche Monatshefte, „Der Dolchstoß“ und „Die Auswirkung des Dolchstoßes, April/Mai 1924“, Verlag Süddeutsche Monatshefte, München.
- Treuberg, Hetta, „Zwischen Politik und Diplomatie“, Imprimerie Strasbourg 1921.
- Volkmann, „Der Marxismus im Heere während des Weltkrieges“, Verlag Reimar & Hobbing, Berlin 1924.
- Wrisberg, „Der Weg zur Revolution“, Verlag R. F. Koehler, Leipzig.
- Zwehl, „Der Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres“, Verlag Karl Curtius, Berlin.
- Pseudonym, „Fr. Ebert“ (Der Ebertprozeß), Vereinigte Internationale Verlagsanstalten, Berlin.
- Pseudonym, „Zehn Jahre S.P.D.“, Vereinigte Internationale Verlagsanstalten, Berlin.
- Pseudonym, „Die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (Manuskriptdruck).

Kalender.

1914.

- 30. Juli. Aufruf der Sozialdemokratischen Partei im „Vorwärts“ gegen den Krieg.
- 3. August. Fraktions Sitzung der Sozialdemokratischen Partei, in der 14 Abgeordnete gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmten.
- 4. August. Schreiben der oppositionellen Redakteure des „Vorwärts“.
- 13. August. Gründung der sozialdemokratischen Opposition in Hamburg.
- 4./13. September. Liebknecht auf einer Propagandareise in Holland und Belgien.
- 10. September. Erklärung von Liebknecht, Rosa Luxemburg, Klara Zetkin und Mehring gegen den Krieg.
- 15. September. Kriegsflugblatt der „Deutschen Friedensgesellschaft“.
- 28. September. Richtlinien der sozialdemokratischen Pressekonferenz in Berlin.
- 1. Oktober. Erste Zusammenkünfte der sozialdemokratischen Opposition.
- 8. Oktober. Gründung des „Anti-Dorlog-Raad“ im Haag.
- 22. Oktober. Die oppositionellen Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei im Preussischen Abgeordnetenhaus verlassen zum Schluß die Versammlung.
- 25. Oktober. Gründung des „Internationalen Komitees zum Studium der Grundlagen eines dauernden Friedens“ in Bern.
- 25. Oktober. Unter Vorsitz Eberts lehnt die „Zentrale für die arbeitende Jugend Deutschlands“ eine Beteiligung an den militärischen Jugendkompagnien ab.
- 4. November. Spaltung der Sozialdemokratischen Partei in Württemberg.

5. November. Die Sozialdemokraten des Münchener Gemeindekollegiums stimmen gegen einen Protest gegen die menschenunwürdige Behandlung deutscher Zivilgefangener.
5. November. Zum erstenmal werden die „bulletin des armées“ der französischen Regierung in deutscher Sprache herausgegeben und in Elsaß-Lothringen verbreitet.
21. November. Verlegung des Internationalen Sozialistischen Bureaus von Brüssel nach dem Haag.
- November. Gründung des „Bundes Neues Vaterland“ in Berlin.
1. Dezember. Spaltung in der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei.
2. Dezember. Liebknecht stimmt im Reichstag gegen die Kriegskredite.
2. Dezember. Erstes Flugblatt Liebknechts. Vorläufer der späteren „Spartakusbriefe“.
5. Dezember. Vortrag Breitscheids in Halle.
18. Dezember. Weihnachtsbriefe an die englische Zeitschrift „Labour Leader“ von Liebknecht, Mehring und Rosa Luxemburg.
24. Dezember. Weihnachtsgrüße der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an die englische Arbeiterpartei.
- Dezember. Erscheinen des „Referentenmaterials vom Bildungsausschuß Niederbarnim“. Erstes illegales Material der sozialdemokratischen Opposition.
- Dezember. Die Broschüre Trotzki's „Der Krieg und die Internationale“ wird nach Deutschland eingeschmuggelt.

1915.

4. Januar. Gründung der Opposition in Dresden.
6. Januar. Aufruf des Internationalen Friedensbureaus in Bern.
8. Januar. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Nürnbergs stimmen gegen eine Hindenburgspende.
17. Januar. Friedenskonferenz der skandinavischen Sozialdemokraten in Kopenhagen.
22. Januar. Spaltung der Sozialdemokratischen Partei in Mülhausen.
27. Januar. Revolutionsfeier zur Erinnerung an die russische Revolution von 1905 in Stuttgart unter Leitung Klara Zetkins.

2. Februar. Ledebour legt sein Amt als Mitglied des Fraktionsvorstandes nieder.
7. Februar. Einberufung Liebknechts zum Militärdienst.
16. Februar. Sozialistische interalliierte Konferenz in London.
17. Februar. Im Bereich des VI. Armee-Kommandos werden die ersten feindlichen Fliegerabwürfe für Nachrichtenübermittlung festgestellt.
18. Februar. Verhaftung von Rosa Luxemburg.
22. Februar. Im Elsaß werden propagandistische Schmähschriften verteilt.
23. Februar. Rede Ströbels im Preußischen Landtag.
1. März. „Die Friedenswarte“ erscheint unter dem Titel „Blätter für zwischenstaatliche Organisation“.
5. März. Verhaftung von sieben sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedern in Mülhausen.
18. März. Frauendemonstration vor dem Reichstag.
20. März. Dreißig sozialdemokratische Abgeordnete enthalten sich bei der Abstimmung über den Etat der Stimme.
23. März. Konferenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus im Haag.
24. März. Internationale sozialistische Frauenkonferenz in Bern. Aufruf „Wo sind eure Männer? Wo sind eure Söhne?“
25. März. Wiederhall der oppositionellen Reden Ledebours und Liebknechts in der englischen Presse.
- 5./6. April. Internationale sozialistische Jugendkonferenz in Bern.
- 7./10. April. Konferenz des „Anti-Dorlog-Raad“ im Haag.
7. April. Die „Humanité“ veröffentlicht ein Manifest der deutschen Opposition.
- 12./13. April. Konferenz deutscher Sozialdemokraten in Wien.
13. April. Ablehnung des Landeshaushaltsetats in Elsaß-Lothringen durch die Sozialdemokraten.
15. April. Erscheinen der ersten Nummer der „Internationale“.
18. April. Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Remscheid des Metallarbeiter-Verbandes entscheidet sich gegen die Politik der Reichstagsfraktion.
- 28./30. April. Internationaler Frauenkongreß im Haag und Gründung des „Internationalen Frauenausschusses für einen dauernden Frieden“.

- April. Erscheinen der „Juniusbroschüre“ Rosa Luxemburgs.
1. Mai. Manifeste der linksradikalen Opposition in Deutschland.
7. Mai. Die „Bergische Arbeiterstimme“ veröffentlicht eine Friedensresolution, die in 25 Versammlungen in Hessen-Nassau angenommen wurde.
20. Mai. Annexionsprogramm der sechs Verbände.
20. Mai. Eingabe des „Bundes Neues Vaterland“ an den Reichskanzler.
- 26./28. Mai. Demonstrationen vor dem Reichstag.
26. Mai. Flugblatt Liebnechts „Der Hauptfeind steht im eignen Land“.
9. Juni. Rundschreiben der sozialdemokratischen Opposition an die Sozialdemokratische Partei und die Reichstagsfraktion.
15. Juni. Verteilung des Flugblattes „An die Frauen“.
19. Juni. In der „Leipziger Volkszeitung“ erscheint der aufsehenerregende Artikel „Das Gebot der Stunde“.
21. Juni. Die „Bosische Zeitung“ polemisiert gegen den „Bund Neues Vaterland“.
23. Juni. Manifest der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gegen die Parteizerrüttung.
25. Juni. Friedensmanifest der Sozialdemokratischen Partei im „Vorwärts“.
28. Juni. Manifest der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die Parteizerrüttung.
23. Juli. Eingabe des „Bundes Neues Vaterland“ an den Reichskanzler gegen die Forderungen der sechs Verbände.
- Juli. Erscheinen der sozialistisch-akademischen Zeitschrift „Der Aufbruch“.
- Juli. Erste Aufrufe der Entente an der Westfront.
1. August. Frauenkonferenz Groß-Berlin nimmt Stellung gegen die Parteipolitik.
1. August. Zusammenkunft verschiedener Sozialisten in Zürich.
20. August. Bei der Abstimmung über die Kriegskredite stimmen 36 Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei dagegen.
2. September. Erster Internationaler Jugendtag.
- 5./8. September. Zimmerwalder Konferenz.
- September. Verbreitung des Aufrufs „Proletarier Europas!“

- 6./7. November. Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft.
19. November. Sozialdemokratische Konferenz in Wien.
2. Dezember. Verteilung des Flugblattes: „Erklärung von 36 Reichstagsabgeordneten.“
5. Dezember. Gründung der „Central-Arbeits-Stätte für Jugendbewegung“ in Berlin.
9. Dezember. Friedensinterpellation der Sozialdemokraten im Reichstag.
- 14./19. Dezember. Tagung des „Vollzugsausschusses des Internationalen Komitees zum Studium für einen dauernden Frieden“ in Bern.
20. Dezember. Reichstagsabgeordneter Haase legt den Fraktionsvorsitz nieder.
21. Dezember. Bei der Abstimmung über die Kriegskredite gibt der Abgeordnete Geyer eine Erklärung für die Kreditverweigerer ab. 20 Abgeordnete stimmen gegen die Kredite, 22 Abgeordnete verließen den Saal.

1916.

1. Januar. Gründung des Spartakusbundes in Berlin.
9. Januar. Konferenz der Sozialdemokraten in Wien.
12. Januar. Ausschluß Liebknechts aus der Partei.
20. Januar. Versammlung in Kiel, auf der Legien und Ledebour in eine heftige Auseinandersetzung geraten.
25. Januar. Bildung des Zentralausschusses der sozialistischen Jugend in Hamburg.
27. Januar. Erster Spartakusbrief.
3. Februar. Veröffentlichung des Aktionsprogramms des Spartakusbundes.
7. Februar. Verteilung von Flugblättern auf den Werften in Hamburg.
24. März. Spaltung der Sozialdemokratischen Partei. Die Opposition bildet die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“.
27. März. Flugblatt Ernst Meyers „Die Lehre des 24. März“.
31. März. Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins protestiert gegen die Fraktionsmehrheit.

- März. Konferenz der linksradikalen Opposition in Mitteldeutschland.
5. April. Rede Eberts im Reichstag.
8. April. Letzte Rede Liebknechts im Reichstag.
22. April. Streik der sozialistischen Jugend in Braunschweig.
23. April. Jugendkonferenz in Jena unter Teilnahme Liebknechts.
- 24./30. April. Zweite Zimmerwalder Konferenz in Rienthal.
1. Mai. Demonstrationen der linksradikalen Opposition. Verhaftung Liebknechts in Berlin.
- 13./14. Mai. Lebensmittelunruhen in Leipzig.
25. Juni. Protestkundgebungen der linksradikalen Opposition im ganzen Reich gegen den Liebknecht-Prozeß.
28. Juni. Verurteilung Liebknechts zu 2¹/₂ Jahren Zuchthaus.
- 28./30. Juni. Massenstreik in Berlin, Stuttgart, Bremen, Braunschweig.
6. Juli. Erscheinen des Flugblattes: „2¹/₂ Jahre Zuchthaus“.
25. Juli. Friedensbotschaft des Papstes.
9. August. Spaltung in der sozialdemokratischen Jugend in Hamburg.
15. August. Mehring wird in Schutzhaft genommen.
23. August. Verurteilung Liebknechts zu 4 Jahren Zuchthaus.
25. August. Demonstrationenzug der sozialistischen Jugend in Hamburg.
28. August. Erscheinen des Flugblattes: „Die Kosaken in Hamburg“.
- August. Vorbereitungen für eine Reichskonferenz der internationalen sozialistischen Jugend.
20. September. Erster gedruckter Spartakusbrief.
- 21./23. September. Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag.
- September. Erscheinen des Flugblattes „Hinter den Kulissen in ‚großer Zeit‘“.
21. Oktober. Attentat des Sozialisten Friedrich Adler auf den Grafen Stürgkh.
29. Oktober. Sozialdemokratische Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlins nimmt eine Resolution gegen die Fraktionsmehrheit an.
26. November. Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter protestiert gegen das Hilfsdienstgesetz.
- 2./3. Dezember. Konstituierende Versammlung der „Zentralstelle Völkerrecht“ in Frankfurt am Main.

8. Dezember. Lohnstreik im Knüppelwerk von Krupp.
8. Dezember. Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften zum Hilfsdienstgesetz.
10. Dezember. Haase spricht auf einer außerordentlichen Generalversammlung in Berlin.
12. Dezember. Friedensangebot der deutschen Regierung.
28. Dezember. Rundschreiben der „Deutschen Friedensgesellschaft“. Einstellung auf die Politik Bethmann Hollwegs.
Dezember. Verbreitung der Lichnowsky-Broschüre durch Hauptmann von Beerfelde und Witting, den Bruder Hardens.

1917.

6. Januar. Konferenz zwischen der sozialdemokratischen Opposition und dem Spartakusbund.
7. Januar. Konferenz der Vertrauensleute aller Richtungen der Opposition in Berlin.
18. Januar. Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses.
19. Januar. Spaltung der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Abgeordnetenhaus.
20. Januar. „Aufruf der Partei“.
9. Februar. Aufruf der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.
11. Februar. Generalversammlung der sozialdemokratischen Groß-Berliner Wahlkreise stellt sich auf den Boden der Opposition.
11. Februar. Die Kreiskonferenz Braunschweig schließt sich der Opposition an.
25. Februar. Frauenkonferenz in Groß-Berlin.
25. Februar. Erste revolutionäre Unruhen in Petersburg.
13. März. Sitzung des Vollzugsausschusses der Reichsduma und der Arbeiter- und Soldatenräte.
14. März. Abdankung des Zaren.
23. März. Brief Kaiser Karls an seinen Schwager Sixtus von Parma.
30. März. Oppositionsreden Haases und Ledebours im Reichstag.
März. Neuorganisation der Opposition in Kiel.
März. Zusammenschluß der Linksradikalen in Hamburg, Bremen, Kiel, Hannover und Wilhelmshaven.
März. Flugblatt „Der rote Schrecken“.
5. April. Reichskonferenz der „Gruppe Internationale“ in Gotha.

- 6./9. April. Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Gotha.
6. April. Jugendkonferenz in Halle.
6. April. Amerika erklärt den Krieg.
9. April. Reise Lenins durch Deutschland.
12. April. Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratie.
14. April. Gründung der deutschfeindlichen „Freien Zeitung“ in Bern.
16. April. Hungerstreiks in Berlin und Leipzig.
19. April. Die Sozialdemokratie erläßt ein Manifest, in dem Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte und des bureaukratischen Regiments verlangt wird. Gleichzeitig nimmt sie die Formel vom Arbeiter- und Soldatenrat an.
- 22./23. April. Erzberger bei Kaiser Karl. Entwendung des Geheimberichts des Grafen Czernin durch Erzberger.
25. April. Ebert und Scheidemann in Stockholm.
1. Mai. Flugblattpropaganda und Demonstrationen. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ fordert zur allgemeinen Arbeitsruhe auf.
6. Mai. Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Halle und Übertritt zur Opposition.
15. Mai. Scheidemann droht im Reichstag mit der Revolution.
4. Juni. Matrosenmeuterei in Wilhelmshaven.
- 4./13. Juni. Sozialistische Konferenz in Stockholm.
14. Juni. Beginn der Haupttagung der Arbeiter- und Soldatenräte in Rußland.
- 6./7. Juli. Angriff Erzbergers in der Budgetkommission auf die Regierung.
14. Juli. Rücktritt Bethmann Hollwegs.
19. Juli. Friedensresolution Erzberger-Scheidemann.
- 18./19. Juli. Streiks in Stettin.
27. Juli. Reise Erzbergers nach der Schweiz.
- Juli. Feindliche Fliegerpropaganda. Abwurf des Aufrufs „Republik bedeutet Friede und Freiheit“ und „Drei Tage Massenstreik, und der Sieg ist Euer“.
5. August. Flugblatt an der Front „Aus dem Tagebuch eines Krupp-direktors“.
- 14./17. August. Streiks in Braunschweig.
16. August. Streikhebe im ganzen Reich.

20. August. Urteil des Marinekriegsgerichts im Meutererprozeß.
25. August. Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte in Moskau.
25. August. Manifest der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.
- 29./30. August. Sozialdemokratische Konferenz in Wien.
- August. Erscheinen des Flugblattes „Volk, nimm dir selbst den Frieden“.
- 2./3. September. Antikriegsdemonstration der sozialistischen Jugend. Verbreitung des Flugblattes „Demonstrationsstreik“.
- 5./12. September. Dritte Zimmerwalder Konferenz in Stockholm.
30. September. Demonstrationen der Mehrheitssozialisten in Frankfurt am Main für die Politik der Friedensresolution.
3. Oktober. Friedensdemonstrationen der Mehrheitssozialdemokraten in Braunschweig.
9. Oktober. Rede Bogtherr's im Reichstag.
9. Oktober. Zusammenstoß des Reichskanzlers Michaelis und des Staatssekretärs der Marine von Capelle mit den Unabhängigen Sozialdemokraten, denen der Vorwurf des Hochverrates gemacht wird.
14. Oktober. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Würzburg.
25. Oktober. Gründung des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland“.
6. November. Aufreizender Artikel des „Vorwärts“.
7. November. Sieg der Bolschewisten in Rußland.
9. November. Aufruf des Stockholm-Zimmerwalder Ausschusses.
13. November. Sieg der Bolschewisten in Rußland.
14. November. Aufruf „An die Regierungen und Völker der verbündeten Länder“ von den Bolschewisten.
15. November. Eintreffen der Friedensdelegation in Brest-Litowsk.
- 19./23. November. Konferenz der pazifistischen Zentralorganisationen in Bern.
- November. Flugblatt „Die Angst der Regierungssozialisten vor der Abrechnung“.
1. Dezember. Funktspruch Trotzki's und Lenins „An die Völker der kriegführenden Länder“.

1918.

10. Januar. Dritter allrussischer Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte.
- 12./15. Januar. Ledebourversammlungen in Süddeutschland.
- 16./18. Januar. Massenstreiks in Wien.
19. Januar. Mehring droht im Abgeordnetenhaus mit der Revolution.
22. Januar. Ebert und Scheidemann erklären sich mit den österreichischen Streikenden solidarisch.
27. Januar. Erscheinen des Flugblattes „Am Montag den 28. Januar beginnt der Massenstreik“.
28. Januar. Ausbruch des großen Massenstreiks in Berlin und im Reich. Die Mehrheitssozialdemokraten treten in die Streikleitung ein.
- Januar. Meuterei der österreichischen Flotte in Cattaro und Pola.
- Januar. Zusammenkünfte der Unabhängigen Sozialdemokraten auf der russischen Botschaft in Berlin.
3. Februar. Beendigung des großen Massenstreiks in Deutschland.
6. Februar. Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk.
6. Februar. Russischer Funkspruch „Allen! Allen!“
20. Februar. 22. Februar. Aufreizende Rede Cohns im Reichstag.
- Februar. Northcliffe übernimmt die Leitung der feindlichen Propaganda gegen Deutschland.
10. März. Denkschrift der „Interalliierten Sozialistenkonferenz“.
22. März. Der Spartakusbund beginnt offiziell seine revolutionäre Frontpropaganda.
16. April. Flugblatt „Auf, zum Protest gegen die Volksaushungerung“.
30. April. Rede Adolf Hoffmanns im Preussischen Abgeordnetenhaus.
- April. Erscheinen der russischen Propagandazeitung „Welt-Revolution“ in deutscher Sprache.
17. Mai. Aufruf des „Vorwärts“ „An die Partei“.
23. Mai. Veröffentlichung des Aktionsprogramms der Sozialdemokratie.
24. Juni. Rede des Staatssekretärs von Kühlmann im Reichstag.
8. Juli. Oppositionsreden Ledebours und Scheidemanns im Reichstag.

12. Juli. Ausschluß Richnowskys aus dem Herrenhaus.
13. Juli. Rede Meyers im Reichstag.
- 18./20. Juli. Holländischer Gewerkschaftskongreß in Amsterdam.
- Juli. Verteilung des Flugblattes „Kameraden, erwacht!“ an der Front.
28. August. Rede des Staatssekretärs Dr. Solf in der „Deutschen Gesellschaft“.
- August. Beginn der Bildung der ersten revolutionären Stoßtruppe in Berlin unter Emil Barth.
2. September. Aufruf Hindenburgs gegen die feindliche Propaganda an der Front und in der Heimat.
11. September. Aufruf der Sozialdemokratie „An die Partei“.
12. September. Rede von Payers in Stuttgart.
13. September. Unterredung zwischen Troelstra und Ebert.
14. September. Der österreichische Außenminister Burian erläßt eine Note an alle kriegführenden Länder zwecks Waffenstillstandsverhandlungen.
22. September. Erscheinen der Erzberger-Broschüre „Der Völkerbund“.
23. September. Der sozialdemokratische Parteiausschuß unterhandelt wegen des Eintritts in die Regierung.
24. September. Rede des Reichskanzlers Grafen Hertling im Hauptauschuß. Angriff des Zentrums auf die Regierungspolitik.
28. September. Reise des Reichskanzlers Grafen Hertling ins Hauptquartier.
29. September. Die Oberste Heeresleitung verlangt sofortige Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen. Verfassungsändernder Erlaß des Kaisers.
29. September. Rede Scheidemanns im Hauptauschuß.
30. September. Zusammenbruch der bulgarischen Front.
3. Oktober. Ernennung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler.
4. Oktober. Die Sozialdemokraten treten in das parlamentarische Kabinett des Prinzen Max von Baden ein.
5. Oktober. Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratie, in dem die Errichtung der sozialistischen Republik gefordert wird.
5. Oktober. Waffenstillstandsangebot der deutschen Regierung.

7. Oktober. Reichskonferenz des Spartakusbundes. Aufruf der Linksradikalen und der Spartakus-Gruppe.
10. Oktober. Die „Fränkische Tagespost“ fordert den Rücktritt des Kaisers.
13. Oktober. In einer sozialdemokratischen Versammlung in München wird die Beseitigung der Monarchie verlangt.
16. Oktober. „Saalfelder Volksblatt“ und „Volkswacht für Schlesien“ fordern die Abdankung des Kaisers.
21. Oktober. Revolution in Wien.
21. Oktober. Entlassung Liebknechts aus dem Zuchthaus.
Beginn der Waffenaufmärsche der Unabhängigen Sozialdemokraten.
23. Oktober. Eisner fordert in München die Beseitigung der Monarchie.
23. Oktober. Reichstagsitzung, in der Dänen, Polen und Elsässer für die Loslösung vom Reich sprechen.
24. Oktober. Lebedour fordert im Reichstag offen zur Revolution auf.
26. Oktober. Annahme der Verfassungsänderung durch den Reichstag.
27. Oktober. Sonderfriedensangebot Österreichs an Wilson.
28. Oktober. Der Kaiser unterzeichnet die Verfassungsänderung.
28. Oktober. Das Auslaufen der Flotte aus Wilhelmshaven wird durch revolutionäre Heizer verhindert.
30. Oktober. Revolutionsrede Bogtherrs in Stuttgart.
31. Oktober. Empfangsabend für Liebknecht auf der russischen Botschaft.
31. Oktober. Revolution in Österreich-Ungarn.
31. Oktober. Offene Meuterei in Wilhelmshaven.
- Oktober. Rede Dittmanns im Rheinland, in der er Liebknecht zum Präsidenten der Deutschen Republik vorschlägt.
1. November. Matrosenversammlung in Kiel.
2. November. Vertrauensmännerversammlung der linksradikalen Kreise in Berlin, um am 4. November loszuschlagen. Der Plan wird verschoben.
3. November. Blutige Zusammenstöße in Kiel.
4. November. Konstituierung des Arbeiter- und Soldatenrates in Kiel.

5. November. Noske und Haußmann in Kiel.
5. November. Ausweisung des russischen Botschafters Toffe aus Berlin. Übergabe von 4 Millionen Rubel von ihm an den Abgeordneten Cohn.
6. November. Umsturz in Bremen und Hamburg.
- 7./8. November. Umsturz in München, Dresden und Leipzig. In den meisten Städten, besonders im Rheinland, bilden sich Arbeiter- und Soldatenräte.
7. November. Ultimatum der Sozialdemokraten, das die sofortige Abdankung des Kaisers fordert.
8. November. Vertrauensmännerkonferenz der linksradikalen Kreise in Berlin. Beschluß, am 9. November loszuschlagen.
9. November. Ledebour, Dittmann und Vogtherr leiten die Bewegung. Ebert, Scheidemann und Braun gesellen sich zu ihnen. Die Revolution wurde gemacht, und „Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt“.

Im gleichen Verlag sind erschienen:

Der Weg zur Revolution 1914/18

von

Generalmajor Ernst v. Brisberg

Während des Krieges Direktor des
Allgemeinen Kriegsdepartements



Aus dem amtlichen Material des Kgl. Preuß. Kriegsministeriums, das in einer Sonderabteilung die politischen Verhältnisse in der Heimat während des Krieges bearbeitete, enthält der Verfasser die Wählerarbeit der Linksparteien. Der aktiven Tätigkeit der Vaterlandsfeinde stand das passive Verhalten der Regierung gegenüber. Als Beweismaterial sind Flugblätter, Pressestimmen und revolutionäre Bekenntnisse abgedruckt.

Halbleinenband 3.25 Mark

Geheime Mächte Internationale Spionage

Ihre Bekämpfung im Weltkrieg und heute

von

Oberst a. D. W. Nicolai

Während des Krieges Chef des Nachrichtenwesens der D. S. L.



Das Gebiet, das hier behandelt wird, gehört zu den spannendsten im Leben der Völker überhaupt. Es stellt den Krieg dar, in dem es keine Friedensschlüsse gibt. Nur selten gelangen Nachrichten über Spionagewesen an die Öffentlichkeit, nur die vollständige Umstellung des deutschen Heerwesens erlaubt es dem Verfasser, einmal aus der Schule zu plaudern.

Halbleinenband 3.25 Mark

